



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Das Jubiläum des Staatsvertrags 1965“

verfasst von / submitted by
Nick Kleindienst, BEd

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien, 2021 / Vienna 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Betreut von / Supervisor:

UA 199 506 511 02

Masterstudium Lehramt Sek (AB)
Lehrverbund UF Deutsch
UF Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung

Priv. Doz. Mag. Dr. phil. Heidemarie Uhl

Danksagung

Zuerst will ich mich bei Frau Priv. Doz. Mag. Dr. Uhl bedanken. Für die zeitintensive Betreuung über mehrere Monate hinweg, die geduldigen Rückmeldungen, Anregungen und Hilfestellungen bin ich sehr dankbar.

Besonders danken will ich meinen Eltern. Sie haben mir nicht nur das Studium ermöglicht, sondern mich bestärkt und an mich geglaubt. Ihr Rückhalt gab mir Sicherheit und Vertrauen in meine Fähigkeiten.

Ein großes Dankeschön gilt auch meinem Bruder, der mir immer ein Vorbild war und mir während des Studiums mit seinem Rat zur Seite stand.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
2	Vom Kriegsende zum Staatsvertrag: Das Zustandekommen des Staatsvertrags im internationalen Kontext.....	8
2.1	Alliierte Nachkriegsplanung und frühe Nachkriegszeit: Staatsvertrag oder Friedensvertrag?....	8
2.2	Exkurs: Das „Deutsche Eigentum“.....	13
2.3	Internationale Spannungen und Stillstand der Verhandlungen.....	15
2.4	Österreich als „geheimer Verbündeter“ des Westens.....	18
2.5	Der Kurzvertrag, die Berliner Außenministerkonferenz und die Neutralität Österreichs.....	20
2.6	Österreichs „annus mirabilis“ 1955.....	22
2.7	Der Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages.....	27
2.7.1	Mediale Inszenierung.....	30
3	Erinnerungskultur in Österreich nach 1945.....	33
3.1	Kollektives Gedächtnis.....	33
3.2	Funktionen von Jubiläen als Staatsakte.....	36
3.3	Jubiläen im Laufe der Geschichte.....	39
3.4	Gedächtniskultur nach 1945 in Österreich.....	44
3.5	Jubiläen in Österreich nach 1945.....	53
3.6	Zwei Jubiläen: Unabhängigkeit und Staatsvertragsunterzeichnung.....	56
3.7	Nationalfeiertag, Staatsvertrag und Neutralität.....	58
4	Exkurs: 5 Jahre Staatsvertrag – Das Jubiläum 1960.....	60
5	Historische Diskursanalyse.....	63
5.1	Diskursanalyse und Geschichtswissenschaft.....	63
5.2	Methodisches Vorgehen.....	68
5.2.1	Korpus.....	68
5.2.2	Kontextanalyse.....	68
5.2.3	Analyse der Aussagen.....	70
5.2.4	Diskursanalyse.....	70
6	Korpus.....	71
7	Kontextanalyse.....	74
7.1	Historischer Kontext.....	74
7.1.1	Internationale Spannungen und Kalter Krieg.....	74
7.1.2	Österreich und die europäische Integration.....	77
7.1.3	Das Verhältnis zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland.....	80
7.1.4	Österreichische Identität und Deutschnationalismus.....	82

7.2	Medialer Kontext:.....	87
7.2.1	Die Presse in Österreich nach 1945.....	87
7.2.2	Der Bundespressedienst.....	91
7.3	Situativer Kontext: Der Ablauf der Jubiläumsfeierlichkeiten 1965	93
8	Aussageanalyse der Festreden.....	97
9	Aussageanalyse der österreichischen Presse.....	109
10	Aussageanalyse der Auslandspresse	129
10.1	Analyse der Auslands-Presseschau	129
10.2	Analyse der Presse aus der Bundesrepublik Deutschland	138
11	Zusammenfassende Analyse	144
12	Die Staatsvertragsjubiläen in der Zweiten Republik nach 1965.....	152
13	Fazit	158
14	Literaturverzeichnis.....	162
14.1	Primärliteratur:.....	162
14.1.1	Zeitungsartikel:.....	162
14.1.2	Archivmaterial:	164
14.1.3	Weitere Quellen und Dokumente:.....	165
14.1.4	Online-Quellen	166
14.2	Sekundärliteratur:	166
15	Abstract	177

1 Einleitung

Die Staatsvertragsunterzeichnung ist der zentrale Gedächtnisort der Zweiten Republik.¹ Dabei gilt jedoch nicht das Vertragswerk selbst als wichtiges Identifikationsmoment Österreichs, sondern Spuren, die sich über die Jahrzehnte im kollektiven Gedächtnis abgelagert haben: Die Bilder der legendären Balkonszene, in welcher der Staatsvertrag von Leopold Figl, flankiert von den Außenministern der Signatarstaaten, der jubelnden Menge im Garten des Schloss Belvedere gezeigt wird, haben sich in das kollektive Gedächtnis der ÖsterreicherInnen eingepägt.² Viele Mythen und Symbole sind eng mit der Staatsvertragsunterzeichnung verbunden, sei es Leopold Figls berühmter Ausspruch „Österreich ist frei!“³ oder das Schloss Belvedere als Gedächtnisort.⁴ Im kollektiven Gedächtnis verankert haben sie sich über ständige diskursive Reaktivierung und besonders auch durch groß angelegte Jubiläumsfeierlichkeiten alle fünf bzw. zehn Jahre. Symbolhafte Handlungen wie die Einladung der Außenminister der Signatarstaaten, ein reenactment der berühmten Balkonszene und ein groß angelegtes kulturelles Begleitprogramm waren wiederkehrende Elemente der Feierlichkeiten.⁵ Das erste Mal, dass dieses Gründungsmoment der österreichischen Geschichte im großen Rahmen inszeniert wurde, war 1965, zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages. In diesem Staatsakt waren bereits die Elemente enthalten, welche in der weiteren Erinnerungskultur bezüglich des Staatsvertrages eine Rolle spielten und in den darauffolgenden Jubiläen aufgegriffen wurden. Dieses zentrale Ereignis für die Erinnerungskultur Österreichs steht im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit. Obwohl dieser initiale Staatsakt für eine regelmäßige Inszenierung österreichischer Geschichte wichtig war, wird er in der Forschung zwar erwähnt und auch miteinbezogen, jedoch nicht vollständig aufgearbeitet. Die vorliegende Arbeit versucht, die dahingehende Forschung zu erweitern, indem das Jubiläum 1965 als diskursives Ereignis in ihrer Gesamtheit dargestellt und analysiert wird. Dabei wird der Ablauf der Feierlichkeiten wie auch das kulturelle Begleitprogramm dargestellt und im historischen Kontext sowie im Kontext österreichischer Gedächtniskultur eingeordnet. Im Mittelpunkt steht jedoch die Frage nach dem Ereignis des Staatsaktes und den Diskurssträngen, welche sich rund um dieses erste große Jubiläum der

¹Vgl. Katharina Wegan, „Heilige Zeiten“. Der österreichische Staatsvertrag und seine Jubiläen, in: Werner Koroschitz/Lisa Rettl (Hg.), „Heiß umfahdet, wild umstritten...“. Geschichtsmymthen in Rot-Weiß-Rot, Villach 2005, 27-50, 29.

²Vgl. Ina Markova, Die NS-Zeit im Bildgedächtnis der Zweiten Republik, Innsbruck/Wien/Bozen 2018, 65.

³Vgl. Barbara Boisits/Peter Stachel/Heidemarie Uhl, Mythos Staatsvertrag – Mythos Musik, in: Österreichische Musikzeitschrift Vol. 60 (2005), 4-11, 1.

⁴Vgl. Katharina Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag. Über österreichische Eigenbilder zum Staatsvertragsjubiläum, Demokratiezentrum Wien, URL: <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=417&index=890> (abgerufen 01.07.2020), 14.

⁵Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 29-30.

Staatsvertragsunterzeichnung entwickelt haben. Ziel ist es, die prägenden diskursiven Elemente rund um dieses Jubiläum auf drei Ebenen zu erfassen: einerseits der offiziell-politischen Ebene, der Ebene des österreichischen Pressediskurses und des Diskurses ausländischer Medien.

Der Staatsvertrag und seine Entstehungsgeschichte sind ein gut erforschtes Thema der österreichischen Geschichte. In dieser Arbeit wird dabei besonders auf das Standardwerk von Gerald Stourzh⁶ Bezug genommen, außerdem werden die Monographien von Rolf Steininger⁷ und Michael Gehler⁸ zur Ausarbeitung miteinbezogen. Zur Inszenierung des Staatsvertragssonntags und der Entstehung der großen Gemälde der Staatsvertragsunterzeichnung wurde Verena Traeger⁹ herangezogen, die Darstellung in der Austria Wochenschau wurde von Hans Petschar und Georg Schmid¹⁰ in einer ausgiebigen Analyse beschrieben, zur Musik und kulturellen Begleitung wurde auf Barbara Boisits/Peter Stachel/Heidemarie Uhl¹¹ Bezug genommen.

Zur Theorie über kulturelles und kollektives Gedächtnis wird einfürend Jan Assmann¹² zur Definition vorgestellt und schließlich hauptsächlich Oliver Marcharts Definitionen und Theorie dahingehend ausgearbeitet.¹³ Im Zusammenhang mit Jubiläen wurde hauptsächlich auf die Texte von Michael Mitterauer¹⁴ und Winfried Müller¹⁵ Bezug genommen, wobei bei der Bestimmung von Funktionen von Jubiläen auch Aleida Assmann¹⁶ miteinbezogen wurde. Zum kulturellen

⁶Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005.

⁷Rolf Steininger, Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938-1955, Innsbruck/Wien/Bozen 2005.

⁸Michael Gehler, Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945-1955, Bozen/Innsbruck/Wien 2015.

⁹Verena Traeger, Der Staatsvertragssonntag, in: Günter Dürriegl (Hg.), Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, hg. Günter Dürriegl, Wien 2005, 150-166.

Verena Traeger, Das Staatsvertragsgemälde. Ein Staatsauftrag mit Schönheitsfehlern, in: Günter Dürriegl (Hg.), Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, hg. Günter Dürriegl, Wien 2005, 167-180.

¹⁰Hans Petschar/Georg Schmid, Erinnerung & Vision. Die Legitimation Österreichs in Bildern. Eine semiohistorische Analyse der Austria Wochenschau 1949-1960, Graz 1990.

¹¹Barbara Boisits/Peter Stachel/Heidemarie Uhl, Mythos Staatsvertrag – Mythos Musik, in: Österreichische Musikzeitschrift Vol. 60 (2005), 4-11.

¹²Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt am Main 1988, 9-19.

¹³Oliver Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung, in: Ljiljana Radonic/Heidemarie Uhl (Hg.), Gedächtnis im 21. Jahrhundert: Zur Neuverhandlung eines kulturwissenschaftlichen Leitbegriffs, Bielefeld 2016, 43-77.

¹⁴Michael Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum. Zur Entstehung und Entwicklung öffentlicher Gedenktage, in: Emil Brix/Hannes Stekl (Hg.), Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Wien/Köln/Weimar 1997, 23-89.

¹⁵Winfried Müller, Das historische Jubiläum. Zur Geschichtlichkeit einer Zeitkonstruktion, in: Winfried Müller (Hg.), Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus (Geschichte, Forschung und Wissenschaft 3), Münster 2004, 1-76.

¹⁶Aleida Assmann, Jahrestage – Denkmäler in der Zeit, in: Paul Münch (Hg.), Jubiläum, Jubiläum ... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung, Essen 2005, 305-314.

Gedächtnis Österreichs wurde auf Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl¹⁷ zurückgegriffen, um wichtige Identifikationsmomente hervorzuheben. Um Gedächtniskultur in Österreich nach 1945 nachzuvollziehen, wurden hauptsächlich Werke von Heidemarie Uhl¹⁸ herangezogen, jedoch wurden unter anderen auch Oliver Rathkolb¹⁹ und Katrin Hammerstein²⁰ sowie Cornelius Lehngut²¹ miteinbezogen. Jubiläen in Österreich wurden nicht nur von Uhl²² erforscht, sondern sind auch bei Bruckmüller²³ oder Rathkolb²⁴ zu finden. Der Staatsvertrag als Gedächtnisort wurde beispielsweise von Katharina Wegan gut erforscht.²⁵ Der österreichische Nationalfeiertag und die damit zusammenhängenden Diskussionen sind bei Gustav Spann²⁶ aufgearbeitet. Die Jubiläumsfeierlichkeiten 1960 spielen in der Sekundärliteratur eine Nebenrolle und werden, abgesehen von kurzen Erwähnungen, nicht näher beschrieben. Da dieses Jubiläum auch nicht in vergleichbarem Rahmen gefeiert wurde wie die anderen Staatsvertragsjubiläen, ist dies auch nicht verwunderlich. Um den Ablauf des Festaktes darzustellen wurde also auf zeitgenössische Presseartikel zurückgegriffen.

Das Jubiläum 1965 selbst findet durchaus seinen Platz in der wissenschaftlichen Forschung, so wird in Texten, welche die Staatsvertragsjubiläen in diachroner Perspektive betrachten, durchaus

¹⁷Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl, Das kulturelle Gedächtnis Österreichs. Eine Einführung, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl (Hg.), *Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten*, Wien 2004

¹⁸Heidemarie Uhl, Das österreichische Gedächtnis und seine Transformationen. Verhandlungen um die historische Identität im Spannungsfeld von nationalen und europäischen Tendenzen, in: Anton Pelinka/Karin Bischof/Walter Fend/Karin Stögner/Thomas Köhler (Hg.), *Geschichtsbuch Mitteleuropa. Von Fin de Siècle bis zur Gegenwart*, Wien 2016, 358-394.

Heidemarie Uhl, Transformation des „österreichischen Gedächtnisses“. Krieg, Nationalsozialismus und Holocaust in der Erinnerungskultur der Zweiten Republik, Habilitationsschrift, Karl-Franzens-Universität Graz 2004.

¹⁹Oliver Rathkolb, Fiktion „Opfer“. Österreich und die langen Schatten des Nationalsozialismus und der Dollfuß-Diktatur (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive 21), Innsbruck/Wien/Bozen 2017.

²⁰Katrin Hammerstein, Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert Band 11), Göttingen 2017.

²¹Cornelius Lehnguth, Waldheim und die Folgen. Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich, Frankfurt/New York 2013.

²²Heidemarie Uhl, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluss“ (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek Band 17), Wien/Köln/Weimar 1992.

Heidemarie Uhl, Europäische Tendenzen, regionale Verwerfungen. Österreichisches Gedächtnis und das Jubiläumsjahr 2005, in: Werner Koroschitz/Lisa Rettl (Hg.), „Heiß umfедet, wild umstritten...“. Geschichtsmymhen in Rot-Weiß-Rot, Villach 2005, 21-26.

²³Ernst Bruckmüller, Nation Österreich – Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, Wien/Köln/Graz 1996.

²⁴Oliver Rathkolb, Der lange Schatten der 8er Jahre. Kritische Geschichtsbetrachtung und Demokratiebewusstsein, in: Österreich. Aus Politik und Zeitgeschichte 68 (2018), 41–46.

²⁵Katharina Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag. Über österreichische Eigenbilder zum Staatsvertragsjubiläum, Demokratiezentrum Wien, URL: <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=417&index=890> (abgerufen 01.07.2020).

Katharina Wegan, „Heilige Zeiten“. Der österreichische Staatsvertrag und seine Jubiläen, in: Werner Koroschitz/Lisa Rettl (Hg.), „Heiß umfедet, wild umstritten...“. Geschichtsmymhen in Rot-Weiß-Rot, Villach 2005, 27-50.

²⁶Gustav Spann, Der österreichische Nationalfeiertag, in: Emil Brix/Hannes Stekl (Hg.), Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Wien/Köln/Weimar 1997, 145-170.

auch auf 1965 eingegangen, so beispielsweise bei Katharina Wegan.²⁷ Dabei wird das Jubiläum jedoch nur gestreift und nicht vollständig aufgearbeitet.

Die vorliegende Arbeit ist folgendermaßen aufgebaut: Im ersten Kapitel wird näher auf die Staatsvertragsunterzeichnung selbst eingegangen. Dabei wird das Zustandekommen mit den Verhandlungen und den internationalen Spannungen näher beschrieben, wobei die wichtigen Konfliktlinien bei Abschluss des Staatsvertrages dargelegt werden. Außerdem wird der Tag des Staatsvertrags mit seiner Inszenierung dargestellt.

Um das Jubiläum im Rahmen der österreichischen Erinnerungskultur zu erfassen, wird im nächsten Kapitel Erinnerungskultur in Österreich nach 1945 genauer beschrieben. Dabei wird zuerst Kollektives Gedächtnis definiert und über die besonderen Funktionen von Jubiläen als Staatsakte reflektiert. Danach wird die Tradition von Jubiläen, ihre Entstehung und historische Entwicklung nachvollzogen. Später wird Gedächtniskultur in Österreich nach 1945 näher beleuchtet und schließlich auf wichtige Jubiläen und Jubiläumsfeierlichkeiten nach 1945 eingegangen. In einem Exkurs wird auf den Zusammenhang und das Verhältnis zwischen den beiden österreichischen Gründungsdaten, den Jubiläen der Gründung der Zweiten Republik und des Staatsvertrages, eingegangen. Das Kapitel wird abgeschlossen mit einer Beschreibung des österreichischen Nationalfeiertages in Bezug auf Staatsvertrag und Neutralität.

Ein weiterer Exkurs stellt das erste Jubiläum 1960 dar. Das 5-jährige Jubiläum wurde in weit kleinerem Rahmen gefeiert und soll mithilfe von Zeitungsartikeln nachvollzogen werden. Dabei soll der Ablauf der Feierlichkeiten herausgearbeitet und zentrale Elemente dieses ersten Jubiläums untersucht werden.

Daraufhin wird die Methode vorgestellt. Analysiert wird der Diskurs rund um das Staatsvertragsjubiläum 1965 mithilfe der „Historischen Diskursanalyse“ nach Achim Landwehr. Dabei handelt es sich nicht um eine konkrete Methode, sondern um eine Forschungsperspektive, die je nach Untersuchungsgegenstand auch andere Forschungsansätze verfolgen muss.²⁸ In der vorliegenden Arbeit wird dabei weitgehend den von Landwehr vorgeschlagenen Analyseschritten Folge geleistet.

Die Analyse des Quellenmaterials wird folgendermaßen durchgeführt: Zuerst wird der verwendete Quellenkorpus vorgestellt und begründet. Dabei stützt sich diese Arbeit auf drei verschiedene zu analysierende Aspekte: Die Reden während des Festaktes, die Presse in Österreich und die Presse im europäischen Ausland. Alle acht Reden, die während des

²⁷Wegan, Heilige Zeiten.

²⁸Vgl. Franz X. Eder, Historische Diskurse und ihre Analyse – eine Einleitung, in: Franz X. Eder (Hg.), Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden 2006, 9-23, 13.

Staatsaktes gehalten wurden, wurden in die Analyse miteinbezogen. Die österreichischen Presseerzeugnisse, die analysiert wurden, waren „Die Presse“, die „Arbeiter Zeitung“, der „Kurier“, die „Wiener Zeitung“, die „Kronen Zeitung“ und die „Volksstimme“. Bezüglich der Auslandspresse werden einerseits deutsche Zeitungen ausgewertet, wobei die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Zeit“ und die „Süddeutsche Zeitung“ zur Analyse herangezogen wurden. Die analysierten Zeitungen wurden in der österreichischen Nationalbibliothek nachgelesen. Andererseits wird die „Auslands-Presseschau“ aus dem Bundespressedienst analysiert. Dadurch wird überblicksartig über Medien aus unterschiedlichsten europäischen Ländern, von der Sowjetunion und Ungarn über die Schweiz, Großbritannien und Frankreich in die Analyse miteinbezogen. Die Auslands-Presseschau wurde im Österreichischen Staatsarchiv ausgehoben und konnte dort ausgewertet werden.

Nach einer Vorstellung des analysierten Materials wird eine Kontextanalyse durchgeführt. Dabei wird der historische Kontext analysiert, indem die wichtigsten nationalen und internationalen Konfliktlinien zu dieser Zeit nachvollzogen werden. Dabei werden erst internationale Spannungen dieser Zeit beschrieben, um geeigneten Kontext für das Treffen der anwesenden Festgäste zu schaffen. Danach werden Österreichs Versuche einer stärkeren europäischen Integration nachvollzogen, mit den sich hierbei ergebenden Konfliktlinien. Österreichs Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland wird näher beschrieben wie auch ein kurzer Überblick über aktuelle Ereignisse und Debatten innerhalb Österreichs, die sich mit dem erstarkenden bzw. öffentlicher auftretenden Deutschnationalismus in Österreich in den 1960er-Jahren beschäftigt. Nach dem historischen Kontext wird der mediale Kontext näher beleuchtet, um die ausgewählten Medien genauer analysieren zu können. Dabei wird ein allgemeiner Überblick über die Entwicklung der Presse in Österreich nach 1945 gegeben. Auch der Bundespressedienst wird näher beschrieben. Drittens wird der situative Kontext erarbeitet. Dabei wird der genaue Ablauf der Veranstaltung des Festaktes, die anwesenden Personen wie auch die kulturellen Begleitveranstaltungen des Staatsaktes dargestellt. Diese genaue Darstellung des Ablaufs des Festaktes soll Kontext für die Analyse des medialen Diskurses rund um den Festakt schaffen.

Nach dieser eingehenden Kontextanalyse wird eine Aussagenanalyse der analysierten Medien durchgeführt. Abschließend werden in einer zusammenfassenden Diskursanalyse die unterschiedlichen Diskursstränge der verschiedenen Medien zusammengeführt. Um die Ergebnisse in die bisherige Geschichte der Staatsvertragsjubiläen in Österreich einzuordnen, wird in einem kurzen abschließenden Abriss die Geschichte der Staatsvertragsjubiläen in Österreich nach 1965 dargestellt. Die einzelnen Jubiläen werden, soweit in der Sekundärliteratur

nachvollziehbar, in ihren wichtigsten Elementen dargestellt und mit dem Festakt 1965 in Beziehung gestellt.

2 Vom Kriegsende zum Staatsvertrag: Das Zustandekommen des Staatsvertrags im internationalen Kontext

2.1 Alliierte Nachkriegsplanung und frühe Nachkriegszeit: Staatsvertrag oder Friedensvertrag?

Die Nachkriegsplanung betreffend Österreich war von verschiedenen Ideen geprägt. Die britische Auffassung beispielsweise favorisierte die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreichs und die spätere Miteinbeziehung des kleinen Staates in eine mittel- oder südosteuropäische Konföderation.²⁹ Stalin soll jedoch bereits 1941 dem britischen Außenminister Eden mitgeteilt haben, dass Österreich als unabhängiger Staat wiederhergestellt werden sollte.³⁰ Insgesamt sahen die alliierten Mächte die Zukunft Österreichs eingebettet in einerseits ihre Deutschlandpolitik und ihre Ost- bzw. Südosteuropapolitik.³¹ In der ersten Konferenz der Außenminister der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens, welche am 19.10.1943 in Moskau stattfand, war Österreich kein eigener Punkt, sondern wurde im Rahmen der Deutschlandfrage behandelt.³² Am 30. Oktober 1943 wurde die „Moskauer Erklärung über Österreich“ von den Außenministern der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens vereinbart, am 1. November schließlich als Annex 6 zum gemeinsamen Schlussprotokoll veröffentlicht. In diesem Dokument legten sich die Alliierten fest, dass Österreich nach dem Krieg als unabhängiger, souveräner Staat wiederhergestellt werden soll.³³ Österreich wird als das erste Opfer Hitlerdeutschlands bezeichnet, was grundlegend für die Entstehung der Opferthese in der Zweiten Republik ist.³⁴ Gleichzeitig wird auch auf Österreichs Mitverantwortung hingewiesen.³⁵

²⁹Vgl. Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005, 12-13.

³⁰Vgl. Rolf Steininger, Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938-1955, Innsbruck/Wien/Bozen 2005, 35.

³¹Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 15.

³²Vgl. ebd., 20.

³³Vgl. Horst Möller, Die Moskauer Außenministerkonferenz von 1943. Einleitende Bemerkungen, in: Günter Bischof, Die Moskauer Deklaration und die österreichische Geschichtspolitik, in: Stefan Karner/Alexander Tschubarjan (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943: "Österreich wieder herstellen", Köln 2015, 25–27, 25.

³⁴Vgl. Günter Bischof, Die Moskauer Deklaration und die österreichische Geschichtspolitik, in: Stefan Karner/Alexander Tschubarjan (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943: "Österreich wieder herstellen", Köln 2015, 249–260, 249-250.

³⁵Vgl. Moskauer Erklärung über Österreich, 1. November 1943 in: Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005, 607-608, 608.

Die Moskauer Deklaration ist in vielerlei Hinsicht ein wichtiges Dokument für Österreich. In der Unabhängigkeitserklärung Österreichs wurde bewusst teilweise wörtlich auf dieses Dokument Bezug genommen. Dabei wurde besonders die Stelle, in welcher Österreich als „Erstes Opfer“ bezeichnet wurde, betont.³⁶ Betreffend der Mitverantwortung Österreichs wird folgendes niedergeschrieben:

„[...] daß die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers [...] das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einem sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat.“³⁷

Durch die Aussagen in der Moskauer Deklaration und der Unabhängigkeitserklärung fand die sogenannte Opferthese ihre grundlegende Formulierung.³⁸ Auch für die späteren Verhandlungen über den Staatsvertrag und Österreichs Verantwortung für die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges spielte der Bezug auf die Moskauer Deklaration eine herausragende Rolle.³⁹

Ein zweiter wichtiger Beschluss betreffend Österreich auf der Moskauer Außenministerkonferenz war das „Abkommen über die Alliierte Kontrolle in Österreich“, welches später als „Erstes Kontrollabkommen“ bekannt wurde. Darin wurde die Schaffung eines alliierten Kontrollsystems vorgesehen, welches in Österreich bis zur ersten, frei gewählten Regierung Funktionen innehaben sollte. Die Alliierte Kommission mit dem Alliierten Rat an der Spitze war dabei die wichtigste Einrichtung. Gebildet wurde dieser aus vier militärischen Hohen Kommissären, welche je von einer Besatzungsmacht ernannt wurden und zusätzlich die Oberstkommandierenden der Streitkräfte in Österreich der entsprechenden Siegermacht waren. Hinzu kamen verschiedene Sachabteilungen und ein Exekutivkomitee.⁴⁰

Unter Mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht konnte sich bereits im April 1945 eine provisorische Staatsregierung unter Karl Renner formieren.⁴¹ Dadurch, dass die provisorische Regierung durch sowjetische Unterstützung gebildet wurde, kam ihr von den Westmächten Misstrauen entgegen.⁴² Der Weg zur Verständigung führte über eine von Renner einberufene

³⁶Heidmarie Uhl, Transformation des „österreichischen Gedächtnisses“. Krieg, Nationalsozialismus und Holocaust in der Erinnerungskultur der Zweiten Republik, Habilitationsschrift, Karl-Franzens-Universität Graz 2004, 36.

³⁷Proklamation vom 27. April 1945, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, 1. Mai 1945.

³⁸Vgl. Heidmarie Uhl, Transformation des „österreichischen Gedächtnisses“. Krieg, Nationalsozialismus und Holocaust in der Erinnerungskultur der Zweiten Republik, Habilitationsschrift, Karl-Franzens-Universität Graz 2004, 36.

³⁹Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 72.

⁴⁰Vgl. ebd., 31-32.

⁴¹Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 51-52.

⁴²Vgl. Rolf Steininger, Sowjetische Österreichpolitik 1945-1955: Der Weg zum Staatsvertrag, in: Andras Higler/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals (Hg.), Sowjetisierung oder Neutralität?: Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich, 537-554, 537.

gesamtösterreichische Länderkonferenz, welche vom 24. bis 26. September in Niederösterreich stattfand. Dabei wurde die Regierung durch Mitglieder aus westlichen Bundesländern erweitert und beschlossen, am 25. November 1945 gesamtösterreichische Wahlen durchzuführen. Schließlich wurde die Regierung Renner am 20. Oktober 1945 als provisorische Regierung für ganz Österreich anerkannt. Nach den Wahlen im November wurde die Bundesregierung unter Leopold Figl ab Jänner 1946 eingerichtet.⁴³

Der Abschluss eines Vertrages und die Beendigung der Besetzung wurde erschwert durch den beginnenden Kalten Krieg. Stourzh spricht in Bezug auf die Besetzungszeit nicht von der „alliierten“ Besetzung, sondern von einer Ost-West-Besetzung. Dies argumentiert er damit, dass die Alliierten des Zweiten Weltkrieges bereits 1947/48 keine Alliierten mehr gewesen sein. Es wurde zwar formal im „Alliierten Rat“ zusammengearbeitet, die Besatzungstruppen waren jedoch Teil zweier konkurrierender und einander feindlich gegenüberstehender Systeme.⁴⁴ Österreich nimmt in der Nachkriegspolitik eine Sonderstellung ein: Es hat als Staat keinen Krieg erklärt oder geführt, sondern war Teil Deutschlands. Von den Besatzungsmächten wurde es als befreites Land angesehen, nicht als besiegtes Land, wobei hier laut Stourzh auch Schwankungen in der Haltung verschiedener alliierter Akteure festzustellen sind. Österreich wurde nicht wie Belgien oder Dänemark den Alliierten zugezählt, andererseits auch nicht als Feindstaat wie beispielsweise Ungarn oder Bulgarien betrachtet.⁴⁵ Die österreichische Regierung favorisierte bereits kurz nach dem Krieg die Idee, in Anlehnung an die Terminologie von 1919 einen „Staatsvertrag“ für Österreich abzuschließen, anstatt eines „Friedensvertrages“. Figl betonte als Bundeskanzler, dass ein Friedensvertrag für Österreich nicht erforderlich sei, da Österreich nicht als kriegsführende Macht angesehen werden konnte. Daher wäre ein Staatsvertrag sinnvoller. Besonders die britische Regierung beharrte darauf, einen Friedensvertrag mit Österreich abzuschließen. Obwohl es durchaus Debatten dahingehend gab, hatte keine der alliierten Mächte je einen Entwurf dafür vorgelegt, mit Österreich einen Friedensvertrag abzuschließen.⁴⁶ Bereits die Bezeichnung „Staatsvertrag“ anstatt „Friedensvertrag“ legte eine weitere Basis für die Opferthese. Da der Vertrag nicht als Friedensvertrag, sondern als Staatsvertrag gehandelt wurde, wird die Tatsache übergangen, dass sich viele ÖsterreicherInnen als besiegt und nicht als befreit angesehen haben. Des Weiteren hat die Bezeichnung Ähnlichkeit mit anderen nach 1945

⁴³Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 33-34.

⁴⁴Vgl. Gerald Stourzh, 1945 und 1955: Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Gab es die Stunde Null? Wie kam es zu Staatsvertrag und Neutralität? (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive 1), Innsbruck/Wien/Bozen 2005, 65.

⁴⁵Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 35.

⁴⁶Vgl. ebd., 41-44.

abgeschlossenen Verträgen mit Ländern, welche nicht Teil des Dritten Reiches waren. Dahingehend diente diese offizielle Formulierung der Festigung der Opferthese in der österreichischen kollektiven Erinnerung.⁴⁷

Der Kalte Krieg und Militärstrategie sollten von Anfang an die Entscheidungen der Großmächte in Bezug auf die Staatsvertragsverhandlungen dominieren. Bereits zu Beginn standen die Verhandlungen im Schatten von westlichen Versuchen des *containments* und waren verbunden mit Debatten um Deutschland.⁴⁸ Bereits kurz nach Kriegsende konnte man nicht mehr von einer Kooperation des Westens mit der Sowjetunion sprechen, was sich stark auf die Verhandlungen über Österreich auswirkte.⁴⁹ Nachdem die Kommunisten bereits im November 1945 eine katastrophale Wahlniederlage erlitten, betrachtete die Sowjetunion Österreich als „feindliches Ausland“, so Stourzh. Die Demarkationslinie bedeutete also auch eine militärische Grenze der Großmächte im Kalten Krieg.⁵⁰ Die amerikanischen Botschafter berichteten bereits im Februar 1946 den Regierungen der anderen Signatarstaaten, dass die USA einen Entwurf eines Vertrages mit Österreich vorzulegen beabsichtigten.⁵¹ Laut Stourzh gab es zwei ausschlaggebende Gründe für das Bestreben der Amerikaner, den Staatsvertrag rasch abzuschließen: Die Beendigung der Besetzung und das Verhindern eines weiteren Verbleibs sowjetischer Truppen in Ungarn und Rumänien. Der sowjetische Einfluss in Mitteleuropa sollte durch diese beiden Ziele zurückgedrängt werden. In den Friedensverträgen mit Ungarn und Rumänien sollten Bestimmungen enthalten sein, welche den Verbleib sowjetischer Truppen erlaubten, so lange Österreich besetzt wäre, um die Versorgungslinien zu gewährleisten. Von westlicher Seite wurde überlegt, durch den gleichzeitigen Abschluss eines Vertrages mit Österreich zusammen mit den Friedensverträgen Ungarns und Rumäniens diese Bestimmungen in den Verträgen zu verhindern, wodurch die Sowjetunion ihre Truppen aus Österreich, Ungarn und Rumänien abziehen müsste.⁵²

Von 25. April bis 13. Juli 1946 fand in Paris eine Außenministerkonferenz statt, an der alle vier Besatzungsmächte beteiligt waren. Während bei der deutschen Frage keine Einigung erzielt werden konnte, war Österreichs Staatsvertrag dabei kein eigener Verhandlungsgegenstand.⁵³ Als Kompromissvorschlag wurde der Punkt „Prüfung österreichischer Fragen“ auf die Tagesordnung

⁴⁷Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 28-29.

⁴⁸ Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 89.

⁴⁹Vgl. Steininger, Sowjetische Österreichpolitik, 538.

⁵⁰Vgl. Stourzh, 1945 und 1955, 67.

⁵¹Vgl. ebd., 45.

⁵²Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 47-48.

⁵³Vgl. Michael Gehler, Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945-1955, Bozen/Innsbruck/Wien 2015, 54-55.

gesetzt. In diesen Gesprächen knüpfte der sowjetische Außenminister Molotow die Vorbereitung eines Vertrags mit Österreich daran, dass zuerst Punkte wie die Entnazifizierung und die Frage der Displaced Persons zufriedenstellend geklärt wären. Auch sollten erst die Verträge mit den früheren Verbündeten Deutschlands fertiggestellt werden. Die Debatte führte zu keinem Ergebnis.⁵⁴

Man einigte sich bei der Außenministerkonferenz in Paris darauf, eine weitere Konferenz in Moskau im März/April 1947 durchzuführen, für welche Sonderbeauftragte bereits zuvor in London tagen sollten, um die Konferenz umfangreich vorzubereiten.⁵⁵ Erste wichtige Entscheidungen wurden in diesen Verhandlungen der Sonderbeauftragten getroffen. In der ersten Sitzung am 16. Jänner 1947 wurde auch der Titel des Vertrages festgelegt: „Vertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich.“ So wurde also von Beginn der Verhandlungen an nicht von einem Friedensvertrag gesprochen. Der Vertragstitel blieb bestehen, erst in der Endredaktion des Vertragstextes im Mai 1955 wurde der Begriff „Staatsvertrag“ inkludiert. Der Titel lautete dann: „Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“.⁵⁶ Bei den Verhandlungen wurde die österreichische Delegation auch gefragt, ob Österreich die Moskauer Deklaration von 1943 anerkenne. Außenminister Gruber antwortete mit Zustimmung. Auf die Nachfrage, ob insbesondere auch die Passage, in der die Mitverantwortung Österreichs thematisiert wird, angenommen werde, wurde geantwortet, dass zu dieser Zeit ein österreichischer Staat nicht existiert hatte, daher nur individuelle Österreicher von der Frage der Verantwortlichkeit betroffen sein können. Die Beteiligung Österreichs an der Befreiung des Landes wird hervorgehoben und betont, dass die Moskauer Deklaration als Grundlage für einen Vertrag dienen solle.⁵⁷ Wichtig ist dies dahingehend, da es deutlich macht, wie juristisch und politisch relevant die Moskauer Erklärung für die Miteinbeziehung der Verantwortlichkeitsklausel war. Die Moskauer Erklärung, wie es Stourzh ausdrückt, „[...] stand Pate bei den meisten Entwürfen der Alliierten für eine Präambel zum Staatsvertrag [...]“.⁵⁸ Nach den Beratungen der Alliierten in London und Moskau entstand die Präambel des Staatsvertrages.⁵⁹

⁵⁴Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 51- 52.

⁵⁵Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 95.

⁵⁶Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 62-63.

⁵⁷Vgl. ebd., 70-71.

⁵⁸Ebd., 72.

⁵⁹Vgl. ebd., 73.

Ein erster Konflikt wurde bereits zu Beginn der Verhandlungen sichtbar: Bereits am 22. Jänner präsentierte die jugoslawische Delegation vor den Sonderbeauftragten, dass sie 150 Millionen Dollar Reparationszahlungen von Österreich erwartete und Gebietsansprüche auf große Teile Kärntens und kleinere Teile der Steiermark erhob und ein Sonderstatut oder einen Bevölkerungsaustausch der burgenländischen Kroaten forderte.⁶⁰

Erst nachdem die Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten des Deutschen Reichs Italien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien abgeschlossen waren, entschieden die Signatarstaaten, bei der nächsten Konferenz in Moskau die Verträge von Deutschland und Österreich auf das Programm zu setzen.⁶¹ Bei der Außenministerkonferenz in Moskau von März bis April 1947 wurde von Außenminister Gruber auf eine rasche Unterzeichnung des Staatsvertrages gedrängt, wobei sogar hohe wirtschaftliche Forderungen der Sowjetunion an Österreich akzeptiert werden sollten. Dies wurde jedoch vom amerikanischen Unterhändler abgelehnt.⁶²

2.2 Exkurs: Das „Deutsche Eigentum“

Das sogenannte „Deutsche Eigentum“ hatte besondere Relevanz in den Verhandlungen. Dabei handelte es sich um große Vermögenswerte wie Firmen, Industriekomplexe und Banken.⁶³ Die Potsdamer Konferenz 1945 beschloss, keine Reparationszahlungen von Österreich zu fordern.⁶⁴ Jedoch wurde im Zusammenhang mit den komplexen Reparationsleistungen Deutschlands entschieden, dass das „Deutsche Eigentum“, welches sich im Ausland befand, im Westen den Westmächten und im Osten der UdSSR zufallen würde. Für Österreich hieß das, dass je nach Besatzungszone das „Deutsche Eigentum“ der jeweiligen Besatzungsmacht zufallen sollte.⁶⁵ Diese „Deutschen Vermögenswerte im Ausland“ wurden von der Sowjetunion als ihr Eigentum beansprucht und auch genutzt. Für die Staatsvertragsverhandlungen bedeutete dies, dass Österreich mit der UdSSR um Ablösesummen bzw. Fortsetzung und weitere Rechte zur Nutzung des ehemaligen „Deutschen Eigentums“ in Ostösterreich, das nun im Besitz der Sowjetunion war, verhandelte.⁶⁶ Die UdSSR plante erst, dies mit bilateralen Abkommen zu lösen, wie in vielen osteuropäischen Staaten. Der wichtigste Sektor war jener des Erdöls.⁶⁷ Hier wurde von der Sowjetunion vorgeschlagen, eine gemischte Gesellschaft zu bilden, welche zur Hälfte in

⁶⁰Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 63-64.

⁶¹Vgl. ebd., 54.

⁶²Vgl. Gehler, Modellfall, 55-56.

⁶³Vgl. ebd., 70.

⁶⁴Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 60.

⁶⁵Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 86.

⁶⁶Vgl. Stourzh, 1945 und 1955, 68.

⁶⁷Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 88.

österreichischem und zur Hälfte in sowjetischem Besitz sein sollte. Auch sollte eine Konzession für neue Erdölgebiete über 60 Jahre erteilt werden, wobei die österreichische Regierung höchstens zu 20 Jahren bereit war. Bei den Verhandlungen wurde Druck gemacht, schnell zu einer Einigung zu kommen, besonders die Sowjetunion drängte auf einen schnellen Verhandlungsabschluss mit einer Vertragsunterzeichnung am 7. oder 8. September 1945. Stourzh deutet diese Eile dahingehend, dass der Alliierte Rat am 11. September seine Tätigkeit aufgenommen hat und die Sowjetunion eine Einmischung der Westalliierten in die Verhandlungen vermeiden wollte.⁶⁸ Am 27. Juni 1946 verfügte die Sowjetunion die generelle Übernahme aller Vermögenswerte, welche als „Deutsches Eigentum“ deklariert wurden.⁶⁹ Nachdem sich die Sowjetunion aus dem nördlichen Iran zurückziehen musste, war die Ausbeutung des Erdöls von besonderer Wichtigkeit. Eine Einigung betreffend der Erdölfrage wurde immer stärker forciert.⁷⁰ Die Westmächte waren nicht bereit, in den Verhandlungen um das „Deutsche Eigentum“ nachzugeben, um nach Abschluss des Staatsvertrages nicht eine mögliche wirtschaftliche Stellung der UdSSR in Ostösterreich einräumen zu müssen. Damit verzögerten sich die Verhandlungen.⁷¹

1947 wurden die Vermögenswerte des „Deutschen Eigentums“ in den Westzonen bereits treuhänderisch und ohne Ablösesumme überlassen.⁷² Auch die Beziehungen mit Deutschland waren schwer belastet durch die Möglichkeit einer Übertragung von ehemaligem „Deutschem Eigentum“ an Österreich. Wichtigstes Argument der Übertragung des Eigentums war die Okkupation Österreichs durch das Deutsche Reich 1938. Die Moskauer Deklaration und die These einer gewaltsamen Besetzung des Landes war das Fundament dieser Eigentumsübertragung.⁷³ Die Möglichkeiten der Bundesrepublik, Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen, war jedoch begrenzt: Die Bundesrepublik hatte sich bereits zuvor verpflichtet, sämtliche Bestimmungen über das Auslandsvermögen Deutschlands in Österreich zu akzeptieren, welche in einem zukünftigen Staatsvertrag getroffen werden würden. Dies wurde im „Vertrag zur Regelung von aus Krieg und Besetzung entstandenen Fragen“ vom 26. Mai 1952 festgesetzt, was in die Pariser Verträge von 1954 übernommen wurde.⁷⁴

⁶⁸Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 89-90.

⁶⁹Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 60.

⁷⁰Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 110.

⁷¹Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 96.

⁷²Vgl. Gehler, Modellfall, 70.

⁷³Vgl. Matthias Pape, Krisen und Irritationen. Der Staatsvertrag im deutsch-österreichischen Verhältnis 1955-1959, in: Wolfgang Mueller/Gerald Stourzh/Arnold Suppan (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, 503-551, 508-509.

⁷⁴Vgl. ebd., 510.

Die Verhandlungen stockten schnell. Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen kam erst wieder, als der französische General und stellvertretende Hochkommissar Paul Chérière mit einem neuen Vorschlag vor die Vertragskommission trat.⁷⁵ Er schlug vor, über konkrete Summen zu verhandeln, statt über gegensätzliche Definitionen, da auf diese Art und Weise auch bei den Friedensverträgen mit Italien ein Ergebnis gefunden wurde. Außerdem wären Reparationszahlungen den alliierten Mächten nützlicher, wenn sie durch Lieferungen aus der laufenden Produktion kommen würden, als wenn sie an Ort und Stelle als „Deutsches Eigentum“ in Besitz genommen werden würden. Er schlug also vor, einen Teil der Zahlungen an Ort und Stelle den Alliierten zuzusprechen, einen anderen Teil in Zahlungs- bzw. Lieferansprüche umzuwandeln.⁷⁶ Der russische Gegenvorschlag war geprägt von beträchtlich höheren Zahlen, jedoch war erkennbar, dass nun die Verhandlungen wieder in Gang gekommen waren.⁷⁷

Erst während der Verhandlungen in Moskau 1955 konnten diese schwierigen Verhandlungen abgeschlossen werden, indem die UdSSR zu weitgehenden Konzessionen bereit war.⁷⁸

2.3 Internationale Spannungen und Stillstand der Verhandlungen

Anfang Mai 1947 wurde in Wien eine Vertragskommission eingerichtet, welche in der Moskauer Konferenz beschlossen wurde.⁷⁹ Diese tagte in einer Zeit, in welcher sich der Ost-West-Konflikt stark verstärkte, in 85 Sitzungen bis 12. Oktober 1947.⁸⁰ Verschiedene Faktoren führten dazu, dass die Spannungen zwischen den beiden Machtblöcken stark anstiegen: Im November 1947 kamen die Außenminister in London zusammen, um über Deutschland und eventuell auch über Österreich zu verhandeln. Laut Steininger waren die meisten Beteiligten bereits vom Scheitern der Konferenz überzeugt, bevor sie begonnen hatte. Da die Konferenz ohne Verhandlungserfolge endete, wurden gegenseitig heftige Vorwürfe erhoben, warum es zu keiner Einigung kommen konnte.⁸¹ Österreich wurde schließlich im gleichen Jahr das einzige Land, welches zumindest teilweise im sowjetischen Machtbereich lag, welches am Marshallplan teilnahm.⁸² Die UdSSR bezeichnete diese Hilfe der USA als Beginn des Kalten Krieges, so Ludmilla Lobova.⁸³ Die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948 war für die

⁷⁵Vgl. Gehler, Modellfall, 70.

⁷⁶Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 113.

⁷⁷Vgl. ebd., 118.

⁷⁸Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 140.

⁷⁹Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 102.

⁸⁰Vgl. ebd., 104.

⁸¹Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 98-99.

⁸²Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 109.

⁸³Vgl. Ludmilla Lobova, Die Außenpolitik und Neutralität Österreichs aus der Sicht der UdSSR 1955-1972, in: Wolfgang Mueller/Gerald Stourzh/Arnold Suppan (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, 891 -922, 906.

Westmächte ein Schock. Auch die Ereignisse in Finnland, welches zu einem Freundschaftsvertrag mit der UdSSR ähnlich anderer Satellitenstaaten gedrängt wurde, verwiesen auf eine möglicherweise vergleichbare Entwicklung für Österreich.⁸⁴ In der Reaktion auf diese Vorkommnisse wurde besonders von den USA die Verwirklichung eines Staatsvertrages hinausgezögert. Befürchtet wurde, dass Österreich direkt oder indirekt unter die Kontrolle der UdSSR fallen könnte, wenn die Westalliierten ihre Besatzungstruppen abzogen. Umso mehr wurde gezögert, da man dachte, die Sowjetunion mache selbst Anstalten, einen Vertragsabschluss zu beschleunigen und bald zu verwirklichen. In den Vereinigten Staaten war es besonders der amerikanische Oberkommandierende und Hochkommissar in Österreich, General Keyes, welcher sich dafür aussprach, dass kein Vertrag einem schlechten Vertrag vorzuziehen sei und dass zwar wirtschaftlich und politisch ein Abzug der Truppen Vorteile hätte, jedoch strategisch Nachteile. Der Generalstab und der Verteidigungsminister äußerten im März 1948, dass ein Vertragsabschluss vom Standpunkt des Militärs unerwünscht sei. Sollte jedoch aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ein Vertrag zustande kommen, sollten die Besatzungstruppen erst abgezogen werden, wenn es eine österreichische Sicherheitstruppe gäbe.⁸⁵ Im Mai 1948 wurde schließlich von der britischen Delegation die Verhandlungsrunde der Sonderbeauftragten unterbrochen. Sie sollte so lange unterbrochen bleiben, bis die russischen Vertreter bereit wären, ihre Unterstützung für Jugoslawien bezüglich der Gebietsforderungen zurückzuziehen.⁸⁶ Dies geschah in der Folge des Bruchs zwischen Stalin und Tito Ende Juni 1948.⁸⁷ Wenige Wochen darauf kam der Kalte Krieg mit der Blockade Berlins und der Luftbrücke des Westens zu einem Höhepunkt.⁸⁸

Österreich sah in der veränderten politischen Lage die Chance, dass die Sowjetunion nicht mehr die jugoslawischen Gebietsansprüche unterstützen würde. Tatsächlich wurde während der Pariser Außenministerkonferenz im Juni 1949 die Unterstützung der UdSSR für die jugoslawischen Gebietsansprüche zurückgezogen, während jedoch gleichzeitig besondere Minderheitenrechte für die slowenischen Minderheiten im Staatsvertrag gefordert wurden.⁸⁹ Auch von Seiten der USA war man durch die vorteilhaftere Lage des Westens (Erfolg der Luftbrücke in Berlin und des Marshallplans, Schwächung der UdSSR am Balkan) bereit, die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Diese Verhandlungsrunde begann am 9.02.1949 und endete

⁸⁴Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 102.

⁸⁵Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 132-134.

⁸⁶Vgl. ebd., 137.

⁸⁷Vgl. ebd., 143.

⁸⁸ Vgl. ebd., 139.

⁸⁹Vgl. Gehler, Modellfall, 70.

nach 53 Sitzungen schließlich am 10. Mai.⁹⁰ Besonders wichtig ist in dieser Verhandlungsrunde die Änderung der Haltung von Jugoslawien. Die Sowjetunion forderte nun, im Staatsvertrag einen Katalog von Minderheitenrechten einzubauen, wobei der Artikel 7 des Staatsvertrags entstand.⁹¹ Besonders der Anspruch auf Minderheitenschutz und grundsätzlichen Elementarunterricht in der Minderheitensprache von slowenischen und kroatischen Minderheiten in der Steiermark, dem Burgenland und Kärnten ist hervorzuheben.⁹²

In Verhandlungen wurde schließlich festgelegt, dass Österreich in den Grenzen vom 1. Jänner 1938 wiederhergestellt werden sollte und Österreich keine Reparationen zu leisten habe, Jugoslawien aber das österreichische Vermögen in Jugoslawien zufallen würde. Außerdem sollte der Vertrag für Österreich Bestimmungen enthalten, mit welchen die kroatischen und slowenischen Minderheiten ihre Rechte garantiert sähen.⁹³ Auch im Bereich des „Deutschen Eigentums“ wurde verhandelt, ein Kompromiss stand in Aussicht. Die Sonderbeauftragten bekamen den Auftrag, den Vertrag bis 1. September 1949 unterzeichnungsfertig zu machen, wobei wichtige Artikel, wie der Minderheitenschutzartikel, bereits fertiggestellt wurden.⁹⁴ In der Frage des „Deutschen Eigentums“ ergaben sich jedoch erneut Spannungen, besonders um die Erdölkonzessionen, welche der Sowjetunion übertragen werden sollten.⁹⁵ Präsident Truman war im Oktober 1949 der Meinung, ein Vertrag über Österreich sollte abgeschlossen werden, da damit der Rückzug sowjetischer Streitkräfte erreicht werden würde und auch weitere politische Vorteile daraus hervorgehen würden. Vor dem Rückzug der eigenen Besatzungstruppen sollte sichergestellt werden, dass genug österreichische Sicherheitskräfte vorhanden wären. Inzwischen hatte sich jedoch die geopolitische Lage stark verändert. Die Bundesrepublik wie auch die DDR waren gegründet worden, die UdSSR zündete ihre erste Atombombe und die Volksrepublik China wurde ausgerufen. Stalin war durch diese weltpolitischen Gegebenheiten nicht mehr an einer Einigung interessiert. In Österreich wurde der mögliche Vertrag 1949 sehr unterschiedlich bewertet. Während ein Teil der Bevölkerung den Staatsvertrag zu beinahe jeden Bedingungen anzunehmen bereit war, besonders im Hinblick auf die Aussicht, die sowjetische Besatzung zu beenden, hatte beispielsweise Karl Renner erklärt, den Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages zum Staatstrauertag zu erklären.⁹⁶ Grund dafür wäre die weitgehende Übertragung der Eigentumsrechte an die Sowjetunion in der Donauschifffahrt und der

⁹⁰Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 144-145.

⁹¹Vgl. Gehler, Modellfall, 70.

⁹²Vgl. Steininger, Sowjetische Österreichpolitik, 538.

⁹³Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 151.

⁹⁴Vgl. ebd., 155.

⁹⁵Vgl. ebd., 161.

⁹⁶Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 110-111.

Erdölwirtschaft. Stourzh meint zur Bereitschaft Österreichs, derart harte Bedingungen anzunehmen:

„Nur die Härte der Belastungen des Besatzungsregimes und die immer gegenwärtige Gefahr einer Teilung Österreichs, solange Streitmächte der vier Mächte im Land waren, können die Bereitschaft zur Zahlung dieses Preises verständlich machen.“⁹⁷

2.4 Österreich als „geheimer Verbündeter“ des Westens

Auf Seiten der Westalliierten wurden immer wieder Sorgen laut, dass Österreich bewaffnet werden müsse, um militärisch Widerstand gegen eine mögliche sowjetische Aggression leisten zu können.⁹⁸ Militärstrategisch wurde Österreich im sich weiter verschärfenden Kalten Krieg eine neue Rolle zugewiesen. Sollte die UdSSR Österreich kontrollieren, würde die wichtige Nord-Süd-Verbindung in Mitteleuropa durch ihre Kontrolle beeinträchtigt sein. Das Pentagon akzeptierte einen von Keyes vorgelegten Plan zur geheimen Wiederbewaffnung Österreichs.⁹⁹ Bereits seit dem Prager Putsch 1948 wurden Sorgen über eine mögliche kommunistische Machtübernahme in Österreich laut, sowohl innerhalb von Österreich als auch bei den Westalliierten.¹⁰⁰ Die Befürchtungen in Bezug auf Österreich wurden in den Augen des Westens durch die Arbeiterunruhen 1950 bestätigt.¹⁰¹ Nach dem 4. Preis- und Lohnabkommen im September/Oktober 1950 gab es in Österreich eine Streikbewegung, welche zunehmend von Kommunisten instrumentalisiert wurde. Dies führte auch zu vielen Interpretationen als Putschversuch oder kommunistischer Generalstreikversuch.¹⁰² Wie Rathkolb hervorhebt, wurden die Streiks in Österreich zwar häufig auch von hohen Entscheidungsträgern als „kommunistischer Putschversuch“ bezeichnet, von Seiten der USA jedoch realistischer eingeschätzt.¹⁰³ Auch die Sorge einer von den Kommunisten geplanten Teilung Österreichs wurde auch in politischen Kreisen laut. Wie Stourzh darlegt, war dies jedoch nicht geplant.¹⁰⁴ Der Oktoberstreik hatte jedoch dahingehend Auswirkungen, dass die „Putsch-Metapher“ häufig von US-Dienststellen benützt wurde, um gemeinsam mit österreichischen Politikern der Großen Koalition bereits vor Abschluss des Staatsvertrages eine geheime Wiederaufrüstung Österreichs

⁹⁷Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 172.

⁹⁸Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 113-114.

⁹⁹Vgl. ebd., 114.

¹⁰⁰Vgl. Oliver Rathkolb, Washington ruft Wien. US-Großmachtspolitik und Österreich 1953-1963, Wien/Köln/Weimar 1997, 144.

¹⁰¹Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 114.

¹⁰²Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 194.

¹⁰³Vgl. Oliver Rathkolb, Die „Putsch“-Metapher in der US-Außenpolitik gegenüber Österreich, 1945-1950, in: Michael Ludwig/Klaus Dieter Mulley/Robert Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1995, 113-124, 118-121.

¹⁰⁴Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 195-196.

durchzuführen.¹⁰⁵ Stourzh weist auf geheime Verteidigungskooperationen zwischen Österreich und den Westalliierten in den Westzonen hin, wobei es dabei auch zu Problemen kam, da die Interessen Österreichs nicht deckungsgleich mit denen der Westalliierten waren. So wurde bereits debattiert, welchem Kommando der NATO die österreichischen Truppen im Kriegsfall unterstünden.¹⁰⁶ Weitere sogenannte „covert operations“ waren die Finanzierung antikommunistischer Zeitschriften in Österreich, wie beispielsweise „Encounter“, „Forum“ und „Der Monat“. Auch „stay behind operations“ gehörten dazu, womit die Ermöglichung von Widerstandshandlungen im Falle einer kommunistischen Machtübernahme gemeint ist.¹⁰⁷ Stourzh bezeichnet Österreich in dieser Periode als „geheimen Verbündeten des Westens.“¹⁰⁸ Zu den gesetzten Maßnahmen gehörte des Weiteren ein geheimes Rüstungsprogramm, zu dem das Einrichten von versteckten Waffenlagern von CIA und MI6 zählte.¹⁰⁹

Für Österreich in dieser Zeit besonders zentral war der Kontrast zwischen Ausbeutung der USIA-Betriebe und der Erdölproduktion unter der sowjetischen Besatzungsmacht sowie der wirtschaftlichen Erholung und Ankurbelung durch die Teilnahme am Marshallplan in den westlichen Besatzungszonen.¹¹⁰ Im European Recovery Program (ERP), wie der Marshall-Plan offiziell hieß, war Österreich ein Sonderfall. So waren Importrestriktionen zum Schutz heimischer Wirtschaft erlaubt, während gleichzeitig Exportvergünstigungen im Zuge der zunehmenden Handelsliberalisierung in Europa zugestanden wurden.¹¹¹ Nur von Mai 1945 bis April 1955 erhielt Österreich 1585 Millionen Dollar an Hilfeleistungen aus dem Ausland. Bis Abschluss des Staatsvertrages 1955 erhielt Österreich 956 Millionen Dollar aus dem Marshall-Programm.¹¹² Die hohe Bedeutung für Österreich wird an den Beträgen klar, die geleistet wurden: Pro Kopf erhielt Österreich nach Norwegen die höchsten ERP-Hilfe.¹¹³ Neben der Teilnahme am Marshall-Plan forcierte Österreich seit 1947 den Beitritt zur UNO und weiteren multilateralen Organisationen wie dem International Monetary Fund (1948) und dem General Agreement on Tariffs and Trade (1951).¹¹⁴

¹⁰⁵Vgl. Rathkolb, Die „Putsch“-Metapher, 121.

¹⁰⁶Vgl. ebd., 198.

¹⁰⁷Vgl. Oliver Rathkolb, Washington ruft Wien. US-Großmachtspolitik und Österreich 1953-1963, Wien/Köln/Weimar 1997, 144-151.

¹⁰⁸Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 197.

¹⁰⁹Vgl. Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945-2015, Wien 2015, 286-287.

¹¹⁰Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 192-193.

¹¹¹Vgl. Gehler, Modellfall, 76.

¹¹²Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 192-193.

¹¹³Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 117.

¹¹⁴Vgl. Gehler, Modellfall, 76.

2.5 Der Kurzvertrag, die Berliner Außenministerkonferenz und die Neutralität Österreichs

Die Staatsvertragsverhandlungen stockten schließlich Anfang 1950 und standen schlussendlich völlig still. Als die 258. Sitzung der stellvertretenden Außenminister in London am 15. Dezember 1950 ergebnislos geschlossen wurde, vertagte man sich auf das Frühjahr 1951. Im März 1951 wurde erstmals wieder verhandelt, wobei die sowjetischen Delegierten die Triest-Frage miteinbezogen. Die Verhandlung schloss ohne greifbares Ergebnis. Am 22. Juni war die letzte, ergebnislose der 74 Sitzungen der Außenminister-Stellvertreter.¹¹⁵

Am 13. März 1952 boten die Westmächte der UdSSR einen sogenannten „Kurzvertrag“ für Österreich an. Aus einer Präambel und acht Artikel bestehend, sollte er die Besatzungsmächte dazu verpflichten, das Land militärisch 90 Tage nach Inkrafttreten des Vertrages zu verlassen und die Vermögenswerte, das heißt, das „Deutsche Eigentum“, entschädigungslos an Österreich zu übergeben.¹¹⁶ Der Westen rechnete vermutlich kaum damit, dass die UdSSR einen derartigen Kurzvertrag unterzeichnen würde. Damit sollte die Initiative in der Österreichfrage zurückgewonnen werden.¹¹⁷ Außerdem war der Kurzvertrag laut Stourzh nicht zuletzt auch dafür gedacht, die Schuld für das Nicht-Zustandekommen eines Staatsvertrages an die Sowjetunion zu übergeben, welche diesem Vertrag nicht zustimmen könnte.¹¹⁸ Diese lehnte den Kurzvertrag auch im Sommer 1952 ab.¹¹⁹

Die Mithilfe Brasiliens ermöglichte es der österreichischen Außenpolitik, dass die Vereinten Nationen sich mit der Österreichfrage befassten. Am 17. Oktober 1952 hielt Außenminister Gruber eine Rede vor dem Plenum in New York, mit dem auf die ungelöste Problematik der Situation Österreichs aufmerksam gemacht werden sollte.¹²⁰

Mit dem Tod Stalins begann sich politische Entspannung abzuzeichnen, nachdem jahrelang die Spannungen im Kalten Krieg gestiegen sind. Für Österreich bedeutete dies wesentliche Erleichterungen im Besatzungsregime. Bundeskanzler Raab versuchte, die Beziehungen zur Sowjetunion zu bessern und es kam zu einigen österreichischen Initiativen. Bezüglich Österreichs wurde die Forderung der Sowjetunion immer wichtiger, dass Österreich nach Erreichung seiner Souveränität nicht der NATO beitreten dürfte. Daher wurde zunehmend eine Neutralität Österreichs als Voraussetzung für den Abschluss des Staatsvertrages ins Spiel

¹¹⁵Vgl. Gehler, Modellfall, 102.

¹¹⁶Vgl. ebd., 113.

¹¹⁷Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 116.

¹¹⁸Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 184.

¹¹⁹Vgl. Gehler, Modellfall, 197.

¹²⁰Vgl. ebd., 222.

gebracht.¹²¹ Dies wurde auch gefordert, um Österreichs vollständige Unabhängigkeit von Deutschland zu gewährleisten und einem weiteren „Anschluss“ vorzubeugen.¹²² Für die österreichische Politik lässt sich sagen, dass im Sommer 1953 erstmals Bündnisfreiheit bzw. Neutralität als Verhandlungsobjekt ins Gespräch gebracht wurde.¹²³

1953 trennten sich schließlich die Alliierten wie auch Österreich gänzlich vom Kurzvertrag, dem, wie Stourzh betont, „[...] kaum eine echte Funktion als Verhandlungsbasis, eher eine Rolle als Instrument des Protestes und der Propaganda zugeordnet war.“¹²⁴ Bei den Westmächten zeigte sich immer mehr ihre Besorgnis über eine mögliche „Neutralisierung“ Österreichs.¹²⁵

Es sollte 1954 in Berlin erstmals seit 1949 auch wieder eine Außenministerkonferenz der Besatzungsmächte stattfinden. Als Novum der Nachkriegsdiplomatie wurden die Verhandlungen über die deutsche Frage öffentlich diskutiert. Beide Seiten beharrten jedoch starr auf ihren Positionen.¹²⁶ Bei dieser Konferenz lag das Hauptaugenmerk auf einer Lösung der Situation in Deutschland, der österreichische Staatsvertrag wurde jedoch auf die Tagesordnung aufgenommen. Österreich wurde, im Gegensatz zu früheren Verhandlungsrunden, nicht nur zu Hearings, sondern als Verhandlungspartner eingeladen. Diese Änderung war besonders im Hinblick auf die Verhandlungen über Deutschland heikel, da die Bundesrepublik nicht als Verhandlungspartner teilnehmen durfte. Die Frage einer Neutralitätserklärung Österreichs wurde in den Verhandlungen in Berlin besonders wichtig.¹²⁷ Erstmals wurde vom amerikanischen Außenminister signalisiert, dass eine Neutralität Österreichs, wie sie die Schweiz handhabte, auch von westlicher Seite vorstellbar wäre.¹²⁸

Eine Verankerung der Neutralität im Staatsvertrag wurde aber von Österreich und den Westmächten abgelehnt. Österreichs Motiv dahingehend war, dass jede Signatarmacht dadurch die Gelegenheit bekommen würde, immer wieder Vertragsverletzungen zu behaupten, um die österreichische Politik zu beeinflussen und möglicherweise die im Vertrag festgelegte Maschinerie in Gang zu setzen, welche bei Vertragsverletzungen vorgesehen wäre. Die Ablehnung der Westmächte ist auf Sorgen gegenüber Folgewirkungen auf Deutschland zurückzuführen: Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft war zu diesem Zeitpunkt zwar in

¹²¹Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 220-222.

¹²²Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 139.

¹²³Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 239.

¹²⁴Ebd., 238.

¹²⁵Vgl. ebd., 239.

¹²⁶Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 124.

¹²⁷Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 301-302.

¹²⁸Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 126.

Frankreich noch nicht ratifiziert worden, in Deutschland jedoch schon, obgleich mit großem Widerstand, besonders von der Sozialdemokratie. Die öffentliche Meinung dahingehend erschüttert hat besonders die sogenannte „Stalin Note“, in welcher ein wiedervereinigtes, neutralisiertes Deutschland aufgebracht wurde. So war die Sorge der Westmächte, Österreich könnte, durch die Neutralität von allen Teilungsgefahren befreit, als „Köder“ für Deutschland dienen.¹²⁹ Laut Steininger herrschte Sorge, dass die Bevölkerung einem neutralen, aber vereinigten Deutschland positiv gegenüberstehen würde, und bei weiterer Teilung die Westmächte in der öffentlichen Wahrnehmung Schuld bekämen.¹³⁰ Für die Bundesrepublik wie auch die Westmächte war ein rascher Abschluss des Staatsvertrags mit Neutralität oder Bündnisfreiheit Österreichs nicht erwünscht. Der Strategie der Westintegration Adenauers wäre dadurch eine mögliche Alternative in den Raum gestellt.¹³¹ Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheiterte schließlich später im Jahr 1954, da die französische Nationalversammlung ihre Zustimmung verweigerte. Als Lösung wurde der Beitritt der Bundesrepublik in die NATO ins Auge gefasst, was nach vier Monaten sehr schnell umgesetzt wurde. Im Rahmen dieser Vorgänge, wurde von der UdSSR Frankreich das Ende des sowjetisch-französischen Vertrages von 1944 angedroht sowie der Bundesrepublik gesamtdeutsche freie Wahlen für 1955 in Aussicht gestellt und eine gesamtdeutsche Regierung, sollte Bündnisfreiheit umgesetzt werden und eine Remilitarisierung Westdeutschlands verhindert werden. Diese Vorschläge wurden am 22. Jänner 1955 von Adenauer abgelehnt.¹³² Am 23. Oktober 1954 unterschrieben mehrere westliche Staaten und die Bundesrepublik die „Pariser Verträge“, in welchen festgelegt wurde, dass die Bundesrepublik der NATO beitreten würde.¹³³

2.6 Österreichs „annus mirabilis“ 1955

Am 8. Februar 1955 ergab sich eine entscheidende Wende in den Staatsvertragsverhandlungen. Bulganin ersetzte an diesem Tag Malenkow als Ministerpräsident der Sowjetunion, was sich als Schwächung von Außenminister Molotow zugunsten des Ersten Sekretärs der KPdSU Nikita Chruschtschow erwies. Molotow erklärte in einer außenpolitischen Grundsatzrede zu Österreich, dass er eine weitere Verzögerung des Abschlusses eines Staatsvertrages für ungerechtfertigt halte. Daraus wurden drei Schlussfolgerungen von sowjetischer Seite gezogen: Erstens könne die österreichische Frage nicht unabhängig von der deutschen Frage behandelt werden, da die

¹²⁹Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 302-304.

¹³⁰Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 141.

¹³¹Vgl. Gehler, Modellfall, 360.

¹³²Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 127-128.

¹³³Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 326.

Gefahr eines „Anschlusses“ Österreichs durch die Remilitarisierung Westdeutschlands verstärkt wurde. Das bedeutet, die Gefahr eines neuen „Anschlusses“ muss durch den Staatsvertrag ausgeschaltet werden. Wenn dies der Fall ist, könnten die vier Mächte auch aus Österreich abziehen, ohne zuvor einen Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen zu haben. Zweitens müsste Österreich sich verpflichten, keine Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen und keine Militärstützpunkte auf seinem Territorium zulassen. Drittens müsste eine Viermächtekonferenz einberufen werden, auf welcher die deutsche Frage wie auch der österreichische Staatsvertrag behandelt werden würde.¹³⁴

Bundeskanzler Raab wurde mit weiteren Vertretern Österreichs von Molotow am 24. März zu Gesprächen nach Moskau eingeladen.¹³⁵ Am 29. März beschloss man in Österreich, der Einladung Folge zu leisten und eine Delegation bestehend aus Bundeskanzler Raab, Vizekanzler Schärf, Außenminister Figl und Staatssekretär Kreisky nach Moskau zu schicken.¹³⁶ Botschafter Norbert Bischoff bekam am 24. März eine Note über die sowjetischen Pläne. Darin wurde bereits beschrieben, dass die Sowjetunion eine österreichische Verpflichtungserklärung zur Neutralität akzeptiere und keine weitere Verankerung der Neutralität im Staatsvertrag verlange.¹³⁷ In einem letzten Punkt wurde gesagt, dass die Staatsvertragsverhandlungen „gesondert“ von der deutschen Frage verhandelt würde, wodurch die Verbindung mit den Verhandlungen um einen deutschen Friedensvertrag endgültig gekappt zu sein schien.¹³⁸

Die Westmächte waren in Bezug auf die bilateralen Kontakte zwischen Österreich und der Sowjetunion besorgt.¹³⁹ Einerseits hatte man die Befürchtung, Österreich könnte in den bilateralen Verhandlungen nachgiebiger sein, als es den Westmächten lieb wäre. Andererseits gab es, besonders unter hohen Militärs, Vorbehalte gegenüber einer möglicherweise bevorstehenden Räumung Westösterreichs. Drittens hatte man die Befürchtung, dass die Österreich-Initiative von der UdSSR dazu instrumentalisiert werden könnte, die Deutschland-Politik des Westens zu stören.¹⁴⁰ Adenauer war durch die Verhandlungslösungen in Österreich auch im bürgerlichen Lager stark unter Druck gekommen. Dabei wurde ihm vorgeworfen, es versäumt zu haben, eine Lösung nach österreichischem Muster zu verfolgen.¹⁴¹ Adenauer soll sich sehr über die österreichische Politik im Zuge des Staatsvertrages 1955 echauffiert haben.

¹³⁴Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 336.

¹³⁵Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 135.

¹³⁶Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 374.

¹³⁷Vgl. ebd., 367.

¹³⁸Vgl. ebd., 369.

¹³⁹Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 133.

¹⁴⁰Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 383-384.

¹⁴¹Vgl. Pape, Krisen und Irritationen, 515-516.

Am 3. Juni 1955 erklärte er in seinem Bericht über die politische Lage vor dem Bundesvorstand der CDU folgendes:

„Sehr unangenehm ist es auch, und nach meiner Meinung gegen die historische Wahrheit, wenn Österreich die Sache so darstellt, als wenn es von uns vergewaltigt worden wäre und tatsächlich ein Recht auf Reparationen hätte. [...] Sie wissen ja, wie der Anschluß Österreichs vollzogen worden ist. Sie wissen, daß es weite Teile in Österreich gegeben hat, die nationalsozialistischer gewesen sind als irgendein Teil Deutschlands. [...] Die Gebeine Hitlers sind nicht aufzufinden, sonst würde ich anheimstellen, diese Gebeine Hitlers wieder in sein Heimatland zurückzuführen.“¹⁴²

Diese Worte wurden publik, wurden im „Spiegel“ veröffentlicht und sorgten in Österreich wie auch in Deutschland für Aufregung. Das Jahr 1955 wurde also zum Krisenjahr in den Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland.¹⁴³

Die Sowjetunion brachte in den Verhandlungen in Moskau mehrmals die Schweiz als Modell für die österreichische Neutralität ins Spiel. Des Weiteren wurde von Molotow betont, dass eine Neutralität, die von außen aufgezwungen wird, nicht akzeptabel sei. Der Wunsch der Sowjetunion wäre es, dass Österreich freiwillig und von selbst eine Erklärung abgibt. Stourzh betont, dass das Wort „Neutralität“ vielen Politikern noch widerstrebte, wobei der Hinweis auf die Schweiz als Vorbild diesem Wort eine positivere Konnotation gab und daher eher akzeptabel gewesen sei.¹⁴⁴ Im wirtschaftlichen Bereich war die Sowjetunion zu weitgehenden Konzessionen bereit: Einer der härtesten Verhandlungspunkte während des gesamten Verhandlungsprozesses über den Staatsvertrag war das sogenannte „Deutsche Eigentum“. Das gesamte sich im Besitz der Sowjetunion befindende „Deutsche Eigentum“ wurde Österreich gegen Ablöseleistungen überlassen, teilweise konnten diese auch in Form von Warenlieferungen bezahlt werden. Steininger beschreibt, dass die Westmächte durch die Verhandlungen in Moskau mehr oder weniger vor vollendete Tatsachen gestellt wurden.¹⁴⁵ Die ausverhandelten Punkte wurden im „Moskauer Memorandum“ niedergeschrieben.¹⁴⁶

¹⁴²Günter Buchstab, Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957, 499.

¹⁴³Vgl. Pape, Krisen und Irritationen, 521.

¹⁴⁴Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 434-435.

¹⁴⁵Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 140.

¹⁴⁶Memorandum über die Ergebnisse der Besprechungen zwischen der Regierungsdelegation der Republik Österreich und der Regierungsdelegation der Sowjetunion („Moskauer Memorandum“), 15. April 1955, in: Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005, 667-670.

Auf die komplexe Frage, ob die Österreichlösung als Modellfall für Deutschland dienen sollte, kann keine kurze zufriedenstellende Antwort gegeben werden. Bereits 1955 war die Modellfall-These die häufigste Erklärung für die Österreichpolitik der UdSSR.¹⁴⁷ Wie Stourzh hervorhebt, ist es sehr schwer, Aussagen über die Motive der Sowjetunion und ihrer Bereitschaft zu Konzessionen zu treffen, vor allem, weil es quellenmäßig nicht möglich ist, die Vorgänge im Politbüro der Kommunistischen Partei nachzuverfolgen. Er weist darauf hin, dass es auch innerhalb der politischen Führungskräfte der UdSSR starke Meinungsverschiedenheiten über den Abzug der Truppen aus Österreich gab, wobei der wichtigste Gegner Molotow war, der wichtigste Befürworter aber Chruschtschow.¹⁴⁸

Die sowjetische Österreichpolitik in dieser Zeit hatte laut Stourzh vier wichtige Gründe. Erstens war es das Ziel, die Besetzung der Westalliierten in Österreich zu beenden. Die UdSSR war besorgt, dass der österreichische Raum intensiver militärisch genutzt werden würde, nachdem die Bundesrepublik in die NATO eingegliedert wurde. Zeitgleich fanden auch die Vorbereitungen für das eigene Verteidigungsbündnis, den „Warschauer Vertrag“ statt. Dieser wurde am 14. Mai 1955 unterzeichnet, einen Tag vor Unterzeichnung des Staatsvertrages.¹⁴⁹ Steininger weist auch darauf hin, dass militärisch ein neutrales Österreich dazu führte, dass durch den „neutralen Riegel“ Österreich-Schweiz die Verbindungslinien zwischen den NATO-Ländern Deutschland und Italien unterbrochen würden. Jedoch stellte auch der Abzug der eigenen Besatzungstruppen aus Ostösterreich militärstrategisch einen großen Verlust dar.¹⁵⁰

Zweitens weist Stourzh auf einen Zusammenhang mit der Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Jugoslawien hin. Die jugoslawische Regierung forderte schon länger den Abzug aus Österreich, da sich für sie dadurch strategische Vorteile ergeben würden. So soll vom jugoslawischen Vizepräsident Edvard Kardelj auf eine Anfrage der UdSSR, was zu tun wäre, um die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen zu normalisieren, die Regelung der Österreichfrage vorgeschlagen worden sein.¹⁵¹

Drittens hat laut Stourzh die neue Flexibilität von der UdSSR im Fall Österreichs größere Dimensionen, da sie sich auf viele weitere Bereiche der Außenpolitik erstreckt. Dabei nennt er auch die Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien, den Rückzug russischer Truppen aus Port Arthur in China und den Abzug von der Marinebasis in Porkkala-Udd in Finnland.

¹⁴⁷Vgl. Gehler, Modellfall, 1143-1144.

¹⁴⁸Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 453.

¹⁴⁹Vgl. ebd., 463-464.

¹⁵⁰Vgl. Steininger, Sowjetische Österreichpolitik, 552.

¹⁵¹Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 465.

Chruschtschow folgte einer Annäherung an Staaten, welche zwar nicht kommunistisch waren, jedoch nicht amerikanischer „Patronanz“ angehörten.¹⁵² Auch Gehler hebt die Bedeutung Österreichs als vertrauensbildende Maßnahme hervor, welche zur Entspannung und zum Abbau von Konfliktpotential dienen sollte.¹⁵³

Viertens geht Stourzh auf die sogenannte Modellfall-These ein. Bereits 1955 war dies die häufigste Erklärung für die Österreichpolitik der UdSSR. Im Westen wurden Verhandlungserfolge in der Österreichfrage häufig in Zusammenhang mit Deutschland gesehen und angenommen, dass die UdSSR damit versuchte, das neutrale Österreich als positives Beispiel für ein neutrales und vereintes Deutschland darzustellen.¹⁵⁴ Die Schaffung einer bürgerlichen, neutralen Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands wurde immer wieder ins Spiel gebracht, auch mit Hinweis auf Österreich. Sogar die Rückgabe von Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Grenze wurden ins Gespräch gebracht.¹⁵⁵ Bereits 1955 war dies die häufigste Erklärung für die Österreichpolitik der UdSSR. In der anglo-amerikanischen, wie auch in der französischen und deutschen politischen Führungsriege wurde die Modellfall-Wirkung Österreichs durchaus ernst genommen und teilweise auch als Gefahr wahrgenommen.¹⁵⁶ Dieses Thema ist in der historischen Forschung viel und kontrovers diskutiert worden.¹⁵⁷ Inwiefern all diese Angebote und Konzessionen bezüglich eines einheitlichen Deutschlands ernst gemeint waren, ist umstritten. Nach Steininger ist es nicht auszuschließen, dass die Sowjetunion für Österreich die Funktion eines Modellfalls für Deutschland vorgesehen hatte.¹⁵⁸ Stourzh sieht im Gegensatz dazu einen Unterschied zwischen der sowjetischen Rhetorik und der politischen Praxis, in welcher er bereits eine klare Prioritätensetzung betreffend einer Zwei-Staaten-Politik sieht.¹⁵⁹ Er sieht die Österreichlösung 1955 als einen Teil einer größer angelegten, über Europa hinausgehenden Politik der Flexibilität der Sowjetunion. Die Politik der „friedlichen Koexistenz“, in welcher nichtkommunistischen Staaten, die in keinem Militärbündnis mit dem Westen standen, ein neuer Stellenwert eingeräumt wurde.¹⁶⁰ Eine umfangreiche Monografie von Gehler widmet sich dieser Frage.¹⁶¹ Nach seiner Einschätzung lässt sich nicht mit Sicherheit

¹⁵²Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 480-483.

¹⁵³Vgl. Gehler, Modellfall, 1145.

¹⁵⁴Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 141.

¹⁵⁵Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 476.

¹⁵⁶Vgl. Gehler, Modellfall, 1144.

¹⁵⁷Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 466-467.

¹⁵⁸Vgl. Steininger, Sowjetische Österreichpolitik, 551.

¹⁵⁹Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 477.

¹⁶⁰Vgl. ebd., 484.

¹⁶¹Gehler, Modellfall.

verneinen, dass die Sowjetunion die Österreichlösung tatsächlich als Modell für Deutschland betrachtete.¹⁶²

Am 2. Mai 1955 fand schließlich eine Botschafterkonferenz in Wien statt, im Gebäude des Alliierten Rates am Schwarzenbergplatz. Es fanden zehn Sitzungen zwischen 2. und 13. Mai statt.¹⁶³ Gleichzeitig gab es Verhandlungen zwischen Österreich und den westlichen Mächten, in denen Entschädigungs- und Rückstellungsverpflichtungen Österreichs gegenüber Firmen aus diesen Staaten verhandelt wurden. Auch hierbei kam es zu Entschädigungszahlungen in Höhe von mehreren Millionen Dollar und der Entstaatlichung von westlichen Erdölbetrieben, wobei das „Deutsche Eigentum“, welches den Westmächten zugefallen war, ohne Ablösesumme an Österreich übergeben wurde.¹⁶⁴ Am 14. Mai fand in Wien schließlich eine Außenministerkonferenz statt.¹⁶⁵ Eine Änderung am Staatsvertragstext wurde an der Außenministerkonferenz noch beantragt: Außenminister Figl beantragte die Streichung der sogenannten „Mitverantwortlichkeitsklausel“.¹⁶⁶ In diesem dritten Absatz der Präambel des Staatsvertrages war von der Verantwortlichkeit Österreichs für die Teilnahme am Krieg als Teil des Deutschen Reiches die Rede.¹⁶⁷ Vom Außenministerium ist die Streichung immer wieder damit argumentiert worden, dass damit eine nichtdeutsche Armeetradition erst ermöglicht werden würde und alle weiteren „Anschluss“-Träume verhindert würden. Diese endgültige Trennung von Deutschland war nach Rathkolb ein starker Beweggrund der Sowjetunion, der Streichung der „Mitverantwortlichkeitsklausel“ zuzustimmen.¹⁶⁸ Dies ist bereits von Raab in Moskau ins Gespräch gebracht worden, von Molotow jedoch abgelehnt worden. Auch in der Botschafterkonferenz wurde ein weiterer Versuch unternommen, diese Klausel zu verhandeln, was jedoch wiederum von der UdSSR abgelehnt worden war. Erst am Tag vor Unterzeichnung des Staatsvertrages stimmten Dulles, Macmillan, Pinay und auch Molotow zu, diese Formulierung aus dem Staatsvertrag zu streichen.¹⁶⁹

2.7 Der Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages

Zur Unterzeichnung im Schloss Belvedere war ein großangelegter Staatsakt geplant, der mit umfangreicher Vorbereitung wie Beflaggung und aufwändiger Einrichtung des Schloss

¹⁶²Vgl. Gehler, Modellfall, 1143.

¹⁶³Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 497.

¹⁶⁴Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 140.

¹⁶⁵Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 516-517.

¹⁶⁶Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 394.

¹⁶⁷Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 517.

¹⁶⁸Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 394.

¹⁶⁹Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 519-520.

Belvedere, insbesondere des Marmorsaals, in welchem die Unterzeichnung stattfinden sollte, einherging.¹⁷⁰ Das historische Schloss des Prinz Eugen als Ort der Unterzeichnung ist auch als Theatralisierung österreichischer Geschichte zu sehen.¹⁷¹ Das Schloss Belvedere wurde nicht zuletzt deshalb ausgewählt, da der Abschluss des 10 Jahre dauernden Verhandeln um den Staatsvertrag nicht auf alliierter Boden, also dem Kontrollratsgebäude am Schwarzenbergplatz, stattfinden sollte, sondern auf österreichischem Boden.¹⁷² Der Heldenplatz als wichtiger österreichischer Erinnerungsort kam nicht in Frage, da die jubelnden Massen zu sehr an März 1938 erinnert hätten, als der „Anschluss“ bejubelt wurde.¹⁷³ Die ehemalige Sommerresidenz von Prinz Eugen eignete sich auch dafür, an alte Vorgänger anzuknüpfen. Prinz Eugen war nicht nur ein Heerführer im „Österreichischen Heldenzeitalter“ und als christlicher Sieger über die Türken bekannt. Auch in späterer Zeit wurde er geradezu zu einem „säkularen Landespatron“ hochstilisiert. Besonders in der Zeit des Ersten Weltkrieges wurde immer wieder auf ihn Bezug genommen.¹⁷⁴ In der Zeit der Kanzlerdiktatur wurden besonders die Gedenkjahre 1933, dem 250. Jahrestag der Zweiten Türkenbelagerung, und 1936, dem 200. Todestag von Prinz Eugen, dazu verwendet, den Mythos des Prinz Eugen zu inszenieren und ihn dabei als österreichische Identifikationsfigur zu feiern.¹⁷⁵ In der Nachkriegszeit wurde Prinz Eugen häufig als typischer bzw. idealer Österreicher dargestellt.¹⁷⁶ Prinz Eugen spielt im kollektiven Gedächtnis in Bezug auf den Staatsvertrag jedoch kaum eine Rolle.¹⁷⁷ Wegan weist jedoch darauf hin, dass es unsicher ist, ob diese Entscheidung wirklich eine bewusste Codierung war, oder ob im Nachhinein der Entscheidung Bedeutung zugeschrieben wird, welche sie im zeitgenössischen Kontext nicht hatte. Ursprünglich war geplant, die Unterzeichnung und den festlichen Empfang im Schloss Schönbrunn abzuhalten. Aus organisatorischen Gründen konnten nicht beide Zeremonien im selben Gebäude abgehalten werden, daher wick man ins Belvedere aus.¹⁷⁸

¹⁷⁰Vgl. Verena Traeger, Der Staatsvertragssonntag, in: Günter Dürriegl (Hg.), Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, hg. Günter Dürriegl, Wien 2005, 150-166, 150-154.

¹⁷¹Vgl. Susanne Breuss/Karin Liebhart/Andreas Pribersky, Rituale des nationalen Gedenkens – die Schweiz, Frankreich, Österreich und Deutschland im Vergleich, in: Emil Brix/Hannes Stekl (Hg.), Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Wien/Köln/Weimar 1997, 395-418, 405.

¹⁷²Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 525.

¹⁷³Vgl. Katharina Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag. Über österreichische Eigenbilder zum Staatsvertragsjubiläum, URL: <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=417&index=890> (abgerufen 7. 6. 2020), 15.

¹⁷⁴Vgl. Peter Stachel, Mythos Heldenplatz. Hauptplatz und Schauplatz der Republik, Graz/Klagenfurt 2018, 142-143.

¹⁷⁵Vgl. ebd., 145.

¹⁷⁶Vgl. ebd., 149-151.

¹⁷⁷Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 49.

¹⁷⁸Vgl. Katharina Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag. Über österreichische Eigenbilder zum Staatsvertragsjubiläum, in: Moritz Csáky/Klaus Zeyringer (Hg.), Inszenierungen des kollektiven Gedächtnisses. Eigenbilder, Fremdbilder, Innsbruck 2002, 193-219, 207.

Vordergründig gab es also praktische Gründe, die Unterzeichnung im Schloss Belvedere abzuhalten, besonders da viele andere Prunkbauten in Wien erst renoviert wurden. Die Staatsoper beispielsweise wurde erst einige Monate später neu eröffnet. Auch im Oberen Belvedere selbst wurde die Reparatur der Schäden von Bombentreffern erst 1954 abgeschlossen.¹⁷⁹

Bereits gegen 8 Uhr hatten sich am 15. Mai 1955 die ersten Schaulustigen vor den Toren des Unteren Belvedereparks eingefunden, ab 9 Uhr wurde ein Tor für die Besucher geöffnet.¹⁸⁰ Ab 11 Uhr trafen der Reihe nach die ausländischen Delegationen im Schloss ein. Unterzeichnet wurde der Staatsvertrag an einem über sechs Meter langen Tisch im Marmorsaal des Schlosses Belvedere. Der Staatsvertrag, ein 300 Seiten langes Vertragswerk, in grünem Leder gebunden und mit dem Österreichischen Bundeswappen bedruckt, wurde der Reihe nach den Unterzeichnern vorgelegt.¹⁸¹ Unterzeichnet wurde er von den Außenministern der Besatzungsmächte sowie den jeweiligen Hochkommissaren und Botschaftern wie auch vom österreichischen Außenminister Leopold Figl. Nach der Unterzeichnung wurden von den Außenministern Ansprachen gehalten. In der Rede von Molotow wurde bereits zu diesem Zeitpunkt die Bedeutung des Staatsvertrages als Beispiel für die Lösung internationaler Probleme genannt.¹⁸² Leopold Figl beendete seine Rede mit den berühmten Worten „Österreich ist frei!“. Das originale Staatsvertragsdokument wurde in Moskau hinterlegt, wie bereits 1947 vereinbart worden war. Um 12 Uhr läuteten in ganz Österreich die Glocken. Im Belvederegarten hatten sich tausende Menschen versammelt. Als die Unterzeichner auf den Balkon traten, jubelte die Menge. Figl zeigte den unterschriebenen und gesiegelten Vertrag vom Balkon. Vor dem Schloss wurden Luftballons verkauft, mit der Aufschrift „Wir sind frei“. Auch wurden in Wien Flugblätter verteilt, in welchem der Text „Neutralität brachte den Staatsvertrag“ geschrieben stand. Auch eine Sonderbriefmarke war erhältlich.¹⁸³

Später wurde die politische Delegation von Bundespräsident Theodor Körner zum Mittagessen in der Hofburg empfangen.¹⁸⁴ Um 17 Uhr wurde im Stephansdom ein feierliches Te Deum abgehalten. Dabei war beinahe die gesamte österreichische Bundesregierung anwesend, wie auch der französische und britische Außenminister. Anschließend fand am Heldenplatz eine

¹⁷⁹Vgl. Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag, 208.

¹⁸⁰Vgl. Traeger, Der Staatsvertragssonntag, 155.

¹⁸¹Vgl. ebd., 157-158.

¹⁸²Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 525.

¹⁸³Vgl. Traeger, Der Staatsvertragssonntag, 158-159.

¹⁸⁴Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 525.

Kranzniederlegung statt.¹⁸⁵ Um 19 Uhr wurde zum Bankett und anschließenden Empfang im Schloss Schönbrunn geladen.¹⁸⁶ Aufgrund des schlechten Wetters musste eine Aufführung des Wiener Staatsopernballetts abgesagt werden, für welche extra im Schlossgarten eine Tanzfläche wie auch ein Podium für das Orchester errichtet worden war. Das Orchester der Wiener Staatsoper intonierte jedoch in der Großen Galerie ein kurzes Konzert.¹⁸⁷

Im Marmorsaal des Belvedere war auch Sergius Pauser anwesend. Der Akademieprofessor für Bildnismalerei war vom Unterrichtsministerium beauftragt worden, den denkwürdigen Moment der Unterzeichnung festzuhalten. Doch sein Ölgemälde gefiel Bundeskanzler Julius Raab nicht, welcher ihm den Auftrag entzog und Robert Fuchs übergab. Dieser wurde schließlich zum Staatsvertragsmaler, ohne dass er selbst beim Staatsakt anwesend gewesen wäre. In Künstlerkreisen wurde diese Art der öffentlichen Auftragsvergabe stark kritisiert, was sich auch in zeitgenössischer Berichterstattung niederschlug. Kritisiert wurde unter anderem auch der fotografisch genaue Malstil von Fuchs.¹⁸⁸ Die beiden „Staatsvertragsgemälde“, das Gruppenporträt von Robert Fuchs wie auch die von Raab abgelehnte Ölstudie von Sergius Pauser, hängen heute im ersten Stock des Bundeskanzleramtes im Marmorecksalon.¹⁸⁹

2.7.1 Mediale Inszenierung

Der Staatsvertrag als Mythos der österreichischen Geschichte wurde dementsprechend inszeniert. Die Unterzeichnung, als rein diplomatischer Akt, wurde feierlich begangen und pathetisch überhöht. Besonders wichtig war dabei die mediale Inszenierung in der Austria Wochenschau.¹⁹⁰ Zeitungen berichteten Tage davor bereits von den Vorbereitungen. MitarbeiterInnen der Bundesmobilienvverwaltung richteten ein Gedenkbuch ein, in dem die Zeremonien protokolliert wurden und diverse Fotos und Zeitungsausschnitte ihren Platz fanden.¹⁹¹ Für die Ausstattung der Unterzeichnungszeremonie griff man auf die Bundesmobilienvverwaltung zurück, das ehemalige Hofmobiliendepot. Dabei wurde das passende

¹⁸⁵Vgl. Traeger, Der Staatsvertragssonntag, 161.

¹⁸⁶Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 525.

¹⁸⁷Vgl. Traeger, Der Staatsvertragssonntag, 164.

¹⁸⁸Vgl. Verena Traeger, Das Staatsvertragsgemälde. Ein Staatsauftrag mit Schönheitsfehlern, in: Günter Dürriegl (Hg.), Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, hg. Günter Dürriegl, Wien 2005, 167-180, 167.

¹⁸⁹Vgl. Traeger, Das Staatsvertragsgemälde, 179.

¹⁹⁰Vgl. Barbara Boisits/Peter Stachel/Heidemarie Uhl, Mythos Staatsvertrag – Mythos Musik, in: Österreichische Musikzeitschrift Vol. 60 (2005), 4-11, 4.

¹⁹¹Vgl. Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag, 208.

Mobiliar aufwändig zusammengesucht und teilweise erst restauriert.¹⁹² Auch für das Dejeuner in der Wiener Hofburg wie auch für das abendliche Staatsdiner im Schloss Schönbrunn wurden Möbel zur Verfügung gestellt. Ottillinger meint, dass die Möbel aus der Zeit der Habsburger-Monarchie durch ihre Repräsentation der „neuen“ Zweiten Republik einen identitätsstiftenden Charakter hatten.¹⁹³

Im kollektiven Gedächtnis hat sich besonders der Ausspruch Leopold Figls „Österreich ist frei“ als audiovisueller Gedächtnisort eingepägt. Diese Worte werden immer noch untrennbar mit der berühmten Balkonszene in Verbindung gebracht, obwohl Figl diese Worte dort gar nicht gesprochen hat. Selbst einige Zeitzeugen meinten im Nachhinein, die Worte gehört zu haben.¹⁹⁴ Der Zusammenhang zwischen der Balkonszene und dem berühmten Ausspruch Figls wird augenscheinlich, wenn man bedenkt, dass sogar in der Veröffentlichung des Bundespressedienstes des Bundeskanzleramtes im Jubiläumsjahr 2005 die falsche Behauptung, dass der Ausspruch am Balkon des Schloss Belvedere gesprochen wurde, zu finden ist.¹⁹⁵ In diesem Zusammenhang ist die Darstellung in der Austria Wochenschau besonders wichtig für das Überschreiben der Realität mit einer audiovisuellen Repräsentation derselben. Dabei ist auch der Aspekt der Musik wichtig. Für die Konstruktion einer österreichischen Identität spielt die Musik eine besondere Rolle.¹⁹⁶ Die Austria Wochenschau berichtete über den Staatsvertrag in zwei Sonderberichten. Einmal am 20. Mai 1955 (No 21) und am 28. Oktober 1955 (No 44). Dabei wurde dasselbe Filmmaterial verwendet, welches in Farbe gedreht wurde. Der erste Sonderbericht wurde jedoch in schwarz-weiß entwickelt und gezeigt. Dieser erste Beitrag wird überschwänglich und euphorisch kommentiert, der zweite enthält ruhigere und gemäßigtere Kommentare, mit zurückgenommener Stimme gesprochen.¹⁹⁷ In der ersten Sonderausgabe wird, nachdem die Ankunft der Außenminister gezeigt wurde, das Tor des Belvedere gezeigt, wie es sich wie von selbst öffnet.¹⁹⁸ Musikalisch wird dies mit Musik von Ludwig van Beethoven unterlegt. Die Oper „Fidelio“, welche zu hören ist, integriert die Thematik der Freiheit und Befreiung musikalisch, da Fidelio als Beethovens „Freiheitsoper“ gilt.¹⁹⁹ Das sich öffnende Tor

¹⁹²Vgl. Eva B. Ottillinger, Möbel für den Staatsvertrag. Eine Bildergeschichte, in: Eva B. Ottillinger (Hg.), Möbeldesign der 50er Jahre. Wien im internationalen Kontext (Publikationsreihe der Museen des Mobiliendepots 20), Wien/Köln/Weimar 2005, 16-17.

¹⁹³Vgl. ebd., 18.

¹⁹⁴Vgl. Boisits/Stachel/Uhl, Mythos Staatsvertrag, 4.

¹⁹⁵Vgl. ebd., 10.

¹⁹⁶Vgl. ebd., 4.

¹⁹⁷Vgl. Hans Petschar/Georg Schmid, Erinnerung & Vision. Die Legitimation Österreichs in Bildern. Eine semiohistorische Analyse der Austria Wochenschau 1949-1960, Graz 1990, 40.

¹⁹⁸Vgl. ebd., 46.

¹⁹⁹Vgl. Boisits/Stachel/Uhl, Mythos Staatsvertrag, 4.

symbolisiert also das Tor zur Freiheit, welches sich geöffnet hat.²⁰⁰ Das berühmte Trompetensignal kündigt die Freiheit in der Oper an und wurde auch von der Austria Wochenschau direkt während der Unterzeichnung des Staatsvertrages eingefügt.²⁰¹ Als deutlicher akustischer Bruch ist Figls Ausruf „Österreich ist frei!“ im Originalton zu hören. Figl selbst gab diesem Moment, wie Petschar/Schmid in einer Bild-für-Bild Analyse gezeigt haben, einen performativen Charakter. Mit einer Bewegung des Abstoßens nimmt er ein Blatt Papier in die Hand, steht auf und wirft es von sich. Die zweite Sonderausgabe ist bereits geprägt von Geschichtsschreibung bzw. -konstruktion, während die erste Sonderausgabe noch von der Unmittelbarkeit des Ereignisses geprägt war. Filmdramaturgisch wurde eingegriffen, indem der berühmte Satz Figls nun aus dem Off zur Balkonszene eingespielt wird. In der berühmten Balkonszene wird in einer Schuss-Gegenschuss-Montage abwechselnd die jubelnde Menschenmenge im Belvederegarten in einer Totalen gezeigt, mit der Silhouette von Wien im Hintergrund, und die berühmte Szene am Balkon.²⁰² Auf der Musikebene wird bei der Sequenz der Staatsvertrags-Unterzeichnung nicht mehr Beethovens Fidelio gespielt, sondern mit dem ersten Satz der „Jupitersymphonie“ von Mozart unterlegt. Die letzte Szene zeigt, wie die Bevölkerung, vor Freude über den Abzug der Soldaten, im Wiener Stadtpark vor dem Strauß-Denkmal zum „Donauwalzer“ tanzt.²⁰³ Die Reportage endet mit der Bundeshymne und Bildern österreichischer Landschaften und Bauwerke.²⁰⁴ Die österreichische Kulturpolitik in der Nachkriegszeit stellte das musikalische Erbe Österreichs in den Mittelpunkt, besonders die klassische Musik.²⁰⁵ So scheint es wenig überraschend, dass Werke der beiden Komponisten Mozart und Beethoven gewählt wurden, um die Staatsvertragsunterzeichnung medial zu untermalen. Befreiung ist hier eher mit der Befreiung von der alliierten Besatzung in Verbindung gebracht als mit der Befreiung vom Nationalsozialismus.²⁰⁶ Auch die Wiener Staatsoper wurde mit einer Aufführung von Fidelio am 5. November 1955 wiedereröffnet, wobei die Wahl auch hier bewusst auf die „Freiheitsoper“ fiel.²⁰⁷ Die Wahl der Jupitersymphonie ist anderweitig konnotiert. Mozart, als weltbekannter Komponist, dem aber jede politisch-revolutionäre

²⁰⁰Vgl. Petschar/Schmid, Erinnerung & Vision, 46.

²⁰¹Vgl. Boisits/Stachel/Uhl, Mythos Staatsvertrag, 4.

²⁰²Vgl. Petschar/Schmid, Erinnerung & Vision, 47.

²⁰³Vgl. Boisits/Stachel/Uhl, Mythos Staatsvertrag, 6.

²⁰⁴Vgl. Petschar/Schmid, Erinnerung & Vision, 49.

²⁰⁵Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 331.

²⁰⁶Vgl. Boisits/Stachel/Uhl, Mythos Staatsvertrag, 7.

²⁰⁷Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 339.

Konnotation fehlt, steht für ein neues Selbstverständnis als kleines, neutrales Land, welches sich als kulturelle Großmacht inszeniert.²⁰⁸

Ina Markova bezeichnet die Bilder der Unterzeichnung und Präsentation des Staatsvertrages vom Balkon des Belvedere aus als „[...] *die* Schlüsselbilder der Zweiten Republik [...]“.²⁰⁹ Die Bilder vom Staatsvertragssonntag wurden zum Symbol der endgültig errungenen Freiheit Österreichs. Meist werden Bilder der Präsentation des Staatsvertrages in Bezug zu Bildern der jubelnden Menge im Belvederergarten gesetzt.²¹⁰

3 Erinnerungskultur in Österreich nach 1945

3.1 Kollektives Gedächtnis

Bereits in den 1920er-Jahren prägte der französische Soziologe Maurice Halbwachs den Begriff des „kollektiven Gedächtnis“. In seiner Schrift „Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen“ schreibt er, dass von der Vergangenheit bleibt, „[...] was die Gesellschaft in jeder Epoche mit ihren gegenwärtigen Bezugsrahmen rekonstruieren kann.“²¹¹ Nach Heidemarie Uhl ist die Übersetzung dieses Werks ins Deutsche im Jahr 1985 auch im Kontext des erwachenden Interesses für Gedächtnis in der Mitte der 1980er-Jahre zu sehen.²¹² Jan Assmann versteht in seinem Konzept das kulturelle Gedächtnis als einen Bestand kollektiv geteilten Wissens:

„Unter dem Begriff des kulturellen Gedächtnisses fassen wir den jeder Gesellschaft und jeder Epoche eigentümlichen Bestand an Wiedergebrauchs-Texten, -Bildern und -Riten zusammen, in deren ‚Pflege‘ sie ihr Selbstbild stabilisiert und vermittelt, ein kollektiv geteiltes Wissen vorzugsweise (aber nicht ausschließlich) über die Vergangenheit, auf das eine Gruppe ihr Bewußtsein von Einheit und Eigenart stützt.“²¹³

Das kulturelle Gedächtnis hat Fixpunkte, besondere Ereignisse der Vergangenheit, welche „durch kulturelle Formung (Texte, Riten, Denkmäler) und institutionalisierte Kommunikation (Rezitation, Begehung, Betrachtung) wachgehalten wird.“²¹⁴ Diese werden von Assmann als „Erinnerungsfiguren“ bezeichnet. Im Fluss der alltäglichen Kommunikation sind diese Riten

²⁰⁸Vgl. Boisits/Stachel/Uhl, Mythos Staatsvertrag, 7.

²⁰⁹Ina Markova, Die NS-Zeit im Bildgedächtnis der Zweiten Republik, Innsbruck/Wien/Bozen 2018, 65.

²¹⁰Vgl. ebd., 65-66.

²¹¹Maurice Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Berlin/Neuwied 2019, 390.

²¹²Vgl. Heidemarie Uhl, Warum Gesellschaften sich erinnern, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Erinnerungskulturen (Informationen zur Politischen Bildung 32), Innsbruck/Wien/Bozen 2010, 5-14, 5.

²¹³Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt am Main 1988, 9-19, 15.

²¹⁴Assmann, Kollektives Gedächtnis, 12.

Zeitinseln, etwas aus einer völlig anderen Zeit Entnommenes.²¹⁵ Neben Jan Assmann ist der Zusammenhang von Identität und Gedächtnis in kulturwissenschaftlicher Gedächtnistheorie besonders grundlegend von Pierre Nora weiterentwickelt worden. Er prägte den Begriff der „Gedächtnisorte“ in Bezug auf die Nation Frankreich, welche jedoch als allgemeingültig für alle vorgestellten Gemeinschaften gesehen werden kann.²¹⁶ Er definierte diese als „Orte“ – in allen Bedeutungen des Wortes – [...], in denen sich das Gedächtnis der Nation Frankreich in besonderem Maße kondensiert, verkörpert oder kristallisiert hat.²¹⁷ Oliver Marchart hat schließlich die Theorie des kollektiven Gedächtnisses weitergeführt, um einen Anknüpfungspunkt an die Diskursanalyse zu schaffen.²¹⁸

„Wir gehen axiomatisch davon aus, dass kollektives Gedächtnis in einem Spannungsfeld konkurrierender, zum Teil widersprüchlicher Erinnerungserzählungen entsteht, die ein Kräftefeld konstituieren, in dem die dominanten, mit (wieder unterschiedlich ausgeprägter) Definitionsmacht ausgestatteten Diskurse wechselseitig aufeinander wirken und Geschichtsbilder prägen, die eine wichtige Rolle in der Produktion und Durchsetzung der historischen und je gegenwärtigen Identität einer Gemeinschaft spielen.“²¹⁹

Dabei bezieht sich Marchart auf die grundlegenden Arbeiten von Laclau und Mouffe.²²⁰ Näheres zu deren Theorie und den Bezug von Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse wird im Methodenkapitel beschrieben. Marchart definiert auch die drei grundlegenden Begriffe „Vergangenheit“, „kulturelle Erinnerung“ und „kollektives Gedächtnis“. Vergangenheit wird definiert „als in sich heterogene, aber dennoch hegemoniale (wenn auch nicht unherausgeforderte) Gesamtheit jener Diskurse, mit der sich die Gemeinschaft auf ihrer Zeitachse selbst beschreibt und als Identität wiedererkennt/konstruiert.“²²¹ Hier ist zu erwähnen, dass dies durch den Konstruktionscharakter durch Lücken, Sprünge, Brüche „widersprüchliche (Un-) Gleichzeitigkeiten“²²² geprägt ist. Diese Zeitachse, auf welcher sich eine Gemeinschaft erzeugt und ihre Identität findet, ist meist in einem imaginären Gründungsereignis verankert.²²³

²¹⁵Vgl. Assmann, Kollektives Gedächtnis, 12.

²¹⁶Vgl. Pierre Nora, Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990, 7.

²¹⁷Ebd., 7.

²¹⁸Vgl. Oliver Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung, in: Ljiljana Radonic/Heidemarie Uhl (Hg.), Gedächtnis im 21. Jahrhundert: Zur Neuverhandlung eines kulturwissenschaftlichen Leitbegriffs, Bielefeld 2016, 43-77, 43.

²¹⁹Ebd., 45.

²²⁰Ernesto Laclau, New Reflections on the Revolution of Our Time, London/New York 1990. Ernesto Laclau/Chantal Mouffe, Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 1991.

²²¹Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis, 46.

²²²Ebd., 46.

²²³Vgl. ebd., 46.

Marchart betont auch mit Bezug auf Judith Butler²²⁴, dass Narrative der Vergangenheit in sich selbst diachron strukturiert sind, zeitliche Ereignisse also in einer zeitlichen Abfolge aneinandergereiht werden. Jedoch werden sie immer in der Gegenwart synchron aktualisiert. Die Vergangenheit wird also, aus Sicht der politischen Diskurse, stets in der jeweiligen Gegenwart aktualisiert. Um noch Geltung zu besitzen müssen Vergangenheitsnarrative mithilfe von Wiederholung aktualisiert werden, ansonsten laufen sie Gefahr, ihre Hegemonie und ihre Gültigkeit zu verlieren und an andere Versionen der Vergangenheit abzugeben. Diese Wiederholung der Narrative hat ein performatives Element. Durch diesen stetigen Prozess der Aktualisierung kann auch eine endgültige Fixierung der Vergangenheit nicht möglich sein, es entstehen Abweichungen und Varianten, auch Scheitern ist letztendlich möglich.²²⁵ Kulturelle bzw. gesellschaftliche Erinnerung wird von Marchart „[...] als Konstruktion der Identität von Gemeinschaft entlang ihrer diskursiven Zeitachse“²²⁶ definiert. In Bezug auf das kollektive Gedächtnis ist zu erwähnen, dass in diesem Kontext auch kollektive Identität als konstruiert betrachtet werden muss.²²⁷ Das kollektive Gedächtnis einer Gemeinschaft definiert Marchart „als das sedimentierte Ensemble hegemonialer und damit allgemein weitgehend abrufbarer Vergangenheitsdiskurse, deren kontingenter Ursprung aus einem politischen Konstruktionsakt zwar vergessen wurde, aber jederzeit (qua Antagonisierung) reaktivierbar ist.“²²⁸

In der Begrifflichkeit bezieht sich Marchart auf Husserl. Husserl beschrieb für die Wissenschaftsdisziplinen den Prozess der Routinisierung, wodurch das Ursprüngliche, durch das sie entstanden sind, immer weiter in Vergessenheit gerät.²²⁹ Dieses Konzept bringt Laclau in Verbindung mit dem Feld des Diskursiven:

“Insofar as an act of institution has been successful, a ‘forgetting of the origins’ tends to occur; the system of possible alternatives tends to vanish and the traces of the original contingency to fade. In this way, the institution tends to assume the form of a mere objective presence. This is the moment of sedimentation. It is important to realize that this fading entails a concealment.”²³⁰

Durch Reaktivierung kann deutlich werden, dass der ursprüngliche Konstruktionsakt kontingenter Natur war. Interessant ist hierbei Marcharts Feststellung, dass Sedimente und routinierte Praxen nur durch den Ausschluss anderer, möglicher Alternativen naturalisiert

²²⁴Judith Butler, *Haß spricht. Zur Politik des Performativen*, Frankfurt am Main 2006.

²²⁵Vgl. Marchart, *Das historisch-politische Gedächtnis*, 46.

²²⁶Ebd., 46.

²²⁷Vgl. ebd., 47.

²²⁸Ebd., 47.

²²⁹Edmund Husserl, *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie. Eine Einleitung in die phänomenologische Philosophie*, Hamburg 2012.

²³⁰Laclau, *New Reflections*, 34.

wurden.²³¹ Durch das Auftauchen von Antagonismen können Sedimente in ihrem historischen Charakter erkannt werden und in ihrer Selbstverständlichkeit hinterfragt werden. Reaktivierung bedeutet nicht, dass die ursprüngliche Situation wiederhergestellt wird, sondern neu entdeckt und in ihrer „objektiven Realität“ in Frage gestellt werden kann, indem historische Alternativen offenbar werden. Das Feld der sedimentierten Praxis ist bei Laclau das Soziale.²³² Marchart führt dies weiter und beschreibt sie in Bezug auf die Zeitachse als das kollektive Gedächtnis einer Gemeinschaft:

„So lässt sich das kollektive Gedächtnis beschreiben als geschichtetes Feld von Sedimentierungen, deren kontingenter Ursprung in der Auseinandersetzung konkurrierender Vergangenheitsdefinitionen vergessen wurde, nachdem sich eine bestimmte Vergangenheitsversion durchgesetzt hat und hegemonial geworden ist.“²³³

Im Begriff des kollektiven Gedächtnisses ist auch impliziert, dass „individuelles“ und kollektives Gedächtnis miteinander verbunden sind. Hierzu meint Halbwachs: „[...] daß das Individuum sich erinnert, indem es sich auf den Standpunkt der Gruppe stellt, und daß das Gedächtnis der Gruppe sich verwirklicht und offenbart in den individuellen Gedächtnissen.“²³⁴

3.2 Funktionen von Jubiläen als Staatsakte

Durch den institutionellen Mechanismus eines historischen Jubiläums werden kulturelle Überlieferungen aktualisiert und dadurch tradiert. Organisationen und Akteure wählen dadurch in periodischen Abständen zentrale Elemente der eigenen Geschichte aus, verwenden sie zur Inszenierung oder Repräsentation. Dadurch sind die Erinnerungssituation und die Jubiläumsveranstaltung selbst ein Thema der Geschichtswissenschaft. Jubiläen informieren also weniger darüber, was historisch geschehen ist, als über die Erinnerungssituation selbst und wie in ihr auf Geschichte zugegriffen wird. Jubiläen können auf unterschiedliche Art und Weise Informationen liefern:²³⁵

„[...] im retrospektiven Sinn, indem deutlich wird, welche Elemente des Traditionsfundus der institutionellen Eigengeschichte aktualisiert und inszeniert werden, welche der Vergessenheit anheimfallen oder bewusst ausgeklammert werden; unter prospektivem Aspekt, welche

²³¹Vgl. Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis, 47-48.

²³²Vgl. Laclau, New Reflections, 34- 35.

²³³Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis, 48.

²³⁴Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, 23.

²³⁵Winfried Müller, Das historische Jubiläum. Zur Geschichtlichkeit einer Zeitkonstruktion, in: Winfried Müller (Hg.), Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus (Geschichte, Forschung und Wissenschaft 3), Münster 2004, 1-76, 4.

programmatischen Botschaften mit der Inszenierung von Teilelementen des Traditionsfundus im Prozess der Selbstgenerierung vermittelt werden sollen.²³⁶

„Erinnern“ ist nichts statisch Gegebenes, sondern eine aktive Handlung. Durch die aktive Erinnerungsleistung wird ein historisches Ereignis erst für die Gegenwart aufbereitet und konstruiert. Die Art und Weise, in welcher ein vergangenes Ereignis politisch konstruiert wird, ist beschränkt, besonders durch gegenläufige Konstruktionen. Jede Version der Vergangenheit muss sich gegen andere durchsetzen, keine gesellschaftliche Instanz besitzt die alleinige Definitionshoheit. Diese Versionen der Vergangenheit sind beschreibbar, verschiedene konkurrierende Diskurse in ihrem Kräfteverhältnis und ihren Strategien analysierbar.²³⁷ Bei diesen feierlichen Anlässen ist häufig der Staat eine zentrale Instanz der Deutungsmacht und der wichtigste Akteur im Hinblick auf die Aktualisierung des Erinnerungskanons.²³⁸ Erinnert und gefeiert werden nur Ereignisse, welche für den Staat bzw. die Gesellschaft Erinnerungswert besitzen. Durch das Gedenken wird Einheit und intensives Bewusstsein von Zusammengehörigkeit in der Gegenwart hergestellt.²³⁹ Meist wird Einheit durch gemeinsames Erinnern an einen Ursprung, Gründung, militärische oder politische Erfolge, wie etwa siegreich beendete Kriege oder erfolgreiche Revolutionen konstruiert.²⁴⁰ Durch das Jubiläum als Symbol für die eigene Geschichte wird versucht, eine Verbindung von der Vergangenheit zur Gegenwart herzustellen. Durch Inszenierungen sollen Traditionsbewusstsein und Identität gestärkt werden. Dabei spielt laut Müller auch mit, dass Traditionen teilweise erst erfunden werden und Jubiläen als ein Instrument der Erinnerungspolitik verwendet werden. Dabei ist nicht nur die Vergangenheit wichtig, sondern auch die Vermittlung einer positiven Zukunft, daher wird die Inszenierung meist auch mit zukünftigen Erwartungen verknüpft.²⁴¹

„Die im Jubiläum inszenierte Geschichte ist kein auf ein Verfallsdatum zulaufender Niedergang, sondern ein mit Hoffnungen und Wünschen besetzter Merkposten. Es geht immer auch um eine Verlängerung der Geschichte in die Zukunft und um deren Antizipation. Die im Jubiläum inszenierte Tradition hat, so will es ja auch die festspezifische Rhetorik, stets eine lebendige zu sein, die bewahrungswert und auch in die Zukunftentwicklungsfähig ist.“²⁴²

²³⁶Müller, Das historische Jubiläum, 3.

²³⁷Vgl. Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis, 53.

²³⁸Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 27.

²³⁹Vgl. Ernst Bruckmüller, Nation Österreich – Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, Wien/Köln/Graz 1996, 10.

²⁴⁰Vgl. ebd., 354.

²⁴¹Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 2.

²⁴²Ebd., 2-3.

Bedeutend ist hierbei auch die Kontinuität von Gedenkfeiern. Es wird der Versuch unternommen, die Vergangenheit in ritualisierter Form zu vergegenwärtigen, wobei Traditionszusammenhänge und Geschichtsinterpretationen gebündelt werden. Nationale Gedenktage stellen zentrale Bezugspunkte für die Inszenierung eines Wir-Gefühls dar.²⁴³ Nach Aleida Assmann stabilisieren Jubiläen und Gedenktage „[...] Erinnerungen durch mehr oder weniger regelmäßige Wiederholungen als Sinn- und Identitätsangebot bzw. als zukunftsgerichtete Handlungsverpflichtung für folgende Generationen.“²⁴⁴ Assmann unterscheidet drei zentrale Funktionen von Jahrestagen. Erstens sind Jahrestage Anlässe für Partizipation und Interaktion, eine performative Form der Reaktivierung und Wiederholung. Mit der Reaktivierung geht einher, eine neue und gemeinsame Erfahrungsbildung zu schaffen. Vergangenheit und Gegenwart werden verwoben, durch den performativen Akt wird die Vergangenheit vergegenwärtigt. Zweitens erfüllen Jahrestage häufig die Funktion einer „Wir-Inszenierung“, in welcher vorgestellte Gemeinschaften wie beispielsweise Nationen sich selbst so darstellen und wahrnehmen, wie sie selbst beanspruchen zu sein. Jahrestage sind also Anlässe für die Formung und Stärkung kollektiver Identität. Als dritte Funktion sieht Assmann einen wiederkehrenden Anstoß zur Reflexion. Geschehnisse, die zeitlich immer weiter in die Ferne rücken, werden der Öffentlichkeit in periodischen Abständen wieder ins Bewusstsein geführt.²⁴⁵ Dabei ändert sich stets die Art und Weise, wie etwas zurückgeholt wird und die Jahrestage unterscheiden sich voneinander. Durch diese stetige Wandlung der Jubiläen sieht Assmann „[...] den unabschließbaren Rezeptionsprozess und offenen Deutungshorizont der kulturellen Gedächtnisbestände.“²⁴⁶

Besonders Gedenktage, die vom Staat veranstaltet werden, hatten stets eine politische Funktion, welche der Bestätigung und Bewahrung von bestehenden Verhältnissen diene. Dabei werden Traditionen demonstriert und dem politischen System gegenüber Identifikation und Loyalität hergestellt. Dazu gehört auch, dass ein möglichst einheitliches Geschichtsbewusstsein geschaffen werden soll.²⁴⁷ Während Geschichte bei öffentlichen Gedenktagen häufig eine integrierende Funktion hat, so wird damit auch eine Abgrenzung nach außen hin geschaffen. Die Produktion von Feindbildern, austauschbar nach jeweils gegenwärtigem Anlass, geschieht, indem bestimmte

²⁴³Vgl. Susanne Breuss/Karin Liebhart/Andreas Pribersky, *Rituale des nationalen Gedenkens – die Schweiz, Frankreich, Österreich und Deutschland im Vergleich*, in: Emil Brix/Hannes Stekl (Hg.), *Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa*, Wien/Köln/Weimar 1997, 395-418, 395-396.

²⁴⁴Aleida Assmann, *Jahrestage – Denkmäler in der Zeit*, in: Paul Münch (Hg.), *Jubiläum, Jubiläum ... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung*, Essen 2005, 305-314, 308.

²⁴⁵Vgl. ebd., 310-313.

²⁴⁶Ebd., 313.

²⁴⁷Vgl. Klaus Bergmann, *Gedenktage, Gedenkjahre und historische Vernunft*, in: Sabine Horn/Michael Sauer (Hg.), *Geschichte und Öffentlichkeit. Orte-Medien-Institutionen*, Göttingen 2009, 24-31, 27-28.

historische Ereignisse vergegenwärtigt werden.²⁴⁸ Zu einem staatlichen Gedenktag oder Jubiläum gehört meist eine Emotionalisierung der eigenen Geschichte. Durch die Gestaltung eines offiziellen Festaktes sollen Sinne und Gefühle gezielt angesprochen werden, meist durch feierliche Musik, symbolische Handlungen, Fahnen und ähnliche Symbole des eigenen Staates, Ermahnungen und andere Formen der Selbstdarstellung einer Gemeinschaft, Gruppe oder Partei.²⁴⁹ Jahrestage können Erinnerungen reaktivieren und erneuern, die bereits Jahrhunderte vergangen sind. Auch wenn ein persönlicher Erfahrungsbezug verloren gegangen ist, „wird dabei auf ein abstraktes Gruppenkollektiv überschrieben und symbolisch und mythisch verdichtet.“²⁵⁰ Gleichzeitig beinhalten Jubiläen und ihre Inszenierungen von bestimmten Institutionen und Personen eine Marginalisierung von alternativen konkurrierenden Deutungsmustern und die Präsentation einer verbindlichen Interpretation der Vergangenheit. Ein Jubiläum bewahrt Geschichte keinesfalls, sondern formt und verformt sie unter Umständen auch.²⁵¹ Wie es Bergmann ausdrückt sind „[...] Gedenktage und Gedenkjahre anfällig für historische Unvernunft.“²⁵²

3.3 Jubiläen im Laufe der Geschichte

Jubiläen sind nicht nur auf staatliche Organe beschränkt, sondern können auch von Vereinen, Betrieben oder im privaten Bereich bei Ehe- oder Betriebsjubiläen gefeiert werden. Auch im Kulturbetrieb werden Tagungen und Ausstellungen nach Jubiläumszyklen organisiert und Zeitungen und Fernsehsender orientieren ihr Programm nach wichtigen Jahrestagen historischer Ereignisse. Für diese Arbeit besonders wichtig ist die öffentliche Erinnerungs- und Festkultur, welche in diesem Zusammenhang durch Veranstaltungen, Festakte, öffentliche Gedenkfeiern und Ähnliches in Erscheinung tritt.²⁵³ Interessant ist, dass im Zusammenhang mit Jubiläen „soziale Zeitkategorien gemeinhin nicht als geschichtliche, sondern als natürliche erfasst werden [...]“.²⁵⁴ Gerade dadurch werden sie als selbstverständlich angesehen und selten hinterfragt. Häufig wird vom „Zwang der runden Zahl“ gesprochen, wobei Mitterauer darauf hinweist, dass dabei von der Prämisse ausgegangen wird, dass „bestimmter historischer Ereignisse gedacht werden muß, daß dieses Gedenken in bestimmten zeitlichen Abständen erfolgen muß, daß dieses

²⁴⁸Vgl. Michael Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum. Zur Entstehung und Entwicklung öffentlicher Gedenktage, in: Emil Brix/Hannes Stekl (Hg.), Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Wien/Köln/Weimar 1997, 23-89, 87-88.

²⁴⁹Vgl. Bergmann, Gedenktage, 29.

²⁵⁰Assmann, Jahrestage, 308.

²⁵¹Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 3.

²⁵²Bergmann, Gedenktage, 29.

²⁵³Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 1.

²⁵⁴Ebd., 1.

Gedenken in der Form der Feier erfolgen muss.²⁵⁵ Das Phänomen Jubiläum ist jedoch historisch gewachsen und mit Blick auf die Geschichte zeigt sich, dass es eine spezifische Form des Umgangs mit Geschichte ist.²⁵⁶ Winfried Müller²⁵⁷ und Michael Mitterauer²⁵⁸ haben die Herkunft und die Entstehung von Jubiläen bis in unsere Zeit historisch nachgezeichnet.

„Öffentliche“ Gedenktage bezeichnen in erster Linie staatliche, während historisch gesehen die Grenzen zu religiösen Jubiläen meist fließend waren. Dem Ursprung nach handelte es sich bei Jubiläen um „heilige Zeiten“, an denen Geschichte erinnert wurde.²⁵⁹ Am Anfang der christlichen Tradition des Gedenkens stand eine wöchentliche, keine jährliche, indem sich eine Gemeinde stets am Sonntag, dem ersten Tag der Woche, zusammenfand und ihn als „Tag des Herrn“ feierte.²⁶⁰ Müller beschreibt die Entstehung des Jubiläumszyklus folgendermaßen: Das Wort Jubiläum stammt aus dem Alten Testament, in dem beschrieben ist, dass auf sieben Sabbath-Zyklen das Jubeljahr folgt. Im Jubeljahr sollte der Grundbesitz an alte Eigner zurückgegeben werden und Menschen, die als Knechte verkauft worden waren, durften in die Freiheit zurückkehren. Dieses spirituelle Jahr sollte Bewusstsein dafür schaffen, dass jeder Besitz Jahwe gehört. Im christlichen Mittelalter wurde dies von der materiellen auf die spirituelle Ebene gehoben, indem das Jubeljahr dahingehend interpretiert wurde, dass die Menschheit aus der Knechtschaft der Sünde befreit worden ist. Anstatt einer weltlichen Befreiung aus der Knechtschaft wurde die spirituelle Befreiung von der Sünde betont.²⁶¹ Aus den mittelalterlichen Ablasstraditionen entstand schließlich das Heilige Jahr. Im Jahr 1300 wurde von Papst Bonifaz VIII verkündet, dass Pilger, welche in diesem Jahr die Basiliken von Petrus und Paulus in Rom besuchten, vollkommenen Ablass erhalten würden. Außerdem sagte er, dass dieser besondere Ablass alle 100 Jahre erwiesen werden kann. Bezeichnet wurde dies als „annus iubilaeus“.²⁶² Bereits nach 50 Jahren, 1350, wurde jedoch wieder ein Jubeljahr mit vollkommenem Ablass gefeiert.²⁶³ Diese Jubeljahre waren ökonomisch ein großer Erfolg für die Kirche und die Stadt Rom, weshalb Päpste immer wieder ein Heiliges Jahr ausriefen und der Zusammenhang von Jubiläum und dem 50. bzw. 100. Jahr eher eine Ausnahme war.²⁶⁴ Später wurden die Abstände auf 33 Jahre verkürzt, was mit den Lebensjahren von Jesus Christus argumentiert wurde.

²⁵⁵Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum, 23.

²⁵⁶Vgl. Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum, 23.

²⁵⁷Müller, Das historische Jubiläum.

²⁵⁸Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum.

²⁵⁹Vgl. ebd., 23-24.

²⁶⁰Vgl. ebd., 26.

²⁶¹Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 9-10.

²⁶²Vgl. Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum, 42.

²⁶³Vgl. ebd., 48.

²⁶⁴Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 10.

Schließlich fand das Jubeljahr ab 1475 alle 25 Jahre statt. Die gegenwärtig üblicherweise als Jubiläumsjahre gefeierten Zehnerschritte kamen erst im 19. Jahrhundert auf.²⁶⁵

Der Jubiläumszyklus war also jahrhundertlang mit dem Heiligen Jahr und der katholischen Kirche verbunden.²⁶⁶ Dabei waren Heilige Jahre nicht auf Rom beschränkt, sondern es wurden auch in anderen großen Pilgerzentren Jubeljahre abgehalten.²⁶⁷ Die Loslösung der Jubiläumsfeiern von der Bindung an das Heilige Jahr war ein langer Prozess. Erst als sich im 15. Jahrhundert durch die mathematische Bildungsoffensive das Dezimalsystem breitenwirksamer durchzusetzen begann, wurde es üblicher, in 100er oder 50er-Schritten zu denken. Bedeutung hatte auch der Siegeszug der mechanischen Räderuhr und der damit zusammenhängenden Veruhrzeitlichung im 14. Jahrhundert wie auch der langsamen Gewöhnung an Kalenderjahre mit der Wende vom 15. auf das 16. Jahrhundert, als der immerwährende Kalender langsam abgelöst wurde.²⁶⁸ Seit der Zeit des aufkommenden Humanismus wurde auch häufig auf antike Vorbilder hingewiesen, wie die *ludi saeculares* oder die Säkularfeiern im antiken Rom. Wie stark der Einfluss dieser Vorbilder zu bewerten ist, ist noch Gegenstand wissenschaftlicher Diskussion.²⁶⁹ Da die alte römische Erinnerungskultur religiösen Charakter hatte, konnten diese Traditionen nicht einfach übernommen werden, da sie nicht dem christlichen heilsgeschichtlichen Charakter entsprachen.²⁷⁰ Die Loslösung der Jubiläumskultur vom Papsttum fand, abseits einzelner Thronjubiläen, im universitären Bereich statt. So feierte die Universität Erfurt 1492 ihr 100-jähriges Bestehen.²⁷¹ Insbesondere protestantische Universitäten begannen, Jubiläen zu feiern, was eine einschneidende Veränderung in der Entwicklung der heutigen Jubiläumskultur bedeutete.²⁷² In protestantischen Landkirchen wurde die identitätsstiftende Kraft von historischen Erinnerungsfeiern genutzt und wichtige Bezugspunkte der eigenen Geschichte gefeiert.²⁷³ So wurde der Thesenschlag alle 50 Jahre gefeiert, während in den Jahren dazwischen immer wieder andere Jubiläen wie beispielsweise der Augsburger Religionsfrieden als großangelegte Jubiläumsfeiern organisiert wurden.²⁷⁴ Dies provozierte Reaktionen von katholischer Seite, welche ihrerseits 1617, 100 Jahre nach Martin Luthers Thesenschlag, ein außerordentliches

²⁶⁵Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 14-15.

²⁶⁶Vgl. ebd., 14-15.

²⁶⁷Vgl. Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum, 48.

²⁶⁸Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 15-16.

²⁶⁹Vgl. ebd., 18-19.

²⁷⁰Vgl. Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum, 30.

²⁷¹Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 20.

²⁷²Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 24.

²⁷³Vgl. Wolfgang Flügel, Zeitkonstrukte im Reformationsjubiläum, in: Winfried Müller (Hg.), Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus (Geschichte, Forschung und Wissenschaft 3), Münster 2004, 77-100, 82.

²⁷⁴Vgl. ebd., 88-90.

Jubeljahr ausrief.²⁷⁵ Es handelte sich also um eine Konkurrenzsituation der Jubiläumsfeiern.²⁷⁶ Dies führte dazu, dass immer neue Anlässe zu Jubiläen gesucht und gefunden wurden. Auch katholische Orden, katholische Universitäten und Bistümer feierten Jahrestage. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass dies die Geschichtlichkeit katholischer Institutionen in den Vordergrund brachte, da man versuchte, Gründungen von Klöstern und Bistümern zum Zwecke der Jubiläumsfeierlichkeiten historisch genau zu datieren. Dadurch löste sich die Geschichte dieser Institutionen teilweise von Legenden und theologischen Deutungsmustern und wurde durch quellengegründete Forschung ersetzt.²⁷⁷ Wichtig im Übergang vom kirchlichen in den weltlichen Raum war auch die früh entstandene Tradition der Buchdruckjubiläen.²⁷⁸

Die Französische Revolution beeinflusste die Fest- und Gedenktagskultur nachhaltig, indem öffentliche Feste neugestaltet wurden und vielfach christliche Feste durch auf historischen Ereignissen basierenden Feierlichkeiten ersetzt wurden. Zu nennen ist auch das jährlich gefeierte Nationalfest.²⁷⁹ Nach der Französischen Revolution begannen auch Monarchen und Fürstenhäuser durch Festivitäten zu bestimmten Jahrestagen ihre eigene Legitimität zu stützen und historische Feiern über vergangene Ereignisse oder Mythen ihrer Dynastie zu veranstalten.²⁸⁰

Eine wichtige Rolle bei der Etablierung des Jubiläums im 19. Jahrhundert spielte das Bürgertum.²⁸¹ Festakte an Jahrestagen dienten im Bürgertum zur Selbstinszenierung und Selbstsymbolisierung.²⁸² Besonders Stadtjubiläen und Ortsjubiläen begannen sich in nennenswerter Zahl in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu etablieren. Besonders im 20. Jahrhundert wurde diese Form der Jubiläumskultur besonders breitenwirksam. Auch heute besitzen Stadt- und Ortsjubiläen eine gewisse Selbstverständlichkeit und daher eine große quantitative Bedeutung.²⁸³ Damit ging auch eine Fokussierung auf Persönlichkeiten einher, Heroisierungen von Dichtern, Künstlern oder Erfindern zu diversen Jubiläumsanlässen.²⁸⁴ Das „Feiern der Geschichte“, wie es sich im 19. Jahrhundert etablierte, wurzelt im

²⁷⁵Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 28-29.

²⁷⁶Vgl. Flügel, Zeitkonstrukte im Reformationsjubiläum, 82.

²⁷⁷Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 29-31.

²⁷⁸Vgl. Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum, 56-57.

²⁷⁹Vgl. ebd., 68.

²⁸⁰Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 54.

²⁸¹Vgl. Manfred Hettling/Paul Nolte, Bürgerliche Feste als symbolische Politik im 19. Jahrhundert, in: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hg.), Bürgerliche Feste. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert, Göttingen 1993, 7-36.

²⁸²Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 34.

²⁸³Vgl. Ulrich Rosseaux, Städtische Jubiläumskultur zwischen Früher Neuzeit und Moderne. Das Beispiel Annaberg in Sachsen (1696-1996), in: Winfried Müller (Hg.), Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus (Geschichte, Forschung und Wissenschaft 3), Münster 2004, 349-367, 349.

²⁸⁴Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 35-36.

Memorialcharakter des Christentums. Jubiläen etablierten sich als „heilige Zeiten“, mit denen gemeinsam „heilige Handlungen“ ausgeführt wurden. In der Tradition christlich-liturgischen Kultes fand der nationale Kult im 19. Jahrhundert Anschluss.²⁸⁵

Die Erfahrung von gewaltigen Umbrüchen und historischem Wandel im 19. Jahrhundert war mit ein Grund, warum Jubiläen so populär wurden. Während konservative Kräfte den Verlust der Tradition betonten, wurden Revolutionären und Reformern die Umbrüche nicht schnell genug herbeigeführt. Eine unsichere Gegenwart und eine offene Zukunft boten an, auf die Geschichte als sinnstiftendes Element zurückzugreifen. Reformorientierte Kräfte wie auch revolutionäre Teile der Gesellschaft suchten in der Geschichte Anknüpfungspunkte zur Konstruktion von Tradition und zur Inszenierung der eigenen Geschichte. Besonders die Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts setzte stark auf Inszenierungen durch Jahrestage.²⁸⁶ In dieser Zeit bildeten sich die grundlegenden Bestandteile einer historischen Gedenkfeier heraus: Festgottesdienste, Festansprachen, historisches Schrifttum (wie beispielsweise gedruckte Festpredigten, Verfassen von Biographien über bedeutende historische Persönlichkeiten aus Anlass des Jubiläums, Festspiel und Theater etc.).²⁸⁷ Das historische Jubiläum bekam eine neue Qualität, indem ihr politisches bzw. oppositionelles und revolutionäres Potential stieg. Jubiläumsveranstaltungen konnten auch Plattform für oppositionelle Forderungen werden oder durch Gegenaktionen öffentlichkeitswirksam gestört werden. Andere politische Gruppierungen konnten sich eines Jubiläums bemächtigen und ein misslungenes Jubiläum wurde von der Bevölkerung mit gleichem Interesse beachtet wie ein gelungenes. Jede Jubiläumsfeierlichkeit ist schließlich auch von den partizipierenden Menschen abhängig, welche ihm den feierlichen, staatstragenden Charakter verleihen. Durch deren Abwesenheit kann die Jubiläumsfeier missglücken, wodurch legitimierende Effekte ins Gegenteil verkehrt würden.²⁸⁸ Dass dabei nicht immer die beabsichtigte legitimierende Funktion erfüllt wurde, zeigte beispielsweise das 60-jährige Thronjubiläum von Kaiser Franz Josef. In großangelegten Feiern sollte dort die Einheit der Habsburgermonarchie demonstriert werden. Dabei zeigten sich jedoch klar die Risse unter den verschiedenen Volksgruppen. In Österreich-Ungarn wurden im stärker werdenden Nationalismus schließlich auch konkurrierende Jubiläen Teil der politischen Auseinandersetzungen.²⁸⁹

²⁸⁵Vgl. Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum, 82.

²⁸⁶Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 51-52.

²⁸⁷Vgl. Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum, 82-84.

²⁸⁸Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 61-63.

²⁸⁹Vgl. ebd., 58.

3.4 Gedächtniskultur nach 1945 in Österreich

Das kulturelle Gedächtnis Österreichs wurde in einem wissenschaftlichen Projekt durch eine Umfrage versucht, näher zu erfassen.²⁹⁰ Im Folgenden sollen einige Ergebnisse daraus näher beschrieben werden, um einen Überblick über das kollektive Gedächtnis der ÖsterreicherInnen zu geben wie auch wichtige identitätsstiftende Elemente herauszuarbeiten. Zu 57% wurde auf die Frage, was für Österreich typisch sei, die „Natur“ genannt, wobei insbesondere Berge und Seen, aber auch allgemein eine saubere Umwelt angesprochen wurden. 31% nannten die „Mentalität“, womit meist Freundlichkeit und Gemütlichkeit verstanden wurde, 15% nannten „Essen und Trinken“ und „Kultur“, 14% „Tourismus und Sport“. Daraus leiten Brix/Bruckmüller/Stekl ab, dass für ÖsterreicherInnen als „typisch“ weniger einzelne Ereignisse oder genaue Erinnerungsfiguren relevant sind, sondern die täglich erlebte Umwelt als wichtigerer Faktor eine Rolle spielt. Die zweite Frage bezog sich auf symbolhafte Bauwerke, Plätze, Denkmäler etc. Dabei wurde mit 37% der Stephansdom am häufigsten genannt, 16% nannten Schönbrunn, 13% die Ringstraßenbauten (inklusive Heldenplatz und Hofburg) und 10% das Riesenrad bzw. den Prater. Besonders regional wurden auch andere Bauwerke sehr häufig genannt, wobei in den unterschiedlichen Regionen die jeweils berühmten Bauwerke wie der Uhrturm am Grazer Schlossberg oder das Goldene Dachl in Innsbruck genannt wurden. Eine dritte Frage bezog sich auf den Stolz auf historische Epochen und Ereignisse. Hier ist eine klare Konzentration auf Ereignisse der Zweiten Republik abzulesen. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass der Staatsvertrag mit 20% mit großem Abstand an erster Stelle steht. Die Zeit nach dem 2. Weltkrieg wurde von 10% angegeben, die Zeit vor 1918 von 8%, die Zwischenkriegszeit von 3% und die Gründung der Republik von 1% der Befragten.²⁹¹ Frage vier beschäftigte sich mit lebenden oder verstorbenen Personen, auf die man als ÖsterreicherIn stolz sein kann. Auch hier stehen Personen aus der Zweiten Republik im Vordergrund. Wolfgang Amadeus Mozart wurde mit 21% am häufigsten genannt, danach jedoch vor allem Politiker der Zweiten Republik: Dabei am häufigsten Figl mit 14%, Kreisky mit 12% und Raab mit 10%. Hier machen die Autoren auch darauf aufmerksam, dass das Wissen um die Politiker der beginnenden Zweiten Republik besonders bei jüngeren ÖsterreicherInnen stark nachzulassen scheint.

Heidemarie Uhl betont, dass der historische Bezugsrahmen nach dem Zweiten Weltkrieg in den Jahren 1918 bis 1934/1938 lag: „[...] die Zweite Republik definierte sich als Antithese zur

²⁹⁰Vgl. Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl, Das kulturelle Gedächtnis Österreichs. Eine Einführung, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl (Hg.), *Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten*, Wien 2004, 9-25, 13-15.

²⁹¹Vgl. ebd., 13-15.

Ersten Republik.“²⁹² Den Konflikten der Ersten Republik sollte ein Konsens der Zweiten gegenübergestellt werden.²⁹³ In der österreichischen Nachkriegsgesellschaft stand als „Lehre der Geschichte“ die Überwindung der Gräben zwischen den politischen Lagern im Fokus, welche in der Ersten Republik zum Bürgerkrieg geführt hatten. Wichtig war außerdem das Entwickeln einer nationalen Identität und Sicherstellung von Einkommen und Arbeit, da nicht zuletzt auch Massenarbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise als Wegbereiter für den Untergang der Demokratie in der Ersten Republik angesehen wurden.²⁹⁴ Während in der Ersten Republik noch versucht wurde, Österreich als „[...] Träger einer besonderen deutschen Mission zu definieren,“²⁹⁵ wurde in der Zweiten Republik die österreichische Identität als Antithese zum Deutschtum entwickelt. Besonders die 1950er und 1960er-Jahre waren geprägt vom „Kampf um die österreichische Identität“, wie es Uhl ausdrückt.²⁹⁶ Auch Rathkolb betont den Grundsatz der Versöhnung der politischen Lager in der Zweiten Republik im Gegensatz zur Ersten Republik:

„Im Falle Österreichs war jedoch nach 1945 das Ziel nicht die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als Teil des österreichischen nationalen Gedächtnisses, sondern die Versöhnung der politischen Lager, die sich seit den zwanziger Jahren nicht nur politisch, sondern auch durch paramilitärische Organisationen und in einem Bürgerkrieg blutig bekämpft hatten.“²⁹⁷

Für die Zweite Republik ist kein Thema so wichtig in Bezug auf Erinnerungskultur wie der Umgang Österreichs mit der eigenen Vergangenheit als Teil des NS-Regimes. Die Grundlage der sogenannten „Opferthese“ liegt in einer Erklärung, welche noch während des Zweiten Weltkrieges von den Außenministern der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA am 1. November 1943 vorgebracht wurde: der sogenannten „Moskauer Deklaration“²⁹⁸. Darin heißt es, Österreich sei das erste Land gewesen, welches der Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen ist

²⁹²Heidemarie Uhl, Das österreichische Gedächtnis und seine Transformationen. Verhandlungen um die historische Identität im Spannungsfeld von nationalen und europäischen Tendenzen, in: Anton Pelinka/Karin Bischof/Walter Fend/Karin Stögner/Thomas Köhler (Hg.), Geschichtsbuch Mitteleuropa. Von Fin de Siècle bis zur Gegenwart, Wien 2016, 358-394, 359.

²⁹³Vgl. Katrin Hammerstein, Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert Band 11), Göttingen 2017, 65.

²⁹⁴Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 359-360.

²⁹⁵Ebd., 362.

²⁹⁶Vgl. ebd., 362.

²⁹⁷Oliver Rathkolb, Fiktion „Opfer“. Österreich und die langen Schatten des Nationalsozialismus und der Dollfuß-Diktatur (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive 21), Innsbruck/Wien/Bozen 2017, 43.

²⁹⁸Moskauer Erklärung über Österreich, 1. November 1943 in: Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005, 607-608.

und dass ein freies, unabhängiges Österreich wiederhergestellt werden sollte.²⁹⁹ Darin ist auch die sogenannte Verantwortlichkeits-Klausel enthalten:

„Österreich wird aber auch daran erinnert, daß es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entinnen kann, und daß anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“³⁰⁰

Die eigentliche Intention dieser Passage der Moskauer Deklaration liegt in der psychologischen Kriegsführung, mit welcher Österreich eine Austrittsmöglichkeit aus Nazi-Deutschland ermöglicht werden sollte, dies jedoch von aktivem Widerstand abhängig gemacht wurde. Dies zeigte jedoch wenig Wirkung.³⁰¹ Eine national motivierte Widerstandsbewegung war in Österreich lange Zeit nicht vorhanden und konnte sich erst kurz vor Kriegsende bilden.³⁰²

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde in der Unabhängigkeitserklärung auf die Moskauer Deklaration Bezug genommen.³⁰³ Österreich wird als „[...] das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist“³⁰⁴ bezeichnet. Die Moskauer Deklaration bot in Bezug auf die Opferthese ein Erklärungsmodell für die frühen Politiker der Zweiten Republik. Durch die wörtliche Wiedergabe in der Unabhängigkeitserklärung wurde die Moskauer Deklaration durch die provisorische Regierung zusätzlich legitimiert.³⁰⁵ Die Unabhängigkeitserklärung mit ihrer grundsätzlichen Einschreibung der Opferthese wurde von führenden Vertretern aller drei damals existierenden Parteien unterschrieben: Karl Renner (SPÖ), Adolf Schärp (SPÖ), Johann Koplenig (KPÖ) und Leopold Kunschak (ÖVP).³⁰⁶ Damit wird nach Rauchensteiner klar, dass die Grundlage der Zweiten Republik, aufgebaut nicht zuletzt auch auf der Opferthese, von den politischen Parteien getragen wurde.³⁰⁷ Auch Gerhard Botz führt Österreichs besondere geschichtspolitische Situation auf die Moskauer Deklaration zurück. So bekam der erste Teil der Erklärung besonders viel Aufmerksamkeit und wurde in

²⁹⁹Vgl. Heidemarie Uhl, Transformation des „österreichischen Gedächtnisses“. Krieg, Nationalsozialismus und Holocaust in der Erinnerungskultur der Zweiten Republik, Habilitationsschrift, Karl-Franzens-Universität Graz 2004, 35-36.

³⁰⁰Moskauer Erklärung über Österreich, 1. November 1943 in: Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005, 607-608, 608.

³⁰¹Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 371.

³⁰²Vgl. Wolfgang Neugebauer, Widerstand in Österreich. Ein Überblick, in: Stefan Karner/Karl Duffek (Hg.), Widerstand in Österreich 1938-1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, Graz/Wien 2007, 27-35, 27.

³⁰³Vgl. Manfred Rauchensteiner, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966, Wien 1987, 41-42.

³⁰⁴Proklamation vom 27. April 1945, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, 1. Mai 1945.

³⁰⁵Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 371.

³⁰⁶Vgl. Manfred Rauchensteiner, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966, Wien 1987, 41-42.

³⁰⁷Vgl. Rauchensteiner, Die Zwei, 42.

Zusammenhang mit der Opferthese immer wieder zitiert. Gleichzeitig geriet aber der zweite Teil, jener in dem von Österreichs Mitverantwortung die Rede war, in Vergessenheit, was durch die österreichische Gesellschaft und Politik gleichermaßen geschah.³⁰⁸

Die Opferthese wurde auch durch politische Symbolik und Rhetorik in alle Bereiche des öffentlichen Lebens übertragen. Beispiele dafür wären die Ausstellung „Niemals vergessen!“ im Wiener Künstlerhaus 1946 und die Errichtung verschiedener Denkmäler für die Opfer des „österreichischen Freiheitskampfes“.³⁰⁹ 1946 wurde von der Bundesregierung das sogenannte „Rot-Weiß-Rot-Buch. Gerechtigkeit für Österreich!“ herausgegeben, in welchem die Opferthese auf Basis „amtlicher Quellen“ untermauert werden sollte. Dabei wurde besonders der Widerstand Österreichs gegenüber Nazideutschland hervorgehoben.³¹⁰ Daran zeigt sich das staatspolitische Interesse an einer offiziellen Untermauerung der Opferthese.³¹¹ Auch der Schulunterricht war zentral, um Österreich-Patriotismus, Antinazismus wie auch die offizielle Sichtweise auf die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich zu verbreiten.³¹²

Während im Jahr 1945 Antifaschismus in Österreich das Selbstverständnis prägte, veränderte sich dies bald. Die Würdigungen des Widerstandes gegen das NS-Regime von offizieller Seite waren nach kurzer Zeit bereits vorbei. Im Mittelpunkt der Politik stand nach 1947/48 der Wiederaufbau, die Integration der Kriegsheimkehrer und die rasch stattfindende Amnestierung und Integration ehemaliger NSDAP-Mitglieder wie auch in Kriegsverbrecher- bzw. Volksgerichtsprozessen verurteilter Menschen.³¹³ Eine große Rolle im österreichischen Umgang mit dem Nationalsozialismus in der Nachkriegszeit spielte, dass bereits im Herbst 1945 beide Großparteien um die ehemaligen NationalsozialistInnen als WählerInnen zu konkurrieren begannen.³¹⁴ Zwar waren diese noch vom Wahlrecht ausgeschlossen, es handelte sich jedoch um ein großes Wählerreservoir: Im Mai 1945 waren mehr als 500.000 ÖsterreicherInnen als Parteimitglieder registriert. Erstmals konnten durch die sogenannte Minderbelasteten-Amnestie 1948 ungefähr 482.000 ehemalige NationalsozialistInnen im Oktober 1949 bei einer Nationalratswahl ihre Stimme abgeben.³¹⁵ Durch die Reintegration der ehemaligen

³⁰⁸Vgl. Gerhard Botz, Krisen der österreichischen Zeitgeschichte, in: Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Hg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, Frankfurt/New York 2008, 16-77, 24.

³⁰⁹Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 373.

³¹⁰ Vgl. Hammerstein, Gemeinsame Vergangenheit, 59-60.

³¹¹Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 374.

³¹²Vgl. Ina Markova, Wie Vergangenheit neu erzählt wird. Der Umgang mit der NS-Zeit in österreichischen Schulbüchern, Marburg 2013.

³¹³Vgl. Rathkolb, Fiktion „Opfer“, 15.

³¹⁴Vgl. Uhl, Transformation des „österreichischen Gedächtnisses“, 92.

³¹⁵Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 376-377.

NationalsozialistInnen wie auch die Eskalation des Kalten Krieges änderten sich die offizielle staatliche Geschichtspolitik wie auch die parteipolitischen Geschichtsbilder. Dabei traten in beiden Großparteien die Aspekte Widerstand und Verurteilung der Verbrechen des Nationalsozialismus in den Hintergrund. Dazu kam, dass die KPÖ, welche im österreichischen Widerstand am aktivsten war und auch die meisten Opfer zu beklagen hatte, politisch zunehmend isoliert wurde. Denkmäler für Opfer des Widerstandes konnten kaum noch durchgesetzt werden, da sie als kommunistisch galten, wie der Widerstand insgesamt. Dahingehend beschränkte sich Erinnerung an den Widerstand in Österreich hauptsächlich auf die KPÖ und den KP-nahen KZ-Verband. Nach Uhl stellte die Ausstellung „Niemals Vergessen!“ nicht nur den Höhe- sondern auch den Schlusspunkt des Selbstverständnisses eines Österreich, welches aus dem Geist des Antifaschismus entstanden ist, dar.³¹⁶ Sie macht eine Veränderung in der „invention of tradition“³¹⁷ aus, in welcher der Schwerpunkt sich vom Antifaschismus und der Ablehnung des Nationalsozialismus „auf a-politische, konsensfähige Vorstellungen über das ‚Wesen‘ des Österreichischen“³¹⁸ hin verlegte.³¹⁹ Rathkolb sieht ein bemerkenswertes Wiederaufleben der Erinnerung an den Widerstand Anfang der 1960er-Jahre. So sollte durch ein Ministerkomitee eine geschichtliche Darstellung über den Beitrag von ÖsterreicherInnen zur Befreiung herausgegeben werden. Diese Form der Geschichtspolitik sollte sehr wahrscheinlich auch zur Stärkung der österreichischen Identität beitragen und zur Abgrenzung von Deutschland dienen. 1963 wurde auch das überparteiliche „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands“ gegründet.³²⁰ Uhl beschreibt eine Transformation der Opferthese seit 1945, indem diese sich von Antifaschismus und anti-nazistischen Aussagen hin zu einer harmonischen Opfer-Erzählung hin entwickelte, mit welcher sich ebenfalls ehemalige NationalsozialistInnen identifizieren konnten. Die Opferthese als „antifaschistisches“ Gründungselement Österreichs ist ab Ende der 1940er-Jahre nur noch in der Selbstdarstellung nach außen zu beobachten, besonders auch im Zusammenhang mit der Erlangung des Staatsvertrages.³²¹

Besonders wichtig als zentrale Aussage war in der Argumentation um die österreichische Opferthese folgendes: Da kein österreichischer Staat und keine österreichische Regierung existiert habe, gäbe es auch keine Mitverantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Dahingehend wurde die Opferthese auch verstärkt als Argument gegen die andauernde

³¹⁶Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 378-379.

³¹⁷Vgl. Erich Hobsbawm, Introduction. Inventing Traditions, in: Erich Hobsbawm/Terence Ranger (Hg.), The Invention of tradition, Cambridge 1983, 1-14.

³¹⁸Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 379.

³¹⁹Vgl. ebd., 379.

³²⁰Vgl. Rathkolb, Fiktion „Opfer“, 18.

³²¹Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 381-382.

Besatzung verwendet. Da auch in der Moskauer Deklaration von der Besetzung Österreichs 1938 und deren Befreiung durch die Alliierten die Rede war, konnte der Vorwurf, dass die Freiheit Österreich zu Unrecht vorenthalten würde, eine Konstante in politischen Reden während der Besatzungszeit bilden. Auch die Vorstellung, eine Fremdherrschaft wäre durch eine andere abgelöst worden, war seit Ende der 1940er-Jahre Teil des Diskurses. Dies impliziert eine Gleichsetzung des NS-Regimes mit den Besatzungsmächten nach 1945.³²² Zur Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 erklärte Leopold Figl:

„Ein siebzehn Jahre lang dauernder, dornenvoller Weg der Unfreiheit ist beendet. [...] Heute ist der Tag gekommen, an dem wir den Vertrag unterzeichneten, womit Österreich seine Freiheit und Unabhängigkeit bekommt.“³²³

Auch ein Plakat aus 1948 setzt den „Anschluss“ 1938 mit der alliierten Besatzung gleich.³²⁴ Während von offizieller Seite noch erklärt wurde, dass ÖsterreicherInnen, wie die Menschen in anderen besetzten Gebieten auch, gezwungen worden seien, in der Kriegsmaschinerie des Dritten Reiches zu dienen, wurden gleichzeitig schon Kriegerdenkmäler errichtet. Laut Uhl war man sich anfangs durchaus bewusst, dass „Heldenehrungen“ nicht mit der offiziellen Opferthese übereinstimmten.³²⁵ Heidemarie Uhl beschreibt die Gedächtniskultur in Österreich als „[...] in zwei ‚Lager‘ gespalten.“³²⁶ Während die Denkmäler für den österreichischen Widerstand nur in geringer Zahl errichtet wurden, wurde in den 1950er-Jahren fast in jeder österreichischen Gemeinde ein Kriegerdenkmal aufgestellt bzw. ein bereits bestehendes Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges erweitert.³²⁷ In großen Teilen des Landes war das Geschichtsbild durch Kameradschaftsbünde geprägt, Gefallenengedenken zu Allerheiligen wurden Teil der örtlichen Tradition. Die Widersprüche des österreichischen Gedächtnisses finden hier ihren materiellen Ausdruck.³²⁸ Sie zeigen auch, dass die offizielle Opferthese in der österreichischen Gesellschaft kaum Tiefenwirkung entfalten konnte.³²⁹ Dahingehend kann von einem geschichtspolitischen Kompromiss in Österreich zwischen offizieller Opferthese, in

³²²Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 382.

³²³Leopold Figl, 15. Mai 1955, zit. n. 80 Jahre Republik Österreich. 1918-1938 und 1945-1998 in Reden und Statements, hg. von Manfred Jochum/Ferdinand Olbort, Wien 1998, 76.

³²⁴Vgl. Heidemarie Uhl, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese. Transformationen des ‚österreichischen Gedächtnisses‘, in: Monika Flacke (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, März 2004 (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung des Deutschen Historischen Museums Berlin 2004/05), 481-508, 487.

³²⁵Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 383.

³²⁶Bertrand Perz/Heidemarie Uhl, Gedächtnis-Orte im „Kampf um die Erinnerung“. Gedenkstätten für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges und für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl (Hg.), Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten, Wien 2004, 545-579, 545.

³²⁷Vgl. Perz/Uhl, Gedächtnis-Orte, 547-548.

³²⁸Vgl. ebd., 545-547.

³²⁹Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 385.

welcher Österreich als das Opfer des Nationalsozialismus dargestellt wird, und deren Antithese, dem Würdigen gefallener Wehrmachtssoldaten, gesprochen werden. Auch diese zweite Opferthese sieht die ÖsterreicherInnen als Opfer, jedoch als Opfer des Krieges der Alliierten.³³⁰

Während die Festschreibung Österreichs als Opfer Hitlerdeutschlands meist mit Berufung auf den österreichischen Widerstand zuvor eher auf die Argumentation im außenpolitischen Kontext, besonders bei den Staatsvertragsverhandlungen, fokussiert hatte, wurde 1965 ein offizielles Denkmal für den österreichischen Freiheitskampf 1938-1945 im Äußeren Burgtor der Wiener Hofburg enthüllt.³³¹ Dies war symbolhaft dafür, dass von offizieller Ebene Mitte der 1960er-Jahre versucht wurde, der Opferthese Österreichs „[...] nun auch in Österreich selbst zum Durchbruch zu verhelfen.“³³² In den 1960er-Jahren kam es außerdem zu besonders umstrittenen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen. Dazu gehörte nicht nur die Borodajkewycz-Affäre, sondern auch eine Reihe von Freisprüchen angeklagter Kriegsverbrecher in Geschworenen-Gerichtsverfahren.³³³ Mehr zur Borodajkewycz-Affäre wird im Kontextkapitel beschrieben, in welchem versucht wird, den historischen Kontext für den öffentlichen Diskurs in Österreich Mitte der 1960er-Jahre darzustellen.

Die Fernsehserie „Holocaust“ markierte den Beginn des internationalen Diskurses über den Genozid an den europäischen Juden. Sie wurde in den USA 1978 das erste Mal ausgestrahlt. Der Begriff „Holocaust“ wurde dadurch auch im deutschen Sprachraum bekannt.³³⁴ Dieses Medienereignis, wie Uhl es ausdrückt, als „[...] externe Intervention in die diskursive Ordnung des österreichischen Gedächtnisses“³³⁵ hinterließ einen nachhaltigen Eindruck in der österreichischen Öffentlichkeit. Erstmals wurde im öffentlich-medialen Diskurs ein spezifisch österreichischer Beitrag zu Nationalsozialismus und Holocaust besprochen.³³⁶

In den 1980er-Jahren kam es zu einem Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur. Dieser ist auch im Rahmen internationaler geschichtspolitischer Entwicklungen zu sehen, in welchen ein Neuverhandeln der Geschichte zwischen den Generationen eine Rolle spielte. Hier gehört auch die stärkere Würdigung des Anteils von Frauen im Widerstand dazu.³³⁷ 1985 wurde ein

³³⁰Vgl. Uhl, *Das österreichische Gedächtnis*, 388.

³³¹Vgl. Heidemarie Uhl, *Konkurrierende Vergangenheiten. Offizielle Narrationen, „Gegenerzählungen“ und Leerstellen des „österreichischen Gedächtnisses“*, in: Moritz Csáky/Klaus Zeyringer (Hg.), *Inszenierungen des kollektiven Gedächtnisses. Eigenbilder, Fremdbilder*, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2002, 220-235, 230.

³³²Ebd., 230.

³³³Vgl. Rathkolb, *Fiktion „Opfer“*, 19.

³³⁴Vgl. Marcus Stiglegger, *Auschwitz-TV. Reflexionen des Holocaust in Fernsehserien*, Wiesbaden 2015, 35.

³³⁵Uhl, *Transformation des „österreichischen Gedächtnisses“*, 215.

³³⁶Ebd., 233.

³³⁷Vgl. Rathkolb, *Fiktion „Opfer“*, 20.

verurteilter Kriegsverbrecher, Walter Reder, von FPÖ-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager mit Handschlag empfangen, nachdem er aus der Haft entlassen wurde. Dies wurde sehr kontrovers in der österreichischen Öffentlichkeit diskutiert, da es das Selbstbild Österreichs als erstes Opfer in Frage stellte.³³⁸ Barbara Tóth bezeichnet diesen Handschlag als „[...] ersten großen vergangenheitspolitischen Skandal der Zweiten Republik [...]“.³³⁹

1986 wird als Wendepunkt des österreichischen Geschichtsverständnisses gesehen.³⁴⁰ 1986 wurde Kurt Waldheim als Kandidat der ÖVP zum Bundespräsidenten gewählt. Dem voran ging ein kontroverser Wahlkampf, in dem Waldheims Vergangenheit während des Zweiten Weltkrieges im Mittelpunkt stand.³⁴¹ Anlass der Kontroverse war, dass der Bundespräsidentenskandidat zwischen 1938 und 1945 Angehöriger des SA-Reitersturms und Mitglied im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) war. Auch seine Teilnahme am Krieg am Balkan wurde kritisch beleuchtet. Dies führte zu einer Mediendebatte, die nicht nur in Österreich, sondern auch international ausgetragen wurde.³⁴² Laut Gehler handelte es sich bei der Waldheim Affäre „[...] zweifelsohne um eine schwere, wenn nicht um die schwerste Krise für das staatliche Selbstverständnis Österreichs seit 1955“.³⁴³ Seit der Waldheim-Debatte ist die Frage der österreichischen Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus als neues konfliktreiches Feld der Geschichtspolitik aktuell. Die Opferthese begann auf politischer Ebene und im öffentlichen Diskurs zu erodieren.³⁴⁴

Auch das Jahr 1988, in dem der 50-jährigen Wiederkehr des „Anschlusses“ gedacht wurde, ist hier zu nennen. In diesem Jahr wurde thematisiert, wie sehr die österreichische Gesellschaft in den nationalsozialistischen Herrschaftsapparat involviert gewesen ist.³⁴⁵ Auch Opfergruppen, welche zuvor marginalisiert waren, wie beispielsweise Roma und Sinti, Homosexuelle oder Bibelforscher rückten stärker in den Fokus der Öffentlichkeit.³⁴⁶

³³⁸Vgl. Barbara Tóth, *Der Handschlag. Die Affäre Frischenschlager – Reder*, Innsbruck/Wien/Bozen 2017.

³³⁹Ebd., 159.

³⁴⁰Vgl. Ruth Wodak, *Österreichische Identitäten und österreichische Gedächtnisse*, in: Waltraud Kannonier-Finster/Meinrad Ziegler (Hg.), *Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit* (transblick 12), Innsbruck/Wien/Bozen 2016, 11-22, 13.

³⁴¹Vgl. Rathkolb, *Fiktion „Opfer“*, 74.

³⁴²Vgl. Cornelius Lehnguth, *Waldheim und die Folgen. Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich*, Frankfurt/New York 2013, 92-93.

³⁴³Michael Gehler, „...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...“ *Die Waldheim-Affäre 1986-1992*, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, 614-665, 664.

³⁴⁴Vgl. Uhl, *Transformation des „österreichischen Gedächtnisses“*, 301-302.

³⁴⁵Vgl. Heidemarie Uhl, *Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluss“* (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek Band 17), Wien/Köln/Weimar 1992.

³⁴⁶Vgl. Rathkolb, *Fiktion „Opfer“*, 20.

Auch wichtige historische Persönlichkeiten, bzw. die „Gründerväter“ der 2. Republik waren von dieser Neuorientierung betroffen: Immer wieder werden die legendären „Väter des Staatsvertrages“ als wichtige „Gründungsväter“ der 2. Republik genannt. Besonders in den 1990er-Jahren wurde die Selbstpositionierung der ÖVP als „staatstragende“ Partei stärker, wobei auf Julius Raab und Leopold Figl als legendäre Gründungsväter der 2. Republik zurückgegriffen wurde. In der erwähnten Meinungsumfrage antworteten auf die Frage „Gibt es Personen, auf die Sie als Österreicher/in stolz sein können?“ 14% der ÖsterreicherInnen mit Leopold Figl, 12% mit Bruno Kreisky und 10% mit Julius Raab. Diese drei Politiker lagen dabei weit vor allen lebenden und aktuellen Politikern.³⁴⁷ Die Publikation „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“ von Robert Knight³⁴⁸ sorgte 1988 für Unruhe, da durch ihn erstmals die „Säulenheiligen der Republikgründung“³⁴⁹ infrage gestellt werden.³⁵⁰

Von offizieller Seite war das Jahr 1991 eine Zäsur: Bundeskanzler Franz Vranitzky formulierte mit einer Parlamentsrede am 8. Juni 1991 eine geschichtspolitische Neuorientierung. Die jahrelange Diskussion über das offizielle Geschichtsbild Österreichs kam in dieser Rede zu einem Schlusspunkt, in welcher sich der Bundeskanzler zur Mitverantwortung Österreichs am Nationalsozialismus bekannte. Dabei wurde auch erstmals vom offiziellen Österreich der Opferbegriff dahingehend präzisiert, dass neben den österreichischen Juden auch andere, bis dahin häufig marginalisierte Opfergruppen miteingeschlossen wurden.³⁵¹

Die beiden Wehrmachtsausstellungen 1995 und 2002 lösten eine Debatte aus, indem der Mythos der „unschuldigen“ Wehrmacht in Frage gestellt wurde. Die erste Wehrmachtsausstellung hatte das klare Ziel, die Legende der „sauberen Wehrmacht“ als Lüge zu entlarven. Aufgezeigt werden sollte, dass es sich bei dem „Vernichtungskrieg“ nicht um einen „normalen“ Krieg handelte, sondern dass auch die Wehrmacht an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt war.³⁵²

³⁴⁷Vgl. Dieter A. Binder, Julius Raab und Leopold Figl. Die Säulenheiligen des staatstragenden Bewusstseins der ÖVP, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Steckl, Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten, Wien 2004, 79-104, 79.

³⁴⁸Robert Knight, "Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen". Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden, Köln/Wien 2000.

³⁴⁹Dieter A. Binder, Julius Raab und Leopold Figl. Die Säulenheiligen des staatstragenden Bewusstseins der ÖVP, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Steckl, Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten, Wien 2004, 79-104, 96.

³⁵⁰Vgl. ebd., 96.

³⁵¹Vgl. Lehnguth, Waldheim und die Folgen, 206-207.

³⁵²Vgl. Heidemarie Uhl, Lesarten des „Vernichtungskriegs“. Zur Resonanz der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskriegs 1941 bis 1944“ bei ihrer Präsentation in Wien (April/Mai 2002), in: Hannes Heer/Walter Manoschek/Alexander Pollak/Ruth Wodak (Hg), Wie Geschichte gemacht wird. Zur Konstruktion von Erinnerungen an Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg, 269-284, 269-270.

Die geschichtspolitische Veränderung in den 1980er-Jahren zeigte sich auch in der Denkmalkultur. Vermehrt wurde die Änderung im Geschichtsverständnis Österreichs im öffentlichen Raum sichtbar. 1988 wurde das „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ von Alfred Hrdlicka am Albertinaplatz in Wien errichtet.³⁵³ Von Simon Wiesenthal wurde immer wieder die Forderung vorgebracht, ein Denkmal für die ermordeten österreichischen Juden und Jüdinnen zu errichten. Im Jahr 2000 wurde am Wiener Judenplatz ein Holocaust-Denkmal errichtet.³⁵⁴

3.5 Jubiläen in Österreich nach 1945

Laut Bruckmüller eignen sich zur kollektiven Identifikation einer Gemeinschaft oder eines Staates besonders historisch jüngere, nicht kontroversielle Daten. Diese stehen für Österreich nicht zahlreich zur Verfügung. Hingegen gibt es viele historisch ältere Symbole, Orte und Personen, an die sich die österreichische Identität anlehnt. Trotzdem, oder wie es Bruckmüller ausdrückt: gerade deshalb gibt es eine beinahe verwirrende Fülle von Jubiläen in Österreich.³⁵⁵ Nach 1945 war laut Bruckmüller das österreichische Nationalbewusstsein eher realistisch-resignativ und nicht von Begeisterung und Euphorie geprägt.³⁵⁶ Nach dem Zweiten Weltkrieg war Österreich von den Gegensätzen Österreich-patriotischer und deutschnationaler Vorstellungen geprägt. Nach Heidemarie Uhl motivierte dies zum „Erfinden von Traditionen“.³⁵⁷ Man versuchte, identitätsstiftende Jahrestage breitenwirksam zu inszenieren und zu feiern. Bei diesen feierlichen Anlässen ist häufig der Staat eine zentrale Instanz der Deutungsmacht und der wichtigste Akteur im Hinblick auf die Aktualisierung des Erinnerungskanons.³⁵⁸ erinnert und gefeiert werden nur Ereignisse, welche für den Staat, die Gesellschaft Erinnerungswert besitzen. Durch das Gedenken wird Einheit in der Gegenwart hergestellt und intensives Bewusstsein von Zusammengehörigkeit.³⁵⁹ Meist wird Einheit durch gemeinsames erinnern an einen Ursprung, Gründung, militärische oder politische Erfolge, wie etwa siegreich beendete Kriege oder erfolgreiche Revolutionen konstruiert. In der jüngeren österreichischen Geschichte gibt es das Problem, dass dahingehend wenig positive Daten vorhanden sind. Österreich verlor die Kriege von 1859, 1866 und den Ersten Weltkrieg. Die Gründung der demokratischen Republik im Jahr 1918 wird eher als Folge der Niederlage anstatt selbst gewählt wahrgenommen. Auch das Jahr

³⁵³Vgl. Perz/Uhl, Gedächtnis-Orte, 558.

³⁵⁴Vgl. Uhl, Konkurrierende Vergangenheiten, 232.

³⁵⁵Vgl. Bruckmüller, Nation Österreich, 111.

³⁵⁶Vgl. ebd., 11.

³⁵⁷Vgl. Uhl, Transformation des „österreichischen Gedächtnisses“, 301.

³⁵⁸Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 27.

³⁵⁹Vgl. Bruckmüller, Nation Österreich, 10.

1945 blieb mit der Erfahrung der Besatzung verbunden. Auch 1934 wird als politisch kontroverser Bezugspunkt unterschiedlich bewertet und erinnert. Selbst 1938 und 1945 sind Erinnerungsdaten, über die kontroverse Einstellungen herrschten. Erst mit dem Staatsvertrag 1955 konnte ein historisches Ereignis von nahezu allen ÖsterreicherInnen als gemeinsamer und einheitsstiftender Erfolg erlebt werden. Laut Bruckmüller konnte das Erreichen des Staatsvertrages als Ergebnis langwieriger diplomatischer Verhandlungen „[...] nur ein relativ blaßes und jedenfalls ziemlich quietistisches Nationalbewußtsein ableiten.“³⁶⁰ In diesem Licht ist auch zu sehen, dass der Nationalfeiertag nicht am Tag der Unterzeichnung des Staatsvertrages gefeiert wird, sondern am Tag, als sich Österreich zur immerwährenden Neutralität verpflichtete.³⁶¹ Im österreichischen Staatsvertrag wurde erreicht, bewusst negative Momente auszuklammern. Daher dient er als eines der ersten positiven Identifikationsmomente der jungen österreichischen Nation. Als zentraler Gedächtnisort gilt nicht das Vertragswerk selbst, sondern Spuren, welche sich im kollektiven Gedächtnis anlagern.³⁶²

Im Jahr nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahr 1946, wurden „950 Jahre Österreich“ gefeiert. Bezug genommen wurde dabei auf eine zuvor wenig beachtete Urkunde aus dem Jahr 966, welche die früheste Nennung des Gebiets als „Ostarrichi“ enthält. Dieser erste Versuch, wieder ein neues Österreichbewusstsein zu etablieren, einen nationalen Mythos zu propagieren und zu pflegen, wurde in über mehrere Wochen angelegte Feiern umgesetzt. Dabei wurde auch auf Elemente der Österreich-Ideologie des Ständestaates Bezug genommen.³⁶³ Die offizielle Geschichtsinitiative 1946 zum Ostarrichi-Jubiläum erwies sich nach Uhl als wegweisend. Dabei wurden Feierlichkeiten staatlich organisiert und boten Institutionen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit, einen Beitrag zur Stärkung des Österreichbewusstseins zu leisten. Hierbei genügte es vielfach, um die eigene Geschichts- bzw. Kulturtradition zu belegen, das bisherige Vorzeichen „deutsch“ in „österreichisch“ abzuändern. Dabei hatte auch die Wissenschaft eine tragende Funktion, welche in Literatur, Musik und Geschichte den „österreichischen Charakter“ wissenschaftlich legitimieren sollte.³⁶⁴ Auch 1996 wurde dieses Jubiläum erneut gefeiert.³⁶⁵

³⁶⁰Bruckmüller, Nation Österreich, 354.

³⁶¹Vgl. ebd., 354.

³⁶²Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 29.

³⁶³Vgl. Gustav Spann, Der österreichische Nationalfeiertag, in: Emil Brix/Hannes Stekl (Hg.), Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Wien/Köln/Weimar 1997, 145-170, 148.

³⁶⁴Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 379.

³⁶⁵Martina Nussbaumer, Millennium revisited. Inszenierungen von Geschichte und Identität im „Ostarrichi“-Jubiläumjahr 1996, in: Zeitgeschichte 28 (2001) 5, 254–276.

Jubiläumsfeiern wie die Schillerfeiern 1959 erinnerten daran, wie sehr Jahrestage von Gruppierungen dafür genützt werden können, historische Bezugspunkte zu instrumentalisieren. Dabei kam es zu einem Aufmarsch verschiedener Burschenschaften in Wien, eine der ersten Manifestationen des sogenannten „nationalen Wiens“ nach dem Zweiten Weltkrieg.³⁶⁶ Auch durch die Borodajkewicz-Affäre wurde klar, dass Deutschnationalismus in Österreich immer noch große gesellschaftliche Resonanz fand. Laut Uhl veranlasste dies ÖVP und SPÖ dazu, gemeinsam einige Initiativen zu starten, mit welchen das österreichische Nationalbewusstsein gestärkt werden sollte. Ein Beispiel dafür wäre das Einführen des Nationalfeiertages.³⁶⁷ Der Staatsvertrag und die jahrelange Bemühung der Politiker um ihn konnte ein breites Gefühl in der Bevölkerung erzeugen, sich selbst erfolgreich von etwas abgekoppelt zu haben und eine fremde Herrschaft losgeworden zu sein. Während das Ende der NS-Herrschaft 1945 noch keine Bildung nationaler Identität zuließ, begannen sich ÖsterreicherInnen durch das Ende der alliierten Besatzung stärker als Nation zu fühlen.³⁶⁸

In der Gegenwart spielen Jubiläen wieder eine große Rolle, was Pierre Nora als „Konjunktur des Gedächtnis“ bezeichnet.³⁶⁹ Während in den 1960er- und 1970er-Jahren des 20. Jahrhunderts noch Debatten über den „Überdruß an der Geschichte“ und den drohenden „Verlust der Geschichte“ geführt wurden und grundlegende Fragen über den Nutzen der Geschichte gestellt wurden, scheint die Vergangenheit wieder an Bedeutung zuzulegen. Dabei betont Münch, dass es dabei kaum um Interesse an neuer wissenschaftlicher Aufarbeitung geht, sondern um „[...] immer neue[n] Schübe[n] sozialer Erinnerung, die an die Oberfläche drängen oder bewusst aktiviert werden.“³⁷⁰ Während bestimmte Jubiläen an Wichtigkeit zunehmen, verlieren andere ihre Bedeutung. Wie in der Arbeit in einem eigenen Kapitel noch gezeigt wird, veränderten sich auch die Jubiläen der Staatsvertragsunterzeichnung. Durch den stets unterschiedlichen Kontext werden die Symbole und das öffentliche Erinnern mit anderen Inhalten konnotiert und der gegenwärtigen Situation angepasst.³⁷¹ Zur Veränderung der Jubiläumsfeierlichkeiten und Erinnerungsereignisse tragen unter anderem Kritik an der offiziellen Geschichtsdarstellung und das Einfordern von verdrängten Anteilen des historischen Geschehens bei. Dabei entstanden

³⁶⁶Vgl. Rudi Gelbard, 1959 - Das sogenannte Nationale Wien tritt in Erscheinung, Audiovisuelles Archiv, URL: <https://audiovisuellesarchiv.org/de/footage/51> (abgerufen: 7. 6. 2019).

³⁶⁷Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 387.

³⁶⁸Vgl. Bruckmüller, Nation Österreich, 354.

³⁶⁹Pierre Nora, Gedächtniskonjunktur, in: Transit 22 (2002), 18-31.

³⁷⁰Paul Münch, Einleitung, in: Paul Münch (Hg.), Jubiläum, Jubiläum ... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung, Essen 2005, 7-28, 7.

³⁷¹Vgl. Katharina Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag. Über österreichische Eigenbilder zum Staatsvertragsjubiläum, Demokratiezentrum Wien, URL: <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=417&index=890> (abgerufen 01.07.2020), 4.

verschiedene Formen des öffentlichen und privaten Gedenkens.³⁷² Gründe für diese „Konjunktur des Gedächtnisses“ sieht Münch in den tiefgreifenden historischen Brüchen der Gegenwart, welche das Bedürfnis entstehen lassen, sich auf die Geschichte zu besinnen. Sichtbar wird dies im Museumsboom, dem Erfolg historischer Ausstellungen.³⁷³

„Man kann dies als eine positive Kompensationsleistung und dringend notwendige historische Orientierungsanstrengung deuten, doch auch als fragwürdige Identitätsstiftung, vielleicht gar als Krankheit diagnostizieren.“³⁷⁴

Auf die Jubiläen des Staatsvertrages, die meist in groß angelegten Festakten gefeiert wurden, wird in einem eigenen Kapitel genauer eingegangen, in welchem die unterschiedlichen Jubiläen miteinander verglichen werden und in Beziehung zum Festakt und Diskurs im Jahr 1965 gesetzt werden. Hier sei noch gesagt, dass die regelmäßigen Staatsvertragsfeierlichkeiten zu einem Fixpunkt der österreichischen Erinnerungskultur gehören.³⁷⁵ Jedoch spielen nicht nur die „5er-Jahre“ in der Erinnerungskultur der Zweiten Republik eine große Rolle, sondern auch die „8er-Jahre“. Hier wird der „Anschluss“ 1938 erinnert, jedoch spielt auch die Republikgründung 1918 eine Rolle.³⁷⁶ Besonders die 50-jährige Wiederkehr des „Anschlusses“ im Jahr 1988 wurde von breiten gesellschaftlichen Debatten begleitet.³⁷⁷

3.6 Zwei Jubiläen: Unabhängigkeit und Staatsvertragsunterzeichnung

In Österreich sind zwei Gründungsdaten relevant: 1945 und 1955. Wie wichtig der Staatsvertrag für ÖsterreicherInnen ist, zeigt die bereits erwähnte Umfrage aus dem Jahr 1998. 20% der Befragten geben an, stolz auf die Unterzeichnung des Staatsvertrages zu sein. Im Gegensatz dazu wird die Gründung der Zweiten Republik am 27. April 1945 nur von einem Prozent angegeben.³⁷⁸ Die Befreiung von der NS-Herrschaft 1945 war bis in die jüngere Vergangenheit ein konfliktgeladenes geschichtspolitisches Feld. Im Gegensatz dazu wurde die Unterzeichnung des Staatsvertrages ein Bezugspunkt österreichischer Geschichte, welcher durch Konsens

³⁷²Vgl. Nora, Gedächtniskonjunktur, 18.

³⁷³Vgl. Münch, Einleitung, 8.

³⁷⁴Ebd., 8.

³⁷⁵Vgl. Heidemarie Uhl, Der Staatsvertrag – ein Gedächtnisort der Zweiten Republik, in: Frei – Souverän – Neutral – Europäisch. 1945 1955 1995 2005, Informationen zur Politischen Bildung 22, Wien u. a. 2004, 67–78.

³⁷⁶Vgl. Oliver Rathkolb, Der lange Schatten der 8er Jahre. Kritische Geschichtsbetrachtung und Demokratiebewusstsein, in: Österreich. Aus Politik und Zeitgeschichte 68 (2018), 41–46.

³⁷⁷Vgl. Heidemarie Uhl, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluss“ (Böhlau Zeitgeschichtliche Bibliothek Band 17), Wien/Köln/Weimar 1992.

³⁷⁸Vgl. Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl, Das kulturelle Gedächtnis Österreichs. Eine Einführung, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl (Hg.), Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten, Wien 2004, 9-25, 12-14.

bestimmt war. So bezeichnete der ehemalige Widerstandskämpfer Ludwig Steiner den Staatsvertrag als ein Ereignis, bei dem sich alle ÖsterreicherInnen als befreit betrachteten: ehemalige WiderstandskämpferInnen wie auch ehemalige NationalsozialistInnen. Als zentraler Gedächtnisort funktioniert der Staatsvertrag in der österreichischen Geschichte als Mittel zur Überschreibung des Jahres 1945, welches kontroversiell beurteilt wurde und wird.³⁷⁹

Dies ist nicht nur für Österreich relevant, sondern ein Teil davon, wie kollektive Erinnerung in Bezug auf Gründungsversionen funktioniert: Eine einzige unumstrittene Gründungsversion existiert laut Machart nie, sondern es gibt immer verschiedene, miteinander rivalisierende Versionen. Dabei sind dominierende von eher randständigen Konstruktionen zu unterscheiden:³⁸⁰

„Als *Gründungsdiskurse* ließen sich darunter jene bezeichnen, die die Identität der Gemeinschaft sich selbst gegenüber auf der diskursiven Zeitachse konstruieren: In der öffentlichen Diskussion können hierunter Gründungsmythen, Nationalhistorien, Mythen der Verfassungsgebung, Hauptstadtdiskussionen (wie in Deutschland zu Berlin) und allgemein Verdrängungsdiskurse wie auch Bekenntnisdiskurse fallen.“³⁸¹

Müller greift auf Robert Musils Roman „Der Mann ohne Eigenschaften“³⁸² zurück, um konkurrierende Jubiläen zu beschreiben. Auch in diesem Roman stehen Jubiläen im Mittelpunkt, nämlich einerseits das 30-jährige Regierungsjubiläum von Kaiser Wilhelm II. und das 70-jährige Thronjubiläum von Kaiser Franz Josef.³⁸³ Laut Müller besteht eine Dynamik in historischen Jubiläen, die sich gerade durch das „Nebeneinander konkurrierender institutioneller Ordnungen“³⁸⁴ bildet. Dabei zieht er das Nebeneinander von katholischen, lutherischen und anderen Jubiläen im 17. und 18. Jahrhundert heran, durch welche die moderne Jubiläumskultur erst entstanden ist.³⁸⁵

Die Überschreibung des Kriegsendes durch den Staatsvertrag begann schon am Anfang des souveränen Österreichs zu wirken: Im Oktober 1955 wurde eine Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft durchgeführt. Auf die Frage „Seit wann gibt es ein freies Österreich?“ antworteten 87 Prozent mit dem Jahr 1955, dem Jahr, in welchem der

³⁷⁹Vgl. Heidemarie Uhl, Europäische Tendenzen, regionale Verwerfungen. Österreichisches Gedächtnis und das Jubiläumsjahr 2005, in: Werner Koroschitz/Lisa Retzl (Hg.), „Heiß umfедet, wild umstritten...“. Geschichtsmymhen in Rot-Weiß-Rot, Villach 2005, 21-26, 21.

³⁸⁰Vgl. Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis, 68.

³⁸¹Ebd., 68.

³⁸²Robert Musil, Der Mann ohne Eigenschaften (Band 1), Berlin 1930.

³⁸³Vgl. Müller, Das historische Jubiläum, 57.

³⁸⁴Ebd., 57.

³⁸⁵Vgl. ebd., 57.

Staatsvertrag unterzeichnet wurde und die alliierten Mächte Österreich verließen, nicht mit dem Jahr 1945, in welchem die nationalsozialistische Herrschaft in Österreich endete. Von diesen 87 Prozent sahen 52 Prozent den 15. Mai als ausschlaggebendes Datum an und 35 Prozent den 26. Oktober 1955.³⁸⁶

Durch seine kontroverse Stellung in der österreichischen Gesellschaft wurde das Kriegsende in seiner historischen Bedeutung immer weiter zurückgedrängt und stand im Schatten des Staatsvertrages. Mit der berühmten Balkonszene, in welcher der unterzeichnete Staatsvertrag vom Balkon des Oberen Belvedere von Leopold Figl der jubelnden Menge gezeigt wurde, verbunden mit den berühmten Worten „Österreich ist frei!“ wurde der Staatsvertrag zum zentralen Gedächtnisort der Zweiten Republik.³⁸⁷ Daher spielten in Österreich die „runden“ Jahrestage in Bezug auf das Kriegsende praktisch keine Rolle:

„Denn in den ‚5er-Jahren‘ wurde das Jubiläum des Staatsvertrages begangen, als Re-Inszenierung des eigentlichen Gründungsmythos der Zweiten Republik, der Erfolgsgeschichte eines kleinen Landes zwischen den Blöcken, das den Großmächten seine Freiheit abgetrotzt hatte.“³⁸⁸

Nach Heidemarie Uhl zeichnete sich 2015 eine leichte Tendenz ab, dass sich dies änderte.³⁸⁹

3.7 Nationalfeiertag, Staatsvertrag und Neutralität

Die Neutralität und der Staatsvertrag sind wichtige Symbole für Österreichs Identität und das Bekenntnis zum souveränen Staat Österreich.³⁹⁰ Zwischen 1945 und 1955 hatte Österreich keinen staatlichen Feiertag, der von offizieller Seite gefeiert wurde. Ab 1946 wurde zum Jahrestag der Befreiung Wiens am 13. April der „Tag der Befreiung“ begangen. Dabei wurden die öffentlichen Gebäude in Wien beflaggt und Schulfeiern, Kranzniederlegungen, Aufmärsche und Ansprachen der Parteienvertreter wurden abgehalten. Der Feiertag, der zuerst hauptsächlich in Wien begangen wurde, jedoch in immer mehr Gemeinden Österreichs Zuspruch fand, verlor jedoch bald die anfängliche Akzeptanz in der Gesellschaft. Die österreichische Bevölkerung hegte steigende Ressentiments gegen die andauernde Besatzung der Alliierten, allen voran gegenüber der Sowjetunion. Nach der Enttäuschung über das Ergebnis der Verhandlungen auf der Berliner Konferenz 1954, für welche hauptsächlich die Sowjetunion verantwortlich gemacht

³⁸⁶Vgl. Oliver Rathkolb, *Die paradoxe Republik. Österreich 1945-2015*, Wien 2015, 30.

³⁸⁷Vgl. Uhl, *Das österreichische Gedächtnis*, 383.

³⁸⁸Ebd., 389.

³⁸⁹Vgl. ebd., 389.

³⁹⁰Vgl. Karin Liebhart, Andreas Pribersky, *Die Mythisierung des Neubeginns: Staatsvertrag und Neutralität*, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl (Hg.), *Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten*, Wien 2004, 392-417, 396.

wurde, wurde in Wien verordnet, dass städtische Gebäude nicht mehr beflaggt werden sollten. In anderen Landtagen gab es ähnliche Beschlüsse.³⁹¹ Am 15. Mai 1955 wurde zwar der Staatsvertrag unterzeichnet, de jure in Kraft trat er jedoch erst nach der Genehmigung durch die jeweiligen Parlamente der Signatarmächte, der Ratifizierung durch die Staatsoberhäupter und schließlich der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden in Moskau. Erst danach begann die Dreimonatsfrist, innerhalb welcher die Besatzungsmächte ihre Truppen abzuziehen hatten.³⁹² Frankreich hinterlegte als letztes Land am 27. Juli 1955 seine Ratifizierungsurkunde in Moskau. Von diesem Tag an mussten die alliierten Truppen innerhalb von 90 Tagen das Land verlassen, also spätestens am 25. Oktober. Dieser Tag wurde erst als „Tag der Fahne“ oder auch als „Österreichischer Unabhängigkeitstag“ bezeichnet, und auf Geheiß von Unterrichtsminister Heinrich Drimmel wurden in Österreich an allen Schulen feierlich die Fahnen gehisst. Im nächsten Jahr erklärte man den 26. Oktober zum „Tag der österreichischen Fahne“, der alljährlich gefeiert werden sollte. Es hält sich bis heute bis in weite Teile der österreichischen Gesellschaft die Erklärung, der Anlass für den Nationalfeiertag sei, dass an diesem Tag der letzte (im Narrativ meist russische) Besatzungssoldat Österreich verlassen hätte. Der letzte Transport russischer Besatzungssoldaten verließ Österreich jedoch bereits am 19. September 1955 vom Bahnhof Baden nach Osten.³⁹³ Die letzten Besatzungstruppen, die Österreich verließen, waren britische Soldaten, welche am 25. Oktober österreichischen Boden verließen.³⁹⁴

Zu Beginn der 1960er-Jahre war Österreich immer noch das einzige europäische Land ohne Nationalfeiertag.³⁹⁵ Nachdem zu Beginn der 1960er-Jahre neonazistische Provokationen im öffentlichen Leben wieder sichtbarer in Erscheinung traten, versuchte man auch politisch dagegen zu agieren. Die Einführung eines Nationalfeiertages diente unter anderem der Stärkung der österreichischen Identität und des Nationalbewusstseins im Gegensatz zum Deutschnationalismus.³⁹⁶ Wie Bruckmüller schreibt, sahen etwa ab 1970 zwei Drittel der ÖsterreicherInnen Österreich als Nation, ab 1987 drei Viertel. Ein Viertel und später ein Fünftel sahen Österreich erst auf dem Weg dazu, wobei sich bis 2003 dahingehend nichts geändert hat.³⁹⁷ Zwei Jahre nach Einführung des Nationalfeiertages, als der Tag zum arbeitsfreien Tag

³⁹¹Vgl. Spann, Der österreichische Nationalfeiertag, 149-150.

³⁹²Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 537.

³⁹³Vgl. Peter Diem, Die Entwicklung der Symbole der Republik Österreich, in: Stefan Kamber/Lorenz Mikoletzky (Hg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck/Wien/Bozen 2008, 585-597, 596.

³⁹⁴Vgl. Spann, Der österreichische Nationalfeiertag, 152.

³⁹⁵Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 360.

³⁹⁶Vgl. Spann, Der österreichische Nationalfeiertag, 154.

³⁹⁷Vgl. Ernst Bruckmüller, Wie die Österreicher lernten, Österreicher zu sein, in: Günter Dürriegl (Hg.), Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, Wien 2005, 241-254, 251.

erklärt werden sollte, lehnte die FPÖ den Nationalfeiertag ab, aufgrund der Ablehnung der österreichischen Nation und dem Deutschnationalismus der Partei.³⁹⁸ Bei einer Enquete am 11. März 1965 wurde über die Einführung eines österreichischen Nationalfeiertages diskutiert. Dabei gab es durchaus unterschiedliche Positionen. Während die SPÖ den 12. November und den 1. Mai präferierten, wollte die Volkspartei eher den 15. Mai, einen Tag, der mit Raab und Figl verbunden ist, oder den 26. Oktober, von Drimmel eingeführt, zum Nationalfeiertag erklären. Bruno Kreisky war jedoch beispielsweise stark gegen den 12. November, da er diesen Tag mit der „Selbstaufgabe“ Österreichs in Verbindung brachte.³⁹⁹ Das Österreichische Nationalinstitut (ÖNI) beschäftigte sich mit der Frage eines geeigneten Tages im Vorfeld. Als Argument gegen den 15. Mai als Nationalfeiertag wurde vorgebracht, dass er hauptsächlich für die ältere Generation eine Bedeutung haben würde und nicht erwartet werden kann, dass sich spätere Generationen damit besonders identifizieren könnten. Zusätzlich wurde dieser Tag besonders von den Sozialisten abgelehnt, da er als „schwarzer“ Feiertag galt.⁴⁰⁰ Wie Heidemarie Uhl betont, zeigte paradoxerweise die Parlamentsdebatte über den Nationalfeiertag, in welcher eigentlich der Konsens der Regierungsparteien hätte ausgedrückt werden sollen, die unterschiedlichen Geschichtsbilder, die innerhalb der österreichischen Gesellschaft herrschten.⁴⁰¹ Letztendlich wurde ein Kompromiss zwischen den beiden Großparteien geschlossen und am 25. Oktober 1965 einstimmig im Nationalrat beschlossen, dass der 26. Oktober zum Nationalfeiertag werden würde. Am 28. Juni 1967 wurde mit dem Nationalfeiertags-Gesetz der Nationalfeiertag als gesetzlicher arbeitsfreier Feiertag festgelegt. Dadurch wurde der 26. Oktober zum Nationalfeiertag und nicht der 15. Mai.⁴⁰² Dass die Neutralität erinnerungspolitisch in den Vordergrund trat, geschah erst in den 1970er-Jahren.⁴⁰³

4 Exkurs: 5 Jahre Staatsvertrag – Das Jubiläum 1960

Die offiziellen Feierlichkeiten zum fünften Jubiläum der Staatsvertragsunterzeichnung wurden interessanterweise am Samstag, den 14. Mai abgehalten und nicht dem 15. Mai 1960.⁴⁰⁴ An

³⁹⁸Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 362.

³⁹⁹Vgl. Diem, Die Entwicklung der Symbole der Republik Österreich, 596.

⁴⁰⁰Vgl. Spann, Der österreichische Nationalfeiertag, 155-156.

⁴⁰¹Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 362.

⁴⁰²Vgl. Diem, Die Entwicklung der Symbole der Republik Österreich, 596.

⁴⁰³Vgl. Ernst Bruckmüller, Wie die Österreicher lernten, Österreicher zu sein, in: Günter Dürriegl (Hg.), Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, Wien 2005, 241-254, 251.

⁴⁰⁴Staatsvertrag – Grundlage des Aufstiegs, Das Kleine Volksblatt, 15. 5. 1960, 1.

diesem Tag wurden öffentliche Gebäude in ganz Österreich beflaggt.⁴⁰⁵ Die vier Außenminister der Signatarstaaten schickten Glückwunschtelegramme zum Jubiläum der Unterzeichnung.⁴⁰⁶

Der erste feierliche Staatsakt des Tages war, dass Bundeskanzler Julius Raab und Vizekanzler Bruno Pittermann einen Kranz vor dem Mahnmal für Österreichs Widerstandskämpfer am Äußeren Burgtor niederlegten.⁴⁰⁷ Dabei waren Bundesregierung, Nationalratspräsidenten und einige Abgeordnete anwesend. Eine Militärkapelle intonierte die Bundeshymne und das „Lied vom guten Kameraden“.⁴⁰⁸

Später wurde eine Festsitzung im Parlament abgehalten. Dabei hielten Bundeskanzler Julius Raab und Bundespräsident Adolf Schärf Ansprachen. Auch Leopold Figl, zu jener Zeit Nationalratspräsident, richtete zu Beginn und Ende einige Worte an die anwesenden Abgeordneten.⁴⁰⁹ Die Festsitzung diente nicht nur dem Gedenken der Staatsvertragsunterzeichnung, sondern auch der Unabhängigkeitserklärung vor 15 Jahren.⁴¹⁰ Zu der Festsitzung eingeladen waren alle Abgeordneten des Nationalrates und Bundesrates, alle früheren Abgeordneten seit 1945, die Landeshauptleute und Mitglieder der Landesregierungen, Landtagspräsidenten und viele hohe Beamte. Auch Ehrengäste wie eine französische Parlamentarierdelegation, der ehemalige französische Hochkommissar Marie Béthouart und ein Mitglied der Sowjetregierung, Postminister Nikolaj Psurzew, waren anwesend.⁴¹¹ Die „Volksstimme“ kritisierte, dass Widerstandskämpfer in der Festsitzung keinerlei Erwähnung finden, obwohl der „Bundesverband der Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus“ in einem Schreiben an den Nationalrat appelliert hatte, ihrer zu gedenken.⁴¹² Die Festsitzung wurde vom Radio übertragen. Das Fernsehprogramm dieser Zeit beschäftigte sich jedoch nicht mit dem Jubiläum, es gab keinerlei Sendungen mit Bezug zum Staatsvertrag.⁴¹³

Um 12 Uhr begann eine Militärparade entlang der Ringstraße. Zu Beginn spielten die Musikkapellen die Bundeshymne.⁴¹⁴ Die Berichterstattung über die Militärparade war zum größten Teil sehr ausführlich. Im „Kurier“ wurde ausgiebig über die unterschiedlichen

⁴⁰⁵Vgl. Heute Festsitzung im Parlament und Parade auf dem Ring, Die Presse, 14. 5. 1960, 1.

⁴⁰⁶Vgl. 5 Jahre neutrales Österreich, Volksstimme 15. 5. 1960, 1.

⁴⁰⁷ Vgl. ebd., 1.

⁴⁰⁸Ein Festtag der Einigkeit Österreichs, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1960, 1.

⁴⁰⁹Staatsvertrag – Grundlage des Aufstiegs, Das Kleine Volksblatt, 15. 5. 1960, 1.

⁴¹⁰Vgl. Heute Festsitzung im Parlament und Parade auf dem Ring, Die Presse, 14. 5. 1960, 1.

⁴¹¹Ein Festtag der Einigkeit Österreichs, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1960, 1.

⁴¹²Vgl. 5 Jahre neutrales Österreich, Volksstimme 15. 5. 1960, 1.

⁴¹³Vgl. Renée Winter, Geschichtspolitik und Fernsehen. Repräsentationen des Nationalsozialismus im frühen österreichischen TV (1955-1970), Bielefeld 2014, 116.

⁴¹⁴Vgl. Große Bundesheerparade in Wien: 5. Jahrestag des Staatsvertrages, Illustrierte Kronen Zeitung, 15. 5. 1960, 12.

Waffengattungen geschrieben. Auch der genaue Ablauf der Parade wurde mit detaillierten Beschreibungen des Zeitablaufs und der Waffen beschrieben. Dabei wurde betont, dass sich das Bundesheer beweisen musste, um zu zeigen, dass es die Neutralität Österreichs verteidigen könnte.⁴¹⁵ Auch „Die Presse“ beschrieb die Parade sehr genau und verglich sie auch mit der letzten Parade des Heeres, die 1957 anlässlich der Angelobung von Bundespräsident Adolf Schärf stattgefunden hatte.⁴¹⁶ Im „Kleinen Volksblatt“⁴¹⁷ wie auch in der „Arbeiter Zeitung“⁴¹⁸ wurde die Parade ebenso beschrieben und Bilder abgedruckt. Auch die „Kronen Zeitung“ zeigte viele Bilder der Militärparade und beschrieb die dort gezeigten Waffengattungen.⁴¹⁹ Sie nannte die militärische Feier „[...] eine Bewährungsprobe, die das Bundesheer aufs beste [sic!] bestanden hat.“⁴²⁰ Auch wies sie darauf hin, dass sich tausende Zuschauer entlang der Ringstraße eingefunden hatten, um die Parade als Zuschauer zu erleben.⁴²¹ Vom Verteidigungsminister wurde die Parade im Vorfeld als „Demonstration für den Frieden“ bezeichnet.⁴²² Über die Parade wurde sehr ausgiebig in den Zeitungen berichtet, jedoch nicht vom Fernsehen oder Radio live übertragen.⁴²³

Am Vorabend fand eine Feier der Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände am Stephansplatz statt, worauf das „Kleine Volksblatt“ hinwies.⁴²⁴

Interessant ist, dass bereits zum erstmöglichen Jubiläum der Staatsvertragsunterzeichnung die Festivitäten mit dem Gedenken der Unabhängigkeitserklärung zusammengelegt wurden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass dies nicht in allen Zeitungen erwähnt wurde und teilweise nur vom Staatsvertragsjubiläum die Rede war. Insgesamt dominierte eindeutig der Fokus auf den Staatsvertrag die Berichterstattung. Bereits bei diesem ersten Jubiläum des Staatsvertrages überlagerten die dahingehenden Feierlichkeiten eindeutig das Gedenken an die Unabhängigkeitserklärung. Obwohl die Feierlichkeiten meist auf der Titelseite landeten, war das

⁴¹⁵Heute auf der Ringstraße, Kurier, 14. 5. 1960, 3.

⁴¹⁶Vgl. Zehntausende Wiener standen Spalier für die große Parade, Die Presse, 15. 5. 1960, 5.

⁴¹⁷Staatsvertrag – Grundlage des Aufstiegs, Das Kleine Volksblatt, 15. 5. 1960, 1.

⁴¹⁸Parade ohne Pflanz und Flitter, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1960, 3.

⁴¹⁹Vgl. Große Bundesheerparade in Wien: 5. Jahrestag des Staatsvertrages, Illustrierte Kronen Zeitung, 15. 5. 1960, 13.

⁴²⁰Ebd., 13.

⁴²¹Vgl. ebd., 13.

⁴²²Vgl. Parade des Bundesheeres am 15. Mai 1960 in Wien, URL:

https://www.youtube.com/watch?v=In4ZQYnFDKw&fbclid=IwAR0QW5Zzw4RrOZFXs5t8gasCliv8T0p3MautQ9t5A44bMTEEPyc_BqZSM9M (abgerufen 4. 7. 2020).

⁴²³Vgl. Renée Winter, Geschichtspolitik und Fernsehen. Repräsentationen des Nationalsozialismus im frühen österreichischen TV (1955-1970), Bielefeld 2014, 116.

⁴²⁴Katholiken ehren Raab und Figl, Das Kleine Volksblatt, 14. 5. 1960, 3.

dominierende Thema der Besuch des Schah am Montag, dem 16. Mai, in Wien⁴²⁵ und die Pariser Außenministerkonferenz.⁴²⁶

5 Historische Diskursanalyse

Um das Thema und die Fragestellungen zu untersuchen, wird auf die historische Diskursanalyse zurückgegriffen. Im deutschsprachigen Raum haben sich zwei wichtige, grundlegende Vorstellungen in Bezug auf die historische Diskursanalyse herausgebildet. Achim Landwehr⁴²⁷ versteht unter der historischen Diskursanalyse ein methodisches Vorgehen, während Philipp Sarasin⁴²⁸ darunter eine philosophische Haltung begreift. Diese Arbeit bezieht sich hauptsächlich auf die Theorie von Landwehr, da er eine konkrete Forschungsmethode vorlegt, nach der das methodische Vorgehen transparent gemacht werden kann. Die Arbeiten von Sarasin und anderen wichtigen Theoretikern der (historischen) Diskursanalyse werden hier auch miteinbezogen, um einen theoretischen Unterbau für die Methode zu legen und sie ausführlich vorzustellen. Jedoch ist die historische Diskursanalyse „keine bestimmte Methode, sondern [...] ein Forschungsprogramm bzw. eine Forschungsperspektive [...]“.⁴²⁹ Auch Landwehr selbst betont, dass die Interessenschwerpunkte diskursanalytischer Fragestellungen weit gestreut sind und daher der Untersuchungsweg nicht stets derselbe sein kann.⁴³⁰

5.1 Diskursanalyse und Geschichtswissenschaft

Auch wenn der Diskursbegriff eine zentrale Kategorie kulturwissenschaftlicher Arbeiten darstellt, ist seine Definition mit Schwierigkeiten verbunden. Es gibt ein weites Bedeutungsspektrum, wobei sich grundlegend sagen lässt, es

„[...] richtet sich sein (reflektierter) wissenschaftlicher Einsatz immer auf Untersuchungen des Sprach- und Zeichengebrauchs, ob es sich dabei nun um mündliche oder schriftliche Aussagen, konkrete Kommunikationsprozesse, die Analyse größerer Textkorpora oder die Untersuchung bildlicher und akustischer Medien handelt.“⁴³¹

Diskursanalytische Ansätze sind bereits lange Zeit Teil der Kulturwissenschaften. Sarasin beschreibt, dass sich seit den 50er-Jahren eine Art „linguistic turn“ im historischen Denken

⁴²⁵Der Schah von Persien in Wien, Arbeiter Zeitung, 17. 5. 1960, 2.

⁴²⁶Herter kommt als erster zur Gipfelkonferenz, Arbeiter Zeitung, 14. 5. 1960, 1.

⁴²⁷Achim Landwehr, Historische Diskursanalyse (Historische Einführungen 4), Frankfurt/New York 2018.

⁴²⁸Philipp Sarasin, Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt 2003.

⁴²⁹Franz X. Eder, Historische Diskurse und ihre Analyse – eine Einleitung, in: Franz X. Eder (Hg.), Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden 2006, 9-23, 13.

⁴³⁰Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 97.

⁴³¹Ebd., 15-16.

entwickelt hat.⁴³² Dies ist ein Sammelbegriff unterschiedlicher Entwicklungen im 20. Jahrhundert. Gemeinsam ist ihnen „eine grundlegende Skepsis gegenüber der Sprache als einem transparenten Medium zur Erfassung und Vermittlung von Wirklichkeit“.⁴³³ Sprachliche Vermittlung bedeutet demnach nicht, dass die beschreibbare „Realität“ sprachlich abgebildet wird, sondern, dass diese Realität von Sprache geschaffen wird.⁴³⁴ Damit begann der Einfluss linguistischer und literaturwissenschaftlicher Fragestellungen in der Historiographie im 20. Jahrhundert.⁴³⁵ Sarasin meint dazu, dass es nicht möglich sei, „sich in der Wahrnehmung von Wirklichkeit jenseits der Sprache bzw. jenseits von Diskursen zu bewegen.“⁴³⁶ Grundlegend sieht Sarasin poststrukturalistische Diskursanalyse als auf zwei Annahmen fußend: Einerseits sind Diskurse „[...] historisch eingrenzbare thematische Redezusammenhänge, die Möglichkeiten und Grenzen sinnvoller Rede und kohärenten sozialen Handelns bestimmen [...]“⁴³⁷ und andererseits bezeichnet Diskursivität „im weiteren Sinn die Tatsache, daß die Sprache ein ‚Medium‘ ist, das dem Sprechen seine Bedingungen diktiert.“⁴³⁸

Eine vorläufige Definition von Diskurs gibt Foucault in „Archäologie des Wissens“:

„Diskurs wird man eine Menge von Aussagen nennen, insoweit sie zur selben diskursiven Formation gehören. [...] Er wird durch eine begrenzte Zahl von Aussagen konstituiert, für die man eine Menge von Existenzbedingungen definieren kann“⁴³⁹

Da die Analyse von Aussagen eine zentrale Kategorie in Landwehrs Methode der historischen Diskursanalyse darstellt,⁴⁴⁰ wird dieser Begriff später, wenn auf die Aussageanalyse genauer eingegangen wird, näher spezifiziert.

Mit der Verknüpfung von Diskurs und Macht wurden Fragen der Diskursanalyse besonders für Fragen der Geschichtswissenschaft interessant. Erstmals eingeführt wurde dies in Foucaults Antrittsvorlesung „Die Ordnung des Diskurses“⁴⁴¹ am Collège de France. Landwehr betont, dass erst durch die Verbindung von Macht und Diskurs der ambivalente Charakter von Diskursen für historische Arbeiten nutzbar gemacht wurde. Macht und Diskurs bedingen einander: Während

⁴³²Vgl. Philipp Sarasin, *Subjekte, Diskurse, Körper. Überlegungen zu einer diskursanalytischen Kulturgeschichte*, in: Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Kulturgeschichte Heute*, Göttingen 1996, 131-165, 132.

⁴³³Landwehr, *Historische Diskursanalyse*, 49.

⁴³⁴Christoph Conrad/Martina Kessel, *Geschichte ohne Zentrum*, in: Christoph Conrad/Martina Kessel (Hg.), *Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion*, Stuttgart 1994, 9-38, 19-20.

⁴³⁵Vgl. ebd., 49.

⁴³⁶Philipp Sarasin, *Diskurstheorie und Geschichtswissenschaft*, in: Reiner Keller/Andreas Hierseland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Wiesbaden 2006, 55-81, 61.

⁴³⁷Sarasin, *Subjekte, Diskurse, Körper*, 142.

⁴³⁸Ebd., 142.

⁴³⁹Michel Foucault, *Archäologie des Wissens*, Frankfurt am Main 1997, 170.

⁴⁴⁰Vgl. Landwehr, *Historische Diskursanalyse*, 107-109.

⁴⁴¹Michel Foucault, *Die Ordnung des Diskurses*, München 1974.

der Diskurs Machtbeziehungen produziert, setzt er jedoch auch Macht voraus. Weil zu Diskursen bewahrende wie auch verändernde Eigenschaften gehören, sind sie ambivalent.⁴⁴² Foucault⁴⁴³ wie auch Laclau/Mouffe⁴⁴⁴ haben den Diskursbegriff in ihrer Theorie als produktiv formuliert. Das bedeutet, Diskurse formen systematisch die Gegenstände, von denen sie sprechen. Wirklichkeit wird von Diskursen nicht abgebildet, sondern von ihnen hervorgebracht.⁴⁴⁵ Diese Erkenntnisse sind essentiell für die historische Diskursanalyse nach Achim Landwehr:

„Dasjenige, was Gesellschaften und Individuen als Wissen und Wirklichkeit akzeptieren, ist zwangsläufig immer kulturell vermittelt [...]. Diskurse übernehmen in einer historisch entzifferbaren Weise die Aufgabe, eben diese Wirklichkeit zur Verfügung zu stellen.“⁴⁴⁶

In Bezug auf Geschichtswissenschaft bedeutet dies, dass *an sich* erfahrbare historische Wirklichkeit demnach nicht nachvollziehbar ist. Historisch kann jedoch entziffert werden, wie Diskurse kulturell vermitteln, was als Wissen und Wirklichkeit akzeptiert wird. Im diskursiven Austausch werden gültige Versionen von Wirklichkeit zu konstituieren versucht. Ist etwas schließlich in einer Gesellschaft als Wirklichkeit und Wissen etabliert, ist dies zwangsläufig mit Machtwirkung verbunden, gleichzeitig werden Wissensformen von Macht konstituiert.⁴⁴⁷ Landwehr formuliert es folgendermaßen: „Die kürzestmögliche Bestimmung der Funktion von Diskursen muss daher lauten: Diskurse bringen Wirklichkeit hervor.“⁴⁴⁸

Häufig sieht sich die historische Diskursanalyse mit dem Vorwurf konfrontiert, den Diskurs zum historischen Subjekt zu machen und die historischen Akteure zu vernachlässigen. In der Theorie von Sarasin wird Diskurs beispielsweise als Wirklichkeit, die überindividuell ist, konzipiert. Dabei ist auch ein autonomes Subjekt nicht mehr vorstellbar.⁴⁴⁹ Landwehr bezeichnet dies jedoch nicht als Neuerung, sondern als „[...] schlichte Anerkennung der Tatsache, dass der in eine bereits geordnete Welt hineingeborene Mensch kein Gott ist, der sich seine Wirklichkeit neu erschaffen könnte [...]“⁴⁵⁰ Außerdem bedeutet dies nicht, dass das Subjekt vollständig verschwinden würde. Die Wahrnehmung und Erfahrung der Subjekte sind aber durch Diskurse organisiert. Die Möglichkeit einer individuellen Positionierung besteht besonders durch das parallele Vorhandensein verschiedener Diskurse und ihrer Konkurrenz wie auch den

⁴⁴²Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 72.

⁴⁴³Vgl. Foucault, Archäologie des Wissens, 74.

⁴⁴⁴Vgl. Ernesto Laclau/Chantal Mouffe, Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 2020, 144.

⁴⁴⁵Vgl. Foucault, Archäologie des Wissens, 74.

⁴⁴⁶Landwehr, Historische Diskursanalyse, 89.

⁴⁴⁷Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 89-90.

⁴⁴⁸Ebd., 90.

⁴⁴⁹Vgl. Sarasin, Subjekte, Diskurse, Körper, 159.

⁴⁵⁰Landwehr, Historische Diskursanalyse, 91.

unterschiedlichen Verknüpfungsmöglichkeiten. Dadurch sind auch eigene Formen von Wahrnehmung und Aussage möglich.⁴⁵¹

Die Diskursordnung folgt, so Sarasin, einer gewissen Eigenlogik: „Diskurse sind in einer Weise regelhaft organisiert, daß durch sie die Gegenstände des Diskurses und die Möglichkeiten wahrer Rede vorgegeben werden.“⁴⁵² Mit „Materialität der Diskurse“ beschreibt er die Eigenlogik entsprechender Medien, auf welche Diskurse angewiesen sind. Die besondere soziale und materielle Eigenart konstituiert die Bedingungen der Aussagen und hat Einfluss auf die Rezeption.⁴⁵³ Landwehr meint: „Nicht die vergangene Wirklichkeit, die uns nur zeichenförmig vermittelt ist, markiert den Beginn historischer Fragen, sondern die Medien, die diese Vermittlungsleistung erbringen.“⁴⁵⁴ Diskurse können in logisch stabilisierte Diskurse und nicht-stabilisierte Diskurse unterschieden werden. Bei logisch stabilisierten Diskursen werden, wie beispielsweise bei naturwissenschaftlichen oder juristischen Diskursen, die Diskursteilnehmer stark reduziert und wenige Variationen im Diskurs ermöglicht, da bereits ein derart komplexer und spezialisierter Stand im Diskurs erreicht wurde. Nicht-stabilisierte Diskurse wie beispielsweise Diskurse aus dem Feld der Literatur oder Politik werden hingegen nicht vollständig von einer einzelnen Diskursregel beherrscht.⁴⁵⁵

Landwehr nimmt in seiner Konzeption von historischer Diskursanalyse Bezug auf die Diskurstheorie von Laclau und Mouffe.⁴⁵⁶ Dabei stellt er nicht nur ihre Erkenntnisse bezüglich der bereits erwähnten Produktivität der Diskurse in den Vordergrund. Laclau/Mouffe bezeichnen Diskurs als eine aus Artikulationen hervorgegangene Totalität. Artikulationen sind Praktiken, welche Beziehungen zwischen Elementen herstellen und dadurch diese Elemente mit einer Identität ausstatten.⁴⁵⁷ Sie erklären auch den Unterschied von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken für obsolet.⁴⁵⁸ Dabei betonen sie, dass Diskurse sich nicht auf geistige Phänomene beschränken, sondern auch die materielle Ebene miteinbeziehen: So ist nicht nur das Sprechen über einen Gegenstand diskurskonstituierend, sondern auch das Bauen eines Gebäudes.⁴⁵⁹

⁴⁵¹Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 91-92.

⁴⁵²Philipp Sarasin, Diskurstheorie und Geschichtswissenschaft, in: Reiner Keller/Andreas Hiersland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Wiesbaden 2006, 55-81, 64.

⁴⁵³Vgl. ebd., 64.

⁴⁵⁴Landwehr, Historische Diskursanalyse, 103.

⁴⁵⁵Vgl. Sarasin, Subjekte, Diskurse, Körper, 153-154.

⁴⁵⁶Laclau/Mouffe, Hegemonie und radikale Demokratie.

⁴⁵⁷Vgl. ebd., 139.

⁴⁵⁸Vgl. ebd., 140-143.

⁴⁵⁹ Laclau/Mouffe, Hegemonie und radikale Demokratie, 142-143.

Der Ausgangspunkt historischer Diskursanalyse ist die Frage, welche Aussagen an welchem Ort zu welchem Zeitpunkt getätigt werden und warum genau diese und keine anderen Aussagen aufgetreten sind.⁴⁶⁰ Dabei wird versucht, nicht nur explizite Wissensbestände zu erforschen, sondern für die Analyse ist besonders das selbstverständliche Wissen interessant, das heißt die allgemein akzeptierte Wirklichkeit, über die man sich in einer Gesellschaft kaum noch verständigen muss.⁴⁶¹ Die historische Diskursanalyse ist demnach also an Oberflächlichkeiten und Positivitäten interessiert und versucht nicht, mithilfe der traditionellen Hermeneutik ‚hinter‘ die Erscheinungen zu gelangen und das ‚eigentlich‘ Wahre herauszufinden. Vielmehr wird versucht, mithilfe hermeneutischer Verfahren herauszuarbeiten, durch welche Umstände bestimmte Erscheinungen als Wirklichkeit hervorgebracht wurden.⁴⁶² Nach Sarasin ist die Diskursanalyse mehrstufig:

„Sie umfaßt a) auf der Traditionslinie Foucaults die Beschreibung eines *thematischen* Diskurses als einer kulturellen Form – eines Fadens im Gewebe der Kultur –, die im Rahmen der sozialen Ausdehnung dieses Diskurses über diskursspezifische Regeln der Sagbarkeit und der Wahrheit Sinn produziert und verteilt; b) die Untersuchung von Rede- und Handlungssituationen, in welchen verschiedene, zuweilen konkurrierende Diskurse erscheinen; und c) die Rekonstruktion eines individuellen Redens bzw. eines einzelnen Textes als diskursiv geformt und polysemisch.“⁴⁶³

Diskursanalyse interessiert sich immer auch für jene Aspekte, welche nicht mehr Teil des Diskurses sind, welche keine Erwähnung finden und aus dem Diskurs ausgeklammert werden.⁴⁶⁴ Besonders auch in Hinblick auf Erinnerungskultur ist dieser Aspekt interessant. So meint Machart, dass Leerstellen des kollektiven Gedächtnisses das Ergebnis daraus sind, dass sich eine bestimmte Konstruktion von Vergangenheit gegenüber alternativen Vergangenheitsversionen durchgesetzt hat. Eine bestimmte Vergangenheitsversion kann also andere diskursiv „stilllegen“ und sie „überschreiben“:⁴⁶⁵ „Stille herrscht dort, wo die ‚Stilllegung‘ des gegnerischen Diskurses gelungen ist und die dominanten Sedimente nicht mehr befragt werden.“⁴⁶⁶

⁴⁶⁰Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 90.

⁴⁶¹Vgl. ebd., 94.

⁴⁶²Vgl. ebd., 90.

⁴⁶³Sarasin, Subjekte, Diskurse, Körper, 142.

⁴⁶⁴Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 126.

⁴⁶⁵Vgl. Machart, Das historisch-politische Gedächtnis, 54-55.

⁴⁶⁶Machart, Das historisch-politische Gedächtnis, 55.

5.2 Methodisches Vorgehen

5.2.1 Korpus

Die Korpusbildung des analysierten Materials ist besonders wichtig für eine Diskursanalyse. Entscheidend für eine Korpusbildung ist „die Wiederholung und die Gleichförmigkeit von immer wieder ähnlich Gesagtem oder Geschriebenem.“⁴⁶⁷ Miteinander verbundene Aussagen in diachroner Reihung und synchroner Häufigkeit sind wichtige Bausteine einer empirisch begründeten Diskursanalyse. Dabei ist es von Vorteil, das Untersuchungsfeld so offen wie möglich zu gestalten. Vom „imaginären Korpus“, das heißt, von der historischen Gesamtheit der Äußerungen, ist nur noch ein kleiner Rest erhalten, bzw. möglich zu recherchieren. Diesen Restbestand nennt Landwehr den „virtuellen Korpus“, woraus durch gezielte Sammlung, Sichtung und Gewichtung schließlich ein „konkreter Korpus“ ausgewählt werden soll.⁴⁶⁸ Busse/Teubert drücken dies folgendermaßen aus:

„Unter Diskursen verstehen wir im forschungspraktischen Sinn virtuelle Textkorpora, deren Zusammensetzung durch im weitesten Sinne inhaltliche (bzw. semantische) Kriterien bestimmt wird. Zu einem Diskurs gehören alle Texte, die - sich mit einem als Forschungsgegenstand gewählten Gegenstand, Thema, Wissenskomplex oder Konzept befassen, untereinander semantische Beziehungen aufweisen und/oder in einem gemeinsamen Aussage-, Kommunikations-, Funktions- oder Zweckzusammenhang stehen, - den als Forschungsprogramm vorgegebenen Eingrenzungen in Hinblick auf Zeitraum/Zeitschnitte, Areal, Gesellschaftsausschnitt, Kommunikationsbereich, Texttypik und andere Parameter genügen, - und durch explizite oder implizite (...) Verweisungen aufeinander Bezug nehmen bzw. einen intertextuellen Zusammenhang bilden.“⁴⁶⁹

Man muss sich im Klaren darüber sein, dass eine Materialauswahl nicht völlig objektiv sein kann und jede Auswahl, die man als Historiker trifft, von Vorwissen, Hypothesen, arbeitsökonomischen Überlegungen und persönlicher Vorliebe beeinflusst wird.⁴⁷⁰

5.2.2 Kontextanalyse

Durch das Material erfährt man etwas über die Zeit und durch den Kontext etwas über das Material. Laut Landwehr muss vermieden werden, eine Hierarchie zwischen Text bzw. Material

⁴⁶⁷Landwehr, Historische Diskursanalyse, 99.

⁴⁶⁸Vgl. ebd., 99-100.

⁴⁶⁹Dietrich Busse/Wolfgang Teubert, Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik, in: Dietrich Busse/Wolfgang Teubert (Hg.), Linguistische Diskursanalyse: neue Perspektiven, Wiesbaden 2013, 13-30, 16-17.

⁴⁷⁰Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 99-100.

und Kontext herzustellen. Natürlich müssen die Bedeutung des Kontexts und verschiedene Machtwirkungen miteinbezogen werden. Historische Fragen in einer Diskursanalyse beginnen bei den Medien, welche uns vergangene Wirklichkeiten zeichenförmig vermitteln.⁴⁷¹ Das Verhältnis von Text und Kontext ist ein Grundproblem aller Ansätze zur Diskursanalyse und daher Gegenstand von Debatten.⁴⁷²

In der Kontextanalyse unterscheidet man vier verschiedene Ebenen: Im „situativen Kontext“ wird die Frage nach dem wer, dem wo und dem was gestellt. Welche Personen sind in jener Situation wo anwesend, wie sieht der gesellschaftliche Hintergrund aus (Geschlecht, Alter, Nationalität, soziale Gruppe usw.). Auch markante Rituale bezüglich bestimmter Kleidung, Gesten oder Raumgestaltung spielen hierbei eine Rolle.⁴⁷³ Teun A. van Dijk hat grundlegend über Interaktion und sozialen Kontext gearbeitet und versucht, eine abstrakte Analyse des Begriffs herauszuarbeiten.⁴⁷⁴ In dieser Arbeit werden im situativen Kontext der genaue Ablauf der Veranstaltung des Festaktes, die anwesenden Personen wie auch die kulturellen Begleitveranstaltungen des Staatsaktes dargestellt. Zweitens ist der „mediale Kontext“ herauszuarbeiten. Dabei wird die Medienform des untersuchten Materials dargestellt. Je nach Medium werden die Diskurse unterschiedlich präsentiert, weshalb Medien nicht als informierende Vermittler gesehen werden können, sondern als konstruierende Akteure. Drittens ist der „institutionelle Kontext“ zu beachten. Die Bedingungen der Entstehung des Materials werden hierbei genauer betrachtet, der Rahmen der politischen und sozialen Institutionen und ihr Aufbau wie auch Funktionsweise wird hier thematisiert. Dies nimmt in dieser Arbeit kein eigenes Kapitel ein, da die relevanten institutionellen Kontexte in anderen Kapiteln bereits aufgegriffen und näher beschrieben werden. Zur Entstehung des Materials wird im Kapitel zum „medialen Kontext“ genauer Stellung bezogen, in welchem der Kontext der Presse wie auch der Bundespressdienst näher beleuchtet wird. Der innen- wie auch außenpolitische Kontext wird im Kapitel „Historischer Kontext“ näher beschrieben. Debatten über den Festakt und seine Kosten werden im Kapitel zum „Situativen Kontext“ aufgegriffen. Auch die weiteren kulturellen und religiösen Veranstaltungen im Rahmen der Staatsvertragsfeierlichkeiten werden dabei beschrieben. Die Rolle des Staates bei offiziellen Festakten und Jubiläen wird im Kapitel „Funktionen von Jubiläen als Staatsakte“ näher beschrieben. Die unterschiedlichen Aspekte des institutionellen Kontextes des Festaktes werden also in ihrem jeweiligen Kapitel näher erläutert.

⁴⁷¹Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 102-103.

⁴⁷²Vgl. Christoph Conrad/Martina Kessel, Geschichte ohne Zentrum, in: Christoph Conrad/Martina Kessel (Hg.), Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion, Stuttgart 1994, 9-38, 22-23.

⁴⁷³Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 104.

⁴⁷⁴Teun A. van Dijk, Textwissenschaft. Eine interdisziplinäre Einführung, Tübingen 1980.

In einem letzten Schritt ist der „historische Kontext“ relevant. Dabei wird die ökonomische, politische, gesellschaftliche und kulturelle Gesamtsituation miteinbezogen, wobei natürlich kein universalgeschichtlicher Überblick gegeben werden kann, jedoch die relevanten Verbindungen zu parallelen Entwicklungen, Ereignissen und Prozessen hergestellt werden müssen, um das Material einordnen zu können und nicht textimmanent zu analysieren.⁴⁷⁵

5.2.3 Analyse der Aussagen

Landwehr beschreibt Aussagen folgendermaßen:

„Es können grammatikalische Einheiten sein, aber nicht jede grammatikalische sinntragende Form ist zwangsläufig eine Aussage. Aussagen können also nicht mit Sätzen oder Sprechakten gleichgesetzt werden (auch wenn Sätze und Sprechakte Aussagen sein können), da auch Gegenstände oder Handlungen diese Funktion übernehmen können. Ebenso wenig können Aussagen vornehmlich durch die Analyse von Einzelwörtern in der Tradition der Begriffsgeschichte aufgedeckt werden (auch wenn Einzelwörter Aussagen sein können) [...]“⁴⁷⁶

Wichtig für die Frage, wie Aussagen bestimmt werden können, ist nicht die äußere Form der Aussage, sondern deren Funktion.⁴⁷⁷ Aus der linguistischen Pragmatik entstand die Erkenntnis, dass jede sprachliche Aktivität eine Handlung ist. Landwehr hebt hervor, dass es „[...] keine Tätigkeit gibt, die nicht auch diskurskonstituierend ist.“⁴⁷⁸ Dahingehend werden diskursive und nicht-diskursive Praktiken nicht getrennt.⁴⁷⁹

5.2.4 Diskursanalyse

Die Analyse der Aussagen muss zur Analyse von Diskursen weiterführen. Dabei ist es von großer Bedeutung, das Verhältnis zwischen Aussagen und Diskursen näher zu bestimmen. Wichtig ist laut Landwehr, dass keine Kausalität zwischen Diskurs und Aussage konstruierbar ist, sodass nicht behauptet werden kann, die Aussage gehe dem Diskurs voraus und forme ihn. Die beiden Elemente sind hingegen untrennbar miteinander verbunden. Dabei ist wichtig, bei der Analyse von Aussagen stets den Diskurs im Auge zu behalten, wie auch bei der Analyse von

⁴⁷⁵Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 104-105.

⁴⁷⁶Ebd., 107-108.

⁴⁷⁷Vgl. ebd., 108.

⁴⁷⁸Ebd., 93.

⁴⁷⁹Vgl. ebd., 93.

Diskursen immer konkrete Aussagen mitzudenken.⁴⁸⁰ Der Diskurs strukturiert die Möglichkeit von Aussagen. Auf der anderen Seite strukturieren Aussagen den Diskurs.⁴⁸¹

Ein Diskurs kann durchaus als Menge von Aussagen interpretiert werden, welche einen Aspekt der ‚Wirklichkeit‘ konstituieren. Dabei ist die Frage nach Grenzziehungen wie auch nach der Etablierung von legitimen Weltansichten im Wandel der Zeit besonders interessant.⁴⁸² Hierbei kann auf die Bedeutung verlorener Wirklichkeiten hingewiesen werden. „Zur näheren Bestimmung ließe sich beispielsweise fragen, ob es sich um einen Diskurs handelt, der ausgrenzen will, der diskriminiert, der zu überzeugen versucht oder der soziale Differenzen manifestiert.“⁴⁸³ Vorherrschende Themen sollen nun innerhalb des betrachteten Diskurses isoliert werden.⁴⁸⁴ Hier ist ein weiteres Mal auf die von Sarasin beschriebenen logisch stabilisierten und logisch nicht-stabilisierten Diskurse hinzuweisen.⁴⁸⁵ Interessant ist, zu welchem Zeitpunkt in einem Diskurs eine derartige Selbstverständlichkeit einsetzt, welche eine grundlegende Infragestellung kaum geschehen lässt und nur noch wenigen bis gar keinen konkurrierenden Weltansichten gegenübersteht. Diese Naturalisierung des Diskurses bestimmt den Status des Diskurses als „common sense“, in der nicht mehr gesehen wird, dass diese historische Perspektive eine von mehreren möglichen ist, welche sich aufgrund gewisser Bedingungen durchgesetzt hat.⁴⁸⁶

6 Korpus

In diesem Kapitel sollen die analysierten Texte näher beschrieben werden. Aus dem „imaginären Korpus“, das heißt, der Gesamtheit aller historischen Äußerungen wurde der „virtuelle Korpus“ recherchiert. Aus diesem Bestand der nachzuvollziehenden Äußerungen wurde eine Sammlung an Texten ausgewählt, welche als „konkreter Korpus“ zur Analyse des Diskurses dienen sollen.⁴⁸⁷

Um den Diskurs rund um das Staatsvertragsjubiläum 1965 umfassend analysieren zu können wurden drei wichtige Aspekte genauer betrachtet: Die Reden während des Staatsaktes, die Presse in Österreich rund um die Jubiläumsfeierlichkeiten und die Auslandspresse.

⁴⁸⁰Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 124.

⁴⁸¹Vgl. Anthony Giddens, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung (Theorie und Gesellschaft Band 1), Frankfurt/New York 1988, 77.

⁴⁸²Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 125.

⁴⁸³Landwehr, Historische Diskursanalyse, 125.

⁴⁸⁴Vgl. ebd., 125.

⁴⁸⁵Vgl. Sarasin, Subjekte, Diskurse, Körper, 153-154.

⁴⁸⁶Vgl. Landwehr, Historische Diskursanalyse, 126.

⁴⁸⁷Vgl. ebd., 99-100.

Während des offiziellen Staatsaktes wurden acht Reden gehalten. Neben den Außenministern der Signatarstaaten Frankreich (Maurice Couve de Murville), Großbritannien (Michael Stewart), USA (Dean Rusk) und UdSSR (Andrej A. Gromyko) hielten auch Österreichs Außenminister (Bruno Kreisky) und Bundeskanzler (Josef Klaus) Reden, wie auch zwei Vertreter internationaler Organisationen: Der Präsident der Konsultativversammlung des Europarates Pierre Pflimlin und der Präsident der 19. Generalversammlung der Vereinten Nationen Alex Quaison-Sackey. Alle diese Reden wurden in vollem Umfang in die Analyse miteinbezogen.

Da nicht jedes österreichische Presseerzeugnis auf seine Berichterstattung hin analysiert werden konnte, wurde eine Auswahl getroffen. Dabei wurden zwei Parteizeitungen, drei parteiunabhängige Zeitungen und die „Wiener Zeitung“, welche im Besitz der Republik Österreich ist, ausgewählt. Die „Kronen Zeitung“ und der „Kurier“ wurden ausgewählt, da es sich bei diesen beiden Presseerzeugnissen um die auflagenstärksten Zeitungen dieser Zeit handelte, und sie daher auch über die größte Reichweite verfügten. „Die Presse“ ist als dritte unabhängige Zeitung ausgewählt worden, um mit ihrer konservativen und ÖVP-nahen Grundausrichtung ein Gegengewicht zur SPÖ-Parteizeitung „Arbeiter Zeitung“ darzustellen. Die „Arbeiter Zeitung“ war die reichweitenstärkste Parteizeitung dieser Zeit, weshalb sie in die Analyse miteinbezogen wurde. Die „Wiener Zeitung“ wurde aufgrund ihrer besonderen Rolle als Zeitung, welche sich im Eigentum der Republik Österreich befindet, ausgewählt. Die „Volksstimme“ als Presseorgan der Kommunistischen Partei spielt in ihrer Auflage eine marginale Rolle in Österreich, ist jedoch aufgrund ihrer teilweise konträren Berichterstattung eine interessante Ergänzung des Diskurses, besonders da es sich um einen Staatsakt von internationaler Tragweite handelte, an welchem die Außenminister westlicher wie auch östlicher Mächte teilnahmen. Nähere Beschreibungen zur Zeitungslandschaft in der Zweiten Republik und der Auflagenstärke der verschiedenen Zeitungen sind im Kontext-Kapitel zur Presse nach 1945 zu finden.

Die Analyse der Auslandspresse findet zweigeteilt statt. Einerseits wird die Presse aus der Bundesrepublik Deutschland näher beleuchtet, andererseits wird die Auslandspresse aus anderen Ländern durch die Analyse der Auslands-Presseschau nachvollzogen.

Das Verhältnis zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland war in Bezug auf den Staatsvertrag sehr angespannt. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten haben sich zwar bald darauf normalisiert, die Unterzeichnung des Staatsvertrags und Entscheidungen bezüglich

des „Deutschen Eigentums“ waren wichtige Streitthemen in der Nachkriegszeit.⁴⁸⁸ Dahingehend ist es interessant, die Berichterstattung über den Staatsvertrag bzw. das Staatsvertragsjubiläum in der Bundesrepublik näher zu beleuchten und die Außenperspektive zu analysieren. Dabei werden drei der wichtigsten Zeitungen genauer betrachtet: Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Zeit“ und die „Süddeutsche Zeitung“. Alle drei haben Artikel über das Staatsvertragsjubiläum veröffentlicht. Ursprünglich war geplant, auch das Medium „Der Spiegel“ miteinzubeziehen, da es sich um eine wichtige öffentlichkeitswirksame Zeitung handelt, jedoch wurde darin nicht über das Staatsvertragsjubiläum in Österreich berichtet, weder in der Ausgabe 20/1965,⁴⁸⁹ 21/1965⁴⁹⁰ oder 22/1965.⁴⁹¹

Die Presse in den anderen europäischen Staaten zu analysieren stellte eine Hürde dar. Die Presseerzeugnisse aus unterschiedlichen Staaten werden in unterschiedlichen Sprachen abgedruckt und sind teilweise sehr schwer durch Archive nachzuvollziehen. Daher wurde die Entscheidung getroffen, die Berichterstattung bezüglich des Staatsvertragsjubiläums über die Auslands-Presseschau des Bundespressedienstes nachzuvollziehen. Der Bundespressedienst und die Auslands-Presseschau werden im Kontext-Kapitel zur österreichischen Presse nach 1945 näher beschrieben. Es sei jedoch erwähnt, dass die Auslands-Presseschau nach Themenschwerpunkten gegliedert wird,⁴⁹² weshalb sie bezüglich des Themenschwerpunktes „Staatsvertragsjubiläum“ gut gegliedert und nachvollziehbar im Archiv der Republik zu recherchieren war.⁴⁹³ Die Auslands-Presseschau wertet nur die wichtigsten ausländischen Printmedien aus.⁴⁹⁴ Es wird also bereits eine Vorbeurteilung getroffen, welche Medien als wichtig gelten und welche Länder zur Miteinbeziehung in die Auslands-Presseschau als interessant gelten. Daher muss mit diesem Archivmaterial sehr kritisch umgegangen werden, und nicht die vorbereitete Wiedergabe von ausländischen Artikeln durch Beamte des Bundespressedienstes mit der Analyse der echten Zeitungsartikel verwechselt werden. Zwar finden sich darin sehr viele wörtlich wiedergegebene bzw. übersetzte Zitate aus diesen Zeitungsartikeln, jedoch wurde hier bereits eine Vorauswahl getroffen, welche die zu analysierenden Textteile beeinflusst. Für die vorliegende Arbeit wurden alle im Archiv unter der untersuchten Signatur zum Themenkomplex „Staatsvertrag“ auffindbaren Bestände für die

⁴⁸⁸Vgl. Pape, Krisen und Irritationen, 503.

⁴⁸⁹Konfessions-Schule in Deutschland Getrennt beten, getrennt lernen? Der Spiegel, 12. 5. 1965.

⁴⁹⁰Elizabeth in Bonn Deutschland und die Briten, Der Spiegel, 19. 5. 1965.

⁴⁹¹Elektronen-Roboter in Deutschland, Der Spiegel, 26. 5. 1965.

⁴⁹²Vgl. Kittinger, Der Bundespressedienst, 131.

⁴⁹³Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁴⁹⁴Vgl. Kittinger, Der Bundespressedienst, 131.

Analyse heranzogen. Sämtliche in der Auslands-Presseschau erwähnten Zeitungsartikel werden in dieser Arbeit erwähnt und miteinbezogen. Die einzige Ausnahme dabei bilden deutsche Zeitungen, die in einem eigenen Kapitel aus den originalen Quellen genauer analysiert werden. Die Auswertungen der Auslands-Presseschau sind meist auch nicht sehr umfangreich und beschränken sich auf bestimmte wesentliche Punkte des wiedergegebenen Artikels. Hier kann, mit quellenkritischem Blick, dennoch eine interessante Analyseperspektive herausgearbeitet werden. Die Kernaussagen der Artikel von ausländischen Medien werden wiedergegeben. Interessant ist auch, welche Aspekte der ausländischen Berichterstattung aus österreichischer Perspektive als interessant genug gewertet wurden, in die Auslands-Presseschau miteinbezogen zu werden. Die überblicksartigen Texte der Auslands-Presseschau sind also eine aufschlussreiche Ergänzung zur Analyse der Reden während des Staatsaktes sowie der österreichischen und deutschen Presse.

7 Kontextanalyse

7.1 Historischer Kontext

7.1.1 Internationale Spannungen und Kalter Krieg

Der Kalte Krieg war eine weltpolitische Periode von hoher Komplexität. Im Folgenden sollen schlaglichtartig einige als wichtig erachtete Tendenzen der weltpolitischen Lage sowie internationale Konflikte hervorgehoben werden, die im Jahr 1965 eine Rolle spielten.

Während des Kalten Krieges gab es immer wieder ein Wechselspiel zwischen Perioden erhöhter internationaler Spannungen und entspannender Tendenzen. Zeitweise wurden sogar parallel Verhandlungen geführt und forcierende Maßnahmen getroffen. Annäherungen wurden häufig systematisch unterlaufen, unterschiedliche Gruppierungen verfolgten verschärfende oder entspannende Maßnahmen.⁴⁹⁵ Nach dem 1955 in Genf stattgefundenen Gipfeltreffen wurde der „Geist von Genf“ zum Synonym für „freundlich zur Schau getragene, politisch jedoch unverbindliche Bereitschaft zur Entspannung.“⁴⁹⁶ Chruschtschow entwickelte 1956 die Doktrin der „Friedlichen Koexistenz“ zwischen kommunistischen und kapitalistischen Systemen. Amerikanischer Gegenentwurf dazu war die „Strategie des Friedens“, welche von Kennedy 1963

⁴⁹⁵Vgl. Bernd Stöver, Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007, 381.

⁴⁹⁶Ebd., 385.

in einer Ansprache präsentiert wurde. Dabei stand Abrüstung und Verzicht auf atomaren Erstschatz im Mittelpunkt.⁴⁹⁷

Die erste Hälfte der 1960er-Jahre war eine von Spannungen erfüllte Zeit: 1961 wurde, nach einem weitgehenden Misserfolg des Gipfeltreffens in Wien zwischen John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow, mit dem Mauerbau in Berlin begonnen.⁴⁹⁸ Nur ein Jahr nach dem Treffen in Wien kam es zu einer der größten Zuspitzungen des gesamten Kalten Krieges: der Kubakrise 1962.⁴⁹⁹ Eine wichtige Rolle dabei konnten auch österreichische Beamte spielen, als Bruno Kreisky einen sowjetischen Lösungsvorschlag an den Westen weitervermittelte. Dieser Vorschlag, der Tausch amerikanischer Pershing-Raketen, die in der Türkei stationiert waren, gegen die sowjetischen Raketen auf Kuba, wurde schließlich auch angenommen und löste den Konflikt.⁵⁰⁰ 1963 wurde ein erster Vertrag zur Kontrolle über Atomwaffen geschlossen, wobei ein teilweises Verbot von Atomwaffentests beschlossen wurde.⁵⁰¹ Kennedy wurde im November 1963 erschossen. Sein Vizepräsident Lyndon B. Johnson wurde 1964 mit hohem Wählerstimmenanteil wiedergewählt.⁵⁰²

Die Mitte der sechziger Jahre wurde von der US-Regierung als eine Art Wendepunkt in der sogenannten Dritten Welt wahrgenommen.⁵⁰³ In einigen Konflikten kam es zu Niederlagen der kommunistischen bzw. linksgerichteten Gruppierungen. So konnte sich mit Hilfe der USA und Belgien die Zentralregierung im Kongo langsam gegen separatistische und kommunistische Gruppierungen durchsetzen. Diese wurden teilweise auch international unterstützt, so landete beispielsweise Che Guevara 1965 mit einer Einsatzgruppe im Kongo.⁵⁰⁴ Dabei wurde insbesondere in afrikanischen Staaten Kritik laut, da die USA mit dem ehemaligen Kolonialherren des Kongo zusammenarbeiteten.⁵⁰⁵ In Algerien fand im Juni 1965 ein Militärputsch gegen den Staatspräsidenten Ben Bella statt. Auch in Indonesien konnten die USA Erfolge verzeichnen. Dies wurde laut Westad von den USA als Bestätigung dafür gesehen, dass US-amerikanische Kampagnen in der Dritten Welt erfolgreich sein konnten.⁵⁰⁶

⁴⁹⁷Vgl. Stöver, Der Kalte Krieg 1947-1991, 387-388.

⁴⁹⁸Martin Kofler, Kennedy und Österreich. Neutralität im Kalten Krieg, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 51.

⁴⁹⁹Vgl. John Lewis Gaddis, Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, 104-105.

⁵⁰⁰Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 293.

⁵⁰¹Vgl. Gaddis, Der Kalte Krieg, 105.

⁵⁰²Odd Arne Westad, Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte, Stuttgart 2019, 356-358.

⁵⁰³Vgl. ebd., 362.

⁵⁰⁴Vgl. Stöver, Der Kalte Krieg 1947-1991, 358-359.

⁵⁰⁵Vgl. Westad, Der Kalte Krieg, 365.

⁵⁰⁶Vgl. ebd., 362-364.

Die wichtigste internationale Krise dieser Zeit war jedoch der Konflikt in Vietnam. Im August 1964 flogen amerikanische Flugzeuge erstmals Angriffe auf Nordvietnam. Das amerikanische Abgeordnetenhaus ermächtigte Präsident Johnson zur selben Zeit, weitere Angriffe durchzuführen.⁵⁰⁷ Diese sogenannte Tonking-Resolution bildete die Basis für die Eskalation und stärkere Amerikanisierung des Krieges.⁵⁰⁸ Nachdem der südvietnamesische Präsident Ngô Đình Diệm 1963 gestürzt und ermordet wurde, folgte eine Phase der Instabilität, in welcher ein Militärputsch nach dem anderen stattfand.⁵⁰⁹ Nach Steininger wurde der Vietnamkrieg erst durch die Entscheidungen Anfang 1965 zum amerikanischen Krieg. Am 2. März begann die Operation „Rolling Thunder“, die erst 1968 beendet wurde und enorme Bombardierungen des Nordens beinhaltete.⁵¹⁰ Am 21. April 1965 entsandten die USA 40.000 US-Soldaten, Ende 1965 waren bereits 181.000 amerikanischen Soldaten in Südvietnam. Steininger bezeichnet daher auch das Jahr 1965 als das Jahr, in dem Johnson sich dazu entschied, in Vietnam Krieg zu führen.⁵¹¹ Westad nennt 1965 als das Jahr, in dem auch der amerikanischen Öffentlichkeit langsam klar wurde, dass es sich bei Vietnam um einen echten Krieg handelte, und nicht um einen einfachen Stellvertreterkonflikt.⁵¹²

1961 fand in Wien ein Gipfeltreffen zwischen Kennedy und Chruschtschow statt.⁵¹³ Die Gespräche dort verliefen nicht erfolgreich.⁵¹⁴ Kofler hebt hervor, dass eine Neutralität für Laos im Jahr 1961 an die Lösung in Österreich angelehnt werden sollte. So informierte Rusk die US-Botschaft in Laos über eine mögliche Neutralisierung und nannte dabei Österreich als Präzedenzfall. Dies wurde auch in der österreichischen Presse aufgegriffen und der „Modellfall“ Österreich für Laos besprochen.⁵¹⁵ Die Administration von Eisenhower mit ihrem Außenminister Dulles hatte stets versucht, international die österreichische Neutralität als Einzelfall darzustellen, um ihr keine Modell-Wirkung zukommen zu lassen. Dies änderte sich in der Kennedy-Administration.⁵¹⁶ Die Neutralität von Laos wurde schließlich im Gipfeltreffen in Wien ausgiebig besprochen. Der Versuch einer laotischen Neutralität war jedoch von kurzer Dauer, da das Land immer stärker in den Konflikt in Vietnam hineingezogen wurde.⁵¹⁷

⁵⁰⁷Vgl. Rolf Steininger, *Der Vietnamkrieg. Ein furchtbarer Irrtum*, Innsbruck/Wien/Bozen 2018, 24-25.

⁵⁰⁸Vgl. Westad, *Der Kalte Krieg*, 360.

⁵⁰⁹Vgl. Steininger, *Der Vietnamkrieg*, 23.

⁵¹⁰Vgl. ebd., 26-27.

⁵¹¹Vgl. Steininger, *Der Vietnamkrieg*, 30.

⁵¹²Vgl. Westad, *Der Kalte Krieg*, 360.

⁵¹³Vgl. Kofler, *Kennedy und Österreich*, 48.

⁵¹⁴Vgl. Westad, *Der Kalte Krieg*, 330.

⁵¹⁵Vgl. Kofler, *Kennedy und Österreich*, 43-44.

⁵¹⁶Vgl. Rathkolb, *Die paradoxe Republik*, 291.

⁵¹⁷Vgl. Kofler, *Kennedy und Österreich*, 47.

Österreich sieht sich in der Selbstwahrnehmung häufig als „Brücke“ zwischen Ost und West.⁵¹⁸ Dahingehend war auch das Gipfeltreffen zwischen Kennedy und Chruschtschow in der österreichischen Öffentlichkeit relevant. Bezüglich der Zwischenstellung Österreich zwischen Ost und West hebt Kofler hervor, dass vor allem Kreisky ein besonderes Naheverhältnis zu den USA hatte. Als Außenminister Österreichs betonte er auch im Gegensatz zu anderen Spitzenpolitikern nur selten die Funktion Österreichs als „Brücke“ zwischen Ost und West⁵¹⁹: „Eine offizielle Mittler-Funktion bezeichnete Kreisky noch in einer Rede Mitte 1965 als ‚schön, aber durchaus unrealistisch.‘“⁵²⁰ Der Handlungsspielraum eines neutralen Staates, eine Rolle bei Entspannungsprozessen zu spielen, wurde schon früh von Österreich versucht, auszunützen. 1958 und 1959 versuchte Kreisky bereits, Gespräche zwischen Willi Brandt, den er aus dem schwedischen Exil kannte, und der sowjetischen Führung einzufädeln. Österreich versuchte aktiv, auch ökonomisch Kontakte mit seinen kommunistischen Nachbarstaaten aufzunehmen, was nicht nur die große Koalition unter Raab, sondern auch spätere Regierungen durchführten.⁵²¹ Rathkolb bezeichnet dementsprechend die Zeit der 1960er- und 1970er-Jahre als ‚Goldenes Zeitalter‘ der österreichischen Neutralitätspolitik.⁵²²

7.1.2 Österreich und die europäische Integration

Erste Bemühungen Österreichs um eine europäische Integrationspolitik fanden früh statt. Gehler erwähnt dahingehend Annäherungsversuche gegenüber der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der nie realisierten Großen Freihandelszone (FHZ), die jedoch folgenlos blieben. In einer zweiten Phase der europäischen Integration trat Österreich der Europäischen Freihandelszone EFTA bei.⁵²³ Die EFTA wurde 1960 von Österreich, Schweden, der Schweiz, Portugal, Norwegen, Großbritannien und Dänemark begründet. Dabei handelte es sich um eine weit lockerere Gemeinschaft als die EWG.⁵²⁴

Nach Gehler gab es in den Jahren 1958/59 aus amerikanischer Sicht die Befürchtung, Österreich könnte einer Politik des „Neutralismus“ folgen. Gründe dafür waren beispielsweise die Zugehörigkeit Österreichs zur Donaukommission, der Besuch des Verteidigungsministers

⁵¹⁸Vgl. Bruckmüller, Nation Österreich, 125-127.

⁵¹⁹Vgl. Kofler, Kennedy und Österreich, 58.

⁵²⁰Ebd., 58.

⁵²¹Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 292-293.

⁵²²Ebd., 291.

⁵²³Vgl. Michael Gehler, Staatsvertrag, Neutralität und die Integrationsfrage 1955-1972: Die Sicht des Westens, in: Wolfgang Mueller/Gerald Stourzh/Arnold Suppan (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, 841-890, 841.

⁵²⁴Vgl. Stefan Hamel, „Eine solche Sache würde der Neutralitätspolitik ein Ende machen“. Die österreichischen Integrationsbestrebungen 1961-1972, in: Michael Gehler/Rolf Steininger (Hg.), Österreich und die Europäische Integration seit 1945. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung, Wien/Köln/Weimar 2014, 57-90, 59.

Ferdinand Graf in Moskau und das Verbot von Überflügen während der Libanon-Krise. Diesen Tendenzen wollte man mit einer stärkeren Verbindung Österreichs mit der EWG begegnen. Annäherungen wurden also durchaus unterstützt.⁵²⁵ Die Sowjetunion befürchtete, dass mit weiterer wirtschaftlicher Anbindung an westeuropäische Staaten eine Annäherung an die NATO einhergehen würde.⁵²⁶ Gehler bezeichnet weder das Projekt der FHZ oder die EFTA als problematisch bezüglich des Staatsvertrags oder der Neutralität.⁵²⁷ Die Hoffnung war, dass Bedenken einer politischen Annäherung durch die EFTA überbrückt werden könnten.⁵²⁸ Nachdem dies jedoch nicht den gewünschten Erfolg brachte, suchte Österreich weiter eine vertiefte Integration in die EWG. Zusammen mit Schweden und der Schweiz reichte Österreich 1961 einen Antrag für eine rein wirtschaftliche Assoziierung mit der EWG ein.⁵²⁹ In diesem Jahr änderte sich die bisher wohlwollende Haltung der USA gegenüber einer österreichischen Integrationspolitik.⁵³⁰ Gehler führt aus, dass das amerikanische Außenministerium besorgt war, dass die drei neutralen Staaten neben rein handelspolitischen Arrangements mit der EWG auch weitere Integrationsmaßnahmen miteinbeziehen wollten. Die Sorge war, dass sich in Zukunft Länder die für sie passenden Bestimmungen aus dem Vertrag von Rom herausnehmen könnten, um dann damit eine Assoziierung mit der EWG abzuschließen. Wenn für die neutralen Staaten Ausnahmen gewährt würden, könnte diese gesonderte Behandlung auch von anderen Staaten eingefordert werden. Alle Anwärter auf einen EWG-Beitritt sollten jedoch wirtschaftlich, militärisch und politisch alle Ziele der EWG anerkennen.⁵³¹

Nachdem Frankreich ein Veto gegen den Beitritt von Großbritannien zur EWG einlegte, sahen Schweden und die Schweiz von weiteren Ambitionen bezüglich der EWG vorerst ab. Ihr Ansuchen einer Assoziierung wurde zurückgezogen. Im Gegensatz dazu erneuerte Österreich seinen Antrag.⁵³² In dieser Phase des österreichischen „Alleinganges“ nahmen die Spannungen zu, Gehler sieht internationale Probleme, als der Assoziierungsantrag der Neutralen gestellt wurde (1961-1963), dahingehend Sondierungen stattfanden (1963-1964) und schließlich Verhandlungen mit der EWG durchgeführt wurden (1965-1967).⁵³³ Seit 1964 strebte Österreich

⁵²⁵Vgl. Gehler, Staatsvertrag, Neutralität und die Integrationsfrage, 844.

⁵²⁶Vgl. Ludmilla Lobova, Die Außenpolitik und Neutralität Österreichs aus der Sicht der UdSSR 1955-1972, in: Wolfgang Mueller/Gerald Stourzh/Arnold Suppan (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, 891 -922, 906.

⁵²⁷Vgl. Gehler, Staatsvertrag, Neutralität und die Integrationsfrage, 841.

⁵²⁸ Martin Kofler, Kennedy und Österreich. Neutralität im Kalten Krieg, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003, 77.

⁵²⁹Vgl. Hamel, Die österreichischen Integrationsbestrebungen, 61.

⁵³⁰Vgl. Gehler, Staatsvertrag, Neutralität und die Integrationsfrage, 845.

⁵³¹Vgl. ebd., 847.

⁵³²Vgl. Vgl. Hamel, Die österreichischen Integrationsbestrebungen, 66.

⁵³³Vgl. Gehler, Staatsvertrag, Neutralität und die Integrationsfrage, 841.

offiziell keinen Assoziierungsvertrag mehr an, sondern einen „Vertrag besonderer Art.“⁵³⁴ Nicht nur die Sowjetunion, sondern auch Frankreich hatte Bedenken gegenüber einer österreichischen Assoziierung.⁵³⁵

Bei der Prüfung der rechtlichen Grundlagen für eine westeuropäische Wirtschaftsintegration wurden als Gegenargumente meist vorgebracht, dass das Moskauer Memorandum die Neutralität der Schweiz als Vorbild der österreichischen Neutralität bezeichnet hatte. Auch wurde häufig der Artikel 4 des Staatsvertrages, das sogenannte „Anschlussverbot“ an Deutschland genannt.⁵³⁶

Pape weist darauf hin, dass Vizekanzler Bruno Pittermann dies bereits 1959 zum Wahlkampfthema machte, wobei er argumentierte, dass eine Mitgliedschaft nicht mit der österreichischen Neutralität vereinbar wäre.⁵³⁷ Kreisky und andere Politiker sahen jedoch kein Problem bezüglich der Neutralität bei einer Assoziierung Österreichs mit der EWG.⁵³⁸ Dabei wurden jedoch stets Einsprüche der Sowjetunion laut. Die Neutralitätspolitik Österreichs und eine Assoziierung mit der EWG wurden als Widerspruch gesehen:⁵³⁹ „Die ablehnenden sowjetischen Äußerungen sollten sich besonders in den Jahren 1961-1964 häufen – wirkliche politische Konsequenzen hatten sie aber nie.“⁵⁴⁰ In der Sowjetunion herrschte die Meinung vor, dass die Wirtschaftsintegration im Westen die ökonomische Basis der NATO darstellte und diese stärken würde. Durch eine wirtschaftliche Assoziierung könnte also eine Annäherung an die NATO mit einhergehen, weswegen auf dahingehende Tendenzen stark negativ reagiert wurde.⁵⁴¹

Lobova schreibt, dass sowjetische Medien 1964 betonten, dass Österreich eine Vereinigung mit der EWG herbeiführen wollte, in dem es eine Assoziierung anstrebt, während andere neutrale Staaten dies nicht verfolgen würden. In Politik und Presse wurde die Integration Österreichs in westliche Institutionen mit kritischem Interesse verfolgt. In den sechziger Jahren kam es in der sowjetischen Presse zu einer aktiven Diskussion über einen möglichen „Anschluss“ Österreichs an die Bundesrepublik Deutschland.⁵⁴² Der diplomatische Dialog zwischen Österreich und der UdSSR wurde 1962 bis 1972 stark von der Diskussion über einen möglichen Beitritt bzw. einer Assoziierung zur EWG dominiert. So bezeichnete Chruschtschow 1962 bei einem Staatsbesuch

⁵³⁴Vgl. Hamel, Die österreichischen Integrationsbestrebungen, 66.

⁵³⁵Vgl. ebd., 76-77.

⁵³⁶Vgl. Lobova, Die Außenpolitik und Neutralität Österreichs, 908.

⁵³⁷Vgl. Matthias Pape, Krisen und Irritationen. Der Staatsvertrag im deutsch-österreichischen Verhältnis 1955-1959, in: Wolfgang Mueller/Gerald Stourzh/Arnold Suppan (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, 503-551, 546-547.

⁵³⁸Vgl. Hamel, Die österreichischen Integrationsbestrebungen, 60.

⁵³⁹Vgl. Kofler, Kennedy und Österreich, 77.

⁵⁴⁰Ebd., 77.

⁵⁴¹Vgl. Lobova, Die Außenpolitik und Neutralität Österreichs, 906.

⁵⁴²Vgl. ebd., 911-913.

von Bundeskanzler Alfons Gorbach in Moskau die EWG als ein „Instrument der NATO“⁵⁴³ und betonte, wie der damalige Botschafter Österreichs Heinrich Haymerle zitiert, dass

„[...] mit einem Eintritt Österreichs in die Europäischen Gemeinschaften der Neutralitätspolitik Österreichs ein Ende gesetzt wäre. Ein derartiger Schritt würde aber auch einer Art Anschluss an Deutschland, also einer direkten Verletzung des Staatsvertrages, gleichkommen.“⁵⁴⁴

1965, im zeitlichen Kontext rund um die Jubiläumsfeierlichkeiten, fanden mehrere Verhandlungsrunden zwischen österreichischen Regierungsvertretern und einer Delegation der EWG-Kommission statt. Die erste zwischen 22. und 29. April, in welchem der Abbau von Handlungshemmnissen besprochen wurde, die zweite vom 17. bis 21. Mai, in welchem die Agrarpolitik im Vordergrund stand, sowie eine dritte von 21. bis 25. Juli.⁵⁴⁵

7.1.3 Das Verhältnis zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

Als die Pariser Verträge am 5. Mai in Kraft traten, war in Deutschland das Besatzungsregime beendet, das Land war jedoch immer noch geteilt. Die Schweiz, die Benelux-Staaten wie auch die skandinavischen Länder und Österreich sandten keine offiziellen Glückwunschadressen nach Bonn. Darüber war man in der Bundesrepublik sehr verstimmt. Vermutlich als Antwort darauf nahm am Empfang im Schloss Schönbrunn kein deutscher Vertreter teil.⁵⁴⁶ Es wurden auch keine offiziellen Glückwünsche der Bundesrepublik zur Unterzeichnung des Staatsvertrages übermittelt.⁵⁴⁷ Das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich war 1955 stark beeinträchtigt. Dabei spielte einerseits das sogenannte „Deutsche Eigentum“ eine große Rolle, andererseits führte Österreichs Neutralitätsstatus zu Verärgerung.⁵⁴⁸ Matthias Pape bezeichnet die Unterzeichnung des Staatsvertrages als die bedeutendste Zäsur nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich.⁵⁴⁹ Bundeskanzler Adenauer legte sogar noch am Vortag der Unterzeichnung Protest bei der amerikanischen, französischen und britischen Regierung ein.⁵⁵⁰ Besonders für Spannungen sorgte dabei das „Deutsche Eigentum“, welches nicht zugunsten der Bundesrepublik geregelt

⁵⁴³Vgl. Lobova, Die Außenpolitik und Neutralität Österreichs, 912.

⁵⁴⁴Heinrich Haymerle, Die Beziehungen zur Großmacht im Osten, Erich Bielka/Peter Jankowitsch/Hans Thalberg (Hg.), Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, Wien 1983, 143-193, 176.

⁵⁴⁵Vgl. Hamel, Die österreichischen Integrationsbestrebungen, 76.

⁵⁴⁶Vgl. Traeger, Der Staatsvertragssonntag, 145.

⁵⁴⁷Vgl. Hannes Leidinger/Verena Moritz/Karin Moser, Streitbare Brüder. Österreich: Deutschland. Kurze Geschichte einer schwierigen Nachbarschaft, St. Pölten/Salzburg 2010, 258-259.

⁵⁴⁸Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 526.

⁵⁴⁹Vgl. Matthias Pape, Krisen und Irritationen. Der Staatsvertrag im deutsch-österreichischen Verhältnis 1955-1959, in: Wolfgang Mueller/Gerald Stourzh/Arnold Suppan (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, 503-551, 503-504.

⁵⁵⁰Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 530.

wurde.⁵⁵¹ Es wurde Österreich im Staatsvertrag überlassen, und zwar nicht wie im Entwurf 1949 noch vorgesehen, nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern auch in den westlichen. Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutete dies den Verlust von Unternehmen, welche bereits vor 1938 bestanden haben, wie die Siemens-Schuckert-Werke AG und die AEG-Union, jedoch waren davon auch bedeutende Investitionen in die Energiewirtschaft, die Infrastruktur und die Erdölförderung betroffen, welche in den Jahren 1938-1945 stattgefunden hatten. Auch die Schwerindustrie, die nach 1938 stark aufgebaut worden war, war davon betroffen, wie beispielsweise die Alpine Montangesellschaft und die Stickstoffwerke Linz.⁵⁵² Wichtigstes Argument war die Okkupation Österreichs durch das Deutsche Reich 1938. Die Moskauer Deklaration und die These einer gewaltsamen Besetzung des Landes war das Fundament der Übertragung des „Deutschen Eigentums“. ⁵⁵³ Die Bundesrepublik hatte sich bereits 1952 verpflichtet, sämtliche Bestimmungen über das Auslandsvermögen Deutschlands in Österreich zu akzeptieren, welche in einem zukünftigen Staatsvertrag getroffen werden würden.⁵⁵⁴

Bald nach Unterzeichnung des Staatsvertrages gingen von Österreich bereits Versuche der Normalisierung des Verhältnisses aus.⁵⁵⁵ Erste Bemühungen um Normalisierung der Beziehungen gingen bereits im Sommer 1955 vom steirischen Landeshauptmann Josef Krainer und dem Dritten Nationalratspräsidenten Alfons Gorbach aus. Ein offizieller Besuch des deutschen Außenministers Heinrich von Brentano im November 1955 in Wien wurde organisiert.⁵⁵⁶ Dieser Besuch brachte einige Beschlüsse mit sich: Die Neutralität Österreichs wurde vorbehaltlos anerkannt, diplomatische Beziehungen wurden aufgenommen und eine gemischte Kommission zur Lösung der Eigentumsfrage nahm ihre Arbeit auf.⁵⁵⁷ Ein offizieller Besuch von Julius Raab fand im Oktober 1956 in Bonn statt, Adenauer besuchte Wien im Juni 1957.⁵⁵⁸ Die Bundesrepublik Deutschland war der wichtigste Handelspartner von Österreich.⁵⁵⁹ Zu dieser Zeit war Österreich wirtschaftlich abhängig von ausländischen Investoren und Krediten. Da der südosteuropäische Markt nach 1945 völlig wegbrach, erhöhte sich die Abhängigkeit Österreichs vom deutschen Markt enorm, wobei die passive Handelsbilanz nur teilweise durch Devisen vom starken Tourismus aus Deutschland ausgeglichen werden

⁵⁵¹Vgl. Leidinger/Moritz/Moser, Streitbare Brüder, 258-259.

⁵⁵²Vgl. Pape, Krisen und Irritationen, 504.

⁵⁵³Vgl. Pape, Krisen und Irritationen, 508-509.

⁵⁵⁴Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 531.

⁵⁵⁵ Vgl. ebd., 534.

⁵⁵⁶Vgl. Pape, Krisen und Irritationen, 534-535.

⁵⁵⁷Vgl. ebd., 543.

⁵⁵⁸Vgl. Matthias Pape, Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945-1965, Köln/Weimar/Wien 2000, 469.

⁵⁵⁹Vgl. Leidinger/Moritz/Moser, Streitbare Brüder, 259.

konnte.⁵⁶⁰ Die Verhandlungen führten schließlich 1957 zum deutsch-österreichischen Vermögensvertrag. Dieser Vertrag war ein wichtiger Schritt zur Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten.⁵⁶¹ Er regelte einige wichtige wirtschaftliche Fragen zwischen den beiden Staaten, besonders wichtig war dabei die Regelung des „Deutschen Eigentums“ natürlicher Personen. Bis zu einer Obergrenze von 260.000 österreichischen Schilling wurde in Österreich verbliebenes Eigentum von Personen deutscher Staatsangehörigkeit rückerstattet. Schließlich wurden insgesamt 95% des sogenannten „kleinen Deutschen Eigentums“ im Gesamtwert von 500 Millionen DM zurückerstattet.⁵⁶² Damit konnten die deutsch-österreichischen Differenzen dahingehend beigelegt werden.⁵⁶³ Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich nach dem Tiefpunkt der Staatsvertragsunterzeichnung die Beziehungen zwischen Bonn und Wien schrittweise zu entspannen begannen.⁵⁶⁴

7.1.4 Österreichische Identität und Deutschnationalismus

Österreich war und ist in einer besonderen Situation, wenn es um die eigene nationale Identität geht. Nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie 1918 wurde bereits die Selbstbezeichnung zu einem Problem: Stourzh weist auf die vielen unterschiedlichen Namen hin, die damals für den neuen kleinen Staat im Gespräch waren: Republik Südostdeutschland, Deutsches Bergreich, Hochdeutschland, Donau-Germanien, Deutsche Alpenlande und viele mehr. Dabei wurde meist ein Bezug zu Deutschland und zur deutschen Identität des neuen Staates hergestellt.⁵⁶⁵ Die Entscheidung für „Deutsch-Österreich“ zeigt, dass bereits durch die namentliche Selbstbezeichnung ausgedrückt werden sollte, dass die Nation ein „deutsches“ Staatswesen darstellen sollte. Bruckmüller spricht im Zusammenhang damit von einer „fundamentalen kollektiven Identitätskrise.“⁵⁶⁶ Die Unabhängigkeit Österreichs 1919 erschien der Bevölkerung eher als aufgezwungen anstatt selbstgewählt.⁵⁶⁷

⁵⁶⁰Vgl. Pape, Krisen und Irritationen, 544-545.

⁵⁶¹Vgl. Manuela Hoffmann, Entstehung und wirtschaftliche Konsequenzen des deutsch-österreichischen Vermögensvertrages, Univ. Diss., Universität Kassel 2007, 205-206.

⁵⁶²Vgl. ebd., 223.

⁵⁶³Vgl. Leidinger/Moritz/Moser, Streitbare Brüder, 259.

⁵⁶⁴Vgl. Leidinger/Moritz/Moser, Streitbare Brüder, 259.

⁵⁶⁵Vgl. Gerald Stourzh, Erschütterungen und Konsolidierung des Österreichbewußtseins: Vom Zusammenbruch der Habsburgermonarchie zur Zweiten Republik, in: Richard G. Plaschka/Gerald Stourzh/Jan Niederkorn (Hg.), Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute (Archiv für österreichische Geschichte Band 136), Wien 1995, 289-311, 290-291.

⁵⁶⁶Vgl. Ernst Bruckmüller, Staatsvertrag und Österreichbewusstsein, in: Wolfgang Mueller/Gerald Stourzh/Arnold Suppan (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, 923-947, 926.

⁵⁶⁷Vgl. Ernst Bruckmüller, Nation Österreich – Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, Wien/Köln/Graz 1996, 10-11.

In der Habsburgermonarchie wurden die deutschsprachigen Bewohner des späteren Österreich und auch in Böhmen, Mähren und anderen Reichsteilen einfach als „Deutsche“ bezeichnet. Die deutschsprachigen Österreicher waren also nur eine von vielen verschiedenen „Nationalitäten“ des Vielvölkerstaates, wenn auch mit einer privilegierten Position in einem Staat, in dem Deutsch die wichtigste Kommunikationssprache war.⁵⁶⁸ Österreich war mit der Habsburgermonarchie identisch, das Adelsgeschlecht nannte sich auch „Haus Österreich“.⁵⁶⁹ In der Zweiten Republik wurde die Habsburger-Geschichte daher auch intensiv dazu instrumentalisiert, um die österreichische Nationsbildung zu stärken.⁵⁷⁰ Die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur propagierte die österreichische Nation und die Regierung unternahm eine Aufwertung altösterreichischer Traditionen, was sich zu Propagandazwecken insbesondere gegen den Nationalsozialismus richtete. Das Nationskonzept war dennoch ein deutsch-österreichisches.⁵⁷¹ 1938 war der „Anschluss“ eine Zäsur, „Österreich“ war nicht mehr als ein historischer Begriff.⁵⁷²

Wichtig in der Schaffung eines Österreichbewusstseins nach 1945 war, einen gemeinschaftlichen „Glauben“ an den Staat Österreich zu schaffen. Die „deutsch-österreichische“ Identität eignete sich nicht dafür, da diese mit dem Nationalsozialismus verknüpft war. Daher knüpfte man in der Staatssymbolik und dem Verfassungsrahmen an der Ersten Republik an.⁵⁷³ Rathkolb weist darauf hin, dass ein weiteres Element der Entwicklung einer eigenständigen Identität nach 1945 war, dass es, im Gegensatz zur Ersten Republik, keine Debatten über die Lebensfähigkeit Österreichs gab.⁵⁷⁴ Die Frage der Nationalität der ÖsterreicherInnen war jedoch nicht endgültig geklärt, weshalb sich ein lange wärender Schwebezustand ergab, in dem sich die Staatsbejahung in der Bevölkerung allgemein verbreitete, die nationale Identität jedoch lange Zeit offen blieb. Die Kommunistische Partei Österreichs wie auch die Österreichische Volkspartei betonten mit teilweise unterschiedlichen Argumenten die nationale Selbstständigkeit Österreichs, während sich die Sozialistische Partei Österreichs länger skeptisch zeigte, auch wenn Karl Renner bereits in der direkten Nachkriegszeit Österreichs Anspruch auf eine eigene

⁵⁶⁸Vgl. Ernst Bruckmüller, Wie die Österreicher lernten, Österreicher zu sein, in: Günter Dürriegl (Hg.), Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, Wien 2005, 241-254, 242.

⁵⁶⁹Vgl. Bruckmüller, Staatsvertrag und Österreichbewusstsein, 927-928.

⁵⁷⁰Vgl. Laurence Cole, Der Habsburger-Mythos, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl (Hg.), Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten, Wien 2004, 473-504, 484.

⁵⁷¹Vgl. Stourzh, Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewusstseins, 302-303.

⁵⁷²Vgl. Bruckmüller, Staatsvertrag und Österreichbewusstsein, 930.

⁵⁷³Vgl. ebd., 933-934.

⁵⁷⁴Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 114.

Nation betonte.⁵⁷⁵ 1945 war der Nationalsozialismus weitgehend diskreditiert. Antisemitismus, Antislawismus und Rassismus hörten jedoch nicht auf, weiter in der österreichischen Gesellschaft zu existieren. „Deutsche“ Bewusstseinsinhalte waren im Nationalsozialismus besonders in der Schule wichtiger Bestandteil der Ausbildung gewesen, weshalb besonders Maturanten und Akademiker zentral waren, wenn es darum ging, entsprechendes Gedankengut lebendig zu halten.⁵⁷⁶ Das Jahr des Staatsvertrages, welches häufig auch als „annus mirabilis“ bezeichnet wird, konnte als positiver gemeinsamer Erfolg aller ÖsterreicherInnen gedeutet werden und hatte damit nationstiftenden Charakter. Staatsvertrag und Neutralität sind die beiden Elemente, welche immer wieder genannt werden, wenn es um Ereignisse geht, die positiv mit dem eigenen Land verbunden werden. Ab 1955 begann sich laut Bruckmüller damit auch das Verständnis zu festigen, dass Österreich in jeder Hinsicht eine eigenständige Nation sei.⁵⁷⁷

In einer Umfrage des Fessel-Instituts 1956 unter dem Titel „Nationalbewusstsein der Österreicher“ wurde folgende Frage gestellt: „Sind Sie persönlich der Meinung, daß wir eine Gruppe des deutschen Volkes sind, oder sind wir ein eigenes österreichisches Volk?“⁵⁷⁸ Darauf antworteten 49%, dass Österreicher ein eigenes Volk sind, 46%, dass Österreicher Teil des deutschen Volkes sind und 5% waren unentschieden.⁵⁷⁹ Eine weitere Umfrage fand 1964/65 statt. Dabei wurden folgende Aussagen nach Zustimmung abgefragt: „Die Österreicher sind eine Nation“⁵⁸⁰, was 47,4% Zustimmung erhielt, „[...] beginnen sich langsam als Nation zu fühlen“⁵⁸¹ bekam 23% Zustimmung und „[...] sind keine Nation“⁵⁸² wurde von 15,3% bejaht.⁵⁸³ Dies änderte sich in den nächsten Jahrzehnten immer stärker: Während 1970 bereits zwei Drittel der ÖsterreicherInnen Österreich als Nation sahen, waren es 1987 bereits drei Viertel.⁵⁸⁴

Nach 1955 kamen vermehrt deutschnationale Aktionen in Österreich vor. Deutschnationale Organisationen und Burschenschaften traten in den Schillerfeiern 1959 wieder auf, mit einem großangelegten Fackelzug auf der Wiener Ringstraße.⁵⁸⁵ Dabei fand jedoch schon eine starke Gegenmobilisierung statt. Bereits 1954 schaffte der Verband der Unabhängigen (VdU) mit neuer Betonung von deutschnationalem Gedankengut im Parteiprogramm, seinen Zerfall zu

⁵⁷⁵Vgl. Bruckmüller, Staatsvertrag und Österreichbewusstsein, 933-934.

⁵⁷⁶Vgl. ebd., 938.

⁵⁷⁷Vgl. Bruckmüller, Wie die Österreicher lernten, Österreicher zu sein, 250.

⁵⁷⁸Bruckmüller, Nation Österreich, 61.

⁵⁷⁹Vgl. ebd., 61.

⁵⁸⁰Ebd., 61.

⁵⁸¹Ebd., 61.

⁵⁸²Ebd., 61.

⁵⁸³Vgl. ebd., 61-62.

⁵⁸⁴Vgl. Bruckmüller, Wie die Österreicher lernten, Österreicher zu sein, 251.

⁵⁸⁵Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 386.

verhindern. In Kärnten kam es zu groß angelegten Abmeldungskampagnen vom zweisprachigen Unterricht, welcher nach 1945 eingerichtet worden war.⁵⁸⁶ Spann sieht am Beginn der 1960er-Jahre ein Wiederaufleben neonazistischer Provokationen. Es formierte sich jedoch auch Widerstand dagegen, und so wurde in öffentlichen Auseinandersetzungen und Demonstrationen österreichische Nationalidentität im Gegensatz zum pangermanischen Deutschnationalismus demonstriert.⁵⁸⁷ Besonders schwer wogen auch die Freisprüche für NS-Verbrecher in Österreich und die abwehrende Haltung der Behörden gegenüber den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus.⁵⁸⁸ 1963 wurde Franz Murer, der „Herr über das Wilnaer Ghetto“, von Geschworenen freigesprochen.⁵⁸⁹ Bruckmüller drückt es folgendermaßen aus: „Um 1960 schien es so, als befände sich Österreich wieder auf dem Weg in einen kollektiven Deutschnationalismus, mit zum Teil eindeutig nationalsozialistischen Zügen.“⁵⁹⁰ Eine erste Kontroverse in der breiten Öffentlichkeit bot die „Affäre Göbhart“. Dr. Franz Göbhart, Direktor der Lehrerbildungsanstalt in Graz, äußerte Kritik an einer Filmaufführung des „Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes“, zu welchem er eine Einladung erhalten hatte. Auf seine Kritik dahingehend, dass es keine deutschnationalen Umtriebe im österreichischen Schulwesen geben dürfe, wurde er auf Ehrenbeleidigung geklagt und über einen Abgeordneten der FPÖ eine schriftliche Anfrage bei Unterrichtsminister Drimmel eingebracht, um eine Rüge für Göbhart zu erreichen. Da diese Aktion wenig Reaktionen hervorrief, wurde von deutschnationalen Organisationen ein Vortrag organisiert mit dem Titel „Sind wir Österreicher Deutsche?“, wobei unter anderem Helfried Pfeifer sprechen sollte.⁵⁹¹ Pfeifer wurde in der NS-Zeit Professor an der Universität Wien und verfasste in dieser Zeit einige juristische Werke. Im Rahmen der Entnazifizierung verlor er seine Professur. Als Mitglied des „Verband der Unabhängigen“ sowie der FPÖ war er von 1949 bis 1959 Nationalratsabgeordneter und trat dabei besonders gegen die Entnazifizierung auf.⁵⁹² Trotz jüdischer Proteste wurde er 1961 Mitglied des Akademischen Rates und 1965 als ordentlicher Professor wiederernannt.⁵⁹³ Gegen den Vortrag mit Pfeifer organisierte sich eine breite Gegnerschaft, ein Verbot der Veranstaltung wurde gefordert und die neonazistische Kundgebung untersagt, während eine Gegenkundgebung stattfinden durfte.⁵⁹⁴

⁵⁸⁶Vgl. Bruckmüller, Staatsvertrag und Österreichbewusstsein, 944-945.

⁵⁸⁷Vgl. Spann, Der österreichische Nationalfeiertag, 154.

⁵⁸⁸Vgl. Bruckmüller, Staatsvertrag und Österreichbewusstsein, 944.

⁵⁸⁹Vgl. Bruckmüller, Nation Österreich, 36.

⁵⁹⁰Bruckmüller, Staatsvertrag und Österreichbewusstsein, 944.

⁵⁹¹Vgl. Bruckmüller, Nation Österreich, 36-37.

⁵⁹²Vgl. Margit Reiter, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ, Göttingen 2019, 136-137.

⁵⁹³Vgl. ebd., 140.

⁵⁹⁴Vgl. Bruckmüller, Nation Österreich, 36-37.

Dass es sich bei neonazistischen Manifestationen nicht um Randerscheinungen handelte zeigte die Borodajkewycz-Affäre. Taras Borodajkewycz war Professor für Neuere Geschichte an der Wiener Hochschule für Welthandel und trug immer wieder antisemitische und deutschnationale Äußerungen in seinen Lehrveranstaltungen vor. Obwohl schon jahrelang Kritik von der Sozialistischen Jugend vorgebracht wurde, erhielt diese auch in der eigenen Partei kaum Unterstützung.⁵⁹⁵ Erst als Borodajkewycz in der Wochenzeitung „Das Parlament. Aus Politik und Zeitgeschichte“ einen Beitrag zum 25. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges schrieb⁵⁹⁶, wurden seine Ansichten zu einer politischen Affäre, als mehrere SPÖ-Abgeordnete parlamentarische Anfragen dazu stellen.⁵⁹⁷ Durch eine im Fernsehen übertragene Pressekonferenz, in welcher er sich unter anderem stolz dazu bekannte, freiwillig der NSDAP beigetreten zu sein, in welcher auch die Studierenden mit Applaus und Gelächter auf seine Aussagen reagierten, wurden Demonstrationen von Gegnern wie auch Anhängern ausgelöst.⁵⁹⁸ Es fanden Demonstrationen pro und contra Borodajkewicz statt.⁵⁹⁹ Bei den Demonstrationen am 31. März 1965 wurde der ehemalige kommunistische Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger von einem Rechtsradikalen schwer verletzt.⁶⁰⁰ Kurz darauf verstarb er im Krankenhaus. Er gilt als der erste Tote aufgrund einer politischen Auseinandersetzung in der Zweiten Republik, was in der österreichischen Gesellschaft einiges an Schockwirkung entfalten konnte. Dies führte auch zu einem Schulterschluss des offiziellen Österreich.⁶⁰¹ In einer Trauerkundgebung folgten dem Leichenzug Kirchwegers 25.000 Menschen. Auch beinahe die gesamte Bundesregierung war beteiligt. Viele weitere, teilweise sehr unterschiedliche, Gruppierungen nahmen daran teil.⁶⁰² Taras Borodajkewycz wurde letztendlich außer Dienst gestellt.⁶⁰³ Bruckmüller sieht im Rahmen der Affäre Göbhart und der Affäre Borodajkewycz erstarkende Bemühungen, diese deutschnationalen Tendenzen zurückzudrängen.⁶⁰⁴

Nach Spann ist auch die Einführung des Nationalfeiertages im Rahmen dieses Klimas zu sehen. Damit sollte die österreichische Identität und eine Ablösung vom Deutschnationalismus

⁵⁹⁵Vgl. Heidemarie Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 386.

⁵⁹⁶Gedanken zum 1. September 1939 und seine Folgen, Das Parlament, 2. 9. 1964.

⁵⁹⁷Vgl. Rafael Kropiunigg, Eine österreichische Affäre. Der Fall Borodajkewycz, Wien 2015, 42.

⁵⁹⁸Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 386.

⁵⁹⁹Vgl. Bruckmüller, Nation Österreich, 37.

⁶⁰⁰Vgl. Kropiunigg, Eine österreichische Affäre, 69.

⁶⁰¹Vgl. Uhl, Das österreichische Gedächtnis, 387.

⁶⁰²Vgl. Kropiunigg, Eine österreichische Affäre, 79.

⁶⁰³Vgl. Bruckmüller, Nation Österreich, 38.

⁶⁰⁴Vgl. Bruckmüller, Staatsvertrag und Österreichbewusstsein, 945.

unterstützt werden.⁶⁰⁵ Schließlich wurde im Oktober 1965 im Nationalrat beschlossen, den 26. Oktober zum Nationalfeiertag zu erklären.⁶⁰⁶

7.2 Medialer Kontext:

7.2.1 Die Presse in Österreich nach 1945

Die österreichische Zeitungslandschaft hat nach dem Zweiten Weltkrieg einige Transformationen erfahren. Wie Andy Kaltenbrunner meint, war es schwer, auf der NS-Medienlandschaft ein neues und demokratisches Printwesen solide aufzubauen. Eine „Stunde Null“ kann kaum apostrophiert werden, ein demokratischer Neuanfang war nicht ohne die Hinterlassenschaften der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft möglich.⁶⁰⁷ Fritz Hausjell hat aufgearbeitet, wie im Nationalsozialismus tätige Journalisten nach 1945 schnell unter neuen politischen Voraussetzungen ihre Arbeit wieder aufnehmen konnten.⁶⁰⁸ Viele ehemalige nationalsozialistische Propagandisten blieben also in ihrem Berufsfeld tätig. Von einem vollständigen Bruch bzw. Neubeginn im Jahr 1945 kann demnach nicht die Rede sein, Kontinuitäten können zur Ersten Republik, dem autoritären Ständestaat und der Zeit des Nationalsozialismus beschrieben werden: Mehr als die Hälfte der Chefredakteure, freien Mitarbeiter oder Redakteure in Tageszeitungen zwischen 1945 und 1947 konnten auf berufliche Erfahrung in der Ersten Republik oder dem autoritären Ständestaat zurückgreifen. Davon hatte nur etwa ein Drittel ausschließlich Erfahrung in der demokratischen Ersten Republik und/oder dem autoritären Ständestaat, 37,1 Prozent hatten eine journalistische Vorgeschichte im NS-Regime oder anderen faschistischen Staaten.⁶⁰⁹ Nur wenige Journalisten kehrten nach 1945 aus dem Exil zurück nach Österreich, was auch auf mangelnde Bemühungen seitens Österreichs zurückzuführen ist.⁶¹⁰ Viele jüdische JournalistInnen, die in der Monarchie wie auch in der Ersten Republik ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Medienlandschaft waren, wurden deportiert und ermordet.⁶¹¹

⁶⁰⁵Vgl. Spann, Der österreichische Nationalfeiertag, 154.

⁶⁰⁶Vgl. Diem, Die Entwicklung der Symbole der Republik Österreich, 596.

⁶⁰⁷Vgl. Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse nach 1945, 177.

⁶⁰⁸Vgl. Fritz Hausjell, Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus. Eine kollektiv-biographische Analyse der beruflichen und politischen Herkunft der österreichischen Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945-1947) (Europäische Hochschulschriften Reihe 40 Kommunikationswissenschaft und Publizistik 15), Frankfurt am Main 1989.

⁶⁰⁹Vgl. ebd., 325.

⁶¹⁰Vgl. Fritz Hausjell, Journalisten für das Reich. Der „Reichsverband der deutschen Presse“ in Österreich 1938-45 (Kommunikation.Zeit.Raum 4), Wien/Berlin 2010, 179.

⁶¹¹Vgl. Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse nach 1945, 178.

Am 21. April 1945, nachdem zwei Wochen lang nach der Befreiung Wiens durch sowjetische Truppen keinerlei Zeitung erschienen war, wurde von den sowjetischen Besatzern eine Zeitung in Umlauf gebracht. Bis 1957 war diese als „Österreichische Zeitung“ erhältlich, teilweise auch kostenlos.⁶¹² Jedoch war sie nicht besonders erfolgreich.⁶¹³ Die „Österreichische Zeitung“ war von ihrer Ausrichtung her völlig auf Kurs der UdSSR. „Neues Österreich“ hieß ein Printmedium, welches gemeinsam von ÖVP, SPÖ und KPÖ herausgegeben wurde. Darin sollte auch „ein neuer journalistischer Geist der Zusammenarbeit bei der Wiedererrichtung einer parlamentarischen Demokratie signalisiert werden.“⁶¹⁴

Alleine im Jahr 1945 wurden noch weitere 30 Tageszeitungen gegründet oder wieder gegründet.⁶¹⁵ Parteizeitungen spielten eine große Rolle, wobei die „Arbeiter-Zeitung“ (SPÖ), „Das Kleine Volksblatt“ (ÖVP) und die „Volksstimme“ (KPÖ) zu erwähnen sind. In den westlichen Bundesländern entstanden bald relevante Regionalblätter („Salzburger Nachrichten“, „Oberösterreichische Nachrichten“, „Tiroler Tageszeitung“). Diese entstanden auf Initiative der Besatzungsmächte und standen anfangs unter ihrer strengen Kontrolle. Der „Wiener Kurier“ war eine wichtige Gründung dieser Zeit und befand sich bis 1955 im Besitz der USA.⁶¹⁶ Die „Wiener Zeitung“ wurde 1945, „Die Presse“ 1948 und 1959 die bald sehr erfolgreiche „Illustrierte Kronen-Zeitung“ gegründet bzw. wiedergegründet.⁶¹⁷ Die Besatzungsmächte kontrollierten und zensurierten das Pressewesen in den ersten Nachkriegsjahren.⁶¹⁸ Noch vor 1950 bekamen unabhängige wie auch Parteizeitungen bereits verlegerische und redaktionelle Autonomie zurück, was Pürer auch auf eine „[...] in den jeweiligen Besatzungszonen den Besatzern gegenüber eher zurückhaltende Berichterstattung [...]“⁶¹⁹ zurückführt. Presseerzeugnisse, welche nicht von den alliierten Besatzungsmächten herausgegeben wurden, mussten um eine Lizenz ansuchen, weshalb diese Ära der österreichischen Presse häufig vom Begriff „Lizenzpresse“ geprägt ist. Dies geschah aus unterschiedlichen Gründen, so wollte man beispielsweise demokratische Grundsätze fördern und gleichzeitig nationalsozialistische und „pangermanische“

⁶¹²Vgl. Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse nach 1945, 178.

⁶¹³Vgl. Robert Muzik, Die Zeitungsmacher. Österreichs Presse. Macht, Meinungen und Milliarden, Wien 1984, 105.

⁶¹⁴Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse nach 1945, 178.

⁶¹⁵Vgl. Muzik, Die Zeitungsmacher, 120-121.

⁶¹⁶Vgl. Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse nach 1945, 179.

⁶¹⁷Vgl. Muzik, Die Zeitungsmacher, 120-121.

⁶¹⁸Vgl. Heinz Pürer, Presse in Österreich (Schriftenreihe Medien & Praxis 2), Wien 1990, 1.

⁶¹⁹Ebd., 2.

Ideologie daran hindern, wiederaufzuleben.⁶²⁰ Durch das Lizenzsystem wurde ein „[...] systematisch gehandhabter Kontrollmechanismus geschaffen [...]“⁶²¹.

Edith Dörfler und Wolfgang Pensold zeigen, dass auch nachdem die Besatzungsmächte Österreich verließen und dahingehend ihr Einfluss auf die österreichische Medienlandschaft schwand, keine freie Medienlandschaft im westlichen Sinne bestand. Die dominierenden Medienunternehmen waren regierungsnahe: die „Austria Wochenschau“ wie auch der „Österreichische Rundfunk“ und regierungstreue Parteizeitungen dominierten die Medienlandschaft.⁶²² Bereits ab 1952 lässt sich feststellen, dass sich die österreichische Pressestruktur an Marktbedingungen anzupassen begann.⁶²³ Langsam war mit Rückkehr der Normalität im Alltag der Menschen ein Interessens- und Wertewandel erkennbar.⁶²⁴ Zwischen 1953 und 1959 wurden in etwa 1,2-1,4 Millionen Zeitungen täglich verkauft. Bis zum Jahr 1955 waren die Parteimedien viel auflagestärker als parteiunabhängige Zeitungen. Dies veränderte sich jedoch, und bereits 1956 hatten erstmals parteiunabhängige Zeitungen eine größere Auflage als Parteizeitungen. Der neue Typus der Boulevardzeitung wurde immer beliebter.⁶²⁵ Das letzte Jahr, in welchem die drei größten Parteizeitungen eine in etwa gleich hohe Auflage hatten wie die drei größten parteiunabhängigen Zeitungen war 1961, danach schwand ihr Einfluss immer weiter.⁶²⁶ 1959 wurde die in k.u.k.-Zeiten bereits beliebte „Illustrierte Kronen Zeitung“ als „Neue Kronen Zeitung“ wiedergegründet. Ab den 1960er-Jahren erlangte sie eine große Reichweite, während parallel die Parteizeitungen von ÖVP, SPÖ und KPÖ an Reichweite verloren. „Neues Österreich“, die Dreiparteienzeitung, wurde verkauft und schließlich 1967 eingestellt.⁶²⁷ Besonders drei Parteiunabhängige Presseerzeugnisse erreichten in dieser Zeit eine große Auflagestärke: Die „Neue Kronen Zeitung“, der „Kurier“ und die „Kleine Zeitung“.⁶²⁸

Um die Printmedienlandschaft und ihre Verbreitung in der Zweiten Republik im Kontext der Jubiläumsfeiern 1965 vor Augen zu führen, sind hier die wichtigsten Presseerzeugnisse in einer

⁶²⁰Vgl. Ulrike Harmat, Die Medienpolitik der Alliierten und die österreichische Tagespresse 1945-1955, in: Gabriele Melischek/Josef Seethaler (Hg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation (Band 5 1945-1955), Frankfurt am Main 1999, 57-96, 57.

⁶²¹Ebd., 57.

⁶²²Vgl. Edith Dörfler/Wolfgang Pensold, Die Macht der Nachricht. Die Geschichte der Nachrichtenagenturen in Österreich, Wien 2001, 442.

⁶²³Vgl. Gabriele Melischek/Josef Seethaler, Zur Pressekonzentration in Österreich nach 1945, in: Gabriele Melischek/Josef Seethaler (Hg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation (Band 5 1945-1955), Frankfurt am Main 1999, 97-158, 101.

⁶²⁴Vgl. Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse nach 1945, 180.

⁶²⁵Vgl. Andy Kaltenbrunner, Printmedien in Österreich. Arbeitsmaterialien zur Medienerziehung, Wien 1997, 8.

⁶²⁶Vgl. ebd., 13.

⁶²⁷Vgl. Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse nach 1945, 180.

⁶²⁸Vgl. Pürer, Presse in Österreich, 5.

Tabelle mit ihren Auflagen angeführt. Beginnend mit 1946 wurde die Auflagenstärke der wichtigsten Zeitungen bis 1966 angegeben:

<u>Printmedium</u>	<u>Auflage</u> <u>1946</u> ⁶²⁹	<u>Auflage</u> <u>1952</u> ⁶³⁰	<u>Auflage</u> <u>1956</u> ⁶³¹	<u>Auflage</u> <u>1961</u> ⁶³²	<u>Auflage</u> <u>1966</u> ⁶³³
Arbeiter Zeitung	300.000	192.500	149.412	114.771	108.703
Kleine Zeitung	-	82.333	80.203	89.634	105.037
Illustrierte Kronen-Zeitung	-	-	-	119.184	267.857
Kurier	(Wiener Kurier) 279.167	(Wiener Kurier) 160.417	(Neuer Kurier) 132.459	259.126	372.269
Neues Österreich	155.000	113.233	96.260	76.813	57.000
Österreichische Zeitung	50.000	50.000			
Die Presse	-	44.000	47.806	55.000	49.746
Salzburger Nachrichten	124.503	54.167		41.471	47.116
Das Kleine Volksblatt (Ab 1962: „Volksblatt“)	300.000	150.833	129.592	115.441	90.815
Österreichische Volksstimme (Ab 1957: „Volksstimme“)	125.000	112.500	59.100	44.750	45.212
Wiener Zeitung	100.000	31.833	30.000	28.333	22.000

⁶²⁹Vgl. Josef Seethaler, Daten zu den Stichtagserhebungen österreichischer Tageszeitungen 1946-1996, in: Gabriele Melischek/Josef Seethaler (Hg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation (Band 5 1945-1955), Frankfurt am Main 1999, 253-274, 255-256.

⁶³⁰Vgl. ebd., 256-258.

⁶³¹Vgl. ebd., 258-260.

⁶³²Vgl. ebd., 260-261.

⁶³³Vgl. ebd., 262.263.

Die Feierlichkeiten rund um das Staatsvertragsjubiläum fanden 1965 statt. Die Auflagen der Printmedien wurden in den Jahren 1961 und 1966 angegeben, um einerseits den Kontext rund um das Jubiläumsjahr zu erschließen, andererseits auch die zeitgenössischen Trends in der Entwicklung der Printmedien darzustellen. Die Auflagenstärkste Zeitung 1966 ist der „Kurier“, gefolgt von der „Illustrierten Kronen-Zeitung“. Beide Zeitungen konnten in den letzten 5 Jahren große Zugewinne in ihrer Auflagenstärke verzeichnen. Die Parteizeitungen „Arbeiter Zeitung“ (SPÖ) wie auch das „Das Kleine Volksblatt“ (ÖVP), ab 1962 „Das Volksblatt“ verloren an Auflagestärke, während die „Volksstimme“ (KPÖ) stabil blieb, sogar eine kleine Steigerung verzeichnen konnte.

7.2.2 Der Bundespressdienst

Eine wichtige Rolle in der vorliegenden Arbeit spielt die im Archiv bearbeitete Auslands-Presseschau des Bundespressdienstes. Daher werden hier grundlegende Elemente des Bundespressdienstes und seiner historischen Entwicklung dargelegt.

Im November 1920 trat eine Regierung aus Christlichsozialer Partei unter Ignaz Seipel und Großdeutschen an, mit der Sozialdemokratie in der Opposition. Diese widmete sich der Neuorganisation des staatlichen Presseapparats in Österreich, wobei Zentralisierung im Vordergrund stand.⁶³⁴ Das Ergebnis war der zuerst als „Bundespresseamt“ angedachte Bundespressdienst, welcher als oberste medienpolitische Behörde in Österreich fungierte. Geleitet wurde sie von Eduard Ludwig. Die Medienbehörde war dem Bundeskanzleramt unmittelbar unterstellt, Beamte wurden in das Finanz-, Handels- und Sozialministerium entsendet, um dort die benötigten Informationen für die staatliche Pressearbeit zu erhalten.⁶³⁵ In der Ersten Republik war die Funktion des BPD das Beobachten und Dokumentieren der österreichischen Presselandschaft. Dabei wurde besonders die oppositionelle Presse beobachtet und Verstöße gegen das „Gesetz zum Schutz der Jugend“ überwacht.⁶³⁶ In der Zeit des autoritären Ständestaates waren die Aufgaben des Bundespressdienstes nicht nur die Beschaffung und Ausgabe offizieller Informationen, sondern auch oberste Zensur für die „Politische Korrespondenz“ und die „Amtliche Nachrichtenstelle“ (ANA), zuvor Telegraphen-

⁶³⁴Vgl. Dörfler/Pensold, Die Macht der Nachricht, 317.

⁶³⁵Vgl. ebd., 318.

⁶³⁶Vgl. Felix Josef, Staatliche Pressestellen in Österreich von 1848 bis 1938 unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1918 bis 1938, Univ. Diss., Universität Wien 1980, 91.

Korrespondenz-Bureau genannt. Dabei unterstanden innenpolitische wie auch außenpolitische Nachrichtenübermittlungen staatlicher Kontrolle.⁶³⁷

Seit 1945 bestand wieder der Bundespressediens als Sektion des Bundeskanzleramtes für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung.⁶³⁸ Chef des Bundespressediens war ein Sektionschef, denn der Bundespressediens war eine Sektion des Bundeskanzleramtes. Ihm waren vier Abteilungsleiter zur Seite gestellt. Im Bundespressediens arbeiteten Verwaltungsexperten, Journalisten und diverse Fachleute für Medien, Datenverarbeitung usw. Die PR-Aufgaben des Bundespressediens teilten sich in zwei Teile, einerseits Informationstätigkeit für die gesamte Regierung, meist rund um den Bundeskanzler konzentriert, und Arbeit für einzelne Regierungsressorts.⁶³⁹

Die Aufgaben des Bundespressediens waren vielfältig und werden im Folgenden kurz umrissen. Eine Aufgabe des Bundespressediens war das Herstellen von Informationsmaterial für die Öffentlichkeit, wie beispielsweise Broschüren, Prospekte, Plakate und Flugschriften. Hierzu gehörte auch die Herausgabe der Auslands-Presseschau wie auch der Zeitungs- und Rundfunkdokumentation.⁶⁴⁰ Diese beiden Aspekte sind besonders für die vorliegende Arbeit von Bedeutung, da sie als Quellen herangezogen wurden. Eine weitere wichtige Aufgabe des Bundespressediens war der sogenannte Gästedienst. Dabei wurden in unregelmäßigen Abständen Journalisten in das Bundeskanzleramt eingeladen und mit Hintergrundgesprächen wie auch durch ergänzendes schriftliches Informationsmaterial und Interviewvermittlung unterstützt.⁶⁴¹ Dem Bundespressediens kam also eine Mittlerfunktion zu, besonders bei Großveranstaltungen ist die Betreuung der Presse hervorzuheben.⁶⁴² Der Bundespressediens war auch zuständig für die Akkreditierung von ausländischen KorrespondentInnen.⁶⁴³

Täglich verfasste der Bundespressediens eine Presseübersicht über die veröffentlichte Meinung innerhalb von Österreich, den sogenannten Österreich-Bericht. Dabei spielte auch eine besondere Rolle, inwiefern die eigenen Informationen der Bundesregierung in der Presse wiedergegeben bzw. aufgegriffen wurden. Während dabei keine Verarbeitung oder Auswertung bezüglich

⁶³⁷Vgl. Walter Köhler, Amtliches Nachrichtenwesen und Nachrichtenpolitik im „Austrofaschismus“. Amtliche Nachrichtenstelle und „Politische Korrespondenz“ im Umfeld des „austrofaschistischen“ Mediensystems 1933-1938, Univ. Diss., Universität Wien 1985, 7.

⁶³⁸Vgl. Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte. Die zentralen pressepolitischen Einrichtungen des Staates, Wien/Stuttgart 1966, 136.

⁶³⁹Vgl. Michael Kittinger, Der Bundespressediens als PR-Behörde, Dipl. Arb., Universität Wien 1990, 102-103.

⁶⁴⁰Vgl. ebd., 105.

⁶⁴¹Vgl. ebd., 122-123.

⁶⁴²Vgl. ebd., 124-125.

⁶⁴³Vgl. ebd., 129.

fachbezogenen, personenbezogenen oder tagesaktuellen Aspekten durchgeführt wurde, ist dies bei der Auslandspresse der Fall. Täglich von Montag bis Samstag erschien die Auslands-Presseschau, welche nach Themenschwerpunkten gegliedert wurde. Durch diese Gliederung sollte auch die Archivierung und Wiederauffindung erleichtert werden. Die Auslands-Presseschau stand auch Journalisten zur Verfügung. Dabei wurden aus finanziellen Gründen nur die wichtigsten ausländischen Printmedien ausgewertet.⁶⁴⁴

7.3 Situativer Kontext: Der Ablauf der Jubiläumsfeierlichkeiten 1965

Die Feierlichkeiten begannen bereits am Vortag des Jubiläumstages, Freitag, dem 14. Mai 1965. Österreich wurde vom 14. bis einschließlich 16. Mai beflaggt.⁶⁴⁵ Bundespräsident Adolf Schärff war am 28. Februar 1965 im Amt verstorben, weshalb während der Feierlichkeiten der Bundeskanzler die Funktionen des Bundespräsidenten übernahm.⁶⁴⁶ Vormittags wurde von Bundeskanzler Josef Klaus, welcher die Funktionen des Bundespräsidenten ausübte, am Grab des ehemaligen Bundespräsidenten Theodor Körner ein Kranz niedergelegt. Später fand auch von Bundesregierung, Präsidium des Nationalrates und den Vorsitzenden des Bundesrates eine Kranzniederlegung an den Gräbern von Theodor Körner und des ehemaligen Bundeskanzlers Julius Raab statt. Um 18.30 veranstaltete man im Kongresszentrum der Hofburg eine Freiheitskundgebung der österreichischen Jugend.⁶⁴⁷ Finanzminister Wolfgang Schmitz und Außenminister Bruno Kreisky hielten Reden.⁶⁴⁸ Um 20:30 Uhr fand eine Festvorführung der Spanischen Hofreitschule für Jugendliche statt.⁶⁴⁹ An die österreichischen SchülerInnen ab der achten Schulstufe wie auch an Rekruten des Bundesheeres wurde laut dem „Volksblatt“ eine Festgabe „Zehn Jahre freies Österreich“ verteilt.⁶⁵⁰

Der große Staatsakt der Bundesregierung im Schloss Belvedere fand am Samstag, dem 15. Mai um elf Uhr vormittags statt, zur selben Zeit, zu der zehn Jahre zuvor der Staatsvertrag unterschrieben wurde.⁶⁵¹ Vor dem Belvedere hatten gürtelseitig vier Züge des Gardebataillons mit Musikkapelle Aufstellung genommen, welche bei Ankunft des Bundeskanzlers den Generalmarsch spielten. Dabei schritten Kanzler, Vizekanzler und der Minister für

⁶⁴⁴Vgl. Kittinger, Der Bundespressedienst, 131.

⁶⁴⁵Vgl. Im April und Mai wird gefeiert, Wiener Zeitung, 30. 1. 1965, 1.

⁶⁴⁶Vgl. Karl R. Stadler, Adolf Schärff. Mensch, Politiker, Staatsmann, Wien/München/Zürich 1982, 526.

⁶⁴⁷Vgl. Merkblatt für Photoreporter. Programm der Veranstaltungen, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506, 1.

⁶⁴⁸Vgl. 15. Mai: Hohe Gäste kommen, Wiener Zeitung, 8. 5. 1965, 2.

⁶⁴⁹Vgl. Merkblatt für Photoreporter. Programm der Veranstaltungen, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506, 1.

⁶⁵⁰Vgl. Staatsakt im Belvedere in Funk und TV, Das kleine Volksblatt, 18. 4. 1965, 2.

⁶⁵¹Vgl. Die Feiern zum Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 5.

Landesverteidigung die Front des Gardebataillons ab. Im Marmorsaal wurde der Festakt mit der Bruckner-Fanfare eingeleitet, gespielt vom „Wiener Trompeterchor“. Daraufhin intonierte ein A-capella-Chor, geleitet von Professor Karl Etti, draußen vor der stadtseitigen Schlossfassade den Festspruch „Vereint zum Fest“ und „Die Ehre Gottes aus der Natur“ von Beethoven.⁶⁵² Die Eröffnung des Festaktes fand durch Außenminister Kreisky statt, es folgten Reden von verschiedenen Gästen und Gastgebern. Diese Reden werden noch genauer in einem Kapitel analysiert.⁶⁵³ Alle Reden wurden mithilfe von Lautsprechern auf die Plätze rund um das Schloss Belvedere übertragen. Der feierliche Staatsakt wurde vom Österreichischen Rundfunk und dem Fernsehen direkt aus dem Belvedere übertragen. Dabei wurde zwischen 10:45 bis zum Ende der Feierlichkeiten gesendet und zwischen 22 Uhr und 22:45 Ausschnitte des Festaktes im Fernsehen wiederholt. Im Radio war das Programm von 10:30 bis 13:00 Uhr zu hören.⁶⁵⁴

Beim Staatsakt waren folgende Gäste anwesend: Die Außenminister der UdSSR, Frankreichs, Großbritanniens und der USA (Andrej Gromyko, Maurice Couve de Murville, Michael Stewart und Dean Rusk). Außerdem der Präsident der Konsultativversammlung des Europarates Pierre Pflimlin, der Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Alex Quaison-Sackey und die vier ehemaligen Hochkommissare, Botschafter I. Iljitschow, Roger Lalouette, Sir Geoffrey Wallinger und L. Thompson. Auch die derzeitigen Botschafter der vier Signatarmächte waren anwesend. An den Feierlichkeiten nahmen von österreichischer Seite her der Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Dr. Erich Bielka und leitende Beamte des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten teil. Auch waren jene Beamten eingeladen, welche sich zehn Jahre zuvor zur Zeit des Staatsvertrags im Dienst befunden und der Unterzeichnung beigewohnt hatten. Dabei handelte es sich unter anderem um Außenminister Botschafter Dr. Karl Gruber, dem damaligen Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten a.D. Dr. Alois Vollgruber, den damaligen Generalsekretär Botschafter Dr. Josef Schöner, den damaligen politischen Direktor Gesandten a.D. Dr. Marcus Leitmaier, den damaligen Leiter des Völkerrechtsbüros Botschafter a. J. Dr. Robert Friediner-Pranter sowie Botschafter Dr. Johannes Coreth. Auch die aktuellen Botschafter Österreichs in den vier Signatarstaaten wurden eingeladen: Dr. Walter Wodak (Moskau), Dr. Martin Fuchs (Paris), Dr. Johannes Schwarzenberg (London) und Dr. Wilfried Platzer (Washington). Auch der Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen, Dr. Kurt Waldheim und der ständige Vertreter Österreichs beim Europarat Dr. Wilfried Gredler wohnten den Feierlichkeiten bei. Beim Festakt

⁶⁵²Vgl. Programm der Staatsvertragsfeier, Wiener Zeitung 13. 5. 1965, 2.

⁶⁵³Vgl. 15. Mai: Hohe Gäste kommen, Wiener Zeitung, 8. 5. 1965, 2.

⁶⁵⁴Vgl. Die Feiern zum Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 5.

nahmen außerdem der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senats teil, Senator W. Fulbright wie auch der Justizminister von Nigeria Dr. Owalale Elias, der Pressechef im sowjetischen Außenministerium Botschafter Samjatin, aus dem französischen Außenministerium der politische Direktor Gesandter Lucet, der Pressechef Lebel und der stellvertretende Kabinettschef Durand, aus dem amerikanischen Außenministerium der Assistant Secretary for Public Affairs James L. Greenfield, Director of the Office of Western European Affairs David H. McKillop, Deputy Assistant Secretary for European Affairs Robert C. Creel, vom britischen Außenministerium Kabinettschef N. Henderson und Informationschef M. Hadow, vom Europarat der politische Berater de Luc und Protokollchef Papaleo. Auch der ehemalige schwedische Botschafter in Wien Sven Allard, die Schwester des verstorbenen amerikanischen Außenministers Mrs. Eleanor L. Dulles und Universitätsprofessor Dr. Hans Kelsen waren zu den Feierlichkeiten eingeladen.⁶⁵⁵

Nach der Bundeshymne begaben sich die Mitglieder der Bundesregierung und die ausländischen Festgäste auf den historischen Balkon, an dem am 15. Mai 1955 der unterschriebene Staatsvertrag der Menge gezeigt wurde. Sie wurden vom Applaus der sich im Belvederegarten eingefundenen Menge empfangen.⁶⁵⁶

Bundeskanzler Dr. Klaus gab nach den Feierlichkeiten im Belvedere ein Dejeuner, zu dem die Außenminister wie auch der Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen, der Präsident der Konsultativversammlung des Europarates wie auch die wichtigsten Diplomaten und Erzbischof Rossi geladen waren. Die früheren Hochkommissare waren als Ehrengäste eingeladen: Botschafter Thompson, Lalouette, Sir Geoffrey Wallinger und Iljitschow, wie auch der Justizminister von Nigeria Dr. Elias und Senator Fulbright und Frau Dulles. Die österreichischen Teilnehmer des Mittagessens waren Vizekanzler Dr. Pittermann, die Mitglieder der Bundesregierung, die Präsidenten des Nationalrates Maleta, Waldbrunner und Wallner, die Vorsitzende des Bundesrates, Tschitschki und deren Stellvertreter, Kommerzialrat Eckert, der Präsident des Rechnungshofes Dr. Kandutsch, die Präsidenten der Obersten Gerichtshöfe, der Bürgermeister von Wien Jonas, die Landeshauptmänner von Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, der Steiermark, Tirol und Vorarlberg, die Präsidenten der Kammern, des Gewerkschaftsbundes und der Industriellenvereinigung wie auch der Rektor der Universität Wien. Dazu waren des Weiteren leitende Beamte der Präsidentschaftskanzlei des

⁶⁵⁵Vgl. 15. Mai: Hohe Gäste kommen, Wiener Zeitung, 8. 5. 1965, 2.

⁶⁵⁶Vgl. Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, Arbeiter Zeitung, 16. 5. 1965, 1-2.

Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und des Parlaments anwesend, wie auch der Generaltruppeninspektor.⁶⁵⁷

Zwischen 12:45 und 13:00 Uhr läuteten in ganz Österreich die Glocken. Um 19:00 Uhr wurde in einer Festvorstellung „Fidelio“ in der Wiener Staatsoper aufgeführt.⁶⁵⁸ Die Festvorstellung des „Fidelio“ war offen mit käuflich erwerbbaaren Karten zugänglich.⁶⁵⁹ Der Tag wurde abgeschlossen durch das Abbrennen von Freiheitsfeuern auf verschiedenen Bergen und Höhen.⁶⁶⁰

Die meisten Bundesländer veranstalteten Gedenkfeiern am Sonntag mit Kundgebungen, Defilierungen und Gedenksitzungen.⁶⁶¹ In Salzburg und Klagenfurt gab es große Truppenparaden.⁶⁶² Auch in Oberösterreich, Tirol, Niederösterreich und dem Burgenland wurden Militärparaden, Festsitzungen in den Landhäusern und entsprechende Gottesdienste abgehalten.⁶⁶³ In Vorarlberg fand erst am 22. Mai ein Festakt statt, in welchem besonders der Wiedererrichtung Vorarlbergs als selbstständiges Bundesland gedacht wurde.⁶⁶⁴ Auch der Wiener Landtag war für eine Festsitzung einberufen worden.⁶⁶⁵

Am Samstag fanden um 08:00 Uhr Festgottesdienste in den Kirchen und Kulträumen verschiedener Religionsgemeinschaften statt.⁶⁶⁶ Zusätzlich wurde aus Anlass des Jubiläums am Freitag um 19 Uhr im Stadttempel Wien I. von Oberrabbiner Akiba Eisenberg ein jüdischer Gottesdienst abgehalten, am Samstag um 7:45 Uhr in der Evangelischen Stadtpfarrkirche Wien I. ein Schulgottesdienst und um 8 Uhr im Stephansdom eine Pontifikalmesse. In der Kathedrale der griechisch-orthodoxen Kirche in Wien I. am Fleischmarkt fand auch ein Festgottesdienst statt. Am Sonntag, dem 16. Mai, wurde noch von der Altkatholischen Kirche in Wien XX. ein Festgottesdienst gefeiert und um 10 Uhr in der Lutherischen Stadtkirche Wien I. von Oberkirchenrat Pfarrer Erich Wilhelm eine Gedenkpredigt beim evangelischen Sonntagsgottesdienst gehalten.⁶⁶⁷

⁶⁵⁷Vgl. Glanzvolles Fest: Zehn Jahre Staatsvertrag, Wiener Zeitung, 16. 5. 1965, 1.

⁶⁵⁸Vgl. Merkblatt für Photoreporter. Programm der Veranstaltungen, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506, 1.

⁶⁵⁹Vgl. Staatsakt im Belvedere in Funk und TV, Das kleine Volksblatt, 18. 4. 1965, 2.

⁶⁶⁰Vgl. Merkblatt für Photoreporter. Programm der Veranstaltungen, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506, 1.

⁶⁶¹Vgl. Auch die Bundesländer feierten, Wiener Zeitung, 18. 5. 1965, 2.

⁶⁶²Vgl. Feiern in den Bundesländern, Kurier, 17. 5. 1965, 2.

⁶⁶³Vgl. ebd., 2.

⁶⁶⁴Vgl. Kundgebung der Jugend in der Hofburg, Wiener Zeitung, 14. 5. 1965, 2.

⁶⁶⁵Vgl. Mächtige Kundgebung der Jugend, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 10.

⁶⁶⁶Vgl. Das Programm der Staatsvertragsfeiern, Salzburger Nachrichten, 3. 2. 1965, 2.

⁶⁶⁷Vgl. Programm der Staatsvertragsfeier, Wiener Zeitung 13. 5. 1965, 2.

Eine Festsitzung der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde gedachte der österreichischen Juden, die von den Nationalsozialisten ermordet worden waren wie auch der österreichischen Widerstandskämpfer.⁶⁶⁸

Am Sonntag, dem 16. Mai war der Tag des Bundesheeres, an dem es Vorführungen, offene Kasernen und Platzkonzerte zu sehen gab.⁶⁶⁹ Dazu gehörte auch der Zapfenstreich am Heldenplatz.⁶⁷⁰

Im Vorfeld des Staatsvertragsjubiläums wurden die Kosten der staatlichen Feiern auf etwa 14 Millionen Schilling geschätzt. Es entspann sich eine Diskussion darüber, ob dies aufzubringen sei oder ob das Programm eingeschränkt werden müsste.⁶⁷¹ Von Finanzminister Schmitz wurde schließlich ein erneuter Finanzierungsvorschlag vorgelegt, durch welchen das ursprünglich geplante Programm möglich wurde. 7,4 Millionen sollten durch die Ausgabe von 50-Schilling-Silbermünzen aufgebracht werden. Damit wurde unter anderem ein Sonderfilm der Austria-Wochenschau, eine Ausstellung in der Sezession, die Errichtung eines Weiheraumes für den österreichischen Widerstand im Burgtor wie auch eine Festbroschüre für die Schuljugend und eine Freiheitskundgebung der Schuljugend am Heldenplatz finanziert.⁶⁷²

8 Aussageanalyse der Festreden

In dieser Analyse der Aussagen werden acht Reden⁶⁷³ miteinbezogen, die während des offiziellen Staatsaktes im Schloss Belvedere gehalten wurden. Dabei handelt es sich um die Reden der Außenminister der vier Signatarmächte: Dean Rusk (USA), Maurice Couve de Murville (Frankreich), Michael Stewart (UK) wie auch Andrej A. Gromyko (UdSSR). Es werden auch die Reden des österreichischen Außenministers Bruno Kreisky (SPÖ) und von Bundeskanzler Josef Klaus (ÖVP) miteinbezogen. Die beiden weiteren Reden, die am Festakt gehalten wurden, sind von Repräsentanten internationaler Organisationen: Pierre Pflimlin, dem Präsidenten der Konsultativversammlung des Europarates, und Alex Quaison-Sackey, dem Präsidenten der 19. Generalversammlung der Vereinten Nationen. Die Reden haben alle ungefähr denselben Umfang, wobei nur die Rede von Außenminister Stewart im Vergleich sehr kurz ist. Er berührt daher auch weniger Aussagefelder als die anderen Redner.

⁶⁶⁸Vgl. Mächtige Kundgebung der Jugend, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 10.

⁶⁶⁹Vgl. Bundeskanzleramt, Bundespressedienst, „Merkblatt für Photoreporter“. Programm der Veranstaltungen, 1.

⁶⁷⁰Vgl. Im April und Mai wird gefeiert, Wiener Zeitung, 30. 1. 1965, 1.

⁶⁷¹Vgl. Jubiläumsfeier zu teuer?, Die Presse, 23. 2. 1965, 2.

⁶⁷²Vgl. 14 Millionen werden aufgebraucht, Neues Österreich, 3. 3. 1965, 4.

⁶⁷³10 Jahre Staatsvertrag. Die Reden anlässlich der Feiern der 10. Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages, hg. vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Wien 1965.

Ein zentrales Motiv des Diskurses über den Staatsvertrag ist die Betonung der „Freiheit“, welche Österreich durch den Staatsvertrag erhalten hat. Auch in den Festreden wird diese Aussage häufig getätigt. Rusk spricht von der Bevölkerung Österreichs und ihrer „unerschütterlichen Entschlossenheit, ihre Freiheit wieder zu erlangen.“⁶⁷⁴ Er selbst sei stolz, dass Amerika einen Beitrag zur Wiedererringung der Freiheit leisten konnte.⁶⁷⁵ Der französische Außenminister spricht davon, dass die Unterzeichnung des Staatsvertrages „[...] die Wiedergeburt des freien und souveränen Österreich bestätigt hat, [...]“⁶⁷⁶ und betont, dass es Österreich gelungen sei, ein freies, demokratisches politisches System wiederherzustellen.⁶⁷⁷ Auch der britische Außenminister Stewart spricht von dem erfolgreichen Weg der Freiheit von Österreich. Die Vertreter der internationalen Organisationen nehmen keinen Bezug auf dieses Aussagefeld, während Bundeskanzler Klaus es folgendermaßen beschreibt: „Österreich ist ein Hort der Freiheit geworden für Sie, für uns, für uns alle.“⁶⁷⁸ Gromyko, der Außenminister der Sowjetunion, spricht als Einziger nicht von Freiheit in Bezug auf den Staatsvertrag, sondern betont stattdessen die Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Sowjetunion. Während die anderen Redner in ihren Aussagen die Freiheit Österreichs auf den Staatsvertrag beziehen, spricht Gromyko hier subtil eine andere Vergangenheitsinterpretation an, in welcher die Freiheit mit Ende des Krieges erreicht wurde und durch die Sowjetunion gebracht wurde.⁶⁷⁹

Ein weiterer wichtiger Aussagezusammenhang mit Bezug auf den Staatsvertrag ist die Betonung der langen Besatzungszeit. Interessanterweise kommen Aussagen dahingehend auch in den Festreden vor. So weisen nicht nur die beiden österreichischen Redner Klaus und Kreisky darauf hin, sondern auch Couve de Murville, Rusk und Quaison-Sackey. Rusk übermittelt dabei eine Nachricht von Präsident Johnson:

„Wir erinnern uns mit großer Bewunderung des Mutes der Bevölkerung Österreichs während der langen Jahre ausländischer Besetzung und ihrer unerschütterlichen Entschlossenheit, ihre Freiheit wieder zu erlangen.“⁶⁸⁰

Dabei wird nicht nur der Mut der österreichischen Bevölkerung erwähnt, sondern auch die lange Besatzungszeit mit dem Aussagefeld „Freiheit“ verknüpft. Der lange, entbehrensreiche Weg Österreichs zur Freiheit ist ein wichtiger Teil des Narratives um den Staatsvertrag, das

⁶⁷⁴Dean Rusk, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁷⁵Vgl. ebd., o.S.

⁶⁷⁶Maurice Couve de Murville, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁷⁷Vgl. ebd., o.S.

⁶⁷⁸Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁷⁹Vgl. Andrei Andrejewitsch Gromyko, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁸⁰Dean Rusk, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

Aussagefeld der „langen Besatzungszeit“ wird also häufig im Zusammenhang mit dem Aussagefeld „Freiheit“ genannt. Bei Couve de Murville steht nicht die mutige Entschlossenheit Österreichs im Zentrum, sondern das Leiden und die Opferbereitschaft der österreichischen Bevölkerung in der Besatzungszeit:

„[...] wie lange es dauerte und was dieser Zeitraum von der Befreiung Österreichs bis zur Unterzeichnung im Belvedere für das Land an Opfern und ängstlichem Warten bedeutete.“⁶⁸¹

Dabei wird Österreich nicht als proaktiv handelnd dargestellt, sondern als passiv abwartender Teilnehmer. Die Besatzungszeit wird hier eindeutig negativ beurteilt und als etwas angesprochen, das von den ÖsterreicherInnen große Opfer verlangte. Couve de Murville verknüpft im weiteren Verlauf der Rede die lange Besatzungszeit mit der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich, indem er auf 17 Jahre der Besatzung hinweist. Darauf wird später, im Zusammenhang mit dem Aussagefeld betreffend der Opferthese, näher eingegangen. Auch Quaison-Sackey betont die langwierigen und schwierigen Verhandlungen während der Besatzungszeit, wobei er positiv hervorhebt, dass sie zwar mühsam waren, jedoch zumindest geführt werden konnten.⁶⁸² Während von österreichischer Seite nur kurz von Klaus von der „[...] schweren Prüfung einer zehnjährigen Besatzung“⁶⁸³ gesprochen wird, betont Kreisky gleich zu Beginn seiner Rede als erster Redner:

„Obwohl die Zeit der Besetzung Österreichs keine leichte war, so hat doch jede der vier Mächte auch in dieser Zeit uns wertvolle Hilfe geleistet.“⁶⁸⁴

Dabei verknüpft er die Betonung der langen und schwierigen Besatzungszeit mit positiven Aspekten der Nachkriegsgeschichte, welche mit den Besatzungsmächten assoziiert werden können. So streift er die Besatzungszeit in ihrer negativen Ausprägung nur in einem Halbsatz, während er daraufhin in fünf langen Schachtelsätzen den Fokus auf positive Einflüsse der Besatzungsmächte legt. Er erwähnt, dass dem britischen Außenminister Bevin das Kontrollabkommen zu verdanken ist, durch welches die Demokratie in Österreich wiederhergestellt wurde. Bezüglich der USA betont er die Hilfe des Marshallplans. Auf französische Initiative konnte laut Kreisky die Frage des „Deutschen Eigentums“ im Staatsvertrag gelöst werden. Der Sowjetunion verdanke man, dass Wien während des Krieges vor der vollständigen Zerstörung bewahrt wurde und

⁶⁸¹Maurice Couve de Murville, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁸²Vgl. Alex Quaison-Sackey, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁸³Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁸⁴Bruno Kreisky, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

„[...] daß sie uns zu einer fruchtbaren Diskussion über die Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit veranlaßte. Aus ihr hat sich der Gedanke der immerwährenden Neutralität Österreichs herauskristallisiert, einer außenpolitischen Maxime, deren segensreiche Wirkungen in diesen zehn Jahren seit dem Abschluß des Staatsvertrages vom ganzen österreichischen Volk erkannt wurden.“⁶⁸⁵

Die Verknüpfung der Besatzungszeit mit positiven Aspekten der Signatarmächte ist in diesem Ausmaß einzigartig im Diskursverlauf, obwohl auch in der österreichischen Presse teilweise, insbesondere in Bezug auf die Marshall-Hilfen, Erwähnungen dahingehend getätigt werden.⁶⁸⁶

Wichtig im Zusammenhang mit der Staatsvertragsunterzeichnung ist das Aussagefeld „Neutralität“. Dabei wird die Neutralität Österreichs meist rückblickend bewertet und im internationalen Kontext gedeutet. Häufig wird die Neutralität als positive Entwicklung für Österreich hervorgehoben und als etwas beschrieben, das es zu bewahren gilt. Die Neutralität findet Erwähnung bei den beiden österreichischen Rednern Klaus und Kreisky. Über beide Parteien hinweg scheint das Bekenntnis zur Neutralität wichtig. So erwähnt Außenminister Kreisky bereits im oben angeführten Zitat am Anfang seiner Rede, wie positiv die Neutralität sei und dass die positiven Effekte vom „[...] ganzen österreichischen Volk erkannt [...]“⁶⁸⁷ würden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Äußerung in Bezug auf eine Betonung der Dankbarkeit gegenüber der Sowjetunion getätigt wird. Die UdSSR war in der Tat die treibende Kraft hinter Österreichs Neutralität,⁶⁸⁸ wird jedoch diskursiv kaum damit in Zusammenhang gebracht.

Besonders Bundeskanzler Klaus nimmt immer wieder Bezug auf die „neue Epoche“ der immerwährenden Neutralität. Dabei betont er, dass Österreich weder an militärischen Allianzen noch an politischen Blockbildungen teilnehmen werde und betont die Wichtigkeit der Neutralität als zentralen Teil des österreichischen Staates. Dabei verweist er auf den besonderen dynamischen Charakter der österreichischen Neutralität.⁶⁸⁹ Die Neutralität versteht man als gestaltend: „Die Neutralität führt Österreich nicht in die Isolation, sondern zu einem spezifisch österreichischen Beitrag zur Gestaltung von ganz Europa: Europa in Ost-West, das sich hier begegnet.“⁶⁹⁰ Das österreichische Narrativ des „Brückenbauers“ zwischen Ost und West wird hier angesprochen. Auch der Anspruch Österreichs, international eine Rolle zu spielen und

⁶⁸⁵Bruno Kreisky, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁸⁶Vgl. Mit Zuversicht in die Zukunft, Die Presse, Wochenendbeilage, 15./16. 5. 1965, 9.

⁶⁸⁷Bruno Kreisky, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁸⁸Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 220-222.

⁶⁸⁹Vgl. Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁹⁰Ebd., o.S.

mitzugestalten im Gegensatz zu einer Isolation nach außen hin wird angesprochen. Auch wird von Klaus betont, dass die Neutralität frei gewählt wurde:

„Österreichs Neutralität ist – ich möchte das mit aller Deutlichkeit hier und heute wiederholen und bekräftigen – eine frei gewählte. Wir waren weder gezwungen, den Staatsvertrag zu unterzeichnen, noch das Verfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität zu beschließen.“⁶⁹¹

Auch die Außenminister Gromyko (UdSSR) und Rusk (USA) nehmen Bezug auf Österreichs neutralen Status. Gromyko bezeichnet die Neutralität als wichtigen Faktor zur Stabilisierung der Sicherheit in Europa und betont den Erfolg, den die Neutralität für Österreich darstellt. Auch er beschreibt die Neutralität, als hätte Österreich sie ohne Fremdeinwirkung selbst gewählt:

„Als Österreich die Politik der immerwährenden Neutralität proklamierte, wurde es als Ausdruck des Strebens des österreichischen Volkes aufgenommen, in Freundschaft mit allen Völkern zu leben, die Treue dem Staatsvertrag zu wahren, eine wahrhaftig unabhängige, von allen Konjunkturerwägungen freie Politik durchzuführen.“⁶⁹²

Dabei wird betont, dass die Neutralität Österreichs Streben nach Freundschaft mit allen Völkern Ausdruck verleiht. Österreich selbst wird also als der handelnde Akteur bei der Erreichung der Neutralität dargestellt. Die Neutralität wird als Mittel beschrieben, durch das diese Freundschaft sowie die eigene Unabhängigkeit erreicht werden konnten. Die Politik in Bezug auf Neutralität sollte jedoch frei von „Konjunkturerwägungen“ sein, was eine Anspielung auf die Diskussion über die Verhandlungen rund um Österreichs Assoziierung mit der EWG sein könnte. Der amerikanische Außenminister betont im Zusammenhang mit der Neutralität, dass sie einen dynamischen Charakter hat: „Österreichs Erfolg in der Verfolgung dieses Kurses dynamischer Neutralität hat bei der Regierung und beim Volk der Vereinigten Staaten große Genugtuung ausgelöst.“⁶⁹³ Während also Gromyko darauf hinweist, dass die Neutralitätspolitik frei von Konjunkturerwägungen sein sollte, weist der amerikanische Außenminister auf die Dynamik der österreichischen Neutralität hin, wie auch Bundeskanzler Klaus. Die besondere Betonung der Neutralität bei den Reden zum Thema Staatsvertrag ist auch dahingehend erwähnenswert, dass die Neutralität nicht im Staatsvertrag verankert ist, sondern in einem Verfassungsgesetz einige Monate später beschlossen wurde. Einzig Quaison-Sackey weist darauf hin, dass der „weise und

⁶⁹¹Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁹²Andrei Andrejewitsch Gromyko, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁹³Dean Rusk, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

segensreich[e]“ Beschluss der Neutralität erst im Herbst getätigt wurde, einige Monate nach Abschluss des Staatsvertrages.⁶⁹⁴

Im Zusammenhang mit der Neutralität wurde bereits erwähnt, dass in der Rede von Bundeskanzler Klaus darauf hingewiesen wird, dass Österreich ein Land sei, in dem Osten und Westen sich begegnen. Dieser Mythos von Österreich als „Brückenbauer“ zwischen Ost und West ist auch ein wichtiger Teil des Diskurses um den Staatsvertrag und dem Treffen der Außenminister in Wien. Österreich sei laut Klaus „Im Dienste des Friedens [...] bemüht, trotz der ideologischen Gegensätze, die im Ost-West-Konflikt immer wieder zutage treten, alles zu unternehmen, was dem Abbau der Spannungen und der Begegnung der Völker dient.“⁶⁹⁵ Diese klare Anspielung auf die Blockbildung im Kalten Krieg dient der Betonung der Vermittlerposition, in der Österreich sich selbst sieht. Das Treffen von Kennedy und Chruschtschow in Wien hat in Österreich zu begeisterten Reaktionen geführt. Austragungsort von wichtigen internationalen Veranstaltungen zu sein, schien in der österreichischen Öffentlichkeit positiv aufgenommen zu werden.⁶⁹⁶ Die Betonung der eigenen Vermittlerrolle kann auch im Zusammenhang damit gesehen werden, dass Österreich sich als Ort weiterer internationaler Gipfeltreffen präsentieren will. Auch die möglichen Gespräche im Zuge der Staatsvertragsfeierlichkeiten sind hier nicht zu vergessen. Die Presse in Österreich wie auch in anderen Ländern spekulierte in den Wochen und Tagen davor darauf, dass sich eventuell informelle Kontakte und möglicherweise sogar offizielle Gespräche zwischen den Teilnehmern der Staatsvertragsfeierlichkeiten ergeben könnten. Häufig wird auch darauf hingewiesen, dass auch die österreichische Politik diese informelle Diplomatie im Zuge der Feierlichkeiten fördern könnte.⁶⁹⁷ Die Selbstinszenierung als Vermittlerstaat während des Festaktes wird zwar von Klaus angesprochen, Außenminister Kreisky tätigt jedoch keine Aussage dahingehend. Die neutrale Vermittlerrolle Österreichs wird jedoch nicht nur von österreichischer Seite angesprochen, sondern auch vom Präsidenten des Europarates:

„Es ist offenkundig, daß Österreich nach so viel Leid und Bitternis zu einer historischen Mission berufen ist, der für ganz Europa die größte Bedeutung zukommt: gemäß seiner vornehmsten historischen Tradition die vielfältigen Möglichkeiten der Verständigung und der vertrauensvollen

⁶⁹⁴Alex Quaison-Sackey, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁹⁵Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁹⁶Vgl. Kofler, Kennedy und Österreich, 58.

⁶⁹⁷Vgl. Ein Freudentag wie vor zehn Jahren. Ost und West sind im Belvedere vereint, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 1-2.

Zusammenarbeit zwischen Völkern wahrzunehmen, die gestern noch durch unüberbrückbare Gegensätze getrennt zu sein schienen.“⁶⁹⁸

Pflimlin geht dabei noch weiter und beschreibt Österreich mit klaren Worten als Land, welches eine bestimmte Mission im internationalen Gefüge habe: „Möge Österreich, zum Wohle Europas und zu seinem eigenen, seine Mission der Völkerversöhnung und des Friedens voll und ganz erfüllen.“⁶⁹⁹ Auch der französische Außenminister Couve de Murville spricht von Österreichs Rolle als Vermittler:

„Zu einem Zeitpunkt, wo die europäischen Länder beginnen, Europa zu entdecken und wo sie anfangen zu verstehen, daß sie ein Teil davon sind, kann Österreich mit seiner Lage und mit der Erfahrung seiner langen, ruhmreichen Geschichte dazu berufen sein, eine bedeutende Rolle zu spielen. Es ist die natürliche Verbindung zwischen jenem West-Europa, das nach und nach ersteht, und jenem Ost-Europa, dessen steigende Bereitschaft zu vertrauensvollen Beziehungen von uns mit Freude begrüßt wird.“⁷⁰⁰

Im Zusammenhang mit einer Anspielung auf die stetig fortlaufende Europäische Integration spricht Couve de Murville von einer wichtigen Rolle Österreichs und nennt das Land eine „natürliche Verbindung“ zwischen Ost und West. Die Betonung von Österreichs Selbstverständnis als „Brückenbauer“ wie auch der Bezug auf die steigende Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder führt zum nächsten Aussagefeld: „Europäische Integration Österreichs“. Im Jahr 1965 wird in Bezug auf neutrale Staaten wie Österreich eine Debatte geführt, ob und wie diese an einer europäischen Integration teilnehmen können. Der Diskurs beschäftigt sich damit, ob mit dem neutralen Status dieser Länder eine Mitgliedschaft oder Assoziierung der europäischen Wirtschaftsorganisationen vereinbar ist.⁷⁰¹ Dies war besonders zwischen der Sowjetunion und den westlichen Staaten eine hitzige Debatte, in der sich die Standpunkte diametral gegenüberstanden.⁷⁰² Vermutlich spielt auch Gromykos Aussage, dass die Neutralität nicht von „Konjunkturpolitik“ beeinträchtigt werden darf, auf die Versuche Österreichs betreffend einer Teilhabe an der europäischen Wirtschaftsintegration an. Dennoch wird dieses Thema bei den offiziellen Reden am Staatsakt von niemandem direkt angesprochen, abseits der Anspielung Gromykos. Klaus betont jedoch in seiner Rede, dass Österreich durch die Neutralität nicht in Isolation geführt wird, sondern auch gestalten möchte.⁷⁰³ Des Weiteren sagt

⁶⁹⁸Pierre Pflimlin, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁶⁹⁹Ebd., o.S.

⁷⁰⁰Maurice Couve de Murville, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁷⁰¹Vgl. Gehler, Staatsvertrag, Neutralität und die Integrationsfrage, 841.

⁷⁰²Vgl. ebd., 844.

⁷⁰³Vgl. Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

er: „Nun entsteht ein starkes Europabewußtsein, das alle Österreicher erfaßt.“⁷⁰⁴ Er spricht also von einem Europabewusstsein und auch davon, dass es Österreich erfasst habe. Auch dies kann als Kommentar zur laufenden Debatte über die europäische Integration Österreichs aufgefasst werden. Außer diesen beiden Anspielungen ist es natürlich interessant, dass Pierre Pflimlin, der Präsident der Konsultativversammlung des Europarates, zum offiziellen Staatsakt eingeladen war und auch eine Rede hielt. Er spricht das Thema in Bezug auf den Beitritt Österreichs zum Europarat 1956 an:

„Dieser Beitritt, den wir mit großer Genugtuung begrüßten, war mit dem Neutralitätsstatus voll und ganz vereinbar. Der Europarat ist weder eine Allianz noch ein Wirtschaftsblock. Von unseren Mitgliedsländern wird keine andere Verpflichtung verlangt, als Anerkennung der Vorherrschaft des Rechtes und die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.“⁷⁰⁵

Dies ist eine Anspielung auf die aktuelle Diskussion um eine Weiterführung der europäischen Integration in Bezug auf Österreich. Die Betonung, dass es sich um keine Allianz oder Wirtschaftsblock handelte, wirkt wie eine Rechtfertigung, welche sich wohl in Richtung der Sowjetunion richtet. In einem weiteren Zitat geht er darauf ein, dass ein neutrales Land sehr wohl etwas zur europäischen Integration beizutragen hätte:

„So hat es bis zur Stunde 15 internationale Vereinbarungen ratifiziert, die im Rahmen unserer Institution ausgearbeitet worden sind und die den Zweck verfolgen, zu der fortschreitenden Einigung Europas auf sozialer, kultureller und juristischer Ebene beizutragen. Damit wurde der Beweis erbracht, daß auch ein neutrales Land, wenn es sich vom Geist internationaler Solidarität leiten läßt, sich in sehr tatkräftiger Weise am gemeinsamen Wirken der europäischen Völker beteiligen kann.“⁷⁰⁶

Er sieht den Beweis, dass neutrale Staaten Teil von europäischer gemeinschaftlicher Arbeit sein könnten, erbracht, indem er auf die internationalen Vereinbarungen des Europarates hinweist, welche Österreich bereits ratifiziert habe. Dass diese Vereinbarungen die Neutralität Österreichs nicht beeinflusst hätten, zeigt, dass sich Österreich auch als neutrales Land an europäischen Projekten beteiligen könnte. Dies sagt Pflimlin jedoch nicht, ohne vorzuschicken, dass der Europarat keinerlei wirtschaftlicher Block oder Allianz sei. Damit betont er den Unterschied zu aktuell diskutierten europäischen Projekten, mit denen sich Österreich assoziieren will.

⁷⁰⁴Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁷⁰⁵Pierre Pflimlin, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁷⁰⁶Ebd., o.S.

Ein weiteres wichtiges Aussagefeld ist jenes, in welchem der Staatsvertrag als Symbol erfolgreicher Verhandlungen innerhalb einer verfahrenen Situation in den Zeiten des Kalten Krieges dargestellt wird. Diese symbolhafte Verhandlungslösung wird von allen Rednern angesprochen, außer von Außenminister Stewart (UK), Außenminister Kreisky und Quaison-Sackey. Rusk sagt dahingehend:

„Der Österreichische Staatsvertrag war ein wichtiger Erfolg in der Beilegung der schwierigen Probleme, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergaben. Wenn wir heute dieser Leistung gedenken, so ist es meine aufrichtige Hoffnung, daß unseren gemeinsamen Bemühungen um die Lösung anderer bedeutender internationaler Probleme der gleiche Erfolg beschieden sein möge.“⁷⁰⁷

Der Staatsvertrag als Erfolg der Nachkriegsdiplomatie scheint Konsens unter den Rednern zu sein. Dabei wird nicht nur auf diese vergangene Leistung Bezug genommen, sondern stets auch auf gegenwärtige oder zukünftige Verhandlungslösungen hingewiesen und der Staatsvertrag hierbei als Beispiel angeführt, wie diese auch in international angespannten Situationen gelingen können. So sagt Couve de Murville in Bezug auf Staatsvertrag und den Kalten Krieg:

„Der kalte Krieg, die ideologischen Streitigkeiten, die Konflikte zwischen den Großmächten führen oft zu ungerechtfertigten Vorurteilen bei den anderen. Freut man sich dann nicht umso mehr, wenn die Vernunft schließlich doch siegt, so wie das eben bei Ihrem Staatsvertrag der Fall war?“⁷⁰⁸

Der Staatsvertrag als „Vernunftlösung“ wird demnach als etwas dargestellt, welches über ideologische und andere Differenzen, besonders der Großmächte, hinweg eine gute Lösung für alle war. So beschreibt der französische Außenminister weiter, dass

„[...] die vier Mächte, die gemeinsam mit Österreich den Staatsvertrag unterzeichnet haben, ebenso befriedigt waren, als sie damals, zum ersten Male nach langer Zeit, den Geist der Verständigung kurz die Oberhand gewinnen sahen [...]“⁷⁰⁹

Auch hier wird der Staatsvertrag als Lösung, die für alle Beteiligten als vernünftig anerkannt wurde, wiedergegeben. Diese Sichtweise wird auch vom Vertreter der Sowjetunion bestätigt:

„Der Abschluß des Staatsvertrages zeigte, daß bei einer realistischen Einstellung und der gegenseitigen Bereitschaft, die Interessen des Partners zu achten, selbst die kompliziertesten

⁷⁰⁷Dean Rusk, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁷⁰⁸Maurice Couve de Murville, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁷⁰⁹Ebd., o.S.

Probleme der friedlichen Regelung in Europa erfolgreich gelöst werden können, wofür die sowjetische Regierung immer eintrat und auch weiterhin eintritt.“⁷¹⁰

Die Staatsvertragsunterzeichnung wird als kompliziertes Problem dargestellt, welches jedoch friedlich durch Vernunft und Verhandlungen gelöst werden konnte. In diesem Zusammenhang wird noch Eigenlob für die Sowjetunion miteinbezogen. Der Präsident des Europarates führt es mit dem Aussagefeld zum Thema Europäische Integration zusammen, indem er sagt:

„Gestatten Sie mir, den Regierungen zu danken, die mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages eine historische Tat vollbracht haben, die heute noch wie vor zehn Jahren beispielhaft dasteht und den Weg weist, der zu einem völlig und endgültig mit sich selbst versöhnten Europa führen könnte.“⁷¹¹

Die Beispielhaftigkeit der Staatsvertragsunterzeichnung wird als historische Tat hervorgehoben, welche für gegenwärtige Probleme als Wegweiser dienen kann. Diese Art, Probleme durch vernünftige Verhandlungen zu lösen, führe laut Pflimlin zu einem versöhnten Europa. Bundeskanzler Klaus spricht davon, dass der Staatsvertrag „[...] in der Weltpolitik als ein gutes Beispiel dauerhafter Friedenspolitik gewirkt“⁷¹² hat.

Ein Aussagefeld, welches nicht direkt angesprochen, auf welches jedoch subtil angespielt wird, sind Aussagen rund um den „Anschluss“ und das „Anschlussverbot“ im Staatsvertrag. Klaus und Stewart betonen die Wichtigkeit der Unabhängigkeit Österreichs, was jedoch nicht nur in Richtung Deutschland gewertet werden kann, sondern auch im Sinne einer Unabhängigkeit Österreichs als souveräne, nicht besetzte, neutrale Nation. Außenminister Kreisky beschreibt, dass man der Sowjetunion dankbar sein müsste, da „[...] sie uns zu einer fruchtbaren Diskussion über die Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit veranlaßte. Aus ihr hat sich der Gedanke der immerwährenden Neutralität Österreichs herauskristallisiert [...]“.⁷¹³ Die Diskussion über die Sicherheit Österreichs wurde in erster Linie dahingehend geführt, dass Österreich vor einem weiteren „Anschluss“ an Deutschland abgehalten werden sollte. Das Verbot des „Anschluss“, im Staatsvertrag verankert, entstand aus den Bedenken der Sowjetunion um die Sicherheit Österreichs.⁷¹⁴ Dies wird hier also zumindest gestreift, auch vom Außenminister der UdSSR, welche besonders um diese Bestimmungen im Staatsvertrag bemüht gewesen war:

⁷¹⁰Andrei Andrejewitsch Gromyko, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁷¹¹Pierre Pflimlin, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁷¹²Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁷¹³Bruno Kreisky, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁷¹⁴Vgl. Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005, 336.

„Dieser Vertrag zog die Bilanz der historischen Erfahrungen der Vergangenheit und brachte die Entschlossenheit der Signatarmächte zum Ausdruck, unter Berücksichtigung dieser Erfahrungen ein festes Fundament der Unabhängigkeit der österreichischen Republik zu legen, die Sicherheit der österreichischen Republik vor neuen Gefahren zu gewährleisten.“⁷¹⁵

Dabei spricht er an, dass die Unabhängigkeit bzw. die Sicherheit Österreichs durch den Staatsvertrag gewährleistet ist, was auch als Anspielung an das „Anschluss“-Verbot zu lesen ist. Mit der „Bilanz aus historischen Erfahrungen der Vergangenheit“ sind möglicherweise die Erfahrungen aus der Zeit Österreichs als Teil des Deutschen Reiches gemeint und das „Anschluss“-Verbot als direkte Konsequenz davon zur Sicherung Österreichs angesprochen. Hier ist die Unabhängigkeit Österreichs nicht im Sinne der Neutralität zu lesen, sondern als Anspielung auf die Unabhängigkeit Österreichs von Deutschland und seine Eigenstaatlichkeit, welche im Staatsvertrag auf besonderes Betreiben der Sowjetunion festgelegt wurde.

Im Rückblick auf die Unterzeichnung des Staatsvertrages wird immer wieder die Begeisterung der Menge erwähnt, welche sich 1955 im Garten des Schlosses Belvedere eingefunden hatte. Besonders in Österreich ist die Betonung der jubelnden Menge stets Teil der Erzählung über den Staatsvertrag. In den Festreden bezieht sich auch Rusk darauf, wie sehr sich der damalige Außenminister John Foster Dulles darüber gefreut hatte, das Glück und die Freude damals miterleben. Auch Couve de Murville beschreibt die „[...] überschäumende Freude der Wiener Bevölkerung [...]“.⁷¹⁶ Bundeskanzler Klaus bezieht sich insgesamt drei Mal in verschiedenen Stellen seiner Rede auf die Freude der österreichischen Bevölkerung über den Staatsvertrag:

„Groß war die Genugtuung, als der Tag anbrach, an dem der Staatsvertrag unterzeichnet wurde und von Leopold Figl, der diesen Tag als den schönsten seines Lebens bezeichnete, den jubelnden Wienern vom Balkon des Schlosses Belvedere gezeigt wurde.“⁷¹⁷

Die Analyse eines Diskurses bezieht immer auch diejenigen Diskursstränge mit ein, welche interessanterweise nicht berührt werden. Das Fehlen von Aussagen bezüglich eines bestimmten Themenbereiches kann für die Analyse genauso interessant sein wie die Auseinandersetzung mit getätigten Aussagen. Interessant ist, dass beispielsweise das Thema des „Deutschen Eigentums“ überhaupt nicht erwähnt wird, obwohl es eine der wichtigsten Streitfragen war in den Verhandlungen um den Staatsvertrag. Die einzige Erwähnung findet die Frage des „Deutschen Eigentums“ im Eingangszitat der Rede von Außenminister Kreisky: „Daß die so komplizierte

⁷¹⁵Andrei Andrejewitsch Gromyko, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁷¹⁶Maurice Couve De Murville, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁷¹⁷Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

Frage des „Deutschen Eigentums“ in Österreich schließlich im Staatsvertrag eine Lösung gefunden hat, [...] verdanken wir einer Idee des französischen Generals Cherrière und französischer Initiative.“⁷¹⁸

Besonders hervorzuheben ist hierbei, dass in Bezug auf die Unterzeichnung des Staatsvertrages stets von der Besatzungszeit gesprochen wurde, welche dem Staatsvertrag voranging und welche der Staatsvertrag beendete. Der Grund für die Besetzung Österreichs, nämlich der Zweite Weltkrieg und Österreichs Teilnahme als Teil des Deutschen Reiches, wird jedoch kaum erwähnt. Der Zweite Weltkrieg wird immer wieder angesprochen, jedoch nur im Einklang mit der Opferthese Österreichs. So bezeichnet Couve de Murville Österreich als „[...] das erste Opfer einer verbrecherischen Angriffspolitik [...]“.⁷¹⁹ Der französische Außenminister fasst die Besatzungszeit mit der Zeit der NS-Herrschaft zusammen, als unfreie Zeit, welche schließlich durch den Staatsvertrag beendet wurde:

„Für Österreich bedeutete dieser Tag das Ende eines langen Leidensweges, der es während siebzehn Jahren vom Verlust seiner staatlichen Unabhängigkeit und der Freiheit seiner Staatsbürger in eine lange ausländische Besetzung geführt hatte, durch einen furchtbaren Krieg, der nicht der seinige war, an dem es gezwungen war, teilzunehmen und dessen Preis zu hoch war.“⁷²⁰

Auch Stewart betont Österreichs Streben nach Unabhängigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg:

„Seit dem letzten Krieg und lange bevor der Staatsvertrag unterzeichnet wurde, hatten wir in Großbritannien Ihr unermüdliches Streben nach Unabhängigkeit respektiert, und wir freuten uns mit Ihnen, als der Vertrag schließlich erfolgreich abgeschlossen wurde.“⁷²¹

Der sowjetische Außenminister beschreibt Österreich als Land, welches 1945 von Hitler befreit wurde. Auch bringt er Österreich in Zusammenhang mit anderen europäischen Ländern, welche von nationalsozialistischer Herrschaft befreit wurden, was der Opferthese entspricht:

„Das Sowjetvolk, das unzählige Opfer für den Sieg über den Faschismus, für die Befreiung der Völker Europas, darunter auch des österreichischen Volkes, von der Hitlertyrannei gebracht hat, wünscht in Österreich einen blühenden Staat zu sehen.“⁷²²

Quaison-Sackey als Vertreter der Vereinten Nationen betont:

⁷¹⁸Bruno Kreisky, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁷¹⁹Maurice Couve De Murville, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁷²⁰Ebd., o.S.

⁷²¹Michael Stewart, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁷²²Andrei Andrejewitsch Gromyko, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

„Der Vertrag gab Österreich den unabhängigen Status eines souveränen Staates zurück – einen Status, der ihm rechtmäßig zustand, dessen es aber 1938 beraubt wurde, in jenem schicksalhaften Jahr, in dem Österreich von Nazideutschland überfallen und als Provinz des Dritten Reiches annektiert wurde.“⁷²³

Diese Aussage entspricht der Opferthese. Quaison-Sackey bezeichnet den „Anschluss“ als Überfall, was den jubelnden Massen der ÖsterreicherInnen im März 1938 widerspricht. In seiner weiteren Rede fasst er, wie auch bereits Couve de Murville vor ihm, die Besatzungszeit mit der Zeit unter nationalsozialistischer Herrschaft zusammen und spricht von 17 Jahren ausländischer Besetzung.⁷²⁴ Auch Bundeskanzler Klaus betont das Leid der Österreicher unter der Zeit des Nationalsozialismus im Sinne der Opferthese:

„Wir Österreicher haben es erlebt und erlitten: Unser Staat war sieben Jahre lang ausgelöscht. Sein tausendjähriger Name sollte aus den Büchern und den Herzen getilgt werden. Eine ungeheure damnatio memoriae.“⁷²⁵

Spannend ist in Bezug auf dieses Aussagefeld, dass die Opferthese nicht nur von den österreichischen Politikern angesprochen wird, sondern auch von Politikern der ehemaligen Besatzungsmächte. Die Westmächte wie auch der Außenminister der Sowjetunion treffen Aussagen im Rahmen der Opferthese, während keinerlei Gegenstimmen oder Zweifel anklingen.

9 Aussageanalyse der österreichischen Presse

Im folgenden Kapitel werden wichtige wiederkehrende Aussagen bezüglich des Staatsvertragsjubiläums analysiert, die in der österreichischen Presselandschaft in der Berichterstattung rund um die Feierlichkeiten am 15. Mai 1965 thematisiert wurden.

Obwohl der Zusammenhang zwischen Staatsvertrag und Neutralität ein historisch-politischer und kein rechtlicher ist, da die Neutralität nicht im Staatsvertrag enthalten ist,⁷²⁶ wird im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag immer wieder auch auf die Neutralität hingewiesen. Teilweise wird sogar darüber informiert, dass die Neutralität nicht im Staatsvertrag enthalten sei, sondern später im Parlament beschlossen wurde, was darauf hindeutet, dass dieses Wissen in der breiten Bevölkerung teilweise unbekannt war.⁷²⁷ Die „Volksstimme“ und die „Wiener Zeitung“ zitieren aus einer Rede Kreiskys, die er bei der Kundgebung der Jugend am 14. 5. gehalten hatte:

⁷²³Alex Quaison-Sackey, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁷²⁴Vgl. Alex Quaison-Sackey, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁷²⁵Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁷²⁶Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 148.

⁷²⁷Vgl. Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

„Die Neutralität ist uns nicht auferlegt worden.“⁷²⁸ Auch die „Arbeiter Zeitung“ weist darauf hin, dass die Neutralität eine freie Entscheidung Österreichs gewesen ist:

„Der Beschluß kam dann als freie Entscheidung des österreichischen Parlaments zustande. Das ist sehr wichtig, denn es bedeutet, daß Österreich selbst und nur Österreich allein darüber zu entscheiden hat, wie diese immerwährende Neutralität im Einzelnen interpretiert werden soll.“⁷²⁹

Interessant ist hier auch der Hinweis darauf, dass die Interpretation darüber, wie die Neutralität in der Praxis gehandhabt werden soll, nur Österreich obliegt, da der Beschluss eine freie Entscheidung Österreichs war. Insgesamt wird die Wichtigkeit der Neutralität hervorgehoben und die Neutralität durchwegs als sehr positiv dargestellt.⁷³⁰ Auch die internationale Anerkennung spielt dabei eine Rolle:

„Es ist erfreulich, festzustellen, daß die Vertreter der vier Großmächte, deren Ansichten sich in so vielem unterscheiden, doch in einer Hinsicht vollkommen einer Meinung sind: in bezug [sic] auf Österreich. Sie alle schätzen die österreichische Haltung und die österreichische Neutralitätspolitik [...]“⁷³¹

Internationale Einigkeit herrscht laut „Arbeiter Zeitung“ also zumindest über den Weg der österreichischen Neutralität. Die Neutralität Österreichs wird dabei auch als etwas dargestellt, was international als gelungene Friedenslösung ein Beispiel bieten kann und dazu auch immer wieder herangezogen wird:

„Und so ist es gekommen, daß der österreichische Staatsvertrag und die österreichische Neutralität immer wieder mit mehr oder weniger Berechtigung als Beispiel für die Lösung anderer internationaler Probleme in anderen Ländern und in anderen Teilen der Welt herangezogen werden.“⁷³²

In der „Presse“ wird jedoch gerade diese Wirkung als „Modellfall“ der Neutralität hinterfragt:

„[...] niemand, nicht einmal Gromyko, bietet heute, anders als vor zehn Jahren, die ‚österreichische Neutralität‘ irgend jemanden [sic] als Importartikel an.“⁷³³

In der Berichterstattung ist die Meinung über die Neutralität durchwegs positiv, auch in der „Volksstimme“, welche sehr häufig den Beitrag der Kommunisten zur Erreichung der Neutralität

⁷²⁸Mächtige Kundgebung der Jugend, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 10.

⁷²⁹Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

⁷³⁰Vgl. Jonas: Den Ruf wahren, den wir uns seit dem 15. Mai 1955 erworben haben, Arbeiter Zeitung, 14. 5. 1965, 1.

⁷³¹Ein Wiener Frühstück, Arbeiter Zeitung, 18. 5. 1965, 2.

⁷³²Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

⁷³³Zu zweit statt zu viert, Die Presse, 17. 5. 1965, 1.

hervorhebt: „Wir wiesen den Weg der Neutralität, der sich auch als der einzig richtige erwies.“⁷³⁴ Dabei wird auch darauf hingewiesen, dass es zuerst durchaus Anfeindungen der anderen Parteien gegeben hatte und die Neutralität ursprünglich nicht von allen politischen Richtungen gewünscht wurde:

„Wurden die Kommunisten noch zwei Jahre zuvor wegen der von ihnen propagierten Neutralität des Hochverrats bezichtigt – nun war sie Trumpf.“⁷³⁵

Die Neutralität wird von der Sowjetunion häufig als Sicherung gegen einen erneuten „Anschluss“ Österreichs an Deutschland angesprochen.⁷³⁶ Das sogenannte „Anschlussverbot“ wurde auch als Artikel 4 im Staatsvertrag verankert.⁷³⁷ Dieses Thema ist auch in der Berichterstattung zu finden, spielt jedoch eine marginale Rolle und wird nur von manchen Zeitungen erwähnt. So meint zum Beispiel die „Arbeiter Zeitung“:

„Unter den uns im Staatsvertrag auferlegten Beschränkungen ist das Anschlußverbot keine wirkliche Belastung, weil es dem erstarkten Unabhängigkeitswillen der österreichischen Nation entspricht.“⁷³⁸

Auch in der „Wiener Zeitung“ wird angesprochen, dass von der Sowjetunion eine Sicherheit gegen einen erneuten „Anschluss“ gefordert wird.⁷³⁹ Die „Wiener Zeitung“⁷⁴⁰, „Die Presse“,⁷⁴¹ der „Kurier“⁷⁴² und die „Arbeiter Zeitung“⁷⁴³ zitieren alle aus einer Rede von Kreisky während der Kundgebung der Jugend am 14. 5. 1965, wobei er auf den „Anschluss“ Bezug nimmt:

„Wir haben die Trauer um das große Österreich verwunden, und den Traum vom Großdeutschen Reich ausgeträumt. Wir empfinden die Unabhängigkeit Österreichs nicht mehr als ein Joch, sondern gestalten sie bewußt durch unsere Neutralitätspolitik“, erklärte Außenminister Kreisky am Freitag bei der Kundgebung des Jugendringes anläßlich der Staatsvertragsfeier.“⁷⁴⁴

⁷³⁴Das erste Staatsvertragsjahrzehnt, Volksstimme, 15. 5. 1965, 2.

⁷³⁵Der große Tag vom Belvedere, Volksstimme, 15. 5. 1965, 3.

⁷³⁶Vgl. Steininger, Der Staatsvertrag, 139.

⁷³⁷Der österreichische Staatsvertrag (Gegenüberstellung des Entwurfes zum Vertrag für die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, Stand vom 24. April 1947, und des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, 15. Mai 1955), in: Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005, 681-773, 687.

⁷³⁸Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

⁷³⁹Vgl. Es war ein dornenvoller Weg, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 4-6.

⁷⁴⁰Mächtige Kundgebung der Jugend, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 10.

⁷⁴¹„Die Vergangenheit begreifen“, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 1.

⁷⁴²Die vier Außenminister bereits in Wien eingetroffen, Kurier, 15. 5. 1965, 5.

⁷⁴³Kreisky: Aus dem Schicksal der Ersten Republik Lehre gezogen, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 4.

⁷⁴⁴„Die Vergangenheit begreifen“, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 1.

Die Verneinung eines Großdeutschen Reiches und eines erneuten „Anschlusses“ geht einher mit einer positiven Deutung der Neutralität und eines unabhängigen Österreichs. In der „Volksstimme“ nimmt dies einen breiteren Raum ein als in den anderen untersuchten Zeitungen. Dabei wird am 15. Mai auf der Titelseite ein Artikel veröffentlicht, in welchem von „Anschluss“-Propaganda im Südwestdeutschen Rundfunk und von einer Provokation von Deutschland gegenüber Österreich die Rede ist.⁷⁴⁵ In einem weiteren Artikel wird dabei eine erneute Verbindung Österreichs mit Deutschland durch die EWG angedeutet und darin großdeutsche und deutschnationale Tendenzen erkannt:

„Und wenn darin die Verpflichtung enthalten ist, alle großdeutschen und deutschnationalen, antiösterreichischen Tendenzen, Umtriebe und Intrigen zu bekämpfen und nichts zu tun, was direkt oder indirekt auf eine – auch nur wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland hinausliefere, ob allein oder zusammen mit anderen, wie zum Beispiel durch eine Zollunion mit Westdeutschland im Rahmen der EWG – so sind dies Verpflichtungen, die Österreichs Existenzgrundlage bilden und die aufs strikteste einzuhalten oberster Grundsatz aller Politik in Österreich sein muß.“⁷⁴⁶

Besonders von sowjetischer Seite werden die Verhandlungen Österreichs mit der EWG sehr kritisch gesehen. Meist wird dabei die Neutralität Österreichs als wichtigster Punkt genannt, warum diese Verhandlungen problematisch sind.⁷⁴⁷ Interessant ist hier die Verbindung des Diskurses über die EWG und dem „Anschluss“-Verbot. Dabei werden wirtschaftliche Verhandlungen als Verbindung mit Deutschland gedeutet und darin bereits deutschnationale und anti-österreichische Agitation gesehen. Interessant ist diese Erwähnung auch, da die Verhandlungen Österreichs mit der EWG in der Presselandschaft Österreichs in Bezug auf das Staatsvertragsjubiläum überhaupt keine Rolle spielen. Abseits dieser Erwähnung in der „Volksstimme“ bezüglich Österreichs Verpflichtung eines „Anschluss“-Verbots, welches im Staatsvertrag enthalten ist, findet sich einzig in der „Presse“ noch eine Erwähnung der EWG-Verhandlungen. Dabei wird in der Wochenendbeilage im Kontext der wirtschaftlichen Zukunft Österreichs in einem Nebensatz auf die EWG-Verhandlungen hingewiesen.⁷⁴⁸

Wichtig in Bezug auf Österreichs neutralen Status ist auch die Selbstwahrnehmung als „Brückenbauer“ zwischen Ost und West. Dieses Aussagefeld wird jedoch kaum in der

⁷⁴⁵Vgl. Offene „Anschluß“-Propaganda im Südwestdeutschen Rundfunk. Eine unerhörte Provokation zur Feier des Staatsvertrages, Volksstimme, 15. 5. 1965, 1.

⁷⁴⁶Das erste Staatsvertragsjahrzehnt, Volksstimme, 15. 5. 1965, 2.

⁷⁴⁷Vgl. Lobova, Die Außenpolitik und Neutralität Österreichs, 908.

⁷⁴⁸Vgl. Mit Zuversicht in die Zukunft, Die Presse, Wochenendbeilage, 15./16. 5. 1965, 9.

österreichischen Presselandschaft wiedergegeben. Die „Volksstimme“ zitiert aus „Neues Deutschland“ aus der DDR:

„All jenen Kräfte [sic!], die aus Österreich eine Brücke zwischen Ost und West im Sinne der friedlichen Koexistenz machen wollen, bringt die DDR aufrichtige Sympathie entgegen“ schreibt das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ‚Neues Deutschland‘ zum Jahrestag des österreichischen Staatsvertrages.⁷⁴⁹

Außerdem findet die Metapher der „Brücke“ auch in der „Presse“ Erwähnung:

„Um so leichter wird es Österreich fallen, Brücke zwischen Ost und West, ein Ort der Begegnung [...] zu sein [...]. Die Brücke ist da und sie ist trotz allem stabil. Es liegt an den anderen, sie zu benützen und benützlich zu halten.“⁷⁵⁰

Österreich als „Brücke“ zwischen Ost und West rückt in den Fokus der Berichterstattung, wenn, wie im obigen Zitat, über Österreich bzw. Wien als Ort der Begegnung gesprochen wird. Die Darstellung als geeigneter Ort für internationale Gipfeltreffen und Verhandlungen und als Ort, in welchem Begegnungen zwischen Ost und West stattfinden können, ist in der „Presse“, dem „Kurier“ und der „Arbeiter Zeitung“ zu finden. Dabei wird in der „Arbeiter Zeitung“ sogar auf den Wiener Kongress verwiesen, um eine Tradition geglückter Verhandlungen in Wien herzustellen:

„Es ist gewiß kein Zufall, daß bedeutende Friedenswerke wiederholt von Wien ihren Ausgang genommen haben. Man kann es hochtrabend den Genius des Ortes nennen, aber man kann auch nüchtern sagen, daß es etwas mit dem Talent der Österreicher zu tun hat, mit anderen Nationen auch unter schwierigen Umständen nach Möglichkeit gut auszukommen. Das gelang zur Zeit des Wiener Kongresses dem Staatskanzler Fürst Metternich, der im übrigen [sic] ein arger Reaktionär war. Diese Kunst ist auch den heutigen Österreichern nicht abhandengekommen.“⁷⁵¹

In der „Wiener Zeitung“ wird auf die Gespräche zwischen Kennedy und Chruschtschow in Wien hingewiesen, um Wien als wichtigen Ort internationaler Gespräche darzustellen:

„Dieser Boden scheint für schwierige Gespräche besonders geeignet zu sein. Das haben schon Kennedy und Chruschtschow gefühlt. Ein solches Gespräch wäre, wenn schon nicht erfolgreich, so sicherlich doch zweckmäßig gewesen.“⁷⁵²

⁷⁴⁹Der Ablauf der Staatsvertragsfeier, Volksstimme, 14. 5. 1965, 2.

⁷⁵⁰Zu zweit statt zu viert, Die Presse, 17. 5. 1965, 1.

⁷⁵¹Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

⁷⁵²15. Mai 1965, Wiener Zeitung, 17. 5. 1965, 2.

Auch Bruno Kreisky wird zitiert, indem er Wiens Charakter als Ort der Begegnung unterstreicht: „Wieder haben sich Wien und Österreich als ein guter Begegnungsplatz erwiesen [...]“⁷⁵³ Des Weiteren wird auch die Anwesenheit internationaler Agenturen und Journalisten hervorgehoben: „Auch das unterstreiche die Bedeutung Wiens als Stadt der friedlichen Begegnung.“⁷⁵⁴ Aussagen darüber, dass sich Wien als geeigneter Ort für internationale Treffen erwiesen habe, gehen einher mit einer Hervorhebung einer besonderen „Atmosphäre“, die in Wien bei internationalen Treffen und Gesprächen herrsche. So wurde in der „Arbeiter Zeitung“ in einem Artikel mit der Überschrift „Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen ‚Andrej‘ und ‚Dean‘ zueinander“⁷⁵⁵ ausführlich eine besondere, gesellige und freundlich-sympathische Atmosphäre der diplomatischen Beziehungen während des Staatsvertragsjubiläums beschrieben. Dabei werden heitere Situationen und Wortwechsel zwischen dem amerikanischen und sowjetischen Außenminister erwähnt, welche unter anderem darüber scherzten, ihre Reden beim Staatsakt zu tauschen. Besonders erwähnt wird, dass sie einander beim Vornamen ansprachen.⁷⁵⁶ Aus dieser besonderen Atmosphäre zieht die „Arbeiter Zeitung“ folgendes Fazit:

„Wie aus diplomatischen Kreisen verlautet, hat das Zusammentreffen der vier Außenminister zu wertvollen Gesprächen und Kontakten geführt. Es heißt die freundliche Atmosphäre in Wien und der Anlaß hätten wesentlich dazu beigetragen, daß die inoffiziellen Gespräche zwischen den Politikern nicht ergebnislos waren.“⁷⁵⁷

Die besondere Atmosphäre in Wien führt also nach dieser Darstellung zu Kontakten und Gesprächen, besonders auf inoffizieller Ebene. In der „Wiener Zeitung“ wird Kreisky zitiert, indem er darauf hinweist, wie wichtig die Atmosphäre in Wien gewesen wäre:

„[...] wichtig aber ist [...], daß die Atmosphäre unter den vier Ministern bei den Gesprächen und Unterhaltungen eine sehr gute, ja direkt freundliche war, was nicht selbstverständlich ist in der Welt, die so voll Spannungen ist.“⁷⁵⁸

Im „Kurier“ wird vom besonderen „Geist“ von Wien 1955 gesprochen, welcher in Österreich bewahrt wurde. Weitere Verhandlungen in Wien fänden im Rahmen dieser Atmosphäre bzw. dieses besonderen „Geistes“ statt:

⁷⁵³Kreisky: Die Atmosphäre war gut, Wiener Zeitung, 18. 5. 1965, 1.

⁷⁵⁴Nach französisch-russischem Frühstück. Unterredung Dr. Kreiskys mit Gromyko, Arbeiter Zeitung, 18. 5. 1965, 1-2.

⁷⁵⁵Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, Arbeiter Zeitung, 16. 5. 1965, 1-2.

⁷⁵⁶Vgl. Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, Arbeiter Zeitung, 16. 5. 1965, 1-2.

⁷⁵⁷Ebd., 1-2.

⁷⁵⁸Kreisky: Die Atmosphäre war gut, Wiener Zeitung, 18. 5. 1965, 1.

„Die Tatsache allein, daß sie ohne Vorbehalt nach Wien gekommen sind, [...] ist ein Beweis dafür, daß wir den Geist von Wien aus dem Jahre 1955 in unseren Mauern zu bewahren gewußt haben. Es ist der Geist einer friedlichen Koexistenz, die Gesinnung und Recht des anderen respektiert, in der niemand etwas aufzugeben hat [...]. Unter diesen Voraussetzungen wurde seinerzeit der Staatsvertrag unterzeichnet. Unter diesen Voraussetzungen trafen einander einige Jahre später Kennedy und Chruschtschew in Wien. Unter diesen Voraussetzungen werden die Außenminister der Großen Vier heute im Belvedere wieder einander gegenüber sitzen.“⁷⁵⁹

Dabei wird eine Kontinuität der erfolgreichen Verhandlungen um den Staatsvertrag, den Gesprächen zwischen Chruschtschow und Kennedy in Wien und dem Treffen zum Staatsvertragsjubiläum nachgezeichnet. Außerdem wird nicht nur die österreichische Selbstwahrnehmung als Vermittler bzw. geeigneter Ort wichtiger internationaler Verhandlungen angesprochen, sondern auch die Wichtigkeit des Jubiläums 1965 in eine Reihe gestellt mit zwei wichtigen historischen Treffen in Wien. Die Bedeutung der Anwesenheit der Außenminister der vier Signatarstaaten in Wien wird also sehr hoch eingeschätzt. Dies führt zum nächsten Aussagefeld, einem der zentralsten Aussagefelder in der österreichischen Presse: Der Spekulation um wichtige internationale Gespräche am Rande des Staatsvertragsjubiläums. Dieses Aussagefeld schlägt sich mit Abstand am häufigsten in der Berichterstattung um die Jubiläumsfeierlichkeiten nieder und wird in jeder Zeitung wiedergegeben. Dabei wird meist vor den Feierlichkeiten darüber spekuliert, welche Art der Gespräche es geben könnte und nach Ende der Feierlichkeiten ein Resümee darüber gezogen, welche Gespräche mit welchem Ergebnis und welcher Tragweite wirklich stattgefunden haben.

Insbesondere wird dabei auf mögliche Gespräche zwischen dem amerikanischen Außenminister Rusk und dem sowjetischen Außenminister Gromyko hingewiesen. Darüber wird in jeder Zeitung ausgiebig berichtet, mit Ausnahme der „Wiener Zeitung“. So wird bereits im Vorfeld davon geschrieben, dass Rusk ein Gespräch mit Gromyko über die Situation in Vietnam wünsche.⁷⁶⁰ „Die Presse“ und die „Arbeiter Zeitung“ weisen darauf hin, dass über eine Kambodschakonferenz (oder Indochina-Konferenz) verhandelt werden soll, in der auch die Situation in Vietnam besprochen werden könnte.⁷⁶¹ Dabei wird auch betont, dass es sich bei der

⁷⁵⁹Zehn Jahre Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 2.

⁷⁶⁰Vgl. Rusk für Gromyko-Gespräche, Die Presse, 14. 5. 1965, 1.

⁷⁶¹Vgl. Außenminister der Großen Vier in Wien, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 1.

Vgl. Ein Freudentag wie vor zehn Jahren. Ost und West sind im Belvedere vereint, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 1-2.

Veranstaltung in Wien nicht um ein Vierer-Gipfeltreffen handelt, man jedoch von wichtigen Gesprächen zwischen Rusk und Gromyko ausgehe.⁷⁶²

Der „Kurier“ zitiert den UNO-Generalsekretär Quaison-Sackey, um die Wahrscheinlichkeit möglicher Gespräche zu untermauern:

„Ich werde mich für ein Gespräch zwischen Rusk und Gromyko einsetzen. Ich halte es für eine wunderbare Gelegenheit, daß die beiden hier zusammentreffen. Ich will keine Probleme außerhalb der UNO anschneiden, aber bei einem informellen Treffen über einer Schale Kaffee läßt sich doch alles Mögliche besprechen.“⁷⁶³

In der „Presse“ wird jedoch bereits im Vorfeld Kreisky zitiert, welcher augenscheinlich die Hoffnungen auf Gespräche während des Jubiläums zu dämpfen versuchte: „Er meinte, die vier Minister würden in Wien wahrscheinlich keine großen politischen Gespräche führen‘ – jedenfalls sei dies nicht die Absicht Österreichs gewesen [...]“⁷⁶⁴

Andere Zeitungen gehen nicht auf dieses Zitat des österreichischen Außenministers ein. Da keine offiziellen Gespräche angekündigt sind, wird insbesondere über die Möglichkeit eines inoffiziellen Austauschs spekuliert. Dabei wird auch weithin berichtet, dass die Außenminister, mit Ausnahme des französischen Außenministers, im selben Hotel übernachten würden:

„Wenn Rusk also das Bedürfnis hat, Gromykos Meinungen über die Weltpolitik zu erkunden, so bestehen schon im Hotel Möglichkeiten zu einer zwanglosen und unprotokollarischen Unterhaltung.“⁷⁶⁵

Während zwar, wie beispielsweise in der „Arbeiter Zeitung“, häufig davon die Rede ist, dass keine offiziellen Gespräche stattfinden, wird meist im gleichen Kontext über verschiedene Möglichkeiten des inoffiziellen Gesprächs hingewiesen:

„Obwohl offiziell keine Verhandlungen zwischen den vier Außenministern angekündigt waren, ist anzunehmen, daß in mehreren Gesprächen wichtige weltpolitische Probleme erörtert werden.“⁷⁶⁶

Auch die Einladung von Außenminister Kreisky zum Abendessen führt zu Spekulationen, dass bereits dort inoffizielle Gespräche stattfinden könnten: „Obschon das Essen als ‚privat‘ deklariert

⁷⁶²Vgl. Rusk für Gromyko-Gespräche, Die Presse, 14. 5. 1965, 1.

⁷⁶³Die vier Außenminister bereits in Wien eingetroffen, Kurier, 15. 5. 1965, 5.

⁷⁶⁴Außenminister der Großen Vier in Wien, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 1.

⁷⁶⁵Jetzt feiern Österreicher wieder! Gromyko und Rusk unter einem Dach, Kronen Zeitung, 15. 5. 1965, 6.

⁷⁶⁶Vgl. Ein Freudentag wie vor zehn Jahren. Ost und West sind im Belvedere vereint, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 1-2.

ist, dürfte es die erste Möglichkeit für informelle politische Gespräche geboten haben.“⁷⁶⁷ Auch am Tag nach dem Staatsakt, am 16. Mai, als bereits klar ist, dass während des Staatsakt keine wichtigen Gespräche stattgefunden hatten, wird noch weiter spekuliert:

„In diplomatischen Kreisen hieß es am Abend, es wäre nicht ausgeschlossen, daß es in der Nacht auf Sonntag noch zu einem ‚Pyjamagespräch‘ kommen könnte, da mit Ausnahme des französischen Außenministers die Festgäste alle im Hotel Imperial wohnen. Ein Gespräch in der Nacht, hieß es, wäre die letzte Möglichkeit zu weiteren Kontakten der vier Minister, weil die ausländischen Festgäste bereits Sonntag früh abreisen wollten.“⁷⁶⁸

In der „Volksstimme“ wird jedoch schon am 15. Mai darüber berichtet, dass Gromyko bei seiner Ankunft in Österreich sagte, dass er nur nach Österreich gereist sei, um den Staatsvertragsfeierlichkeiten beizuwohnen und nichts darüber hinaus.⁷⁶⁹

Umso ausführlicher wird, nachdem die erhofften Gespräche zwischen Gromyko und Rusk nicht im erwarteten Ausmaß stattgefunden hatten, über die Gespräche berichtet, die tatsächlich stattgefunden haben: Ein ausführliches Treffen zwischen dem französischen und dem sowjetischen Außenminister sowie ein kurzes Gespräch zum Thema UNO:

„Samstag nachmittag [sic!] kam es zu einem weiteren wichtigen Gespräch im Hotel Imperial, als der UNO-Präsident Quaison-Sackey die vier Außenminister zu einer kurzen Aussprache über die Probleme der UNO einlud. Diese Aussprache dauerte eine knappe halbe Stunde.“⁷⁷⁰

Das Gespräch mit Quaison-Sackey wird nur in „Arbeiter Zeitung“ und „Presse“ erwähnt. Dabei soll ein „[...] Kompromißplan für die Lösung der Finanzkrise der UN [...]“⁷⁷¹ gefunden worden sein.

Ausführlicher wird über das Gespräch zwischen de Murville und Gromyko berichtet. „Die Presse“ titelt „Zu zweit statt zu viert“,⁷⁷² was darauf hinweist, dass Gespräche zwischen allen Beteiligten erwartet worden waren, jedoch nur ein Gespräch dieser zwei Außenminister tatsächlich stattgefunden hat. Berichtet wird über die Länge des Treffens und mögliche Inhalte des Gesprächs:

⁷⁶⁷Außenminister der Großen Vier in Wien, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 1.

⁷⁶⁸Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, Arbeiter Zeitung, 16. 5. 1965, 1-2.

⁷⁶⁹Vgl. Die vier Außenminister wieder da zur heutigen Staatsvertragsfeier, Volksstimme, 15. 5. 1965, 1-2.

⁷⁷⁰Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, Arbeiter Zeitung, 16. 5. 1965, 1-2.

⁷⁷¹Lange Konferenz Gromyko – Couve in Wien, Die Presse, 17. 5. 1965, 1-2.

⁷⁷²Zu zweit statt zu viert, Die Presse, 17. 5. 1965, 1.

„Dieses Frühstück dauerte fast eineinhalb Stunden, und Gromyko führte mit seinem französischen Kollegen ein sehr ausführliches Gespräch. Wie es heißt, ging es dabei vor allem um Vietnam, aber auch um mehrere europäische Fragen.“⁷⁷³

Teilweise wird auch die Wichtigkeit dieses Gesprächs betont: „Dieses Frühstück zu zweit war also gewiß eine echte Besprechung.“⁷⁷⁴ Manche Zeitungen sehen in dem Treffen auch eine Brüskierung der USA.⁷⁷⁵

Nach den Staatsvertragsfeierlichkeiten wird vielfach darüber berichtet, dass die erwarteten Gespräche nicht stattgefunden haben. Der „Kurier“ titelt: „Staatsvertrag-Treffen ohne Sensation“⁷⁷⁶:

„Mit einer einzigen Ausnahme ist es in Wien anlässlich der Staatsvertragsfeier zu keinen großen weltpolitischen Gesprächen gekommen. Die Außenminister hatten an sich nur wenig Zeit, miteinander zu reden, darüber hinaus aber war zumindest auf der sowjetischen Seite auch kein Wunsch vorhanden, etwa mit dem amerikanischen Außenminister die Frage Vietnam zu erörtern.“⁷⁷⁷

Der Hinweis darauf, dass generell neben dem offiziellen Protokoll wenig Zeit vorhanden war, ausführliche Gespräche zu führen, findet sich auch in anderen Zeitungen:

„Das Protokoll der Jubiläumsfeiern für den Staatsvertrag ließ für die – vor allem von ausländischen diplomatischen Beobachtern – erwarteten ‚weltpolitischen Gespräche‘ am Rande zwischen den Außenministern der vier Großmächte und dem Präsidenten der UN-Generalversammlung von vornherein relativ wenig Raum.“⁷⁷⁸

Dies wird jedoch beispielsweise in der „Wiener Zeitung“ bestritten, die darauf hinweist, dass Zeit für wichtige Gespräche vorhanden gewesen wäre:

„Leider kam es zu diesem Gespräch wenigstens in dem gewünschten Umfange und insbesondere zwischen Dean Rusk und Gromyko nicht, nicht etwa weil das Jubiläumsprogramm zu umfangreich war und dies nicht gestattete, sondern weil man dazu keine besondere Lust zeigte.“⁷⁷⁹

⁷⁷³Staatsvertrag-Treffen ohne Sensation, Kurier, 17. 5. 1965, 2.

⁷⁷⁴Ein Wiener Frühstück, Arbeiter Zeitung, 18. 5. 1965, 2.

⁷⁷⁵Vgl. Lange Konferenz Gromyko – Couve in Wien, Die Presse, 17. 5. 1965, 1-2.
Vgl. Ein Wiener Frühstück, Arbeiter Zeitung, 18. 5. 1965, 2.

⁷⁷⁶Staatsvertrag-Treffen ohne Sensation, Kurier, 17. 5. 1965, 2.

⁷⁷⁷Ebd., 2.

⁷⁷⁸Lange Konferenz Gromyko – Couve in Wien, Die Presse, 17. 5. 1965, 1-2.

⁷⁷⁹15. Mai 1965, Wiener Zeitung, 17. 5. 1965, 2.

Häufig wird auf ein kurzes Gespräch zwischen Rusk und Gromyko hingewiesen, welches nach dem Essen in der Hofburg stattgefunden haben soll, jedoch sehr kurz gewesen war:

„Der sowjetische Außenminister Gromyko und sein amerikanischer Kollege Rusk sprachen insgesamt etwa 15 bis 20 Minuten lang unter vier Augen (sieben Minuten lang saßen sie allein an einem Tischchen beim Mokka in der Präsidentschaftskanzlei, dann gesellte sich Klaus zu ihnen) [...]“⁷⁸⁰

Dabei wird stets darauf hingewiesen, dass von amerikanischer Seite ein Gespräch erhofft wurde, die Sowjetunion jedoch abgeblockt hätte:⁷⁸¹

„Nach dem Abendessen bei Minister Kreisky verlautete aus diplomatischen Kreisen, es bestünde der Eindruck, der sowjetische Außenminister zeige wenig Lust, mit Rusk über die Probleme Südostasiens zu sprechen. Dennoch kam am Samstag ein solches Gespräch zwischen den beiden Außenministern zustande, das allerdings nur kurz dauerte.“⁷⁸²

Auch betreffend einer Vietnam-Konferenz hätte Gromyko alle Gesprächsversuche von Rusk verneint:⁷⁸³

„Dabei soll Dean Rusk seinen sowjetischen Kollegen gefragt haben, in welcher Form man mit Friedensverhandlungen über Vietnam beginnen könnte. Gromyko soll auf diese Frage so gut wie nicht geantwortet haben.“⁷⁸⁴

Damit hängt ein immer wiederkehrendes Aussagefeld, welches in allen untersuchten Zeitungen zu finden ist, zusammen: Nach dem Ende der Feierlichkeiten rund um das Jubiläum wird der Erfolg und die Bedeutung des Festaktes besonders hervorgehoben:

„Damit waren die beiden Tage, an denen Österreich den 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrages gefeiert hatte, zu Ende. Sie waren ein voller Erfolg, sowohl für die in Wien anwesenden vier Außenminister [...] wie auch für den Präsidenten der UNO-Generalversammlung, den Präsidenten des Europarates, für unsere Außenpolitik und auch für die Bevölkerung, die sich an den Feiern begeistert beteiligte.“⁷⁸⁵

⁷⁸⁰Lange Konferenz Gromyko – Couve in Wien, Die Presse, 17. 5. 1965, 1-2.

⁷⁸¹Vgl. Staatsvertrag-Treffen ohne Sensation, Kurier, 17. 5. 1965, 2.

⁷⁸²Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, Arbeiter Zeitung, 16. 5. 1965, 1-2.

⁷⁸³Vgl. Lange Konferenz Gromyko – Couve in Wien, Die Presse, 17. 5. 1965, 1-2.

⁷⁸⁴Staatsvertrag-Treffen ohne Sensation, Kurier, 17. 5. 1965, 2.

⁷⁸⁵So wurde der Staatsvertrag gefeiert, Kurier, 17. 5. 1965, 3.

Wie in diesem Zitat wird auch in den anderen analysierten Zeitungen ein positives Resümee gezogen. Dabei wird einerseits ein Erfolg für alle Beteiligten festgestellt, andererseits werden bestimmte erfolgreiche Punkte der Staatsvertragsfeierlichkeiten besonders betont:

„Es müsste schon recht eigenartig zugehen, sollte dieses jüngste Ereignis nicht auch angenehme Effekte für die internationale Situation auslösen. Es wäre nicht das erste Mal, daß kleine Ursachen große Wirkungen haben. Und niemand wäre darüber glücklicher als das Land, das – wieder in einer gefährlichen Phase der Weltpolitik – die Vertreter der Großen zusammengeführt hatte.“⁷⁸⁶

Dieser positive Effekt für die international angespannte Situation wird häufig erwähnt. Zwar kam es nicht zu den erwarteten Gesprächen zwischen den Außenministern, was auch immer wieder eingeräumt wird. Dennoch wird auf die entspannende Wirkung des Treffens hingewiesen:

„Trotzdem kann von einer ‚versäumten Gelegenheit‘ im bitteren Sinn des Wortes nicht gesprochen werden. Die Außenminister der Signatarmächte [...] waren – auf Einladung Österreichs! – wieder einmal an einem Tisch gesessen, sie haben einander die Hände geschüttelt, haben Ansprachen gehalten, in denen sie den Wert des Friedens in der Welt unterstrichen, saßen an ein und derselben Tafel, die ihnen der die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Regierungschef Österreichs bereitet hatte.“⁷⁸⁷

Die Gespräche, welche stattgefunden haben, werden teilweise überhöht und als entspannendes Zeichen dargestellt, die „Atmosphäre Wiens“, gemeinsam mit dem informellen Charakter der Feierlichkeiten, als positiver Effekt zur Entspannung dargestellt:

„Immerhin kann man sagen, daß die herzliche Atmosphäre der Staatsvertragsfeier dazu beigetragen haben wird, die Aussichten für eine Beilegung der bestehenden Konflikte zu verbessern. Es ist zwar nicht für die Erhaltung des Friedens ausreichend, daß die Außenminister von Amerika und Rußland einander beim Vornamen nennen und miteinander scherzen, aber es ist jedenfalls nützlich. Und die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit Gromyko haben ja sowohl Rusk wie insbesondere Stewart wahrgenommen.“⁷⁸⁸

Ein weiterer stets betonter Erfolg der Feierlichkeiten sind nicht nur die Kontakte, die zwischen den Außenministern geknüpft wurden, sondern auch die Vorteile, die die Veranstaltung für Österreich gebracht haben soll. „Und der internationale Widerhall wird auch für Wien in jeder Beziehung nützlich sein“,⁷⁸⁹ wird beispielsweise in der „Arbeiter Zeitung“ geschrieben, auch

⁷⁸⁶15. Mai 1965, Wiener Zeitung, 17. 5. 1965, 2.

⁷⁸⁷Ebd., 2.

⁷⁸⁸Ein Wiener Frühstück, Arbeiter Zeitung, 18. 5. 1965, 2.

⁷⁸⁹Ebd., 2.

weitere Vorteile für Österreich werden erwähnt: „Vor allem aber hat sie Österreich die Gelegenheit gegeben, seine eigenen Beziehungen zu den vier Großmächten weiter zu vertiefen.“⁷⁹⁰ Auch der „Kurier“ betont, dass besonders Österreich Gelegenheit dazu hatte, die eigenen außenpolitischen Beziehungen mit den Signatarstaaten zu erörtern. Dabei gab es viele positive Kontakte.⁷⁹¹ Des Weiteren wird häufig eine Bestätigung des außenpolitischen Kurses im Erscheinen der Außenminister zum Festakt gesehen:

„Von österreichischer Seite wurde festgestellt, daß alle diese Gespräche zu größter Zufriedenheit verlaufen seien und daß die österreichische Außenpolitik von allen vier Großmächten besondere Wertschätzung erfahre.“⁷⁹²

Insgesamt dominiert also die Sichtweise, dass die Staatsvertragsfeierlichkeiten aus zwei Gründen als großer Erfolg zu werten seien: Einerseits konnte durch den informellen Charakter des Staatsaktes und unterschiedlicher Kontakte zur internationalen Entspannung beigetragen werden. Andererseits stand Österreich im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit und konnte die eigenen Beziehungen zu den Signatarstaaten verbessern. Der „Kurier“ fasst den Erfolg der Feierlichkeiten in einem Fazit kurz zusammen:

„Für Österreich war das Wiener Treffen ein außerordentlicher Erfolg, für die Weltpolitik hat es offenbar zumindest den Charakter einer positiven Begegnung.“⁷⁹³

Der Staatsvertrag wird insgesamt häufig als Symbol einer erfolgreichen Verhandlungslösung in spannungsreichen Zeiten gesehen. Dieses Aussagefeld findet sich sehr häufig in der österreichischen Presse. So schreibt der „Kurier“ beispielsweise: „Was vor zehn Jahren in Wien gelungen ist, gilt für die Weltpolitik auch heute noch als beispielgebend.“⁷⁹⁴ Weiter heißt es:

„Die Unterschriften unter dem österreichischen Staatsvertrag waren die ersten Beweise des Vertrauens, das die Großmächte nach 10 Jahren Kalten Krieges einander wieder entgegenzubringen bereit waren. Man kann daher ohne Übertreibung feststellen, daß im Schloß Belvedere zu Wien jene große, bis in unsere Tage reichende weltpolitische Idee der friedlichen Koexistenz ihren Ausgang genommen hat.“⁷⁹⁵

Der Staatsvertrag wird hier nicht nur als wichtiges Symbol für Verhandlungserfolge und friedliche Verständigung der Großmächte genannt, sondern auch als Ausgangspunkt der Idee der

⁷⁹⁰Ein Wiener Frühstück, Arbeiter Zeitung, 18. 5. 1965, 2.

⁷⁹¹Vgl. Staatsvertrag-Treffen ohne Sensation, Kurier, 17. 5. 1965, 2.

⁷⁹²Ebd., 2.

⁷⁹³Ebd., 2.

⁷⁹⁴Die vier Außenminister bereits in Wien eingetroffen, Kurier, 15. 5. 1965, 5.

⁷⁹⁵Zehn Jahre Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 2.

friedlichen Koexistenz. Auch in der „Arbeiter Zeitung“ wird die derartige Bedeutung des Staatsvertrages hervorgehoben: „Er war ohne Zweifel der größte, der erste wirkliche Erfolg der Verständigung zwischen Osten und Westen nach dem Ende des zweiten Weltkrieges.“⁷⁹⁶ Die besondere Situation, dass in Österreich Verständigung erreicht werden konnte, wird in der „Wiener Zeitung“ hervorgehoben:

„Es war das österreichische Wunder, daß gerade und nur in diesem Land die Berührungspunkte zwischen Ost und West noch Spuren einstiger Freundschaft, einstiger Allianz trugen. Die Vier im Jeep sind das Musterbeispiel hierfür.“⁷⁹⁷

Auch die „Volksstimme“ beschreibt den Staatsvertrag in dieser Art und Weise, wobei die Rolle der Sowjetunion besonders hervorgehoben wird:

„Der Staatsvertrag war das Ergebnis der von der Sowjetregierung eingeleiteten Politik der internationalen Entspannung. Er war ihr sichtbarster Ausdruck. Er bewies, daß auch höchst komplizierte internationale Streitfragen durch Verhandlungen und Vereinbarungen zum Vorteil aller gelöst werden können.“⁷⁹⁸

Im „Kurier“⁷⁹⁹, der „Wiener Zeitung“⁸⁰⁰ wie auch in der „Arbeiter Zeitung“⁸⁰¹ werden die Außenminister von Großbritannien (Michael Stewart) und den Vereinigten Staaten (Dean Rusk) zitiert, als sie sich bei der Ankunft in Wien über den Staatsvertrag und die Staatsvertragsfeierlichkeiten äußerten. Auch hierbei wurde die Beispielhaftigkeit des Staatsvertrages als Verhandlungslösung im spannungsreichen Kalten Krieg hervorgehoben. Rusk hebt dabei hervor, dass leider die friedliche Koexistenz nicht derart verlaufen ist, wie man es sich nach diesem Verhandlungserfolg erhofft hatte:

„Wir können aus dem österreichischen Staatsvertrag die Lehre ziehen, daß selbst diejenigen, deren Meinungen weit auseinanderzugehen scheinen, zu einem Übereinkommen gelangen können. Wir haben vor zehn Jahren gehofft, daß dieser Vertrag zu weiteren Übereinkommen führen möge. Wir haben gehofft, daß nach dem Atomtestverbot andere Verträge erreicht werden würden. Es gab auf diesem Wege einige Enttäuschungen. [...]“⁸⁰²

Stewart greift auf die österreichische Geschichte zurück und interpretiert diese auf positive Art und Weise neu, um den Staatsvertrag und seine Beispielhaftigkeit zu loben:

⁷⁹⁶Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

⁷⁹⁷Es war ein dornenvoller Weg, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 4-6.

⁷⁹⁸Das erste Staatsvertragsjahrzehnt, Volksstimme, 15. 5. 1965, 2.

⁷⁹⁹Die vier Außenminister bereits in Wien eingetroffen, Kurier, 15. 5. 1965, 5.

⁸⁰⁰Gäste zum Staatsvertragstag eingetroffen, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 9.

⁸⁰¹Ein Freudentag wie vor zehn Jahren. Ost und West sind im Belvedere vereint, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 1-2.

⁸⁰²Die vier Außenminister bereits in Wien eingetroffen, Kurier, 15. 5. 1965, 5.

„In früheren Zeiten sagte man: Alles Erdreich ist Österreich untertan. Wir können dies jetzt modern interpretieren: Daß alle Welt dem Beispiel folgen möge, welches vor zehn Jahren hier aufgestellt wurde. Die Formulierung einer Lösung, welche nicht nur Österreich, sondern der ganzen Menschheit zum Vorteil gereicht.“⁸⁰³

Ein wichtiges Aussagefeld in den österreichischen Zeitungen stellt die Betonung der Freiheit dar. Die Unterzeichnung des Staatsvertrags wird als Zäsur dargestellt, durch welche Österreich seine Freiheit zurückgegeben wurde.⁸⁰⁴ Dies wird in sämtlichen analysierten Zeitungen wiedergegeben. Meist wird dabei die Freiheit Österreichs ausschließlich als Freiheit von der Besetzung durch die vier Signatarstaaten gedeutet, wie beispielsweise in diesem Zitat der „Arbeiter Zeitung“: „Er gab uns die Befreiung von den fremden Besatzungsarmeen.“⁸⁰⁵ Die Freiheit wird hauptsächlich in Bezug auf die Nachkriegsbesetzung gesehen und nur vereinzelt auch mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges in Verbindung gebracht:

„Das Land, das 1938 von den Truppen Hitler-Deutschlands besetzt worden war, dem man 1945 die nominelle Freiheit wieder zurückgegeben hatte, war damit endgültig frei geworden.“⁸⁰⁶

In diesem Zitat des „Kurier“ wird zwar 1945 als Zeitpunkt angegeben, an dem Österreich die Freiheit zurückgegeben wurde, jedoch geschah dies nur „nominell“. Der Staatsvertrag markiert den Zeitpunkt der endgültigen Freiheit. Während die Freiheit vor der Herrschaft des Nationalsozialismus in den meisten analysierten Medien kaum Erwähnung findet, wird dies in der „Volksstimme“ sehr häufig erwähnt. Zwar wird der Staatsvertrag auch als Zeitpunkt angegeben, an dem Österreich frei wurde, jedoch wird in diesem Zusammenhang immer wieder erwähnt, dass man 1945 frei wurde bzw. befreit wurde. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder auf österreichische Freiheitskämpfer hingewiesen:

„Heute vor zehn Jahren, am 15. Mai 1955 fand die im Jahre 1945 erfolgte Befreiung Österreichs von der deutsch-faschistischen Herrschaft ihre Krönung: im Schloß Belvedere wurde der Staatsvertrag unterzeichnet.“⁸⁰⁷

Der Staatsvertrag stellt also dieser Sichtweise nach den Endpunkt einer Befreiung dar, welche bereits 1945 begonnen hatte. Insgesamt wird in den analysierten Medien jedoch die Befreiung

⁸⁰³Die vier Außenminister bereits in Wien eingetroffen, Kurier, 15. 5. 1965, 5.

⁸⁰⁴Vgl. Mächtige Kundgebung der Jugend, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 10.

⁸⁰⁵Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

⁸⁰⁶Zehn Jahre Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 2.

⁸⁰⁷Der große Tag vom Belvedere, Volksstimme, 15. 5. 1965, 3.

von den Besatzungsmächten hervorgehoben, während die Befreiung *durch* die Besatzungsmächte 1945 kaum eine Rolle spielt.⁸⁰⁸

Die Betonung der Besatzungszeit und der Schwierigkeiten, die diese für Österreich mit sich brachte, ist ein wiederkehrendes Element des Diskurses über den Staatsvertrag.

Interessanterweise nimmt dies jedoch kaum Raum in der Berichterstattung über den Staatsvertrag ein, auch nicht in geschichtlichen Rückblicken über die Verhandlungen und das Zustandekommen des Staatsvertrages. Auffallend ist, dass viele Zeitungsberichte kaum zur Besatzungszeit schreiben. Die analysierten Artikel erwähnen meist nur in Nebensätzen das „[...] schwere Jahrzehnt nach dem Kriegsende 1945.“⁸⁰⁹ Dabei wird nicht im Detail beschrieben, worunter man gelitten hatte, sondern eher allgemein gehalten berichtet, dass Österreich „[...] in vier Teile zerrissen, unabhängig, aber noch nicht ganz souverän“⁸¹⁰ war. Einzig die wirtschaftlichen Probleme werden im Zusammenhang mit der Besatzungszeit immer wieder konkret angesprochen.⁸¹¹ Es wird jedoch selten auf eine Besatzungsmacht im Besonderen hingewiesen, unter welcher man gelitten hat. Einzig der „Kurier“ deutet eine unterschiedliche Herangehensweise zwischen westlichen und östlichen Besatzungsmächten an:

„Östlich unserer Grenzen forderte man, daß sich die neuen Regierungen der Befreiungsmacht gegenüber freundlich zu orientieren hatten. Im Westen wurde viel Geld aufgewendet, um durch Wohlstand eine stabile Basis für demokratische Regierungsformen zu legen.“⁸¹²

Im selben Artikel wurde auch insbesondere den Vereinigten Staaten gedankt, welche durch wirtschaftliche Hilfen beim Wiederaufbau Österreichs eine besondere Rolle einnahmen:

„Wenn wir von österreichischen Aufbauerfolgen sprechen, so muß ein Wort des Dankes auch den Freunden im Ausland, vor allem jenseits des Atlantischen Ozeans, gesagt werden. Ihr Vertrauen und die selbstlose Hilfe, die sie uns in den ersten Jahren nach Kriegsende entgegengebracht und geleistet haben, haben uns das Überleben und einen neuen Anfang ermöglicht. Ohne die Marshall-Hilfe hätte sich die österreichische Industrie niemals zum Motor des wirtschaftlichen Aufschwunges ganz Österreichs entwickeln können.“⁸¹³

Dank gegenüber den Besatzungsmächten spielt sonst keine Rolle in der Berichterstattung über das Staatsvertragsjubiläum.

⁸⁰⁸Vgl. Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

⁸⁰⁹Daheim in Österreich, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 1.

⁸¹⁰Der große Tag vom Belvedere, Volksstimme, 15. 5. 1965, 3.

⁸¹¹Vgl. Zehn Jahre Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 2.

Vgl. Nicht alle fanden den Anschluß, Die Presse, Wochenendbeilage, 15./16. 5. 1965, 10.

⁸¹²Zehn Jahre Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 2.

⁸¹³Mit Zuversicht in die Zukunft, Die Presse, Wochenendbeilage, 15./16. 5. 1965, 9.

Obwohl das „Deutsche Eigentum“ eines der größten Hindernisse beim Erreichen des Staatsvertrags darstellte⁸¹⁴, wird es in der Berichterstattung über das Jubiläum kaum erwähnt. Die „Arbeiter Zeitung“ erwähnt es nur im Rahmen eines geschichtlichen Überblicks über die Staatsvertragsverhandlungen, geschrieben von Bruno Kreisky, in welchem die Aussage getätigt wird, dass die Sowjetunion in den Verhandlungen stets Bestimmungen forderte, mit welchen sie sich dauerhafte Kontrolle über Österreichs Wirtschaft gesichert hätte.⁸¹⁵ Ansonsten wird das „Deutsche Eigentum“ nur von der „Presse“ und der „Wiener Zeitung“ erwähnt. „Die Presse“ berichtet ausführlich über die wirtschaftliche Auswirkung der Besatzungszeit und bringt dazu auch ein Interview mit Eleanor Lansing Dulles, der Schwester des damaligen amerikanischen Außenministers John Foster Dulles, welche auch als Ehrengast an den Jubiläumsfeierlichkeiten teilnahm. Sie berichtet über wirtschaftliche Betriebe „[...] die die Russen als deutsches Eigentum und damit ihre Beute erklärt hatten.“⁸¹⁶ In einem weiteren Artikel werden die Ablöselieferungen und Zahlungen beschrieben, welche an die Sowjetunion nach Abschluss des Staatsvertrages zu leisten waren, mit dem Kommentar versehen: „Es war ein hoher Preis, den Österreich für seine Souveränität zahlen mußte.“⁸¹⁷ Dabei werden jedoch auch englische, französische und amerikanische Forderungen an Ölgesellschaften erwähnt, welche geleistet werden mussten.⁸¹⁸ Auch in der Wiener Zeitung wird der Staatsvertrag als etwas dargestellt, das „erkauft“ werden musste:

„Wir haben uns freigekauft, und die Freiheit war die Kaufsumme wert. [...] Es kann aber nicht geleugnet werden, daß der ‚Kaufpreis‘ hoch war und manch einer damals vor zehn Jahren gefürchtet hat, daß die Lasten, die uns der Staatsvertrag auferlegte, unsere Wirtschaftskraft vielleicht übersteigen werden.“⁸¹⁹

Dabei wird, wie auch in der „Presse“, hauptsächlich auf die Warenlieferungen und Zahlungen gegenüber der Sowjetunion hingewiesen, jedoch auch erwähnt, dass den westlichen Alliierten Leistungen erbracht werden mussten:

„Übrigens verlangten nicht nur die Sowjets, sondern auch die westlichen Alliierten besondere österreichische Leistungen als Bedingung für die Unterzeichnung des Staatsvertrages.“⁸²⁰

⁸¹⁴Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 85.

⁸¹⁵Vgl. Der Weg zum österreichischen Staatsvertrag, Arbeiter Zeitung, 14. 5. 1965, 3.

⁸¹⁶„Sie wussten nicht, was ihnen die Zukunft bringt“, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 4.

⁸¹⁷Nicht alle fanden den Anschluß, Die Presse, Wochenendebeilage, 15./16. 5. 1965, 10.

⁸¹⁸Vgl. ebd., 10.

⁸¹⁹Was uns der Staatsvertrag gekostet hat, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 7.

⁸²⁰Ebd., 7.

In Bezug auf den Staatsakt im Belvedere spielt auch die Berichterstattung über die Begeisterung der Menge eine Rolle. Als 1955 die Außenminister der Signatarstaaten auf den Balkon des Belvedere getreten sind und der Staatsvertrag unterschrieben präsentiert wurde, jubelte die Menge im Park des Belvedere. Diese Szene hat sich in das kollektive Gedächtnis der ÖsterreicherInnen eingebrannt und ist eine wichtige Bildikone der Zweiten Republik.⁸²¹ Als diese Szene 1965 nachgespielt wird, haben sich auch viele Menschen im Park des Schloss Belvedere eingefunden. Dies findet auch Eingang in die Berichterstattung der Presselandschaft in Österreich. Jede der analysierten Zeitungen berichtet darüber, dass die Außenminister und die Bundesregierung den historischen Balkon betraten und von einer jubelnden Menge begrüßt wurden. Durchwegs werden in den analysierten Artikeln die Begeisterung und der Jubel der Menschen hervorgehoben.⁸²² Nur die „Kronen Zeitung“ schreibt in einem Artikel, in welchem die beiden Bilder vom historischen Balkon von 1955 und 1965 verglichen werden:

„Nach der Bundeshymne zeigten sich um 12.57 die Diplomaten auf dem Balkon von Schloß Belvedere. Wie damals, vor zehn Jahren, als Ing. Figl strahlend den soeben unterzeichneten Vertrag der jubelnden Menge gezeigt hatte. Wieder brandet Jubel auf, doch die Freude ist diesmal nicht so ungetrübt. Jedermann denkt an den ‚Vater des Staatsvertrages‘, der wenige Tage vor dieser Feststunde sterben musste.“⁸²³

Der Jubel 1965 wird also nicht gleichgesetzt mit der Begeisterung 1955, wobei als Grund die Trauer um den kurz zuvor verstorbenen Figl genannt wird.

Ein Bild vom historischen Balkon, auf dem sich 1965 die Außenminister und die österreichische Bundesregierung eingefunden haben, wurde in sämtlichen analysierten Zeitungen abgedruckt.⁸²⁴

Spannend in einer Analyse des Diskurses sind nicht nur die Aussagen, welche getätigt werden, sondern auch diejenigen, die völlig aus dem Diskurs ausgespart werden. So wird weder im

⁸²¹Vgl. Ina Markova, *Wie Vergangenheit neu erzählt wird. Der Umgang mit der NS-Zeit in österreichischen Schulbüchern*, Marburg 2013, 4-75.

⁸²²Jubel um die „Vier“ im Belvedere, *Die Presse*, 17. 5. 1965, 5.

So wurde der Staatsvertrag gefeiert, *Kurier*, 17. 5. 1965, 3.

Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, *Arbeiter Zeitung*, 16. 5. 1965, 1-2. Staatsvertragsfeier vereinte ganz Österreich im Bekenntnis zur Unabhängigkeit, Neutralität und Frieden, *Volksstimme*, 16. 6. 1965, 1.

Glanzvolles Fest: 10 Jahre Staatsvertrag, *Wiener Zeitung*, 16. 5. 1965, 1-2.

⁸²³Klaus: Freiheit ist Menschenrecht, *Kronen Zeitung*, 16. 5. 1965, 2-3.

⁸²⁴Jubel um die „Vier“ im Belvedere, *Die Presse*, 17. 5. 1965, 5.

Zwei Bilder, *Kronen Zeitung*, 16. 5. 1965, 2.

So wurde der Staatsvertrag gefeiert, *Kurier*, 17. 5. 1965, 3.

Staatsvertragsfeier vereinte ganz Österreich im Bekenntnis zur Unabhängigkeit, Neutralität und Frieden, *Volksstimme*, 16. 5. 1965, 1.

Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, *Arbeiter Zeitung*, 16. 5. 1965, 1-2. Vor zehn Jahren und heute, *Wiener Zeitung*, 15. 5. 1965, 1.

Zusammenhang mit der Opferthese noch mit dem „Anschluss“-Verbot des Staatsvertrags in der Berichterstattung je auf aktuelle Ereignisse Bezug genommen. Die öffentliche Diskussion um erstarkenden Deutschnationalismus in den 1960er-Jahren wurde im Kontext-Kapitel näher beschrieben. Mit Bezug auf die im zeitgenössischen Diskurs gerade stark diskutierte Borodajkewycz-Affäre und deutschnationaler Tendenzen innerhalb der österreichischen Bevölkerung⁸²⁵ hätten sich dabei durchaus Anknüpfungspunkte ergeben. Nur in der „Volksstimme“ wird im Zusammenhang mit dem Gedenken der Israelischen Kultusgemeinde darüber berichtet:

„Leider hätten die Ewiggestrigen aus ihren Schlupfwinkeln wieder das Rüstzeug des Antisemitismus hervorgeholt. Man übersah diese Gefahr, bis durch die Borodajkewycz-Demonstrationen und durch den Totschlag an Ernst Kirchwegger diese Gefahr sichtbar wurde.“⁸²⁶

Dies ist jedoch der einzige Hinweis auf aktuelle Ereignisse diesbezüglich.

Eine besondere Rolle in der österreichischen Erinnerungskultur spielt die sogenannte Opferthese. 20 Jahre nach Kriegsende und zehn Jahre, nachdem die Besatzungszeit in Österreich endete, wurde der Mythos von Österreich als dem ersten Opfer des Nationalsozialismus auch in der Berichterstattung rund um das Staatsvertragsjubiläum wiedergegeben. So wird in der „Volksstimme“, wie bereits erwähnt, die Staatsvertragsunterzeichnung als glorreicher Endpunkt der Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus gedeutet. Dabei wird auch auf die Moskauer Deklaration als zentrales Dokument hingewiesen.⁸²⁷ Auch im „Kurier“ wird darauf hingewiesen, dass Österreich „[...] 1938 von den Truppen Hitler-Deutschlands besetzt worden war [...]“⁸²⁸ und erst mit dem Staatsvertrag die volle Freiheit zurückerhielt.⁸²⁹ In der „Wiener Zeitung“ wird Österreich klar als das erste Opfer Deutschlands deklariert und damit zusammenhängend die lange Besatzungszeit kritisiert:

„Dazu mag vielleicht auch das schlechte Gewissen der Großmächte gekommen sein, daß jenes Land, welches das erste Opfer Hitler-Deutschlands geworden war, trotz der Befreiung nun schon fast zehn Jahre besetzt war und somit die versprochene Freiheit noch nicht erlangt hatte.“⁸³⁰

⁸²⁵Vgl. Bruckmüller, Staatsvertrag und Österreichbewusstsein, 944.

⁸²⁶Die vier Außenminister wieder da zur heutigen Staatsvertragsfeier, Volksstimme, 15. 5. 1965, 1-2.

⁸²⁷Vgl. Der große Tag vom Belvedere, Volksstimme, 15. 5. 1965, 3.

⁸²⁸Zehn Jahre Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 2.

⁸²⁹Vgl. ebd., 2.

⁸³⁰Es war ein dornenvoller Weg, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 4-6.

Österreich war, diesem Diskursstrang nach, viel zu lange besetzt, da es sich um einen befreiten Staat handelte. Dem österreichischen Opfermythos folgend wird auch häufig ganz Österreich gemeinsam mit Opfern der Konzentrationslager gleichgesetzt:

„Ein Abschnitt, in dem die politische Zusammenarbeit aus dem gemeinsamen Erdulden, den gemeinsamen Opfern, der gemeinsamen Unfreiheit und aus dem gemeinsamen Erleben der mörderischen Konzentrationslager und der Zeiten fremder Besatzung erwuchs.“⁸³¹

Es wird in dieser Aussage nicht zwischen österreichischen Tätern und Opfern differenziert, sondern die Gesamtheit der Österreicher zu den Opfern des Nationalsozialismus gezählt. Ein gemeinsames Erleben von Unfreiheit wird konstruiert. Hier wird auch die erlebte Unfreiheit in den Zeiten des Nationalsozialismus zusammengefasst mit der Zeit fremder Besatzung.

Eine Gleichsetzung der Besatzungszeit mit der Zeit als Teil des Dritten Reiches ist jedoch in anderen analysierten Artikeln nicht zu finden. Während in anderem Kontext häufig von 17 Jahren Unfreiheit die Rede ist, ist dies in der Presselandschaft Österreichs in diesem Zusammenhang nicht erwähnt worden.

Die Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus wird auch im Zusammenhang mit österreichischem Widerstand gegen den Nationalsozialismus genannt. So erwähnt die „Arbeiter Zeitung“ Österreicher, die in englischen und amerikanischen Armeen gegen den Faschismus kämpften, illegalen Gewerkschaftsgruppen oder der Widerstandsgruppe O5 beitraten.⁸³² Die „Wiener Zeitung“ berichtet über die Festsitzung der Wiener Israelischen Kultusgemeinde, welche nicht nur den vom Nationalsozialismus ermordeten österreichischen Juden gedachte, sondern auch „[...] der 2700 österreichischen Widerstandskämpfer, die im Kampf um die Befreiung zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden“.⁸³³ Die „Volksstimme“ beschreibt die Rede des Landtagspräsidenten Bruno Marek bei der Festsitzung des Wiener Landtags:

„Präsident Marek würdigte den Mut der Widerstandskämpfer im Land, die Leiden in Konzentrationslagern und Kerkern und den Einsatzwillen der Männer des militärischen Widerstandes, Biedermann, Raschke und Huth sowie des heutigen Gendarmerieobersten Käs.“⁸³⁴

In der „Arbeiter Zeitung“ wird nicht nur die Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus, sondern sogar der Staatsvertrag selbst als Verdienst der österreichischen Widerstandskämpfer gedeutet:

⁸³¹Mächtige Kundgebung der Jugend, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 10.

⁸³²Vgl. Die Wurzeln des 15. Mai 1955, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 3.

⁸³³Mächtige Kundgebung der Jugend, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 10.

⁸³⁴Die vier Außenminister wieder da zur heutigen Staatsvertragsfeier, Volksstimme, 15. 5. 1965, 1-2.

„Aber auch den Staatsvertrag nur als ein Werk staatsmännischer Klugheit oder als ein Geschenk freundlich gestimmter alliierter Mächte zu werten, wäre falsch. Es hieße jenen bitter Unrecht tun, die in der dunklen Nacht der nazistischen Unterdrückung für Österreichs Freiheit kämpften und der späteren Anerkennung des selbstständigen Österreich mühsam die ersten Wege bahnten: Im KZ und in der Emigration.“⁸³⁵

Dabei spielt nicht nur ein besonderes Hervorheben des österreichischen Widerstandes eine Rolle, sondern auch eine Überbetonung des österreichischen Verdienstes am Abschluss des Staatsvertrages. Die Erwähnungen des österreichischen Widerstandes sind insgesamt jedoch nur vereinzelt in der österreichischen Presselandschaft zu finden.

10 Aussageanalyse der Auslandspresse

10.1 Analyse der Auslands-Presseschau

In diesem Kapitel wird die Auslandspresse mithilfe der Auslands-Presseschau analysiert. Etwaige Erwähnungen von Artikeln aus deutschen Zeitungen werden nicht miteinbezogen, da die deutsche Presse in einem eigenen Unterkapitel genauer analysiert wird. Wichtig im Zusammenhang mit den zur Analyse herangezogenen Quellen ist, dass es sich nicht um die originalen Zeitungsartikel handelt, sondern um eine durch den Bundespressediensst vorbereitete Version derselben. In der Auslands-Presseschau finden sich hauptsächlich paraphrasierte Zusammenfassungen der Inhalte ausländischer Zeitungsartikeln, thematisch im Zusammenhang mit dem Jubiläum der Staatsvertragsunterzeichnung. Vereinzelt finden sich auch direkt zitierte bzw. übersetzte Ausschnitte von Artikeln. In der folgenden Analyse wird stets darauf hingewiesen, wenn es sich um aus den Zeitungen direkt zitierte Ausschnitte handelt.

Ein wichtiges Aussagefeld handelt von möglichen Gesprächen der Außenminister am Rande des Festaktes. Spekulationen über mögliche Zweier- oder Vierergespräche kommen in sehr vielen Zeitungen vor. So zitiert die Auslands-Presseschau in Bezug auf die italienische Presse beispielsweise wörtlich: „Die westlichen Beobachter haben jede Hoffnung aufgegeben, daß das Wiener Treffen der Außenminister der vier Großmächte konkrete politische Ergebnisse zeitigen könne.“⁸³⁶ Dabei wird die Verantwortung dafür beim sowjetischen Außenminister ausgemacht, weshalb der Titel des Artikels „Gromyko vermeidet das Thema Vietnam in seinem Gespräch mit

⁸³⁵Die Wurzeln des 15. Mai 1955, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 3.

⁸³⁶Auslands-Presseschau 94, Gromyko vermeidet das Thema Vietnam in seinem Gespräch mit Rusk, Il Messaggero, Rom 16. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediensst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

Rusk⁸³⁷ lautet. Gleichzeitig wird dem Ereignis nicht seine diplomatische Wichtigkeit abgeschrieben. Zwar kamen keine Gespräche zwischen den Außenministern zustande, jedoch wird in der italienischen Zeitung betont:

„Es ist aufschlußreich, festzustellen, daß die Außenminister in Wien von ihren persönlichen Mitarbeitern und Experten begleitet waren, die die Gelegenheit wahrgenommen haben können, hinter den Kulissen Kontakte aufzunehmen.“⁸³⁸

Das Scheitern wichtiger politischer Gespräche zwischen den Außenministern wird hier relativiert, indem darauf hingewiesen wird, dass hinter den Kulissen durchaus Kontakte aufgenommen wurden durch die Gelegenheit des Festaktes. Auch über die Gespräche zwischen dem französischen und dem sowjetischen Außenminister wird berichtet, wobei betont wird, dass Frankreich ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion habe, als Großbritannien.⁸³⁹

Auch „The Financial Times“ aus London berichtet über das Treffen der vier Außenminister in Wien. Hier wird es als enttäuschend bezeichnet, dass keine Gespräche zustande gekommen sind. Auch hier wird als Grund genannt, dass sich die Sowjetunion weigerte, über die Krise in Südostasien mit den USA zu sprechen. Die Auslands-Presseschau zitiert direkt aus der Zeitung:

„Minister Rusk teilte Journalisten mit, daß er mit Minister Gromyko zwei Gespräche, die ungefähr zehn Minuten dauerten, geführt und daß letzterer eine Diskussion über Vietnam abgelehnt habe. Es wird sodann über das von Präsident Quaison-Sackey zwischen den 4 Ministern arrangierte Gespräch berichtet, das zwanzig Minuten dauerte und bei dem es sich nur um die traurige finanzielle Lage der Weltorganisation handelte.“⁸⁴⁰

Das kurze Gespräch zwischen Rusk und Gromyko wird auch in anderen Medien häufig erwähnt. Der Hinweis auf das Gespräch zwischen den Außenministern und Quaison-Sackey findet sich seltener. Häufig wird auch auf das Gespräch zwischen dem französischen und dem sowjetischen Außenminister hingewiesen. Dabei wird auch von der „Financial Times“ beschrieben, dass zwischen Frankreich und der UdSSR eine herzliche Beziehung herrschen würde, im Gegensatz zur kühlen Höflichkeit gegenüber Großbritannien.⁸⁴¹ Dass die diplomatischen Ambitionen im

⁸³⁷Auslands-Presseschau 94, Gromyko vermeidet das Thema Vietnam in seinem Gespräch mit Rusk, Il Messaggero, Rom 16. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸³⁸Ebd.

⁸³⁹Vgl. ebd.

⁸⁴⁰Auslands-Presseschau 94, Enttäuschender Ausgang der Außenminister-Gespräche in Wien, The Financial Times, London 17. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁴¹Vgl. ebd.

Zusammenhang mit dem Festakt gescheitert waren, daran lässt die „Financial Times“ keinen Zweifel:

„Was jedoch das Wiener Treffen betrifft, so sind die Versuche des österreichischen Außenministers, einleitende Gespräche zu den bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen zu arrangieren, eindeutig fehlgeschlagen.“⁸⁴²

Dennoch endet die Auslands-Presseschau mit einer positiven Sichtweise auf die Gespräche. Dabei wird von der Auslands-Presseschau ein Bericht des ausländischen Korrespondentenstabes direkt zitiert:

„Minister Stewart schien jedoch, als er am Londoner Flugplatz ankam, über das Ergebnis der Diskussionen eher optimistisch zu sein. Auf die Frage, ob er glaube, daß nach seinen Treffen in Wien sich die allgemeine Weltlage bessere, antwortete er: ‚Die exakte Antwort hierauf ist: Ich hoffe, daß dem so sein möge. Ich glaube nicht, daß wir unsere Zeit vergeudet haben.‘“⁸⁴³

In der gesamten Auslands-Presseschau Nr. 94 wird die Auslandspresse eher dahingehend wiedergegeben, dass die diplomatischen Aktivitäten am Rande des Festaktes als gescheitert betrachtet werden. Dabei wird jedoch einmal positiv angemerkt, dass es im Hintergrund zu Kontakten kam. Dass schließlich abschließend mit diesem Zitat noch ein optimistisches Statement von Stewart gegenüber der Presse hervorgehoben wurde, in welchem er sagt, dass das Treffen keine Zeitverschwendung war, kann auch dem Medium der Auslands-Presseschau zugrunde liegen. Trotz der generell negativen Berichterstattung des britischen Presseorgans versuchte man in der Auslands-Presseschau eventuell, die britische Sichtweise als positiv darzustellen.⁸⁴⁴

Interessant ist, dass die Gespräche, welche ein zentrales Thema in der Berichterstattung der Inlandspresse sind, von der Auslands-Presseschau nur in Bezug auf die italienische und die britische Presse angesprochen werden. Daraus lässt sich entweder schließen, dass andere Presseerzeugnisse nicht darüber berichteten, oder dass es in anderen Medien von geringer Wichtigkeit war, sodass die Auslands-Presseschau dies nicht als relevant ansah und nicht in die Zusammenfassung miteinbezog. In der deutschen Presse spielt es jedoch, wie noch zu zeigen sein wird, keine geringe Rolle.

⁸⁴²The Financial Times, London 17. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁴³Auslands-Presseschau 94, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁴⁴Vgl. Auslands-Presseschau 94, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

Ein Aussagefeld bezieht sich auf eine Artikulierung von Dankbarkeit gegenüber den Signatarstaaten bzw. einer Betonung der langen und beschwerlichen Besatzungszeit. Weder in der deutschen Presse noch in der Auslands-Presseschau in Bezug auf die Presse in anderen Ländern wird das Aussagefeld betreffend der langen Besatzungszeit angesprochen, auch Erwähnungen bezüglich möglicher Dankbarkeit gegenüber den Signatarstaaten werden nicht erwähnt. Ausnahme bildet hier die Berichterstattung in der Sowjetunion:

„Österreich“, heißt es, „gedenke in Dankbarkeit der Soldaten der Feldküchen, die damals die Hungersnot der Wiener gelindert hatten und die das Banner der Freiheit bis in das Herz von Europa gebracht hatten. Karl Renner habe damals an diese Soldaten Worte tiefster Dankbarkeit gerichtet.“⁸⁴⁵

Hierbei wird besonders die Dankbarkeit gegenüber der Sowjetunion hervorgehoben, wobei auch Karl Renner positiv erwähnt wird.⁸⁴⁶ Dabei wird auch das Aussagefeld der Freiheit berührt. In diesem Artikel wird die Sowjetunion als freiheitsbringend dargestellt, und die Befreiung von 1945 in den Vordergrund gerückt. Auch das Aussagefeld des Opfermythos wird berührt, da Österreich nicht als besiegt, sondern als befreites Land angesprochen wird. Weiter heißt es:

„Der Bundeskanzler gedachte auch in herzlichen Worten der Unterstützung, die die Sowjetunion dem Nachkriegsösterreich angedeihen ließ.“⁸⁴⁷

Hier wird über die Reden während des Festaktes berichtet, wobei in der Rede von Bundeskanzler Klaus eigentlich keine Spur von Dankbarkeit gegenüber der UdSSR zu finden ist. Eventuell bezieht sich die Aussage jedoch auf die angesprochene Dankbarkeit, welche Außenminister Kreisky in seiner Rede gegenüber den Signatarmächten formulierte. Diese bezog sich jedoch darauf, dass Wien vor totaler Zerstörung bewahrt wurde und dass auf sowjetischen Vorschlag hin die Neutralität verhandelt wurde.⁸⁴⁸

Die anderen Zeitungen beziehen sich nicht auf Dankbarkeit gegenüber den Signatarstaaten bzw. auf die lange Besatzungszeit, ein Thema, welches besonders in der Inlandspresse sehr präsent war. Nur in der französischen Zeitung „Le Figaro“ wird auf die 10 Jahre währende Besatzung und dahingehende Probleme für Österreich hingewiesen, wobei auch Gründe genannt werden, warum der Westen teilweise nicht daran interessiert gewesen ist, einen Staatsvertrag abzuschließen. Es wird betont, dass der Westen der UdSSR nicht freie Hand in Österreich lassen

⁸⁴⁵Auslands-Presseschau 95, Der Staatsvertrag hat sich bewährt, Ivestija, Moskau 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁴⁶Ebd.

⁸⁴⁷Ebd.

⁸⁴⁸Vgl. Bruno Kreisky, in: Die Reden anlässlich der Feier, o. S.

wollte, indem er sich zurückzog, was die Ausbeutung von verschiedenen Unternehmen durch die Sowjetunion verstärkt hätte.⁸⁴⁹

Das zuvor angesprochene Aussagefeld bezüglich „Freiheit“, welches meist im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag eine große Rolle spielt, findet in der Auslands-Presseschau kaum Erwähnung. Während in der sowjetischen Presse von der Befreiung 1945 durch die UdSSR die Rede ist, wie bereits oben erwähnt, findet sich nur noch in der von der Auslands-Presseschau zusammengefassten britischen Presse die Erwähnung, dass der Staatsvertrag „[...] dem kleinen Land den Weg zur Freiheit, Unabhängigkeit und des Wohlstandes ebnete.“⁸⁵⁰ Hier wird der Staatsvertrag auch als jenes Werk angesprochen, durch welches Österreich die Freiheit erlangte.⁸⁵¹ Im französischen „Le Figaro“ wird ein Artikel folgendermaßen betitelt: „Vor zehn Jahren feierten die Österreicher ihre richtige Befreiung.“⁸⁵² Dem Titel nach war Österreich also erst mit dem Staatsvertrag „richtig“ frei, und nicht nach Kriegsende 1945. Interessant ist jedoch, dass in der sonstigen Presse keine Erwähnung von Freiheit zu finden ist.

Die Position Österreichs als „Brückenbauer“ zwischen Ost und West ist ein Aussagefeld, welches hier kaum Erwähnung findet, wobei eine ungarische Zeitung diese Selbstidentifikation Österreichs aufgreift, in dem eine Erklärung österreichischer Politiker zitiert wird, in welcher Österreich als Brücke zwischen Ost und West dargestellt wird. Dies wird jedoch dazu verwendet, auch Ungarn als brückenbauende Nation darzustellen, welche durch ihre außenpolitische Initiative eine Brücke zum Westen baut.⁸⁵³ Damit zusammenhängend ist für Österreich in Bezug auf das Staatsvertragsjubiläum wichtig, Österreich bzw. Wien als geeigneten Ort für internationale Treffen und Organisationen darzustellen. Dies wird im „Guardian“ wie auch im „Le Figaro“ angesprochen. Dabei wird in der französischen Zeitung das Land Österreich als ein beliebter Platz für Annäherungen der beiden Teile Europas beschrieben. Österreich wäre ein

⁸⁴⁹Auslands-Presseschau 94, Vor zehn Jahren feierten die Österreicher ihre richtige Befreiung, Paris 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁵⁰Auslands-Presseschau 94, Enttäuschender Ausgang der Außenminister-Gespräche in Wien, The Financial Times, London 17. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁵¹Vgl. ebd.

⁸⁵²Auslands-Presseschau 94, Vor zehn Jahren feierten die Österreicher ihre richtige Befreiung, Paris 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁵³Vgl. Auslands-Presseschau o. Nr., Ungarische Presse zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

„Sendbote für friedliche Koexistenz“.⁸⁵⁴ Auch in der britischen Zeitung wird Wien als passender Ort für internationale Treffen hervorgehoben.⁸⁵⁵

Häufig wird auch der Staatsvertrag als ein Beispiel von erfolgreichen Verhandlungen zwischen Ost und West beschrieben, was einem weiteren wichtigen Aussagefeld entspricht. Dies wird auch in „The Times“ so umschrieben:

„Der Verfasser hebt einleitend hervor, daß der vor 10 Jahren unterzeichnete Österreichische Staatsvertrag damals ein Markstein in den internationalen Beziehungen nach dem Kriege darstellte.“⁸⁵⁶

Dabei wird auf den Staatsvertrag als Symbol für Entspannung hingewiesen: „Der Staatsvertrag war nach dem Tode Stalins das erste starke Anzeichen eines Tauwetters im Kalten Krieg.“⁸⁵⁷

Auch in der ungarischen Presse wird die große politische Bedeutung des Staatsvertrages und des Jubiläums betont.⁸⁵⁸

Die ungarische Presse beschreibt außerdem, dass das Donaubecken ein „Musterbeispiel einer vom kalten Krieg freien Zone werde[n]“⁸⁵⁹ sollte. Allerdings wird dabei angesprochen, dass ein Beitritt zur EWG eventuell der Neutralität entgegenstehen würde:

„Der Verfasser bringt auch die Besorgnis zum Ausdruck, ob der geplante Beitritt Österreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht eine hundertprozentige Geltendmachung der Neutralitätspolitik behindern würde.“⁸⁶⁰

Insgesamt wird die Neutralität in der Auslands-Presseschau sehr häufig in Bezug auf den möglichen Beitritt Österreichs zur EWG angesprochen. Dabei wird von den kommunistischen Staaten Ungarn und UdSSR ein klarer Standpunkt gegen den Beitritt zur EWG eingenommen. Der Beitritt wird als nicht mit der Neutralität vereinbar angesehen. So schreibt die „Isvestija“ aus Moskau:

⁸⁵⁴Auslands-Presseschau 94, Vor zehn Jahren feierten die Österreicher ihre richtige Befreiung, Paris 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁵⁵Vgl. Auslands-Presseschau 92, The Guardian, Manchester 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁵⁶Auslands-Presseschau 92, 10 Jahre österreichischer Staatsvertrag, The Times, London 14. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁵⁷Ebd.

⁸⁵⁸Vgl. Auslands-Presseschau o. Nr., Ungarische Presse zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁵⁹Ebd.

⁸⁶⁰Auslands-Presseschau o. Nr., Ungarische Presse zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

„Österreich, daß sich am Schnittpunkt der großen Handelswege befindet, hat uneingeschränkte Möglichkeiten günstige wirtschaftliche Beziehungen mit allen Ländern zu pflegen und zu erweitern, ohne sich die Hände zu binden durch eine Teilnahme an den geschlossenen Wirtschaftsblöcken des Westens, in denen die kleinen Staaten unausweichlich zu Schachfiguren der großen werden. Für Österreich hat das eine umso größere Bedeutung, da es im Westen Kräfte gibt, die es nicht nur seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit berauben, sondern auch vom Wege der Neutralität abbringen wollen.“⁸⁶¹

Die aktuelle Situation wird als wirtschaftlich günstig beschrieben, da Österreich mit allen Ländern gleichermaßen wirtschaftliche Beziehungen pflegen könnte. Da es sich zwischen Ost und West an einem Schnittpunkt der Handelswege befindet, wird dies als die geeignetere Lösung dargestellt. Durch die Teilnahme am westlichen Wirtschaftsblock wäre Österreich dagegen die Hände gebunden. Es wird also nicht nur vom Standpunkt der möglichen Neutralitätsverletzung argumentiert, sondern auch von einem wirtschaftlichen Standpunkt aus. Die westlichen Länder wollen Österreich auch von der Neutralität abbringen, so behauptet der Autor. Die Neutralität wird also als von den EWG-Verhandlungen gefährdet betrachtet. Auch westliche Medien berichten über das Misstrauen der UdSSR gegenüber dem EWG-Beitritt. So schreibt die britische Presse:

„Es bleibe abzuwarten ob die Sowjets ihre Ansicht darüber, was sie für gewöhnlich als ‚gefährliches Abenteuer, das neutrale Österreich mit der EWG – der Wirtschaftsbasis der NATO – zu verbinden‘ bezeichnen, geändert haben.“⁸⁶²

Hier wird die EWG als etwas bezeichnet, das nach der UdSSR als Wirtschaftsbasis der NATO zu sehen ist. Die Integration in diese Wirtschaftsgemeinschaft wird also als teilweise Integration in den militärischen Block des Westens angesehen. Andererseits wird im selben Artikel betont, dass die Neutralität weder die Mitgliedschaft Österreichs bei der EFTA, der OEEC oder dem Europarat verhindern konnte. Die Neutralität Österreichs wird also nicht als Hindernis angesehen, internationalen Organisationen bzw. Wirtschaftsbündnissen beizutreten. Dabei wird jedoch, ähnlich wie im Artikel der „Isvestija“, nicht nur die Neutralität im Zusammenhang mit der EWG-Verhandlung betrachtet, sondern auch ein allgemeiner Blick auf die wirtschaftliche Lage Österreichs vorgenommen. Im Gegensatz zum Zeitungsbericht aus Moskau wird hierbei

⁸⁶¹Auslands-Presseschau 95, Der Staatsvertrag hat sich bewährt, Isvestija, Moskau 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁶²Auslands-Presseschau 94, Enttäuschender Ausgang der Außenminister-Gespräche in Wien, The Financial Times, London 17. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

beschrieben, dass Österreichs wirtschaftliche Lage von großer Unsicherheit geprägt sein würde, wenn keine Sondermitgliedschaft bei der EWG gelingen würde.⁸⁶³

Auch das Schweizer Medium „Basler Nachrichten“ berichtet über die Staatsvertragsfeierlichkeiten und damit zusammenhängend über die EWG-Verhandlungen. Dabei wird zuerst das Misstrauen der UdSSR gegenüber den Verhandlungen betont.⁸⁶⁴ Hier spielt auch ein anderer aktueller Konfliktpunkt Österreichs mit einem anderen Staat eine Rolle:

„Auch die EWG-Verhandlungen beginnen in diesen Wochen konkret zu werden. Nachdem Österreich so lange im Wartezimmer Brüssels gewesen ist, wurde ihm jetzt die Tür zum Verhandlungszimmer geöffnet. Am schleppendsten gestalten sich noch immer die Südtirol-Verhandlungen mit Rom, obschon auch hier viel gegenseitiges Mißtrauen in zähen Verhandlungen abgebaut worden ist.“⁸⁶⁵

Die Verhandlungen rund um Südtirol mit Italien spielen in der Berichterstattung anderer Medien keine Rolle.

Die Neutralität wird meist in Zusammenhang mit Österreichs Beitritt zur EWG genannt, da es dahingehend offensichtlich internationale Konfliktlinien gab. Im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag und der Neutralität werden jedoch noch andere Aussagen getätigt. So wird in der britischen Presse betont, dass Österreich trotz der Neutralität Teil des Westens ist:

„Es ist richtig, daß Österreich – abgesehen von den militärischen Bedingungen – innerhalb des westlichen Einflußbereiches verblieb.“⁸⁶⁶

Die Neutralität wird nach dieser Sichtweise rein auf ihre militärischen Bestimmungen reduziert, die eine militärische Integration Österreichs an den Westen nicht erlaubt. Abgesehen von dieser Komponente wird Österreich jedoch eindeutig dem Westen zugesprochen. Der österreichische Staatsvertrag wird in demselben Artikel auch als große Errungenschaft der Österreicher angesprochen, welche

⁸⁶³Vgl. Auslands-Presseschau 94, Enttäuschender Ausgang der Außenminister-Gespräche in Wien, The Financial Times, London 17. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁶⁴Vgl. Auslands-Presseschau o. Nr., Österreich zehn Jahre nach dem Staatsvertrag, Basler Nachrichten, Zürich 15./16. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁶⁵Ebd.

⁸⁶⁶Auslands-Presseschau 92, 10 Jahre österreichischer Staatsvertrag, The Times, London 14. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

„[...] ganz offensichtlich nicht durch die österreichische Initiative allein erlangt werden konnte, so hätte sie jedoch nicht ohne Ausdauer und insbesondere nicht ohne Bereitschaft, eine freiwillige Neutralität-Deklaration abzugeben, gewonnen werden können.“⁸⁶⁷

Hier wird die Neutralität zwar als freiwillig beschlossen angesprochen, jedoch auch als Bedingung für einen erfolgreichen Abschluss des Staatsvertrages. Der Staatsvertrag wird auch in der sowjetischen Presse mit der Neutralität verknüpft:

„Der Staatsvertrag hat einen festen Grundstein für die Souveränität der Republik gelegt, einer Republik, die die Tragödie der Invasion durch die Hitlertruppen erlebt hat. Dieser Vertrag hat ihrer immerwährenden Neutralität zu Leben verholfen, er hat sie in die Reihen jener Staaten gestellt, die imstande, aber auch verpflichtet sind, einen nicht geringen Beitrag zur Festigung des europäischen Friedens zu leisten. Inmitten des alten Kontinents, dort wo die zwei Welten des Nachkriegseuropa aufeinanderstoßen, auf historischem Boden, ist eine unabhängige Republik entstanden, die freiwillig ihre immerwährende Neutralität als grundlegendes Prinzip ihrer Außenpolitik proklamiert hat.“⁸⁶⁸

Dieses Zitat ist direkt aus der Zeitung entnommen und nicht in der Auslandspresse paraphrasiert wiedergegeben worden. Der Staatsvertrag wird in diesem Zitat als jenes Werk beschrieben, durch welches die Neutralität entstehen konnte. Durch die Neutralität ist Österreich dazu befähigt und auch verpflichtet, dazu beizutragen, dass der Frieden in Europa gewährleistet bleibt. Österreich wird hier auch als „Land der Mitte“ zwischen Ost und West beschrieben.

Interessant an diesem Zitat ist besonders, dass es die Opferthese unterstützt. So schreibt die Moskauer Zeitung von einer Invasion der Hitlertruppen in Österreich. Dabei wird der Mythos des „ersten Opfers“ NS-Deutschlands als historische Wahrheit dargestellt. Dies führt zum nächsten Aussagefeld, nämlich dem des Opfermythos und inwiefern dieser in der Auslandspresse infrage gestellt oder wiedergegeben wird. Interessant ist hierbei anzumerken, dass in der sowjetischen Presse Aussagen im Sinne der Opferthese getroffen werden, während in der schweizerischen wie auch der französischen Presse durchaus kritische Anmerkungen dazu herauszulesen sind. „Die Tat“ aus Zürich schreibt davon, dass Österreich nicht als Feindesland galt, sondern als befreites Land, wodurch sich einige Vorteile gegenüber Deutschland für

⁸⁶⁷Auslands-Presseschau 92, 10 Jahre österreichischer Staatsvertrag, The Times, London 14. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁶⁸Auslands-Presseschau 95, Der Staatsvertrag hat sich bewährt, Ivestija, Moskau 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

Österreich ergaben. Beispielsweise konnten früher freie Wahlen stattfinden.⁸⁶⁹ Hierbei werden Österreich und Deutschland eindeutig in Bezug zueinander gesetzt und die unterschiedliche Behandlung der beiden Länder angesprochen. Dass Österreich nicht als „Feindesland“ galt, wird extra erwähnt. Allerdings ist leider nicht der gesamte Zeitungsartikel zugänglich und nur eine paraphrasierte Zusammenfassung in der Auslands-Presseschau nachvollziehbar. Doch die Anspielung auf Österreich als „befreites Land“ kann durchaus als kritisch betrachtet angesehen werden, der Vergleich mit Deutschland impliziert, dass auch Österreich als „Feindesland“ gelten hätte können, jedoch als befreites Land galt. In der französischen Presse wird Österreichs Rolle noch kritischer und expliziter formuliert:

„Paris, London und Washington hatten das Freudengeheul der Nazis in den Straßen Wiens während des Anschlusses nicht vergessen, andererseits hatten sie die Hilfeschreie der in den KZ's gemarterten österreichischen Patrioten damals noch nicht vernommen gehabt.“⁸⁷⁰

Hier wird auf zwei Ebenen mit der Opferthese umgegangen: Einerseits wird auf die Begeisterung der ÖsterreicherInnen zur Zeit des „Anschlusses“ hingewiesen, also die Opferthese infrage gestellt. Es wird auch erwähnt, dass dies von den westlichen Besatzungsmächten nicht vergessen worden war. Dem gegenübergestellt werden österreichische Patrioten, welche in den Konzentrationslagern endeten. Österreich wird also von zwei Seiten betrachtet, einerseits als jubelnder Teil des nationalsozialistischen Deutschlands, andererseits als befreites Land. Die ÖsterreicherInnen werden als Täter und Opfer zugleich, als eingesperrte Patrioten und jubelnde NationalsozialistInnen angesprochen. Auch wird im selben Artikel erwähnt, dass der Staatsvertrag wie eine „zweite Befreiung“ für Österreich gewesen war, da die Befreiung von 1945 noch einen bitteren Beigeschmack gehabt hätte.⁸⁷¹

10.2 Analyse der Presse aus der Bundesrepublik Deutschland

In diesem Kapitel wird eine Aussageanalyse der Berichterstattung in der deutschen Presse über die Feierlichkeiten rund um das Staatsvertragsjubiläum durchgeführt. Hier wurden drei große, reichweitenstarke Zeitungen ausgewählt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Zeit“ und die „Süddeutsche Zeitung“ berichteten über das Jubiläum in eigenen Artikeln. „Der Spiegel“

⁸⁶⁹Vgl. Auslands-Presseschau 92, Österreich feiert, Die Tat, Zürich 14. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁷⁰Auslands-Presseschau 94, Vor zehn Jahren feierten die Österreicher ihre richtige Befreiung, Paris 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁸⁷¹Vgl. ebd.

berichtete nicht über die Jubiläumsfeierlichkeiten, weshalb dieses wichtige Medium nicht miteinbezogen wurde.

Die Aussagenfelder, welche in Bezug auf den österreichischen Staatsvertrag und die Jubiläumsfeierlichkeiten von besonderer Bedeutung sind, haben meist weniger mit Österreich und dem Staatsvertrag an sich zu tun, als mit dem aktuellen internationalen politischen Klima. Das Verhältnis der Gäste zueinander und die Möglichkeit von Gesprächen beherrschen die Berichterstattung. So betitelt die „Süddeutsche Zeitung“ ihren Artikel auch mit „Die großen Vier zeigen sich die kalte Schulter“⁸⁷². Dabei wird angedeutet, dass das Verhältnis der „Großen Vier“ während des Treffens nicht sehr kooperativ war. Dies wird auch zu Beginn des Artikels verstärkt, wenn gesagt wird:

„Der Marsch leitet über zu einem Staatsakt, der deutlich macht, daß jede Wiederbelebung des Spiels der Großen Vier ein wehmütig stimmender Anachronismus ist.“⁸⁷³

Laut „Süddeutscher Zeitung“ sollen sich die Spannungen unter den Außenministern stark während des Festaktes gezeigt haben:

„Gleich Statisten ohne Regieanweisung stehen die Außenminister nachher auf dem Balkon des Belvedere. Sie sind auf Distanz bedacht. Das Volk von Wien kann sehen, daß sich die Großen Vier die kalte Schulter zeigen.“⁸⁷⁴

Damit in Zusammenhang spielen die möglichen Gespräche am Rande der Feierlichkeiten eine Rolle, wobei auch darauf hingewiesen wird, dass Österreich sich als Ort für internationale Gespräche und Verhandlungen präsentiert. So schreibt „Die Zeit“:

„Wo Partner und Rivalen vom Wiener Kongreß bis zur Atomenergiebehörde schon so manches friedliche Gespräch führten, im Zeremonienaal der Wiener Hofburg saßen sie trotz akuter Spannungen, Krisen, Differenzen, plötzlich wieder alle an einem Tisch, die Außenminister aus Moskau, Washington, Paris und London.“⁸⁷⁵

Die Aussage bezüglich Österreichs Rolle als Austragungsort internationaler Gespräche und Ort internationaler Organisationen wird um den Bezug auf den Wiener Kongress erweitert. Dabei wird das aktuelle Treffen der vier Außenminister mit der Möglichkeit zu diplomatischen Gesprächen in eine Tradition gestellt und eine historische Linie vom Wiener Kongress gezogen. Auch die „Süddeutsche Zeitung“ nimmt Bezug auf Österreich als Standort wichtiger Gespräche:

⁸⁷²Die großen Vier zeigen sich die kalte Schulter, Süddeutsche Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁸⁷³Ebd., 4.

⁸⁷⁴Ebd., 4.

⁸⁷⁵Politik und Apfelstrudel, Die Zeit, 21. 5. 1965, 5.

„Mit geschickter Behutsamkeit haben sie den ehrgeizigen Plan eingefädelt, die Donaumetropole wieder einmal zum Schauplatz der Gipfeldiplomatie zu machen. Sie haben sich damit abgefunden, daß die außenpolitische Ordnung ihres Landes einzigartig und unübertragbar ist; aber sie sind nicht müde geworden, aktiv in den Ost-West-Konflikt als Mittler zwischen den Großen einzugreifen.“⁸⁷⁶

Da Wien als Ort bezeichnet wird, welcher „wieder einmal“ wichtig für die Gipfeldiplomatie war, wird eine Tradition hergestellt und ein wiederholtes Vorkommen von wichtigen Gesprächen in dieser Stadt beschrieben. In diesem Aussagezusammenhang wird auf einen ehrgeizigen Plan dahinter verwiesen. Auch wird auf das für Österreich wichtige Selbstidentifikationselement des „Brückenbauers“ zwischen Ost und West Bezug genommen. Interessant ist, dass dies das einzige Mal ist, dass dieses für Österreich so relevante Aussagefeld in der deutschen Presse berührt wird.

Über die Spekulationen betreffend möglicher Gespräche der Außenminister während der Feierlichkeiten gibt es unterschiedliche Einschätzungen in den analysierten Texten. Während die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt, dass es Österreich völlig egal sein kann, ob Gespräche stattfinden oder nicht⁸⁷⁷, hat „Die Zeit“ eine gegenteilige Ansicht: „Die zugereisten Minister sprachen unverbindlich, versteht sich, ohne es darauf anzulegen. Nur die Gastgeber hatten es (ein bisserl) darauf angelegt.“⁸⁷⁸ Die Minister würden unverbindlich miteinander sprechen, während die österreichischen Gastgeber daran interessiert wären, dass wichtige Gespräche stattfinden, so deutet es „Die Zeit“ an. Die „FAZ“ meint dazu:

„Den Österreichern konnten solche ‚weltpolitischen Aspekte‘ am Rande ihres Jubiläums gleichgültig sein. Für sie war entscheidend, daß bei dem Staatsakt im Belvedere die vier Außenminister in den Festreden dem politischen Weg des neutralen, freien Österreichs während der vergangenen zehn Jahre einhellige Zustimmung ohne jeden kritischen Unterton zollten.“⁸⁷⁹

Für sie spielen also mögliche Gespräche für die österreichische Politik keine Rolle. Diese wäre eher auf die Konsolidierung und Anerkennung des eigenen politischen Weges aus. Die „FAZ“ schreibt noch über das Treffen zwischen dem französischen Außenminister und dem Außenminister der UdSSR zum Frühstück.⁸⁸⁰ Die wichtigsten möglichen Gespräche, die zwischen Gromyko und Rusk, besonders über Vietnam, werden so kommentiert:

⁸⁷⁶Die großen Vier zeigen sich die kalte Schulter, Süddeutsche Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁸⁷⁷Vgl. Österreich zehn Jahre lang Herr im eigenen Hause, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁸⁷⁸Politik und Apfelstrudel, Die Zeit, 21. 5. 1965, 5.

⁸⁷⁹Österreich zehn Jahre lang Herr im eigenen Hause, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁸⁸⁰Vgl. ebd., 4.

„Der gewollt freundlich-oberflächliche Ton des ersten gemeinsamen Abends in Wien scheint das gesamte Treffen der Außenminister bestimmt zu haben, was viele Kommentatoren zu der Überzeugung gelangen ließ, Gromyko habe derzeit kein Interesse daran, mit seinem amerikanischen Kollegen über das Problem Vietnam zu sprechen.“⁸⁸¹

Die Verantwortung dafür, dass keine Gespräche stattgefunden haben, wird also beim sowjetischen Außenminister ausgemacht. Die Atmosphäre wird als freundlich-oberflächlich beschrieben. Auch in der „Süddeutschen Zeitung“ wird der Artikel bereits mit der Mitteilung eröffnet, dass Gromyko auf eine Interviewfrage bezüglich möglicher Gespräche über aktuelle internationale Probleme nicht geantwortet hat.⁸⁸² Dabei wird auch auf sein „ausgezehrt, fahlgelbes Gesicht“⁸⁸³ hingewiesen. Die „Süddeutsche Zeitung“ beschreibt auch, dass zwar offiziell Bemühungen in Bezug auf Gespräche geleugnet werden, jedoch hinter vorgehaltener Hand daran gearbeitet wird: „Die beteiligten Politiker leugnen zwar offiziell ihre entsprechenden Bemühungen, weil sie den Ausgang des ambitiösen Unterfangens nicht gefährden sollen.“⁸⁸⁴ Hier wird auch darauf hingewiesen, dass kein Vierertreffen stattfinden wird, da der französische Außenminister strikt gegen ein solches sei.⁸⁸⁵ Dies würde sich symbolisch daran niederschlagen, dass de Murville nicht am selben Ort wie die anderen Außenminister nächtigen will: „Als einziger hat Couve de Murville die an alle vier Minister ergangene Einladung ausgeschlagen, als Staatsgast im Hotel Imperial abzusteigen.“⁸⁸⁶

Eine Möglichkeit für Gespräche sieht man laut „Süddeutscher Zeitung“ noch nach dem Festessen in der Hofburg, als Rusk und Gromyko sich für ein gemeinsames Gespräch zurückziehen, welches jedoch nach 5 Minuten bereits zu Ende war.⁸⁸⁷ Laut „Süddeutscher Zeitung“ war für Rusk dadurch klar, dass keine Gespräche stattfinden konnten:

„Für ihn ist jetzt fast zweifelsfrei, daß Gromyko ausweicht, daß er wohl Weisung hat, über den von Amerika neuerdings herbeigesehten Frieden in Südostasien noch keine Verhandlungen zu führen.“⁸⁸⁸

„Die Zeit“ spricht die politischen Gespräche auf andere Art und Weise an. Die Gespräche werden nicht als zentral eingeführt, sondern als nebenher in gemütlicher Atmosphäre geführte Nebensache, die keine ernsthaften hochpolitischen Gespräche darstellen:

⁸⁸¹Österreich zehn Jahre lang Herr im eigenen Hause, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁸⁸²Vgl. Die großen Vier zeigen sich die kalte Schulter, Süddeutsche Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁸⁸³Ebd., 4.

⁸⁸⁴Ebd., 4.

⁸⁸⁵Vgl. ebd., 4.

⁸⁸⁶Ebd., 4.

⁸⁸⁷Die großen Vier zeigen sich die kalte Schulter, Süddeutsche Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁸⁸⁸Ebd., 4.

„Doch Rusk, Gromyko, Couve de Murville und Stewart saßen zwischen den Damen der Wiener politischen Prominenz, und erst beim Mokka fanden sich die Partner zum politischen Gespräch, berührten sie dieses und jenes leidige Thema – wie am Morgen auf dem Balkon des Belvedere, als die Tiroler Trachtenkapelle aufspielte, und wie am Abend neben den Logen der Staatsoper, als Fidelio die Gitter dem Freiheitsruf der Gefangenen geöffnet hatte...“⁸⁸⁹

Der Hinweis auf Gespräche, die während des Trinkens von Kaffee oder in der Oper stattfinden, nimmt ihnen die weltpolitische Brisanz und stellt sie eher als eine Nebensache dar, die neben den Feierlichkeiten kaum Platz gefunden hat. Gleichzeitig kombiniert sie die politischen Gespräche, welche in der Berichterstattung häufig im Vordergrund stehen, mit einer Darstellung des Festaktes mit besonderem Fokus auf Elemente typisch österreichischer Kultur. Dabei wird auf die Wiener Kaffeehauskultur angespielt, die Tiroler Trachtenmusik und der Besuch der Oper erwähnt. Auch der Titel des Artikels „Politik und Apfelstrudel“ verbindet den diplomatischen Charakter des Jubiläums, in dem möglicherweise wichtige Weltpolitik besprochen werden würde, mit Elementen der österreichischen Kultur. Dies ist nicht der einzige Hinweis auf die österreichische Küche, auch die k. u. k. Monarchie bleibt nicht unerwähnt:

„Gutbürgerlich wie diese zweite Republik, die sich im k. u. k. Glanz unbefangen eingerichtet hat, weil sie ihm schon nicht mehr nachtrauert, war das Festmahl: Leberknödel, Tafelspitz und Apfelstrudel.“⁸⁹⁰

Während sich die anderen Zeitungsartikel sehr auf die politischen Gespräche fokussieren, scheint der Artikel in der „Zeit“ sich eher auf den Ablauf und die Atmosphäre des Festaktes zu konzentrieren, was durch Darstellung von Elementen österreichischer Kultur geschieht, während die Gespräche zu einer Nebensache werden. Diese Hinweise auf spezifisch österreichische Kultur fehlen in den anderen Artikeln völlig, abgesehen von Hinweisen auf das Schloss Belvedere und dessen ehemaligen Besitzer Prinz Eugen von Seiten der „FAZ“. Die besondere „Wiener Atmosphäre“, welche häufig in der österreichischen Presse beschworen wird, findet sich auch hier. Die „FAZ“ schreibt von guter Laune unter den Gästen beim Abendessen, von aufgelockerter Stimmung und davon, dass sich die Außenminister beim Vornamen nennen. „Die Zeit“ schreibt in Bezug auf die politischen Gespräche:

„Die Herren vom Wiener Ballhausplatz hörten sich alles gelassen an. Unberührt von den Strudeln der großen Politik entfalteteten sie im ‚Wiener Klima‘ ihren maßvollen außenpolitischen Ehrgeiz.“⁸⁹¹

⁸⁸⁹Politik und Apfelstrudel, Die Zeit, 21. 5. 1965, 5.

⁸⁹⁰Ebd., 5.

Ein interessanter Unterschied zur österreichischen Presse ist die Bewertung des „reenactment“ der Balkonszene mit jubelnder Menge im Belvederegarten. Die deutsche Presselandschaft betont hier die fehlende Begeisterung der Menge. Während „Die Zeit“ diese Szene überhaupt nicht erwähnt, schreibt die „FAZ“:

„Aber die tiefbewegte Stimmung und der zu Herzen gehende Jubel von damals ließen sich nicht wiederholen. Auch war im Vergleich zu den unübersehbaren Menschenmassen von damals die Zahl der Gekommenen klein. Die meisten Österreicher hatten es vorgezogen, das Jubiläumsfest daheim auf dem Bildschirm zu betrachten.“⁸⁹²

Einerseits wird von der geringen Menschenansammlung geschrieben, andererseits eine Erklärung damit angeboten, dass die meisten das Fest im Fernsehen verfolgen würden. Auch die „Süddeutsche Zeitung“ betont die geringe Zahl an Jubelnden im Park des Schloss Belvedere:

„Allerdings ist im riesigen Rund der Schloßparkanlagen bloß eine verschwindend kleine Menschenansammlung zusammengekommen – vor zehn Jahren sind es Hunderttausende [sic] gewesen, die jauchzend auf den Beinen waren. Die wenigen Leute winken ohne Enthusiasmus, während die Kirchenglocken läuten und die Minister, eine gemeinsame Autokolonne diesmal vermeidend, so eilig davonbreschen, als falle es ihnen schwer, den gegenseitigen Anblick länger zu ertragen.“⁸⁹³

Die Bewertung der Nachstellung der Balkonszene mit der jubelnden Menge steht der Bewertung in der österreichischen Presse entgegen. Ebenfalls unterschiedlich ist die Bewertung der Wichtigkeit des Jubiläums. Während in den Festreden und der österreichischen Presse immer wieder auf die internationale Bedeutung hingewiesen wird, ist in der deutschen Presse nur über den Umweg der Spekulationen über mögliche Gespräche der Außenminister eine über Österreich hinausgehende Bedeutung herauslesbar. Einzig in der „Süddeutschen Zeitung“ wird ein Ausschnitt aus Gromykos kurzer Stellungnahme nach der Ankunft in Österreich zitiert:

„Er würdigte den Staatsvertrag über Österreichs immerwährende Neutralität als ein Ereignis von internationalem Rang, wobei es ihm allerdings weniger darum zu gehen schien, die Neutralität als beispielhaft hervorzuheben. Er ließ vielmehr den Eindruck aufkommen, ihm sei eher daran gelegen, die Nützlichkeit vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Moskau zu unterstreichen.“⁸⁹⁴

Dabei wird nicht nur der Staatsvertrag, sondern auch die Neutralität angesprochen, welche häufig im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag erwähnt wurde. Wichtig dabei scheint für die

⁸⁹¹Politik und Apfelstrudel, Die Zeit, 21. 5. 1965, 5.

⁸⁹²Vgl. Österreich zehn Jahre lang Herr im eigenen Hause, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁸⁹³Die großen Vier zeigen sich die kalte Schulter, Süddeutsche Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁸⁹⁴Ebd., 4.

„Süddeutsche Zeitung“, wie auch für „Die Zeit“, wie die Außenminister die Neutralität Österreichs bewerten und welche außenpolitischen Funktionen sie hat. So betont die „Süddeutsche Zeitung“, dass sie von Gromyko nicht als beispielhaft hervorgehoben wurde, sondern dass es dabei nur um Eigenpropaganda ging, nämlich darum, hervorzuheben, wie nützlich eine gute Zusammenarbeit mit der UdSSR sei. In der „Zeit“ werden Teile aus den Reden von Klaus und Gromyko zitiert, in denen jeweils über die Neutralität gesprochen wurde. Dabei wird Klaus zitiert, als er die Neutralität als etwas bezeichnete, das Österreich nicht in die Isolation führe. Gromykos Rede wird derart wiedergegeben:

„Als Modellfall im buchstäblichen Sinne möchte heute freilich weder Washington noch Moskau das österreichische Beispiel verstanden wissen. Gromyko ließ sehr dezent die Sorge anklingen, daß solche Neutralität ‚konjunkturpolitisch‘ nach Westen schwanken könnte, während Rusk Österreichs ‚dynamische Neutralität‘ – nicht zu Unrecht – auf das Konto der Freiheit im westlichen Sinne zu buchen suchte.“⁸⁹⁵

Hier wird besonders betont, dass weder von Amerika noch von der UdSSR Österreichs Neutralität und Staatsvertrag als Modell gelten kann. Auch wird darauf hingewiesen, dass offensichtlich Konfliktlinien angeklungen waren: Während Gromyko sich darum sorgte, dass Österreich sich trotz Neutralität dem Westen annähern könnte, wird diese Neutralität von Rusk im Sinne einer „dynamische Neutralität“ interpretiert.

11 Zusammenfassende Analyse

In diesem Kapitel sollen die Analysen der Aussagen der Festreden, der österreichischen Presse und der analysierten Auslandspresse zusammengeführt werden.

Ein diskursiv häufig erwähntes Aussagefeld ist die österreichische Neutralität. Daraus sind einige interessante Aussagen herauszufiltern. So wird beispielsweise in den Reden des österreichischen Bundeskanzlers Klaus und des sowjetischen Außenministers Gromyko erwähnt, dass die österreichische Neutralität die freiwillige Entscheidung Österreichs war und man sich ohne Fremdeinwirkung dazu entschlossen hat.⁸⁹⁶ Dieses Aussagefeld findet sich auch häufig in der österreichischen Presse wieder, wobei betont wird, dass es eine freie Entscheidung ohne Auferlegung von außen war.⁸⁹⁷ Im Zuge der Staatsvertragsverhandlungen wurde viel über die Neutralität verhandelt und auch diskutiert. Die österreichische Neutralität stellte sich im Zuge

⁸⁹⁵Politik und Apfelstrudel, Die Zeit, 21. 5. 1965, 5.

⁸⁹⁶Vgl. Andrei Andrejewitsch Gromyko, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

Vgl. Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁸⁹⁷Vgl. Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

der Staatsvertragsverhandlungen eher weniger als selbstgewählt heraus, sondern als ein Teil der Verhandlungen zwischen dem östlichen und westlichen Block im Kalten Krieg. Besonders von sowjetischer Seite wurde die Neutralität gefordert, wobei besonders darauf geachtet wurde, nicht den Anschein zu erwecken, es würde Druck ausgeübt, sondern stets die Freiwilligkeit betont wurde.⁸⁹⁸ Dennoch war es schlussendlich eine Bedingung der Sowjetunion, um den Staatsvertrag abzuschließen.⁸⁹⁹ Gleichzeitig war im Jahr 1965 die Betonung der selbstgewählten Neutralität wichtig, da die Neutralität ein wichtiger Teil des Selbstverständnisses der jungen Republik war und bis heute für ÖsterreicherInnen ein wichtiges Element des Nationalstolzes ist.⁹⁰⁰ Von Bundeskanzler Klaus wie auch in der österreichischen Presse wird dahingehend stets betont, dass durch die freie Entscheidung Österreichs zur Neutralität auch nur Österreich zu entscheiden hat, wie diese im Einzelnen zu interpretieren ist. Diskursiv wird in der österreichischen Presse wie auch in der Rede von Bundeskanzler Klaus damit darauf hingewiesen, dass aufgrund einer freien Neutralitätsentscheidung Österreich alleine über deren Auslegung zu entscheiden hat. Damit wird also subtil eine Fremdeinmischung abgelehnt, was auch im Zusammenhang mit der Debatte über die Vereinbarkeit der Neutralität mit den EWG-Verhandlungen gesehen werden kann.

Die Auslandspresse erwähnt die Neutralität Österreichs besonders im Hinblick auf die Verhandlungen Österreichs mit der EWG. Dies zeigt, dass das internationale Interesse an der Österreichischen Neutralität besonders an dieser zeitgenössischen Konfliktlinie liegt. Dabei attestierten die ungarische⁹⁰¹ und sowjetische⁹⁰² Presse eindeutig, dass die EWG einer Neutralität Österreichs im Weg stehe, während eine britische Zeitung dabei kein Hindernis sieht, da Österreich auch der EFTA, der OEEC und dem Europarat beigetreten ist.⁹⁰³ In der österreichischen Presse spielt die Debatte über die EWG in Beziehung zur Neutralität interessanterweise keinerlei Rolle in der Berichterstattung. Einzig die „Volksstimme“ weist genauso wie die kommunistischen Länder darauf hin, dass der Beitritt zur EWG zu einer indirekten Verbindung zu Deutschland führen würde.⁹⁰⁴ Der sowjetische Außenminister weist in

⁸⁹⁸Vgl. Stourzh, Um Einheit und Freiheit, 489-490.

Vgl. ebd., 252-334.

⁸⁹⁹Vgl. ebd., 495.

⁹⁰⁰Vgl. Bruckmüller, Nation Österreich, 82.

⁹⁰¹Vgl. Auslands-Presseschau o. Nr., Ungarische Presse zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹⁰²Vgl. Auslands-Presseschau 95, Der Staatsvertrag hat sich bewährt, Isvestija, Moskau 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹⁰³Vgl. Auslands-Presseschau 94, Enttäuschender Ausgang der Außenminister-Gespräche in Wien, The Financial Times, London 17. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹⁰⁴Vgl. Das erste Staatsvertragsjahrzehnt, Volksstimme, 15. 5. 1965, 2.

seiner Rede auch darauf hin, dass die Politik in Bezug auf die Neutralität frei von „Konjunkturerwägungen“ sein sollte,⁹⁰⁵ was eine Anspielung auf diese Diskussion sein könnte, während der amerikanische Außenminister Österreichs dynamischen Charakter in Bezug auf die Neutralität lobt⁹⁰⁶. Auch der Präsident des Europarates Pflimlin beschreibt Österreichs Teilnahme an verschiedenen internationalen Organisationen wie dem Europarat als mit dem Neutralitätsstatus vereinbar, schickt jedoch voraus, dass es sich bei diesen Organisationen um keine Allianz oder Wirtschaftsblock handelt.⁹⁰⁷ Hier wird die Konfliktlinie im zeitgenössischen Diskurs rund um die Neutralität Österreichs sichtbar. Während von westlicher Seite, wie hier im Zitat vom amerikanischen Außenminister Rusk und der britischen Presse, betont wird, dass die Neutralität dynamisch sei, wird das von sowjetischer Seite anders interpretiert. Die Sowjetunion steht den Verhandlungen sehr kritisch gegenüber und diese Kritik wird nicht nur in der sowjetischen Presse angesprochen, sondern auch in einer Anspielung in der Rede Gromykos und der „Volksstimme“, der Zeitung der Kommunistischen Partei Österreichs, welche ideologisch dem Ostblock nahesteht. Während also einerseits die Dynamik betont wird oder darauf hingewiesen wird, dass sich die Neutralität ausschließlich auf militärische Belange konzentriert, wird auf der anderen Seite vor einer Aufweichung des neutralen Status gewarnt. Österreichs Position wird in der österreichischen Presse und der Rede von Bundeskanzler Klaus klar, indem darauf hingewiesen wird, dass die Interpretation über die Neutralität Österreich selbst obliegt.

Interessant in Bezug auf den Diskurs über die Neutralität ist, dass sie in der österreichischen Presse wie auch den Reden als sehr positiv für Österreich dargestellt wird, dabei interessanterweise jedoch nie ein Bezug zur Sowjetunion hergestellt wird. Die UdSSR spielte eine große Rolle dabei, Österreichs neutralen Status zu erwirken, was jedoch kein einziges Mal Erwähnung findet, abgesehen von einer Rede von Außenminister Kreisky, welcher sich besonders bei der Sowjetunion dafür bedankt, dass sie die Diskussion über die Neutralität angestoßen habe. Dabei wird zumindest andeutungsweise die Sowjetunion als wichtiges Element der Neutralitätsentscheidung miteinbezogen.⁹⁰⁸ Dieser Teil der Rede wird auch teilweise in österreichischen Zeitungen abgedruckt.⁹⁰⁹

In seiner Rede erwähnt Kreisky, dass Österreich allen vier Signatarmächten für bestimmte Dinge dankbar sein muss. In der österreichischen Presse spielt die Hervorhebung von Dankbarkeit

⁹⁰⁵Vgl. Andrei Andrejewitsch Gromyko, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁹⁰⁶Vgl. Dean Rusk, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁹⁰⁷Vgl. Pierre Pflimlin, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁹⁰⁸Vgl. Bruno Kreisky, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁹⁰⁹Vgl. Jubel um die „Vier“ im Belvedere, Die Presse, 17. 5. 1965, 5.

So wurde der Staatsvertrag gefeiert, Kurier, 17. 5. 1965, 3.

keine Rolle, mit Ausnahme der Erwähnung von wirtschaftlichen Hilfen der USA, welche beim Wiederaufbau Österreichs geholfen haben.⁹¹⁰ Jedoch wird die Rede von Kreisky immer wieder zitiert und dabei auch Aspekte der Dankbarkeit erwähnt.⁹¹¹ Die analysierte Auslandspresse erwähnt keine Dankbarkeit, abgesehen von einem sowjetischen Presseartikel, welcher die Dankbarkeit Österreichs gegenüber der UdSSR hervorhebt.⁹¹² Im Zusammenhang mit der Besatzungszeit unter den Signatarstaaten wird, wenn sie überhaupt Erwähnung findet, eher auf das Leiden der österreichischen Bevölkerung hingewiesen, statt auf die Dankbarkeit gegenüber den Signatarmächten.⁹¹³ Interessanterweise wird auch immer wieder in den Festreden darauf hingewiesen, dass Österreich unter der Besatzungszeit, die allgemein als sehr lange andauernd dargestellt wird, gelitten habe. Darauf weisen nicht nur Klaus⁹¹⁴ und Kreisky⁹¹⁵ hin, sondern auch Couve de Murville⁹¹⁶, Rusk⁹¹⁷ und Quaison-Sackey.⁹¹⁸ Während dieses Aussagefeld in der ausländischen Presse keinen Widerhall findet, zumindest in der Auslands-Presseschau dahingehend nichts zu finden ist, wird auch in der österreichischen Zeitungslandschaft selten Bezug darauf genommen. Obwohl der Staatsvertrag als das Dokument gefeiert wird, welches die Besatzungszeit in Österreich beendet hat, kommt die Besatzungszeit in der Berichterstattung nicht sehr häufig vor. Insgesamt wird höchstens in Nebensätzen darauf hingewiesen oder die wirtschaftlichen Probleme angesprochen, wobei der „Kurier“ auch dezidiert die UdSSR als negativere Besatzungsmacht darstellt, was sonst in keiner Zeitung zu finden ist.

Österreichs Selbstbild als „Brückenbauer“ zwischen Ost und West wird in den Festreden wiedergegeben. Nicht nur von Bundeskanzler Klaus⁹¹⁹ sondern auch von Couve de Murville⁹²⁰ und Pflimlin⁹²¹. Die „Süddeutsche Zeitung“⁹²² weist auf Österreichs Rolle als Mittler hin, während in der ungarischen Presse die Metapher des Brückenbauers verwendet wird. Dies wird

⁹¹⁰Vgl. Mit Zuversicht in die Zukunft, Die Presse, Wochenendbeilage, 15./16. 5. 1965, 9.

Vgl. Zehn Jahre Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 2.

⁹¹¹Vgl. Jubel um die „Vier“ im Belvedere, Die Presse, 17. 5. 1965, 5.

Vgl. So wurde der Staatsvertrag gefeiert, Kurier, 17. 5. 1965, 3.

Vgl. Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, Arbeiter Zeitung, 16. 5. 1965, 1-2.

Vgl. Glanzvolles Fest: 10 Jahre Staatsvertrag, Wiener Zeitung, 16. 5. 1965, 1-2.

⁹¹²Vgl. Auslands-Presseschau 95, Der Staatsvertrag hat sich bewährt, Ivestija, Moskau 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹¹³Vgl. Daheim in Österreich, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 1.

⁹¹⁴Vgl. Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁹¹⁵Vgl. Bruno Kreisky, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁹¹⁶Vgl. Maurice Couve De Murville, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁹¹⁷Vgl. Dean Rusk, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁹¹⁸Vgl. Alex Quaison-Sackey, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁹¹⁹Vgl. Josef Klaus, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁹²⁰Vgl. Maurice Couve De Murville, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁹²¹Vgl. Pierre Pflimlin, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁹²²Vgl. Die großen Vier zeigen sich die kalte Schulter, Süddeutsche Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

jedoch dazu verwendet, auch Ungarn als Brücke von Ost nach West darzustellen.⁹²³

Interessanterweise findet diese Selbstbeschreibung in der österreichischen Presse nicht den erwarteten Wiederhall, nur in der „Presse“⁹²⁴ wird davon geschrieben. Die Vermittlerposition Österreichs wird jedoch dadurch betont, indem die Wichtigkeit Österreichs bzw. Wiens als Ort für internationale Treffen hervorgehoben wird. Dabei wird häufig auf eine Tradition verwiesen, die teilweise bis zum Wiener Kongress⁹²⁵ zurückgeht, mindestens jedoch seit dem Staatsvertrag und dem Treffen zwischen Kennedy und Chruschtschow gesehen wird.⁹²⁶ Dabei eine besondere Rolle spielt in der österreichischen⁹²⁷ wie auch in der deutschen Presse⁹²⁸ eine Betonung einer besonderen „Wiener Atmosphäre“ des informellen Austauschs. Auch „Die Zeit“ erwähnt den Wiener Kongress im Zusammenhang mit wichtigen Friedensgesprächen in Wien,⁹²⁹ die „Süddeutsche Zeitung“ weist auf Wiens Rolle als Schauplatz der Gipfeldiplomatie hin⁹³⁰ und der Artikel in „FAZ“ beschreibt insgesamt die Atmosphäre in Wien als informell, freundlich-oberflächlich⁹³¹, während „Die Zeit“ die typisch österreichische Atmosphäre mit typisch österreichisch-kulturellen Elementen wie Apfelstrudel und Kaffeehauskultur beschreibt.⁹³²

Damit zusammenhängend ist das wichtigste Diskursfeld in der österreichischen und internationalen Presse die Spekulation darüber, ob Gespräche und Kontakte zwischen den Außenministern während des Treffens zustande kommen oder nicht. In verschiedenen Artikeln berichtet die Presse über sämtliche Kontakte und Gespräche und Möglichkeiten eines informellen Kontaktes der Festgäste. In der österreichischen Presse wird nach dem Festakt, als klar wurde, dass die erwarteten Gespräche nicht zustande gekommen waren, der informelle Kontakt gelobt und die friedensschaffende Wirkung des Treffens hervorgehoben.⁹³³ Dadurch entsteht der Eindruck, dass durch die möglichen Gespräche dem Festakt eine zusätzliche wichtige internationale Bedeutung verliehen werden sollte, welche sich nicht eingestellt hat. Dies wird jedoch nicht in vollem Maße anerkannt, sondern dennoch auf einem Erfolg und einer

⁹²³Vgl. Auslands-Presseschau o. Nr., Ungarische Presse zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹²⁴Vgl. Zu zweit statt zu viert, Die Presse, 17. 5. 1965, 1.

⁹²⁵Vgl. Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

⁹²⁶Vgl. 15. Mai 1965, Wiener Zeitung, 17. 5. 1965, 2.

⁹²⁷Vgl. Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, Arbeiter Zeitung, 16. 5. 1965, 1-2.

⁹²⁸Vgl. Politik und Apfelstrudel, Die Zeit, 21. 5. 1965, 5.

⁹²⁹Vgl. ebd., 5.

⁹³⁰Vgl. Die großen Vier zeigen sich die kalte Schulter, Süddeutsche Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁹³¹Vgl. Österreich zehn Jahre lang Herr im eigenen Hause, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁹³²Vgl. Politik und Apfelstrudel, Die Zeit, 21. 5. 1965, o. S.

⁹³³Vgl. Ein Wiener Frühstück, Arbeiter Zeitung, 18. 5. 1965, 2.

entspannenden und friedensschaffenden Wirkung des Treffens beharrt.⁹³⁴ Auch in der Auslandspresse ist dies ein dominierendes Element der Berichterstattung. Dabei betont beispielsweise „Die Zeit“ ganz klar, dass die österreichischen Gastgeber es darauf anlegen würden, Gespräche stattfinden zu lassen. Sie betonen auch den informellen Charakter und die Möglichkeit der informellen Gespräche.⁹³⁵ Die Schuld daran, dass keine Gespräche stattgefunden haben, wird beim sowjetischen Außenminister Gromyko gesehen. Die „FAZ“ betont, dass es für Österreich keine Rolle spielen würde, ob Gespräche stattfinden würden oder nicht und das Treffen dennoch ein Erfolg sei.⁹³⁶ In der Auslands-Presseschau ist auch von einem italienischen Presseergebnis zu lesen, welche dem Staatsakt durchaus eine wichtige Bedeutung zuschreibt, obwohl die Gespräche nicht zustande gekommen waren.⁹³⁷ Eine britische Zeitung spricht eindeutig vom Scheitern der Gespräche, als Grund wird der sowjetische Außenminister genannt.⁹³⁸ In der Auslands-Presseschau⁹³⁹ wie auch in der österreichischen Presse⁹⁴⁰ wird jedoch auch über das Gespräch zwischen Couve de Murville und Gromyko geschrieben. Insgesamt wird insbesondere das Ergebnis des Treffens unterschiedlich gesehen. Während in der österreichischen Presse teilweise die stattgefundenen Gespräche besonders betont und als entspannendes Zeichen überhöht wurden, sind in der ausländischen Presse auch andere Meinungen zu lesen, welche von einem Scheitern und einer Enttäuschung des Treffens in Wien sprechen.

Der Staatsvertrag wird besonders in der österreichischen Presse häufig als Symbol für friedliche Verständigung der Großmächte untereinander genannt und teilweise sogar als Ausgangspunkt der friedlichen Koexistenz gesehen.⁹⁴¹ Dabei wird seine Beispielhaftigkeit gelobt.⁹⁴² In der Auslandspresse wird darauf nicht explizit hingewiesen, jedoch wird in der ungarischen Presse

⁹³⁴Vgl. 15. Mai 1965, Wiener Zeitung, 17. 5. 1965, 2.

Vgl. So wurde der Staatsvertrag gefeiert, Kurier, 17. 5. 1965, 3.

Vgl. Staatsvertrag-Treffen ohne Sensation, Kurier, 17. 5. 1965, 2.

⁹³⁵Vgl. Politik und Apfelstrudel, Die Zeit, 21. 5. 1965, o. S.

⁹³⁶Vgl. Österreich zehn Jahre lang Herr im eigenen Hause, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

⁹³⁷Vgl. Auslands-Presseschau 94, Gromyko vermeidet das Thema Vietnam in seinem Gespräch mit Rusk, II Messaggero, Rom 16. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹³⁸Vgl. Auslands-Presseschau 94, Enttäuschender Ausgang der Außenminister-Gespräche in Wien, The Financial Times, London 17. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹³⁹Vgl. ebd.

⁹⁴⁰Vgl. Ein Wiener Frühstück, Arbeiter Zeitung, 18. 5. 1965, 2.

Vgl. Lange Konferenz Gromyko – Couve in Wien, Die Presse, 17. 5. 1965, 1-2.

Vgl. Zu zweit statt zu viert, Die Presse, 17. 5. 1965, 1.

⁹⁴¹Vgl. Zehn Jahre Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 2.

Vgl. Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

⁹⁴²Vgl. Das erste Staatsvertragsjahrzehnt, Volksstimme, 15. 5. 1965, 2.

Vgl. Die vier Außenminister bereits in Wien eingetroffen, Kurier, 15. 5. 1965, 5.

die Wichtigkeit dieser Verhandlungslösung erwähnt⁹⁴³ und in einer britischen Zeitung wird davon gesprochen, dass es sich um das erste Anzeichen eines Tauwetters handelte.⁹⁴⁴ Besonders bei den Reden am Staatsakt wird diese Symbolhaftigkeit herausgestrichen. Jeder Redner weist darauf hin, bis auf Stewart, Quaison-Sackey und Kreisky. Meist wird dies mit einer gegenwärtigen Hoffnung und einer Perspektive auf die Zukunft verbunden, dass wieder derart komplexe Probleme durch Verhandlungen positiv für alle Beteiligten gelöst werden können.

Obwohl das sogenannte „Deutsche Eigentum“ eines der größten Hindernisse bei der Erreichung des Staatsvertrages dargestellt hat, spielt es zehn Jahre später beim Jubiläum bereits praktisch keine Rolle mehr im Diskurs. Die österreichische Presselandschaft nimmt nur in geschichtlichen Überblicken über Staatsvertragsverhandlungen darauf Bezug,⁹⁴⁵ oder in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs. Obwohl bei den wenigen Erwähnungen die sowjetischen Forderungen im Vordergrund stehen, werden stets auch amerikanische, britische und französische Forderungen erwähnt.⁹⁴⁶ In den Reden wird das „Deutsche Eigentum“ nur von Außenminister Kreisky erwähnt, indem er darauf hinweist, dass durch Initiative Frankreichs eine Lösung desselben erarbeitet werden konnte.⁹⁴⁷ In der Auslandspresse und auch in der analysierten deutschen Presse sind keine Aussagen dahingehend zu finden.

Die mit dem Staatsvertrag gewonnene Freiheit ist ein wiederkehrendes Element des Diskurses. Interessant ist hier, genauer zu betrachten, wie diese Freiheit interpretiert wird bzw. wovon man sich als befreit betrachtet: Nur von den Besatzungsmächten oder auch von der Zeit der NS-Diktatur. In der österreichischen Presse wird die Freiheit eindeutig als Freiheit vor den Besatzungsmächten ausgemacht. So nennt zwar der „Kurier“ bereits 1945 als Zeitpunkt an dem Österreich frei wurde, jedoch war diese Freiheit nur nominell und erst 1955 war man richtig frei.⁹⁴⁸ Auch die „Volksstimme“ setzt den Staatsvertrag als Höhepunkt der Befreiung fest, die bereits 1945 stattgefunden hat.⁹⁴⁹ In anderen Presseartikeln wird die NS-Zeit jedoch beinahe völlig ausgespart und insbesondere aus dem Diskurs rund um „Freiheit“ nicht miteinbezogen.

⁹⁴³Vgl. Auslands-Presseschau o. Nr., Ungarische Presse zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹⁴⁴Vgl. Auslands-Presseschau 92, 10 Jahre österreichischer Staatsvertrag, The Times, London 14. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹⁴⁵Vgl. Der Weg zum österreichischen Staatsvertrag, Arbeiter Zeitung, 14. 5. 1965, 3.

⁹⁴⁶Vgl. Nicht alle fanden den Anschluß, Die Presse, Wochenendebeilage, 15./16. 5. 1965, 10.

Vgl. Was uns der Staatsvertrag gekostet hat, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 7.

⁹⁴⁷Vgl. Bruno Kreisky, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

⁹⁴⁸Vgl. Zehn Jahre Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 2.

⁹⁴⁹Vgl. Der große Tag vom Belvedere, Volksstimme, 15. 5. 1965, 3.

Häufig wird dezidiert nur die Freiheit vor den Besatzungsarmeen erwähnt.⁹⁵⁰ Die Freiheit vor den Besatzungsarmeen spielt also eine Rolle, während Befreiung durch die Besatzungsarmeen keine Erwähnung findet. Auch die Auslandspresse beschreibt den Staatsvertrag als das Ereignis, welches Österreich die Freiheit gebracht hat, so titelt eine Pariser Zeitung: „Vor zehn Jahren feierten die Österreicher ihre richtige Befreiung“.⁹⁵¹ Auch in den Festreden wird immer wieder von der Freiheit durch den Staatsvertrag gesprochen. Dabei ist der Außenminister der UdSSR der einzige, der nicht von Freiheit durch den Staatsvertrag spricht, sondern von Befreiung durch die Sowjetunion im Jahr 1945.⁹⁵² Es werden also zwei unterschiedliche Interpretationen von „Freiheit“ angesprochen. Während in der österreichischen Presselandschaft eindeutig die Freiheit vor den Besatzungsmächten genannt wird, wird auch vereinzelt, wie auch in der zitierten französischen Zeitung, von der „richtigen“ Befreiung gesprochen, welche durch den Staatsvertrag erreicht wurde. Teilweise wird also die Befreiung vom Faschismus angesprochen, jedoch nicht als vollständig freiheitsbringend wiedergegeben. Dies geschah erst durch den Staatsvertrag.

Besonders die österreichische Presse betont die Begeisterung der Menge, als die am Festakt beteiligten Politiker die Balkonszene neu inszenierten. Dabei wird in jeder Zeitung die besondere Begeisterung hervorgehoben und auch Fotos davon abgedruckt.⁹⁵³ Hierbei zeigt sich ein interessanter Gegensatz zur Berichterstattung in den deutschen Zeitungen. In der „FAZ“ wie auch in der „Süddeutschen Zeitung“ wird davon geschrieben, dass es sich um eine kleine Menge handelte und sich der Jubel nicht wiederholen konnte.⁹⁵⁴

In der österreichischen Erinnerungskultur spielt die Opferthese eine besonders wichtige Rolle. Der Diskurs 1965 ist daher in der österreichischen Presse noch eindeutig im Sinne des Narratives des „ersten Opfers“ Österreich geprägt. Dabei wird der Staatsvertrag als Endpunkt der Fremdbesatzung gesehen, welche mit dem „Anschluss“ begann. Es wird in diesem

⁹⁵⁰Vgl. Wiedersehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

⁹⁵¹Auslands-Presseschau 94, Vor zehn Jahren feierten die Österreicher ihre richtige Befreiung, Paris 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹⁵²Vgl. Andrei Andrejewitsch Gromyko, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁹⁵³Vgl. Jubel um die „Vier“ im Belvedere, Die Presse, 17. 5. 1965, 5.

Vgl. Zwei Bilder, Kronen Zeitung, 16. 5. 1965, 2.

Vgl. So wurde der Staatsvertrag gefeiert, Kurier, 17. 5. 1965, 3.

Vgl. Staatsvertragsfeier vereinte ganz Österreich im Bekenntnis zur Unabhängigkeit, Neutralität und Frieden, Volksstimme, 16. 5. 1965, 1.

Vgl. Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, Arbeiter Zeitung, 16. 5. 1965, 1-2.

Vgl. Vor zehn Jahren und heute, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 1.

⁹⁵⁴Vgl. Die großen Vier zeigen sich die kalte Schulter, Süddeutsche Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

Vgl. Österreich zehn Jahre lang Herr im eigenen Hause, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

Zusammenhang sogar Kritik an den Besatzungsmächten laut, welche Österreich zehn Jahre besetzt hielten, obwohl es ein Opfer gewesen sei.⁹⁵⁵ Dabei wird auch nicht zwischen österreichischen Opfern und Tätern differenziert.⁹⁵⁶ Auch der österreichische Widerstand wird immer wieder besonders hervorgehoben, wobei die „Arbeiter Zeitung“ sogar so weit geht, den Staatsvertrag als Verdienst der Widerstandskämpfer zu interpretieren.⁹⁵⁷ Interessant ist hier, dass in der analysierten Auslandspresse bereits andere Sichtweisen zu sehen sind. In der schweizerischen „Die Tat“ wird dies bereits kritischer gesehen und Österreichs Vorteil gegenüber Deutschland hervorgehoben, da es als befreites Land gegolten hatte und nicht als besiegt Land.⁹⁵⁸ In der französischen Presse findet sich der Hinweis, dass Österreichs Jubel beim „Anschluss“ von Paris, London und Washington nicht vergessen wurde, jedoch wird dies auch gleich den österreichischen Opfern in den Konzentrationslagern gegenübergestellt. So wird Österreich als Land der Nationalsozialisten und Opfer der Nationalsozialisten gleichermaßen dargestellt.⁹⁵⁹ In der deutschen Presse findet sich keinerlei Hinweis auf Österreichs Beteiligung am Zweiten Weltkrieg oder dem Opfermythos, weder in kritischer noch in zustimmender Form. Auch in den Festreden wird das Zustandekommen des Staatsvertrags ganz im Sinne des Opfermythos interpretiert. Während Gromyko davon spricht, dass die UdSSR Österreich von der Hitler Tyrannie befreit hat,⁹⁶⁰ sprechen Couve de Murville und Quaison-Sackey von dem Überfall Nazideutschlands und Österreich als erstem Opfer. Dabei wird interessanterweise auch die Besatzungszeit mit der Zeit unter dem NS-Regime zusammengefasst und von 17 Jahre andauernder Unfreiheit gesprochen.⁹⁶¹

12 Die Staatsvertragsjubiläen in der Zweiten Republik nach 1965

Die Jubiläen 1960 und insbesondere 1965 waren die ersten großen Jubiläumsfeierlichkeiten bezüglich des Staatsvertrages. Diese wurden periodisch alle fünf bis zehn Jahre in großangelegten Staatsakten gefeiert. In diesem Kapitel soll ein kurzer Überblick über diese Jubiläumsfeierlichkeiten gegeben werden und mit den Feierlichkeiten 1965 verglichen werden.

⁹⁵⁵Vgl. Es war ein dornenvoller Weg, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 4-6.

⁹⁵⁶Vgl. Mächtige Kundgebung der Jugend, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 10.

⁹⁵⁷Vgl. Die Wurzeln des 15. Mai 1955, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 3.

⁹⁵⁸Vgl. Auslands-Presseschau 92, Österreich feiert, Die Tat, Zürich 14. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹⁵⁹Vgl. Auslands-Presseschau 94, Vor zehn Jahren feierten die Österreicher ihre richtige Befreiung, Paris 15. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressediens, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

⁹⁶⁰Vgl. Andrei Andrejewitsch Gromyko, in: Die Reden anlässlich der Feier, o.S.

⁹⁶¹Vgl. Maurice Couve De Murville, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

Vgl. Alex Quaison-Sackey, in: Die Reden anlässlich der Feiern, o.S.

Die wiederkehrenden Feierlichkeiten mit ihren entsprechenden Inszenierungen machten den Staatsvertrag zu einem identitätsstiftenden Bezugspunkt. Regelmäßig wurden damit verschiedene Ausdrucksformen des kulturellen Gedächtnisses wiedergegeben, von Zeitungs-Sonderbeilagen, TV- und Radio-Sondersendungen, Ausstellungen und Sondermünzen. Zu den wichtigsten wiederkehrenden Elementen gehörten auch militärische Zeremonien und staatliche Gedenktage sowie Dankgottesdienste.⁹⁶² Katharina Wegan sieht in ihrem Text aus 2002 in der historischen Entwicklung der Staatsvertragsjubiläen drei bzw. vier verschiedene Phasen. Die erste Phase dauerte dabei bis zu den 1970er-Jahren und wird größtenteils von den in der vorliegenden Arbeit behandelten Jubiläen von 1960 und 1965 dominiert und dementsprechend bereits genau dargestellt. Die zweite Phase dauerte von den 1970er-Jahren bis in die erste Hälfte der 1980er-Jahre. In beiden Phasen war der Einfluss der Spannungen des Kalten Krieges besonders groß, wobei sich Österreich stets als Vermittler präsentierte.⁹⁶³

Das 15-Jahr-Jubiläum der Staatsvertragsunterzeichnung wurde 1970 gefeiert, jedoch in weit kleinerem Rahmen als 1965. Dabei kam den Feierlichkeiten auch viel weniger internationale Aufmerksamkeit zu. Interessant bei diesem Jubiläum ist, dass im Vergleich mit den anderen Staatsvertragsjubiläumsfeierlichkeiten in der Zweiten Republik relativ viel Aufmerksamkeit der Unabhängigkeitserklärung zukam, während die Unterzeichnung des Staatsvertrags nicht besonders groß gefeiert wurde. 25 Jahre Unabhängigkeitserklärung standen stärker im Vordergrund, so wurde beispielsweise von Bruno Kreisky die Regierungserklärung an diesem Tag proklamiert. Es wurde auch darauf verzichtet, am 15. Mai öffentliche Gebäude zu beflaggen, da dies bereits am Tag der Befreiung Österreich (27. 4.), dem Tag der Arbeit (1. 5.) und dem Europa-Tag (4. 5.) der Fall gewesen war. Am Heldenplatz wurde vom Bundesheer der Zapfenstreich abgehalten, es gab Flaggenparaden und Feierstunden in Kasernen. Das Bundesheer war also eindeutig der zentrale Protagonist der Feierlichkeiten.⁹⁶⁴ Dies erinnert an das Jubiläum 1960, in dem auch das Bundesheer die zentrale Rolle der Feierlichkeiten spielte.

1975 wurden wieder die Außenminister der vier Signatarstaaten eingeladen, welche jedoch nicht erschienen, sondern von Stellvertretern im Ministerrang vertreten wurden. Die Jubiläumsfeierlichkeiten wurden insgesamt überschattet von einem Treffen zwischen dem

⁹⁶²Vgl. Heidemarie Uhl, Der Staatsvertrag – Ein Gedächtnisort der Zweiten Republik, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Frei – Souverän – Neutral – Europäisch. 1945 – 1955 – 1995 – 2005 (Informationen zur Politischen Bildung Band 22), Innsbruck/Wien 2004, 67-78, 75.

⁹⁶³Vgl. Katharina Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag. Über österreichische Eigenbilder zum Staatsvertragsjubiläum, Demokratiezentrum Wien, URL: <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=417&index=890> (abgerufen 01.07.2020), 5.

⁹⁶⁴Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 39.

sowjetischen Außenminister Gromyko und dem amerikanischen Außenminister Kissinger in Wien. Aktualität erfuhr der österreichische Minderheitenschutz, da die jugoslawische Regierung Österreich vorwarf, die im Staatsvertrag festgeschriebenen Bestimmungen in Bezug auf die slowenische Minderheit in Kärnten nicht zu erfüllen. In heimischen wie auch internationalen Medien wurde wenig über das Jubiläum berichtet. Hier ist besonders der Unterschied des Ausmaßes des Jubiläums zu nennen. Während sich die Außenminister der Signatarmächte vertreten ließen und auch international dem Treffen wenig Bedeutung zugemessen wurde, war dies 1965 völlig anders. Das Treffen der Außenminister der beiden Signatarstaaten USA und Sowjetunion wenige Tage nach den Feierlichkeiten zog die Aufmerksamkeit auf sich, während Österreich sich auch hier als Vermittlerstaat inszenieren konnte.⁹⁶⁵

1980 feierte man 25 Jahre Staatsvertragsunterzeichnung, wobei die Außenminister der vier Signatarmächte anwesend waren. Interessant ist, dass außerdem auch Außenminister mehrerer Nachbarstaaten eingeladen wurden, an den Feierlichkeiten teilzunehmen. Ein großes Fest für die Bevölkerung fand statt. Aufgrund internationaler Spannungen nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan wurde auch dieser Festakt als Zeichen der Entspannung inszeniert. Dabei fand sich in den Reden auch wieder Österreichs Rolle als Vermittler wieder sowie die Betonung des Staatsvertrags als Symbol erfolgreicher Verhandlungslösungen zwischen Ost und West. Die Einladung von Außenministern einiger Nachbarstaaten war eine Neuerung in den Feierlichkeiten 1980. Erstmals seit 1965 wurde auch die Balkonszene wieder nachgestellt. Im Marmorsaal im Schloss Belvedere wurde eine Gedenktafel enthüllt.⁹⁶⁶ Zum Jubiläum 1985 wurde die Balkonszene erneut nachgestellt.⁹⁶⁷ Dabei inszenierte sich Kreisky auch als zentralen Akteur des Staatsvertrages und nutzte das Jubiläum, um seine aktive Neutralitätspolitik zu legitimieren. Dies führte auch dazu, dass Debatten geführt wurden, ob der Staatsvertrag erinnerungspolitisch „sozialdemokratisiert“ wird.⁹⁶⁸

Im Zusammenhang mit der geschichtspolitischen Zäsur wie auch der Veränderung des kollektiven Gedächtnisses in den 1980er-Jahren in Österreich veränderte sich auch das Gedenken an den Staatsvertrag.⁹⁶⁹ Daher sieht Wegan auch eine dritte Phase der Staatsvertragsjubiläen seit Mitte der 1980er-Jahre, in welcher sich der Erinnerungsrahmen entscheidend änderte. Durch die weltpolitischen Ereignisse rund um den Zerfall der Sowjetunion änderten sich die

⁹⁶⁵Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 38-39.

⁹⁶⁶Vgl. Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag, 11-12.

⁹⁶⁷Vgl. ebd., 12.

⁹⁶⁸Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 41.

⁹⁶⁹Vgl. Uhl, Der Staatsvertrag, 71.

Jubiläumsfeierlichkeiten.⁹⁷⁰ 1990 wurden die Feierlichkeiten erstmals nicht im Schloss Belvedere abgehalten, sondern in Gmunden am Traunsee, was als geographischer Mittelpunkt Österreichs ausgewählt wurde. Dabei wurde dem Festakt ein möglichst unpolitischer Charakter verliehen, während die Reden darauf angelegt waren, die Gemeinsamkeit in den Mittelpunkt zu stellen. Das „Fest für die Bevölkerung“ wurde mit Trachtenvereinen, Flaggenparaden, Militärmusik, Bürgerkorps und Weinkost gefeiert. Fragen der aktuellen politischen Lage wurden vermieden durch den Fokus auf Gemeinsames und durch die Wegnahme des Politischen und des historisch aufgeladenen Ortes des Belvederes oder Wiens allgemein.⁹⁷¹ Hier ist eine starke Veränderung im Vergleich zum Jubiläum 1965 zu sehen. Nicht nur die Örtlichkeit wird verändert, sondern die Veranstaltung wird nicht für außen- wie auch innenpolitische Inszenierung und Legimitation verwendet, sondern politische und historische Aufladung der Feierlichkeiten bewusst gemieden.

1995 wurde das 40-jährige Jubiläum des Staatsvertrags und fünfzig Jahre Zweite Republik gefeiert. Dabei wurde ein Jubiläumsbüro eingerichtet, welches Ideen für gemeinsame Feierlichkeiten erarbeiten sollte. Dieses wurde jedoch bald wieder geschlossen.⁹⁷² 1995 hatte sich die geopolitische Lage mit Ende des Kalten Krieges stark verändert. Besonders außenpolitische Codierungen, die bisher eine große Rolle bei den Jubiläen des Staatsvertrages gespielt hatten, verloren an Bedeutung.⁹⁷³ Durch den Beitritt zur Europäischen Union verlor auch das Vertragswerk selbst an Bedeutung.⁹⁷⁴ Die österreichische Regierung erwog, wieder die Außenminister der Signatarmächte einzuladen. Dahingehend gab es Debatten darüber, ob der Staatsvertrag oder zumindest Teile davon für obsolet erklärt werden sollten. Dabei wurde beispielsweise kritisiert, dass ein theoretisches Recht der Signatarmächte bestand, die Einhaltung des Staatsvertrages zu überwachen. Es wurde jedoch dagegengehalten, dass der Staatsvertrag wichtige Bedeutung für den Minderheitenschutz hat. Auch Sorgen wegen immer wieder aufkeimendem Rechtsextremismus wurden laut. Die Initiative scheiterte, obwohl teilweise von FPÖ wie auch ÖVP unterstützt. In dieser Debatte forderte Russland für seine Zustimmung dazu, den Staatsvertrag für obsolet zu erklären, eine Anerkennung von Russlands Rechtsnachfolge der Sowjetunion oder einen bilateralen Vertrag, welcher Bestimmungen des Staatsvertrages regeln würde. Durch die daraus resultierenden diplomatischen Verstimmungen kam es beinahe zur Ausladung des russischen Präsidenten Boris Jelzin, welcher jedoch selbst seinen Besuch absagte.

⁹⁷⁰Vgl. Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag, 5.

⁹⁷¹Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 43.

⁹⁷²Vgl. Bruckmüller, Nation Österreich, 9.

⁹⁷³Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 43.

⁹⁷⁴Vgl. Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag, 5.

Dadurch wurden die Feierlichkeiten nicht im geplanten Ausmaß abgehalten. Die Feierlichkeiten zur österreichischen Unabhängigkeit, welche 50 Jahre bestand, wurden in die Feierlichkeiten rund um den Staatsvertrag integriert.⁹⁷⁵ Dies ist besonders dahingehend interessant, dass man annehmen könnte, dass besonders dem 50-jährigen Wiederkehren der Unabhängigkeitserklärung in großem Ausmaß gedacht worden wäre. Die Integration in die Feierlichkeiten zur Staatsvertragsunterzeichnung hat jedoch schon Tradition, indem bereits 1960 beide Feierlichkeiten gemeinsam begangen wurden.⁹⁷⁶ Breuss/Liebhart/Pribersky bezeichnen das Gedenkjahr 1995 auch als „[...] begeisterungslos verlaufenes Republikjahr“.⁹⁷⁷

Eine weitere Zäsur sieht Wegan im Jahr 2000, indem in der ÖVP/FPÖ-Koalition die Gedenkkultur rund um den Staatsvertrag eine Änderung erfuhr, indem die Gemeinsamkeit aller ÖsterreicherInnen nicht mehr betont wurde, sondern unterschiedliche politische „Lager“ positioniert wurden.⁹⁷⁸ Im Jahr 2000 wurden aufgrund einer Koalition zwischen ÖVP und FPÖ innen- wie auch außenpolitische Proteste laut. Die Feierlichkeiten zur Staatsvertragsunterzeichnung fanden in der Wiener Hofburg statt. Laut Wegan fanden auch diese unter dem Zeichen der Proteste statt. So betonte Außenministerin Benita Ferrero-Waldner in ihrer Rede die Erinnerung Figls als ersten „großen“ Bundeskanzler und stellte die Zeit zwischen 1945 und 1955 als Geschichte der Befreiung ins Zentrum. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel beschrieb die Opposition und ihren Protest als „innere Besatzungsmächte“. Auch wurde an die EU-Länder, welche „Sanktionen“ gegen die österreichische Regierung verhängt hatten, appelliert, diese fallenzulassen. Dies brachte diskursiv die gegenwärtige Situation mit der Besatzungszeit und dem Staatsvertrag in Verbindung, wobei die Bewahrung der Unabhängigkeit und Freiheit einer Einmischung von außen gegenübergestellt wurde. Gleichzeitig nahm die Betonung des friedensvermittelnden und völkerverbindenden Werts des Staatsvertrages und Österreichs ab. Auch die stets proklamierte Einheit und Partnerschaft über Parteigrenzen hinweg verschwand aus dem Vokabular der Reden.⁹⁷⁹

Die Tradition der Staatsvertragsjubiläen wurde, nachdem sie an Bedeutung zu verlieren schien, 2005 zum fünfzigsten Jubiläum noch einmal groß reaktiviert. Offiziell wurde dabei drei historischer Daten gedacht: Dem Kriegsende 1945, Abschluss des Staatsvertrags 1955 und dem Beitritt zur EU 1995. Die Erinnerung an das Jahr 1945 stand jedoch eindeutig im Schatten des

⁹⁷⁵Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 43-44.

⁹⁷⁶Vgl. Heute Festsitzung im Parlament und Parade auf dem Ring, Die Presse, 14. 5. 1960, 1.

⁹⁷⁷Breuss/Liebhart/Pribersky, Rituale des nationalen Gedenkens, 406.

⁹⁷⁸Vgl. Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag, 5-6.

⁹⁷⁹Vgl. Wegan, Heilige Zeiten, 45-46.

Staatsvertragsjubiläums.⁹⁸⁰ Im Oberen Belvedere fand eine Ausstellung statt, welche von privaten Sponsoren und der Stadt Wien wie auch der Republik Österreich finanziert wurde.⁹⁸¹ Auch in den Bundesländern fanden weitere Ausstellungen statt und es wurde ein offizielles Lesebuch zum Gedenkjahr veröffentlicht.⁹⁸² Inszeniert wurde das Gedenkjahr durch eine Projektreihe namens „25peaces“, welche unter anderem von der Regierung finanziert wurde. Damit im Zusammenhang wurde zum Beispiel am 15. Mai ein mobiler Belvedere-Balkon in den Landeshauptstädten aufgestellt. Dieser war auf einem Kran befestigt und BürgerInnen waren dazu aufgerufen, auf den Balkon zu gehen und „Österreich ist frei!“ auszurufen.⁹⁸³ Es gab jedoch auch Proteste gegen eine Geschichtsverklärung im Jubiläumsjahr, wobei beispielsweise die sogenannte „minus2005-Plattform“⁹⁸⁴ gegründet wurde und im Dezember 2006 ein „streitbares Lesebuch“ zum Jubiläumsjahr herausgegeben wurde.⁹⁸⁵ Am 15. Mai wurde schließlich ein großes Fest im Schlosspark des Schloss Belvedere abgehalten und auch die berühmte Balkonszene reinszeniert, wobei aktuelle österreichische Politiker und Politiker der Signatarmächte anwesend waren.⁹⁸⁶

2015 war das erste Jubiläumsjahr, in dem nicht der Staatsvertrag im Vordergrund der Erinnerung stand, sondern die Republikgründung vor 70 Jahren. Bundespräsident Heinz Fischer spricht hier klar von einer Befreiung 1945.⁹⁸⁷ Das Staatsvertragsjubiläum wurde wieder mit einem Festakt im Marmorsaal des Belvederes begangen. Musikalisch wurde mit Stücken von Beethoven und Mozart auf bekannte Elemente österreichischer Identität zurückgegriffen. Die Rede von Bundeskanzler Werner Faymann stellt das Gemeinsame des Staatsvertrages in den Vordergrund. Interessant ist Vizekanzler Reinhold Mitterlehners Rede, in welcher das Herausstreichen der Mitverantwortungsklausel angesprochen wurde und der darauf aufbauende Opfermythos. Neben wichtigen österreichischen Politikern waren auch die Botschafter der Signatarstaaten anwesend.

⁹⁸⁰Vgl. Heidemarie Uhl, Europäische Tendenzen, regionale Verwerfungen. Österreichisches Gedächtnis und das Jubiläumsjahr 2005, in: Werner Koroschitz/Lisa Rettl (Hg.), „Heiß umfедet, wild umstritten...“. Geschichtsmymhen in Rot-Weiß-Rot, Villach 2005, 21-26, 21.

⁹⁸¹Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, hg. Günter Dürriegl, Wien 2005.

⁹⁸²Österreich 2005: das Lesebuch zum Jubiläumsjahr mit Programmübersicht, hg. vom Bundeskanzleramt/Bundespressediensl, St. Pölten/Salzburg 2004.

⁹⁸³Vgl. „25 Peaces“ zum Gedenkjahr 2005, ORF, URL: <https://sciencev1.orf.at/science/news/132281> (abgerufen: 6. 8. 2020).

⁹⁸⁴Österreich 2005, URL: <http://oesterreich-2005.at/> (abgerufen: 6. 8. 2020).

⁹⁸⁵Rebranding images – Ein streitbares Lesebuch und zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich, hg. Martin Wassermair/Katharina Wegan, Innsbruck 2006.

⁹⁸⁶Vgl. Bibiana Kernegger, Der österreichische National-Mythos Staatsvertrag, ungedr. Dipl. Arb., Universität Wien 2009, 7.

⁹⁸⁷Vgl. Heidemarie Uhl, 1945 versus 1955: Wie man Gedenken austariert, Die Presse, 20. 5. 2020, URL: <https://www.diepresse.com/5814454/1945-versus-1955-wie-man-gedenken-austariert> (abgerufen 6. 8. 2020).

Danach wurde die Tür zum Balkon des Schlosses geöffnet und die Gäste traten nach draußen, wobei auf eine direkte Nachstellung mit jubelnder Menge verzichtet wurde.⁹⁸⁸

Im Jahr 2020 setzte man sich ausgiebig mit der Befreiung 1945 und der Republikgründung auseinander. Nicht nur in Printmedien und dem ORF wurde ausgiebig darüber berichtet, auch das Haus der Geschichte eröffnete eine virtuelle Ausstellung. Dies zeigt, dass sich schließlich auch das Jahr 1945 im öffentlichen Diskurs wie auch in der offiziellen Gedenkkultur verankert hat.⁹⁸⁹ Uhl spricht davon, dass „[...] die Gewichtung zwischen der weltpolitischen Zäsur 1945 und dem national relevanten Datum 1955 [...]“⁹⁹⁰ im Jahr 2020 austariert scheint.⁹⁹¹

13 Fazit

Die Ergebnisse der Zeitungsrecherche über die Feierlichkeiten wie auch der Diskursanalyse werden hier zusammengefasst wiedergegeben. Zuerst wird der Ablauf der Feierlichkeiten 1960 und 1965 in den wichtigsten recherchierten Elementen dargestellt. Daraufhin wird die Diskursanalyse in ihren Ergebnissen zusammengefasst.

Der Ablauf der ersten Jubiläumsfeierlichkeiten 1960 konnte durch die Auswertung zeitgenössischer Presseerzeugnisse nachvollzogen werden. Wesentliche Elemente späterer Jubiläumsfeierlichkeiten wurden hier bereits in kleinerem Rahmen vollzogen: eine Kranzniederlegung, die Beflaggung öffentlicher Gebäude, eine Festsitzung im Parlament. Diese Festsitzung galt jedoch nicht nur dem Staatsvertragsjubiläum, sondern wurde gemeinsam mit dem Gedenken an die Unabhängigkeitserklärung 1945 abgehalten. Bereits im ersten Jubiläum des Staatsvertrags wurde also bereits die Unabhängigkeitserklärung vom Staatsvertragsgedenken überschattet. Zentraler Akteur des Jubiläums war das Bundesheer.

Der großangelegte Festakt 1965 fand vom 14. bis 16. Mai statt, öffentliche Gebäude wurden in dieser Zeit beflaggt. In der Hofburg fand am 14. Mai eine Kundgebung wie auch eine Festvorführung der Spanischen Hofreitschule statt. Auch Kranzniederlegungen und die Ausgabe einer Festgabe über den Staatsvertrag an SchülerInnen und Rekruten des Bundesheeres gehörten zum Begleitprogramm. Der große Staatsakt am 15. Mai war begleitet von vielen musikalischen Einlagen mit Werken von Bruckner und Beethoven sowie diversen Märschen. Der Staatsakt

⁹⁸⁸Vgl. Festakt-60-Jahre-Staatsvertrag, ORF-TVthek, URL: <https://tvthek.orf.at/profile/Archiv/7648449/Festakt-60-Jahre-Staatsvertrag/9773789/Rathkolb-ueber-den-Festakt/9774046> (abgerufen: 6. 8. 2020).

⁹⁸⁹Vgl. Heidemarie Uhl, 1945 versus 1955: Wie man Gedenken austariert, Die Presse, 20. 5. 2020, URL: <https://www.diepresse.com/5814454/1945-versus-1955-wie-man-gedenken-austariert> (abgerufen 6. 8. 2020).

⁹⁹⁰Ebd.

⁹⁹¹Vgl. ebd.

wurde über Fernsehen und Radio live übertragen. Nach den Reden begaben sich die Festgäste auf den historischen Balkon des Schloss Belvedere, während sich im Schlossgarten eine Menge eingefunden hatte. Im Schloss Belvedere wurde nach dem Festakt noch ein Mittagessen abgehalten. Weitere Begleitelemente der Feierlichkeiten waren Glocken, die in ganz Österreich läuteten, eine Festvorstellung des „Fidelio“ in der Wiener Staatsoper, das Abbrennen von Freiheitsfeuern, Gedenkkundgebungen und Truppenparaden in den Bundesländern sowie Festgottesdienste verschiedener Religionsgemeinschaften. Am Sonntag, dem 16. Mai, wurde als Tag des Bundesheeres der Zapfenstreich am Heldenplatz abgehalten, offene Kasernen und Platzkonzerte gehörten des Weiteren zum Programm.

Diskursiv sind einige besondere Elemente des österreichischen Selbstbildes zu beobachten, so die Selbstinszenierung als „Brückenbauer“ zwischen Ost und West. Dies wird in mehreren Reden angesprochen und bestärkt, auch in der Auslandspresse wird dieser Aspekt aufgegriffen. In der österreichischen Presse wird dabei besonders auf Österreichs bzw. Wiens Bedeutung als Ort für Gipfeltreffen und Friedensgespräche hingewiesen, wobei eine Tradition von Wiener Kongress über den Staatsvertrag und dem Treffen Kennedy-Chruschtschow in Wien hergestellt wird. Dabei wird auch eine besondere „Wiener Atmosphäre“ ausgemacht, welche teilweise auch in deutschen Medien wiedergegeben wird. Dominant ist in der Berichterstattung der Auslandspresse wie der österreichischen Presse die Spekulation darüber, ob es zu politisch relevanten Gesprächen unter den Festgästen kommt. Diese Gespräche haben schließlich nicht stattgefunden. Während die österreichische Presse dennoch den Erfolg und den friedensstiftenden Charakter des Treffens lobt und die informellen Kontakte hervorhebt, ist in der Auslandspresse teilweise auch von einem enttäuschenden Ausgang die Rede. Der Staatsvertrag selbst wird häufig als Symbol für friedliche Verständigung und Verhandlungslösungen in schwierigen international angespannten Situationen gesehen, was in den Festreden eine große Rolle spielt und auch in der österreichischen Presse teilweise überschwänglich und überhöht wiedergegeben wird.

Das sogenannte „Deutsche Eigentum“ spielt in der österreichischen Berichterstattung nur in geschichtlichen Überblicken eine Rolle, deutsche und andere ausländische Medien erwähnen diesen Aspekt nicht, auch in den Reden wird es nur einmal kurz angesprochen.

Im Diskurs rund um das Staatsvertragsjubiläum 1965 spielt die Neutralität eine herausragende Rolle. Dabei konnten insbesondere folgende Elemente des Diskurses herausgefiltert werden: Die österreichische Presse und Redner betonen die freiwillige Entscheidung zur Neutralität, was argumentativ dazu genutzt wird, die eigene Interpretationshoheit darzustellen und den

Entscheidungsspielraum über die Auslegung derselben hervorzuheben. Die Presse kommunistischer Länder, die Rede von Außenminister Gromyko und die kommunistische „Volksstimme“ zeigen hier einen Gegendiskurs auf. Dabei spielt die Auslegung der Neutralität dahingehend eine Rolle, als sie durch die Verhandlungen mit der EWG als gefährdet wahrgenommen wird. In der österreichischen Presse spielt – ausgenommen die „Volksstimme“ – diese Auslegung keine Rolle, westliche Redner und westliche Presse betonen die Vereinbarkeit oder spielen auf die dynamische Neutralität Österreichs an. Die österreichische Neutralität wird durchwegs als positiv und als Errungenschaft dargestellt. Diskursiv wird, außer bei der Rede des österreichischen Außenministers, nie die Sowjetunion in ihrer Rolle als treibende Kraft hinter der österreichischen Neutralität behandelt. Diese Verbindung wird nicht hergestellt.

Ein Bezug zur Besatzungszeit Österreichs wird, obwohl der Staatsvertrag diese beendete und daher ein so positives Element der österreichischen Geschichte darstellt, kaum in der österreichischen Presse hergestellt. Aussagen dazu bleiben vage, es wird selten auf Leiden der Bevölkerung näher hingewiesen. Wenn Aussagen getroffen werden, wird mit einzelnen Ausnahmen auf keine Besatzungsmacht im Besonderen hingewiesen. Die Leiden unter der Besatzung werden in den Festreden nicht nur von den österreichischen Rednern angesprochen, sondern auch von westlichen Rednern aus Frankreich und den USA. In der Rede von Außenminister Kreisky wird insbesondere auch Dankbarkeit gegenüber den Besatzungsmächten ausgesprochen, in der sowjetischen Presse diese Dankbarkeit Österreichs gegenüber der Sowjetunion auch hervorgehoben, in der österreichischen Presselandschaft ist dies jedoch nicht zu finden, abgesehen von vereinzelt Hinweisen auf Hilfen der USA durch den Marshall-Plan.

Wichtig im Diskurs der österreichischen Presse ist, den Erfolg des Festaktes auch mit dem Jubel der versammelten Menge im Garten des Schloss Belvedere darzustellen. Dabei ist auch die Reinszenierung der Balkonszene in allen Zeitungen abgedruckt und thematisiert. Deutsche Zeitungen sehen dies anders, die Größe der Menge und die entsprechende Begeisterung werden nicht sehr hoch eingeschätzt.

Aus dem mit dem Staatsvertrag zusammenhängenden Diskurselement „Freiheit“ wurde folgendes herausgearbeitet: Freiheit wird beinahe ausschließlich auf die Besatzungszeit bezogen, insbesondere in der österreichischen Presse. Die Befreiung 1945 vor dem Nationalsozialismus wird dabei nicht erwähnt oder nicht als „richtige“ Befreiung anerkannt. Interessanterweise sind auch in der Auslandspresse derartige Aussagen zu finden. In den Festreden wird vom sowjetischen Außenminister ausschließlich auf die Befreiung 1945 hingewiesen, während die

anderen Redner die Freiheit 1955 betonten. Diese beiden unterschiedlichen Interpretationen von „Freiheit“ werden also von unterschiedlichen Akteuren aktiviert.

In Bezug auf den Nationalsozialismus herrscht in der österreichischen Presse durchwegs die Ansicht von Österreich als dem „ersten Opfer“ vor. Dabei wird auch immer wieder auf den österreichischen Widerstand hingewiesen. In der Auslandspresse wird dies teilweise hinterfragt, wobei Österreich auch als Land der Täter und Opfer gleichermaßen dargestellt wird. Die deutsche Presse nimmt keinerlei Bezug darauf. In den Festreden wurde Österreichs Vergangenheit ganz im Sinne der Opferthese interpretiert, wobei teilweise sogar von 17 Jahren Unfreiheit die Rede ist, was die Zeit unter nationalsozialistischer Herrschaft mit der Besatzungszeit zusammenfasst.

Durch die Quellenlage und der Länge der vorliegenden Arbeit mussten zu Beginn bereits klar definierte Grenzen gezogen werden. Dabei ist besonders die Beschränkung der Analysemöglichkeiten der Auslandspresse zu nennen. Durch die Auslands-Presseschau konnte viel Material herangezogen werden, jedoch nicht in umfassendem Ausmaß. Dabei wurden schlaglichtartige Diskurselemente herausgearbeitet, was jedoch keiner ausführlichen und umfassenden Analyse der ausländischen Presse entsprechen kann. Der Fokus auf die verschiedenen, synchronen Ebenen des Jubiläums 1965 beschränkte auch gleichermaßen den Blick in diachroner Hinsicht. Während in dieser Arbeit mithilfe der Historischen Diskursanalyse unterschiedliche Medien und Diskursebenen synchron miteinander verglichen wurden, konnte ein Vergleich auf diachroner Ebene nur angedeutet werden. Die Diskursebenen bezüglich der Staatsvertragsjubiläen in ihrer diachronen Veränderung wären jedoch ein interessanter Forschungsaspekt, welcher für zukünftige Forschungen Möglichkeiten ergeben kann. Dem Staatsvertrag wird in Österreich alle fünf Jahre erneut gedacht, während auch immer wieder Jubiläumsfeierlichkeiten und Staatsakte stattfinden. Der Diskurs über den Staatsvertrag wie auch dahingehende Feierlichkeiten sind ständiger Veränderung unterworfen wie auch die Bedeutung, die ihm zugeschrieben wird. Dadurch werden sich auch in Zukunft stets neue Sichtweisen und Forschungsperspektiven ergeben, sich dem Diskurs rund um diesen Gründungsmoment und seinem Gedenken in der österreichischen Gesellschaft zu widmen.

14 Literaturverzeichnis

14.1 Primärliteratur:

14.1.1 Zeitungsartikel:

Der Weg zum österreichischen Staatsvertrag, Arbeiter Zeitung, 14. 5. 1965, 3.

Die Wurzeln des 15. Mai 1955, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 3.

Ein Freudentag wie vor zehn Jahren. Ost und West sind im Belvedere vereint, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 1-2.

Ein Wiener Frühstück, Arbeiter Zeitung, 18. 5. 1965, 2.

Figls letzter Weg durch Wien, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 3.

Jonas: Den Ruf wahren, den wir uns seit dem 15. Mai 1955 erworben haben, Arbeiter Zeitung, 14. 5. 1965, 1.

Kreisky: Aus dem Schicksal der Ersten Republik Lehre gezogen, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 4.

Nach französisch-russischem Frühstück. Unterredung Dr. Kreiskys mit Gromyko, Arbeiter Zeitung, 18. 5. 1965, 1-2.

Wiederssehen im Belvedere, Arbeiter Zeitung, 15. 5. 1965, 2.

Wiens Atmosphäre: Rusk und Gromyko sagen „Andrej“ und „Dean“ zueinander, Arbeiter Zeitung, 16. 5. 1965, 1-2.

Staatsakt im Belvedere in Funk und TV, Das kleine Volksblatt, 18. 4. 1965, 2.

Österreich zehn Jahre lang Herr im eigenen Hause, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

Jetzt feiern Österreicher wieder! Gromyko und Rusk unter einem Dach, Kronen Zeitung, 15. 5. 1965, 6.

Klaus: Freiheit ist Menschenrecht, Kronen Zeitung, 16. 5. 1965, 2-3.

Zwei Bilder, Kronen Zeitung, 16. 5. 1965, 2.

Die Feiern zum Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 5.

Die vier Außenminister bereits in Wien eingetroffen, Kurier, 15. 5. 1965, 5.

Feiern in den Bundesländern, Kurier, 17. 5. 1965, 2.

So wurde der Staatsvertrag gefeiert, Kurier, 17. 5. 1965, 3.

Staatsvertrag-Treffen ohne Sensation, Kurier, 17. 5. 1965, 2.

Zehn Jahre Staatsvertrag, Kurier, 15. 5. 1965, 2.

14 Millionen werden aufgebraucht, Neues Österreich, 3. 3. 1965, 4.

Außenminister der Großen Vier in Wien, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 1.

Daheim in Österreich, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 1.

„Die Vergangenheit begreifen“, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 1.

Jubel um die „Vier“ im Belvedere, Die Presse, 17. 5. 1965, 5.

Jubiläumsfeier zu teuer?, Die Presse, 23. 2. 1965, 2.

Lange Konferenz Gromyko – Couve in Wien, Die Presse, 17. 5. 1965, 1-2.

Mit Zuversicht in die Zukunft, Die Presse, Wochenendbeilage, 15./16. 5. 1965, 9.

Nicht alle fanden den Anschluß, Die Presse, Wochenendbeilage, 15./16. 5. 1965, 10.

Rusk für Gromyko-Gespräche, Die Presse, 14. 5. 1965, 1.

„Sie wussten nicht, was ihnen die Zukunft bringt“, Die Presse, 15./16. 5. 1965, 4.

Zu zweit statt zu viert, Die Presse, 17. 5. 1965, 1.

Das Programm der Staatsvertragsfeiern, Salzburger Nachrichten, 3. 2. 1965, 2.

Elektronen-Roboter in Deutschland, Der Spiegel, 26. 5. 1965.

Elizabeth in Bonn Deutschland und die Briten, Der Spiegel, 19. 5. 1965.

Konfessions-Schule in Deutschland Getrennt beten, getrennt lernen?, Der Spiegel, 12. 5. 1965.

Die großen Vier zeigen sich die kalte Schulter, Süddeutsche Zeitung, 17. 5. 1965, 4.

Das erste Staatsvertragsjahrzehnt, Volksstimme, 15. 5. 1965, 2.

Der Ablauf der Staatsvertragsfeier, Volksstimme, 14. 5. 1965, 2.

Der große Tag vom Belvedere, Volksstimme, 15. 5. 1965, 3.

Die vier Außenminister wieder da zur heutigen Staatsvertragsfeier, Volksstimme, 15. 5. 1965, 1-2.

Offene „Anschluß“-Propaganda im Südwestdeutschen Rundfunk. Eine unerhörte Provokation zur Feier des Staatsvertrages, Volksstimme, 15. 5. 1965, 1.

Staatsvertragsfeier vereinte ganz Österreich im Bekenntnis zur Unabhängigkeit, Neutralität und Frieden, Volksstimme, 16. 6. 1965, 1.

15. Mai 1965, Wiener Zeitung, 17. 5. 1965, 2.

15. Mai: Hohe Gäste kommen, Wiener Zeitung, 8. 5. 1965, 2.

Auch die Bundesländer feierten, Wiener Zeitung, 18. 5. 1965, 2.

Es war ein dornenvoller Weg, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 4-6.

Gäste zum Staatsvertragstag eingetroffen, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 9.

Glanzvolles Fest: Zehn Jahre Staatsvertrag, Wiener Zeitung, 16. 5. 1965, 1.

Im April und Mai wird gefeiert, Wiener Zeitung, 30. 1. 1965, 1.

Kreisky: Die Atmosphäre war gut, Wiener Zeitung, 18. 5. 1965, 1.

Kundgebung der Jugend in der Hofburg, Wiener Zeitung, 14. 5. 1965, 2.

Mächtige Kundgebung der Jugend, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 10.

Programm der Staatsvertragsfeier, Wiener Zeitung 13. 5. 1965, 2.

Vor zehn Jahren und heute, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 1.

Was uns der Staatsvertrag gekostet hat, Wiener Zeitung, 15. 5. 1965, 7.

Politik und Apfelstrudel, Die Zeit, 21. 5. 1965, 5.

14.1.2 Archivmaterial:

Auslands-Presseschau 92, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

Auslands-Presseschau 94, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

Auslands-Presseschau 95, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

Auslands-Presseschau o. Nr., Österreich zehn Jahre nach dem Staatsvertrag, Balser Nachrichten, Zürich 15./16. 5. 1965, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

Auslands-Presseschau o. Nr., Ungarische Presse zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

Merkblatt für Photoreporter. Programm der Veranstaltungen, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR), Bundespressedienst, Materiendossiers, Staatsvertrag, Karton 506.

14.1.3 Weitere Quellen und Dokumente:

10 Jahre Staatsvertrag. Die Reden anlässlich der Feiern der 10. Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages, hg. vom Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Wien 1965.

Der österreichische Staatsvertrag (Gegenüberstellung des Entwurfes zum Vertrag für die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, Stand vom 24. April 1947, und des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, 15. Mai 1955), in: Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005, 681-773.

Leopold Figl, 15. Mai 1955, zit. n. 80 Jahre Republik Österreich. 1918-1938 und 1945-1998 in Reden und Statements, hg. von Manfred Jochum/Ferdinand Olbort, Wien 1998.

Memorandum über die Ergebnisse der Besprechungen zwischen der Regierungsdelegation der Republik Österreich und der Regierungsdelegation der Sowjetunion („Moskauer Memorandum“), 15. April 1955, in: Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005, 667-670.

Moskauer Erklärung über Österreich, 1. November 1943 in: Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005, 607-608.

Proklamation vom 27. April 1945, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, 1. Mai 1945.

14.1.4 Online-Quellen

„25 Peaces“ zum Gedenkjahr 2005, ORF, URL: <https://sciencev1.orf.at/science/news/132281> (abgerufen: 6. 8. 2020).

Festakt-60-Jahre-Staatsvertrag, ORF-TVthek, URL: <https://tvthek.orf.at/profile/Archiv/7648449/Festakt-60-Jahre-Staatsvertrag/9773789/Rathkolb-ueber-den-Festakt/9774046> (abgerufen: 6. 8. 2020).

Rudi Gelbard, 1959 - Das sogenannte Nationale Wien tritt in Erscheinung, Audiovisuelles Archiv, URL: <https://audiovisuellesarchiv.org/de/footage/51> (abgerufen: 7. 6. 2019).

Österreich 2005, URL: <http://oesterreich-2005.at/> (abgerufen: 6. 8. 2020).

14.2 Sekundärliteratur:

Aleida Assmann, Jahrestage – Denkmäler in der Zeit, in: Paul Münch (Hg.), Jubiläum, Jubiläum ... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung, Essen 2005, 305-314.

Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt am Main 1988, 9-19.

Klaus Bergmann, Gedenktage, Gedenkjahre und historische Vernunft, in: Sabine Horn/Michael Sauer (Hg.), Geschichte und Öffentlichkeit. Orte-Medien-Institutionen, Göttingen 2009, 24-31.

Dieter A. Binder, Julius Raab und Leopold Figl. Die Säulenheiligen des staatstragenden Bewusstseins der ÖVP, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Steckl, Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten, Wien 2004, 79-104.

Günter Bischof, Die Moskauer Deklaration und die österreichische Geschichtspolitik, in: Stefan Karner/Alexander Tschubarjan (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943: "Österreich wieder herstellen", Köln 2015, 249–260.

Barbara Boisits/Peter Stachel/Heidemarie Uhl, Mythos Staatsvertrag – Mythos Musik, in: Österreichische Musikzeitschrift Vol. 60 (2005), 4-11.

Gerhard Botz, Krisen der österreichischen Zeitgeschichte, in: Gerhard Botz/Gerald Sprengnagel (Hg.), Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, Frankfurt/New York 2008, 16-77.

Susanne Breuss/Karin Liebhart/Andreas Pribersky, Rituale des nationalen Gedenkens – die Schweiz, Frankreich, Österreich und Deutschland im Vergleich, in: Emil Brix/Hannes Stekl (Hg.), Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Wien/Köln/Weimar 1997, 395-418.

Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl, Das kulturelle Gedächtnis Österreichs. Eine Einführung, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl (Hg.), Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten, Wien 2004, 9-25.

Ernst Bruckmüller, Nation Österreich – Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, Wien/Köln/Graz 1996.

Ernst Bruckmüller, Staatsvertrag und Österreichbewusstsein, in: Wolfgang Mueller/Gerald Stourzh/Arnold Suppan (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, 923-947.

Ernst Bruckmüller, Wie die Österreicher lernten, Österreicher zu sein, in: Günter Dürriegl (Hg.), Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, Wien 2005, 241-254.

Günter Buchstab, Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953-1957.

Österreich 2005: das Lesebuch zum Jubiläumsjahr mit Programmübersicht, hg. vom Bundeskanzleramt/Bundespressdienst, St. Pölten/Salzburg 2004.

Dietrich Busse/Wolfgang Teubert, Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik, in: Dietrich Busse/Wolfgang Teubert (Hg.), Linguistische Diskursanalyse: neue Perspektiven, Wiesbaden 2013, 13-30.

Judith Butler, Haß spricht. Zur Politik des Performativen, Frankfurt am Main 2006.

Laurence Cole, Der Habsburger-Mythos, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl (Hg.), Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten, Wien 2004, 473-504.

Christoph Conrad/Martina Kessel, Geschichte ohne Zentrum, in: Christoph Conrad/Martina Kessel (Hg.), Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion, Stuttgart 1994, 9-38.

Peter Diem, Die Entwicklung der Symbole der Republik Österreich, in: Stefan Karner/Lorenz Mikoletzky (Hg.), Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Innsbruck/Wien/Bozen 2008, 585-597.

Teun A. van Dijk, Textwissenschaft. Eine interdisziplinäre Einführung, Tübingen 1980.

Edith Dörfler/Wolfgang Pensold, Die Macht der Nachricht. Die Geschichte der Nachrichtenagenturen in Österreich, Wien 2001.

Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, hg. Günter Düriegl, Wien 2005.

Franz X. Eder, Historische Diskurse und ihre Analyse – eine Einleitung, in: Franz X. Eder (Hg.), Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden 2006, 9-23.

Wolfgang Flügel, Zeitkonstrukte im Reformationsjubiläum, in: Winfried Müller (Hg.), Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus (Geschichte, Forschung und Wissenschaft 3), Münster 2004, 77-100.

Michel Foucault, Archäologie des Wissens, Frankfurt am Main 1997.

Michel Foucault, Die Ordnung des Diskurses, München 1974.

John Lewis Gaddis, Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007.

Michael Gehler, „...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...“ Die Waldheim-Affäre 1986-1992, in: Michael Gehler/Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, 614-665.

Michael Gehler, Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945-1955, Bozen/Innsbruck/Wien 2015.

Michael Gehler, Staatsvertrag, Neutralität und die Integrationsfrage 1955-1972: Die Sicht des Westens, in: Wolfgang Mueller/Gerald Stourzh/Arnold Suppan (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005.

Anthony Giddens, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung (Theorie und Gesellschaft Band 1), Frankfurt/New York 1988.

Maurice Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Berlin/Neuwied 2019.

Stefan Hamel, „Eine solche Sache würde der Neutralitätspolitik ein Ende machen“. Die österreichischen Integrationsbestrebungen 1961-1972, in: Michael Gehler/Rolf Steininger (Hg.), Österreich und die Europäische Integration seit 1945. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung, Wien/Köln/Weimar 2014, 57-90.

Katrin Hammerstein, Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert Band 11), Göttingen 2017.

Ulrike Harmat, Die Medienpolitik der Alliierten und die österreichische Tagespresse 1945-1955, in: Gabriele Melischek/Josef Seethaler (Hg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation (Band 5 1945-1955), Frankfurt am Main 1999, 57-96.

Fritz Hausjell, Journalisten für das Reich. Der „Reichsverband der deutschen Presse“ in Österreich 1938-45 (Kommunikation.Zeit.Raum 4), Wien/Berlin 2010.

Fritz Hausjell, Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus. Eine kollektiv-biographische Analyse der beruflichen und politischen Herkunft der österreichischen Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945-1947) (Europäische Hochschulschriften Reihe 40 Kommunikationswissenschaft und Publizistik 15), Frankfurt am Main 1989.

Heinrich Haymerle, Die Beziehungen zur Großmacht im Osten, Erich Bielka/Peter Jankowitsch/Hans Thalberg (Hg.), Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, Wien 1983, 143-193.

Manfred Hettling/Paul Nolte, Bürgerliche Feste als symbolische Politik im 19. Jahrhundert, in: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hg.), Bürgerliche Feste. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert, Göttingen 1993, 7-36.

Erich Hobsbawm, Introduction. Inventing Traditions, in: Erich Hobsbawm/Terence Ranger (Hg.), The Invention of tradition, Cambridge 1983, 1-14.

Manuela Hoffmann, Entstehung und wirtschaftliche Konsequenzen des deutsch-österreichischen Vermögensvertrages, Univ. Diss., Universität Kassel 2007.

Edmund Husserl, Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie. Eine Einleitung in die phänomenologische Philosophie, Hamburg 2012.

Felix Josef, Staatliche Pressestellen in Österreich von 1848 bis 1938 unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1918 bis 1938, Univ. Diss., Universität Wien 1980.

Andy Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945, in: Matthias Karmasin/Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute), Wiesbaden 2019, 175-197.

Andy Kaltenbrunner, Printmedien in Österreich. Arbeitsmaterialien zur Medienerziehung, Wien 1997.

Bibiana Kernegger, Der österreichische National-Mythos Staatsvertrag, ungedr. Dipl. Arb., Universität Wien 2009.

Michael Kittinger, Der Bundespressdienst als PR-Behörde, Dipl. Arb., Universität Wien 1990

Robert Knight, "Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen". Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden, Köln/Wien 2000.

Martin Kofler, Kennedy und Österreich. Neutralität im Kalten Krieg, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003.

Walter Köhler, Amtliches Nachrichtenwesen und Nachrichtenpolitik im „Austrofaschismus“. Amtliche Nachrichtenstelle und „Politische Korrespondenz“ im Umfeld des „austrofaschistischen“ Mediensystems 1933-1938, Univ. Diss., Universität Wien 1985.

Rafael Kropiunigg, Eine österreichische Affäre. Der Fall Borodajkewycz, Wien 2015.

Ernesto Laclau, New Reflections on the Revolution of Our Time, London/New York 1990.

Ernesto Laclau/Chantal Mouffe, Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 1991.

Achim Landwehr, Historische Diskursanalyse (Historische Einführungen 4), Frankfurt/New York 2018.

Cornelius Lehniguth, Waldheim und die Folgen. Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich, Frankfurt/New York 2013.

Hannes Leidinger/Verena Moritz/Karin Moser, Streitbare Brüder. Österreich: Deutschland. Kurze Geschichte einer schwierigen Nachbarschaft, St. Pölten/Salzburg 2010.

Karin Liebhart, Andreas Pribersky, Die Mythisierung des Neubeginns: Staatsvertrag und Neutralität, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl (Hg.), Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten, Wien 2004, 392-417.

Ludmilla Lobova, Die Außenpolitik und Neutralität Österreichs aus der Sicht der UdSSR 1955-1972, in: Wolfgang Mueller/Gerald Stourzh/Arnold Suppan (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, 891 -922.

Oliver Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung, in: Ljiljana Radonic/Heidemarie Uhl (Hg.), Gedächtnis im 21. Jahrhundert: Zur Neuverhandlung eines kulturwissenschaftlichen Leitbegriffs, Bielefeld 2016, 43-77.

Ina Markova, Die NS-Zeit im Bildgedächtnis der Zweiten Republik, Innsbruck/Wien/Bozen 2018.

Ina Markova, Wie Vergangenheit neu erzählt wird. Der Umgang mit der NS-Zeit in österreichischen Schulbüchern, Marburg 2013.

Gabriele Melischek/Josef Seethaler, Zur Pressekonzentration in Österreich nach 1945, in: Gabriele Melischek/Josef Seethaler (Hg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation (Band 5 1945-1955), Frankfurt am Main 1999, 97-158.

Michael Mitterauer, Anniversarium und Jubiläum. Zur Entstehung und Entwicklung öffentlicher Gedenktage, in: Emil Brix/Hannes Stekl (Hg.), Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Wien/Köln/Weimar 1997, 23-89.

Horst Möller, Die Moskauer Außenministerkonferenz von 1943. Einleitende Bemerkungen, in: Günter Bischof, Die Moskauer Deklaration und die österreichische Geschichtspolitik, in: Stefan Karner/Alexander Tschubarjan (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943: "Österreich wieder herstellen", Köln 2015, 25–27.

Winfried Müller, Das historische Jubiläum. Zur Geschichtlichkeit einer Zeitkonstruktion, in: Winfried Müller (Hg.), Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus (Geschichte, Forschung und Wissenschaft 3), Münster 2004, 1-76.

Paul Münch, Einleitung, in: Paul Münch (Hg.), Jubiläum, Jubiläum ... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung, Essen 2005, 7-28.

Robert Muzik, Die Zeitungsmacher. Österreichs Presse. Macht, Meinungen und Milliarden, Wien 1984.

Wolfgang Neugebauer, Widerstand in Österreich. Ein Überblick, in: Stefan Karner/Karl Duffek (Hg.), Widerstand in Österreich 1938-1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005, Graz/Wien 2007, 27-35.

Pierre Nora, Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Berlin 1990.

Pierre Nora, Gedächtniskonjunktur, in: Transit 22 (2002), 18-31.

Martina Nussbaumer, Millennium revisited. Inszenierungen von Geschichte und Identität im „Ostarrichi“-Jubiläumsjahr 1996, in: Zeitgeschichte 28 (2001) 5, 254–276.

Eva B. Ottillinger, Möbel für den Staatsvertrag. Eine Bildergeschichte, in: Eva B. Ottillinger (Hg.), Möbeldesign der 50er Jahre. Wien im internationalen Kontext (Publikationsreihe der Museen des Mobiliendepots 20), Wien/Köln/Weimar 2005.

Matthias Pape, Krisen und Irritationen. Der Staatsvertrag im deutsch-österreichischen Verhältnis 1955-1959, in: Wolfgang Mueller/Gerald Stourzh/Arnold Suppan (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005.

Matthias Pape, Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945-1965, Köln/Weimar/Wien 2000.

Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte. Die zentralen pressepolitischen Einrichtungen des Staates, Wien/Stuttgart 1966.

Bertrand Perz/Heidemarie Uhl, Gedächtnis-Orte im „Kampf um die Erinnerung“. Gedenkstätten für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges und für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, in: Emil Brix/Ernst Bruckmüller/Hannes Stekl (Hg.), Memoria Austriae I: Menschen, Mythen, Zeiten, Wien 2004, 545-579.

Hans Petschar/Georg Schmid, Erinnerung & Vision. Die Legitimation Österreichs in Bildern. Eine semiohistorische Analyse der Austria Wochenschau 1949-1960, Graz 1990.

Heinz Pürer, Presse in Österreich (Schriftenreihe Medien & Praxis 2), Wien 1990.

Oliver Rathkolb, Der lange Schatten der 8er Jahre. Kritische Geschichtsbetrachtung und Demokratiebewusstsein, in: Österreich. Aus Politik und Zeitgeschichte 68 (2018), 41–46.

Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945-2015, Wien 2015.

Oliver Rathkolb, Die „Putsch“-Metapher in der US-Außenpolitik gegenüber Österreich, 1945-1950, in: Michael Ludwig/Klaus Dieter Mulley/Robert Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, Wien 1995, 113-124.

Oliver Rathkolb, Fiktion „Opfer“. Österreich und die langen Schatten des Nationalsozialismus und der Dollfuß-Diktatur (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive 21), Innsbruck/Wien/Bozen 2017.

Oliver Rathkolb, Washington ruft Wien. US-Großmachtpolitik und Österreich 1953-1963, Wien/Köln/Weimar 1997.

Manfred Rauchensteiner, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966, Wien 1987.

Margit Reiter, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ, Göttingen 2019.

Ulrich Rosseaux, Städtische Jubiläumskultur zwischen Früher Neuzeit und Moderne. Das Beispiel Annaberg in Sachsen (1696-1996), in: Winfried Müller (Hg.), Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus (Geschichte, Forschung und Wissenschaft 3), Münster 2004, 349-367.

Philipp Sarasin, Diskurstheorie und Geschichtswissenschaft, in: Reiner Keller/Andreas Hiersland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Wiesbaden 2006, 55-81.

Philipp Sarasin, Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse, Frankfurt 2003.

Philipp Sarasin, Subjekte, Diskurse, Körper. Überlegungen zu einer diskursanalytischen Kulturgeschichte, in: Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Kulturgeschichte Heute, Göttingen 1996, 131-165.

Josef Seethaler, Daten zu den Stichtagserhebungen österreichischer Tageszeitungen 1946-1996, in: Gabriele Melischek/Josef Seethaler (Hg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation (Band 5 1945-1955), Frankfurt am Main 1999, 253-274.

Gustav Spann, Der österreichische Nationalfeiertag, in: Emil Brix/Hannes Stekl (Hg.), Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Wien/Köln/Weimar 1997, 145-170.

Peter Stachel, Mythos Heldenplatz. Hauptplatz und Schauplatz der Republik, Graz/Klagenfurt 2018.

Karl R. Stadler, Adolf Schärf. Mensch, Politiker, Staatsmann, Wien/München/Zürich 1982.

Rolf Steininger, Der Vietnamkrieg. Ein furchtbarer Irrtum, Innsbruck/Wien/Bozen 2018.

Rolf Steininger, Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938-1955, Innsbruck/Wien/Bozen 2005.

Rolf Steininger, Sowjetische Österreichpolitik 1945-1955: Der Weg zum Staatsvertrag, in: Andras Higler/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals (Hg.), Sowjetisierung oder Neutralität?: Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich, 537-554.

Marcus Stiglegger, Auschwitz-TV. Reflexionen des Holocaust in Fernsehserien, Wiesbaden 2015.

Gerald Stourzh, 1945 und 1955: Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Gab es die Stunde Null? Wie kam es zu Staatsvertrag und Neutralität? (Österreich – Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive 1), Innsbruck/Wien/Bozen 2005.

Gerald Stourzh, Erschütterungen und Konsolidierung des Österreichbewußtseins: Vom Zusammenbruch der Habsburgermonarchie zur Zweiten Republik, in: Richard G. Plaschka/Gerald Stourzh/Jan Niederkorn (Hg.), Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute (Archiv für österreichische Geschichte Band 136), Wien 1995, 289-311.

Gerald Stourzh, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955, Wien/Köln/Graz 2005.

Bernd Stöver, Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007.

Barbara Tóth, Der Handschlag. Die Affäre Frischenschlager – Reder, Innsbruck/Wien/Bozen 2017.

Verena Traeger, Das Staatsvertragsgemälde. Ein Staatsauftrag mit Schönheitsfehlern, in: Günter Düriegl (Hg.), Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, hg. Günter Düriegl, Wien 2005, 167-180.

Verena Traeger, Der Staatsvertragssonntag, in: Günter Düriegl (Hg.), Das neue Österreich. Die Ausstellung zum Staatsvertragsjubiläum 1955/2005. Oberes Belvedere, 16. Mai bis 1. November 2005, hg. Günter Düriegl, Wien 2005, 150-166.

Heidmarie Uhl, 1945 versus 1955: Wie man Gedenken austariert, Die Presse, 20. 5. 2020, URL: <https://www.diepresse.com/5814454/1945-versus-1955-wie-man-gedenken-austariert> (abgerufen 6. 8. 2020).

Heidmarie Uhl, Das österreichische Gedächtnis und seine Transformationen. Verhandlungen um die historische Identität im Spannungsfeld von nationalen und europäischen Tendenzen, in: Anton Pelinka/Karin Bischof/Walter Fend/Karin Stögner/Thomas Köhler (Hg.), Geschichtsbuch Mitteleuropa. Von Fin de Siècle bis zur Gegenwart, Wien 2016, 358-394.

Heidmarie Uhl, Der Staatsvertrag – ein Gedächtnisort der Zweiten Republik, in: Frei – Souverän – Neutral – Europäisch. 1945 1955 1995 2005, Informationen zur Politischen Bildung 22, Wien u. a. 2004, 67–78.

Heidmarie Uhl, Europäische Tendenzen, regionale Verwerfungen. Österreichisches Gedächtnis und das Jubiläumsjahr 2005, in: Werner Koroschitz/Lisa Retzl (Hg.), „Heiß umfehdet, wild umstritten...“. Geschichtsmymen in Rot-Weiß-Rot, Villach 2005, 21-26.

Heidmarie Uhl, Konkurrierende Vergangenheiten. Offizielle Narrationen, „Gegenerzählungen“ und Leerstellen des „österreichischen Gedächtnisses“, in: Moritz Csáky/Klaus Zeyringer (Hg.), Inszenierungen des kollektiven Gedächtnisses. Eigenbilder, Fremdbilder, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2002, 220-235.

Heidmarie Uhl, Lesarten des „Vernichtungskriegs“. Zur Resonanz der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskriegs 1941 bis 1944“ bei ihrer Präsentation in Wien (April/Mai 2002), in: Hannes Heer/Walter Manoschek/Alexander Pollak/Ruth Wodak (Hg.), Wie Geschichte gemacht wird. Zur Konstruktion von Erinnerungen an Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg, 269-284.

Heidmarie Uhl, Transformationen des „österreichischen Gedächtnisses“. Krieg, Nationalsozialismus und Holocaust in der Erinnerungskultur der Zweiten Republik, Habilitationsschrift, Karl-Franzens-Universität Graz 2004.

Heidmarie Uhl, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese. Transformationen des ‚österreichischen Gedächtnisses‘, in: Monika Flacke (Hg.), Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen, März 2004 (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung des Deutschen Historischen Museums Berlin 2004/05), 481-508.

Heidmarie Uhl, Warum Gesellschaften sich erinnern, in: Forum Politische Bildung (Hg.), Erinnerungskulturen, (Informationen zur Politischen Bildung 32), Innsbruck/Wien/Bozen 2010, 5-14.

Heidmarie Uhl, Zwischen Versöhnung und Verstörung. Eine Kontroverse um Österreichs historische Identität fünfzig Jahre nach dem „Anschluss“ (Böhlhaus Zeitgeschichtliche Bibliothek Band 17), Wien/Köln/Weimar 1992.

Rebranding images – Ein Streitbares Lesebuch und zu Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Österreich, hg. Martin Wassermair/Katharina Wegan, Innsbruck 2006.

Katharina Wegan, Gedächtnisort: Staatsvertrag. Über österreichische Eigenbilder zum Staatsvertragsjubiläum, Demokratiezentrum Wien, URL: <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=417&index=890> (abgerufen 01.07.2020).

Katharina Wegan, „Heilige Zeiten“. Der österreichische Staatsvertrag und seine Jubiläen, in: Werner Koroschitz/Lisa Retzl (Hg.), „Heiß umfehdet, wild umstritten...“. Geschichtsmysen in Rot-Weiß-Rot, Villach 2005, 27-50.

Hans-Ulrich Wehler, Die Herausforderung der Kulturgeschichte (Beck'sche Reihe 1276), München 1998.

Odd Arne Westad, Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte, Stuttgart 2019.

Ruth Wodak, Österreichische Identitäten und österreichische Gedächtnisse, in: Waltraud Kannonier-Finster/Meinrad Ziegler (Hg.), Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit (transblick 12), Innsbruck/Wien/Bozen 2016, 11-22.

15 Abstract

Die Staatsvertragsunterzeichnung ist der zentrale Gedächtnisort der Zweiten Republik. Eine große Rolle dabei, dieses Gründungsmoment der österreichischen Geschichte im kollektiven Gedächtnis zu verankern, spielten die Jubiläumsfeierlichkeiten alle fünf bzw. zehn Jahre. In der vorliegenden Arbeit wird versucht, die erste groß angelegte Jubiläumsfeier 1965 als diskursives Ereignis herauszuarbeiten und zu analysieren. Dabei wird der Ablauf der Feierlichkeiten wie auch das kulturelle Begleitprogramm dargestellt und im historischen Kontext, sowie im Kontext österreichischer Gedächtniskultur eingeordnet. Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem Ereignis des Staatsaktes und den Diskurssträngen, welche sich rund um das erste große Jubiläum der Staatsvertragsunterzeichnung entwickelt haben. Analysiert wird der Diskurs mithilfe der „Historischen Diskursanalyse“ nach Achim Landwehr. Ziel ist es, die prägenden diskursiven Elemente rund um das Jubiläum 1965 auf drei Ebenen zu erfassen: auf offiziell-politischer Ebene, der Ebene des österreichischen Pressediskurses und auf Ebene ausländischer Medien. Dabei werden die Reden der Festgäste während des Festaktes, die österreichische Presse und die Presse im europäischen Ausland analysiert.

This paper aims to analyse the first big jubilee of the Austrian State Treaty in 1965 and contextualise it within the Austrian Culture of Remembrance in the Second Republic. The process of the festivity itself with its cultural accompanying program will be described. However the focus of this master thesis will be the discourse about the Austrian State Treaty and its jubilee. Using the method of “historical discourse analysis” of Achim Landwehr, the goal of this paper is to explore the discourse in three different fields around the jubilee: The speeches at the festivity, the Austrian press and the press in other European countries.